

DIE MISERE HAT SYSTEM:

KAPITALISMUS

GRUPPEN GEGEN KAPITAL UND NATION

Impressum

Herausgeber: Ralph Schmidt, Berlin
info@gegen-kapital-und-nation.org

Im Selbstverlag

Dritte, korrigierte und veränderte Auflage, Sommer 2019

Inhalt

Nimmersatt in Kummerland: „Der Mensch“, „der Mangel“ und die Märkte	1
Markt und Geld – Die Macht des Eigentums über den gesellschaftlichen Bedarf	25
Kapital – Geld 2.0	57
Lohnarbeit – Die Unterordnung der Arbeiter*innen unter den kapitalistischen Produktionsprozess	87
Einfach Klasse? Warum’s die Arbeiterklasse noch gibt, auch wenn niemand über sie reden will	117
Missverstanden, kleingeredet und hoffnungsvoll überschätzt: Der Klassenkampf	157
Umweltverschmutzung – Der große Müllhaufen der kurzen kapitalistischen Geschichte	195
„Na, dir werd ich helfen“: Sozialstaat	203
Kapitalismus – nur eine schlechte Idee?	221

Vorwort zur ersten Auflage

Am Titel des Buches kann man schon merken: Wir halten nichts von Kapitalismus. *Damit* stehen wir nicht allein. Schließlich hat der Begriff Kapitalismus zumindest in Deutschland selbst in den Tageszeitungen einen schlechten Beigeschmack, und es wird lieber von „sozialer Marktwirtschaft“ gesprochen. Und nicht nur Linke haben was gegen Kapitalismus, sondern immer wieder finden sich auch bei Nazis Gruppierungen, die sich in Abgrenzung zum Kapitalismus einen nationalen Sozialismus auf die Fahnen geschrieben haben.

Unsere Kritik am Kapitalismus lässt sich wie folgt zusammenfassen: Der Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, das der Bedürfnisbefriedigung sehr vieler Leute entgegensteht. Materielles und auch viel psychisches Leid in dieser Gesellschaft ist kein „Fehler“ und auch kein „Versagen“ des Systems oder einzelner Akteur*innen, sondern notwendige Folge dessen, warum und wie gewirtschaftet wird.

Mit *dieser* Kritik stehen wir leider ziemlich allein. Viele Menschen – Wissenschaftler*innen, Bürger*innen und auch manche Linke – sehen das zentrale Problem darin, dass die Menschen zu viel wollen. Wenn manche Kapitalismus schlecht finden, dann meinen sie damit genau das: Der Mensch kann aufgrund seiner Menschennatur den Hals nicht voll kriegen. Das ist nicht unsere Kritik – davon handelt zentral das erste Kapitel: „Nimmersatt in Kummerland – ‚Der Mensch‘, ‚der Mangel‘ und die Märkte“.

Andere meinen mit Kapitalismus, dass zu sehr an das Geldverdienen oder an den Profit gedacht wird. Mit den Kapiteln zwei (Markt und Geld – Die Macht des Eigentums über den gesellschaftlichen Bedarf) und drei (Kapital – Geld 2.0) wollen wir dagegen zeigen, dass es komisch ist, mitten in einer Gesellschaft, wo sich alles um das Geld dreht, den Leuten vorzuhalten, sie kümmern sich zu sehr darum. Vor allem wollen wir aber darstellen, was die Logik des Geldverdienens und des Profitmachens ist und wie darin die Gegnerschaft zur Bedürfnisbefriedigung enthalten ist.

Das Kapitel 4, „Lohnarbeit – die Unterordnung der Arbeiter*innen unter den kapitalistischen Produktionsprozess“, dreht sich um das Schicksal der Lohnabhängigen im kapitalistischen System.

Was Klassen sind und wie die moderne Armut mit der Klassenzugehörigkeit zusammenhängt, das wird im fünften Kapitel unterstrichen: „Einfach Klasse? Warum’s die Arbeiterklasse noch gibt, auch wenn niemand über sie reden will“. Dass sich die Lohnarbeiter*innen selbst im organisierten Kampf innerhalb des Systems aus ihrer prekären Lage nicht erheben, zeigt das sechste Kapitel: „Missverstanden, kleingeredet und hoffnungsvoll überschätzt: Der Klassenkampf“.

Das siebte Kapitel (Umweltverschmutzung – Der große Müllhaufen der kurzen kapitalistischen Geschichte) geht eher knapp auf das Thema Umweltzerstörung ein und darauf, wie das kapitalistische System hier zusätzliches Ungemach für das Leben der Menschen bereitet.

Mit dem Verhältnis von Staat und Ökonomie (Wirtschaft) beschäftigen wir uns im achten Kapitel („Na, dir werd ich helfen“: Sozialstaat). Manche Linke bemerken nämlich schon, dass die Unterordnung der Produktion unter den Profit etwas mit der Armut der Massen zu tun hat. Allerdings kommen sie dann auf den Staat als rettende Instanz. Die Linkspartei macht ja Werbung dafür, dass eine Marktwirtschaft unter ihrer Regie ganz andere Resultate hervorbringen würde als unter der Regierung anderer Parteien. Tatsächlich aber ist es falsch, auf den Staat zu hoffen, weil der diese Verhältnisse einrichtet, betreut und nach Möglichkeit verbessert – für das Wirtschaftswachstum, nicht für die Menschen.

Im ganzen Buch haben wir uns bemüht, auf populäre falsche Erklärungen zu den jeweils verhandelten Sachen einzugehen. Das letzte Kapitel, „Kapitalismus – nur eine schlechte Idee?“, hat hier einen zusammenfassenden Charakter. Es werden Prinzipien dargestellt, wie Menschen dahin kommen, lauter ökonomische Sachen toll zu finden oder zumindest als das bessere Übel zu verteidigen, die ihnen die Bedürfnisbefriedigung beschneiden und einen Arbeitsalltag einbringen, der kaputt macht.

Die Erklärungen in diesem Buch, wie das kapitalistische System funktioniert, sind wichtig, um zu verstehen, warum diese Welt so aussieht, wie sie aussieht.¹ Alles ist damit nicht erklärt, denn „alles“ ist nicht Gegenstand. Dass und wie Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Geschlechterverhältnisse, Homophobie usw. mit dem Kapitalismus zusammenhängen, wollen wir *hier* nicht erklären. Das tun wir aber an

¹ Wir verdeutlichen dies überwiegend mit Beispielen aus der BRD.

anderer Stelle, und zum Verständnis dieser unserer Ausführungen über Ideologien, Unterdrückung und Gewaltverhältnisse trägt dieses Buch einiges bei.

Drei für das Verständnis des Kapitalismus relevante Sachen behandeln wir in diesem Buch nicht: Krise, Finanzkapital und Weltmarkt. Das hat schlicht seinen Grund darin, dass wir das Projekt dieses Buches nicht ausufern lassen wollten. Warum wir ausgerechnet diese Themen rausgelassen haben, hat etwas zu tun mit unseren Erfahrungen, wie Leute sich sonst das Ungemach des Kapitalismus erklären.

Die Krise ist unseres Erachtens ein besonders drastischer Ausdruck dafür, wie die Bedürfnisbefriedigung dem Zweck der Geldvermehrung untergeordnet wird. Anhand der Krise könnte man einiges über den bedürfnisfeindlichen Charakter dieser Ökonomie lernen. Leider nehmen die meisten Menschen die Krise nur zum Anlass, sich endlich wieder einen ordentlich funktionierenden Kapitalismus herbeizuwünschen. Diese Schlussfolgerung ist nicht notwendig, aber in den letzten Jahrzehnten die Übliche. Entgegen dieser Folgerung machen wir in diesem Buch einfach das Angebot, den Kapitalismus von seiner „besten Seite“ her zu diskutieren und daran zu zeigen: Er steht der Bedürfnisbefriedigung entgegen. Dann wünscht man sich in der Krise auch keinen funktionierenden Kapitalismus zurück.

Dass das Finanzkapital viel Einfluss im kapitalistischen System hat, ist nicht von der Hand zu weisen. Verbreitet ist das Gerücht, dass es alleine der Grund für viele schlechte Konsequenzen in Sachen Bedürfnisbefriedigung sei. Die produzierenden Unternehmen dagegen seien eine gute Sache – sie stellen ja Sachen her, die man essen, trinken und bewohnen kann. Auch hier stellt unsere Auswahl, was wir behandeln und was nicht, einen Beinhaken. Wir reden vor allem über das produzierende Kapital und wollen zeigen: Das ist ein Abtrag von der Bedürfnisbefriedigung. Wenn das stimmen sollte, wünscht man sich natürlich auch keinen Kreditsektor mehr, der sich endlich darauf konzentrieren möge, die Unternehmen mit Krediten zu versorgen.

Der Weltmarkt wird von vielen unter dem Stichwort „Globalisierung“ weniger als Chance denn als Gefahr angesehen. Diese Ausweitung des kapitalistischen Prinzips gilt ihnen als Grund für die moderne Armut. Darin ist ein Ideal vom Kapitalismus enthalten, demzufolge er so tolle Sachen zustande bringen könnte, wenn nicht ständig die internationale

Konkurrenz das Ganze schlecht machen würde. Dagegen will dieses Buch zeigen: Der Kapitalismus, als Prinzip einer jeden Gesellschaft, steht der Bedürfnisbefriedigung entgegen. Wer das verstanden hat, wünscht sich nicht hohe Zölle und ordentliche Kapitalverkehrskontrollen, sondern eine andere Art von gesellschaftlicher Kooperation.

Leuten, die *Das Kapital* von Marx gelesen haben, wird auffallen, dass viele Überlegungen in diesem Buch dem Werk entnommen sind. Wir halten die drei Bände für gute Bücher und es lohnt sich, sie zu studieren. Es wird aber auch auffallen, dass manche Begriffe von Marx gar nicht auftauchen oder nur modifiziert – die „Mehrwertrate“ wird man in diesem Buch z. B. vermissen, auch wenn Inhalte, die in diesem Prinzip enthalten sind, verhandelt werden.

Dieses Buch ist nicht die wissenschaftliche Erklärung oder die Ableitung des Kapitalismus. Das soll aber nicht heißen, dass die Sachen in diesem Buch nur zusammengefasst, verkürzt oder unzureichend erklärt sind. Die Überlegungen und Erklärungen stimmen – daran wollen wir gemessen werden. Während Marx im „Kapital“ die alltäglichen Phänomene aus dem Wesen des Wertes erklärt, nehmen wir uns die alltäglichen Phänomene vor und versuchen, von dort aus auf die Prinzipien der Gesellschaft zu kommen. Offen bleiben bei unserem Herangehen allemal ein paar Fragen, die man vielleicht nur anhand des „Kapitals“ von Marx klären kann. Sie hinterfragen aber nicht die Ergebnisse, zu denen wir in diesem Buch gekommen sind.

Es gibt übrigens eine ältere Broschüre, „Grundlagen der Kapitalismuskritik“, die noch auf unserer Homepage zu finden ist. Dort wurde versucht, die drei Bände des „Kapital“ im Zusammenhang darzustellen. Sie enthält auch eine Reihe von Gedanken, die viele von uns nicht richtig finden.

Vielleicht noch einige Hinweise zum Stil dieses Buches – alleine als Anregung für Leser*innen, die uns Kritiken, Anmerkungen und Ergänzungen schicken wollen. Denn dies ist die erste Auflage und eine Überarbeitung ist geplant. Wir wollten die einzelnen Kapitel verständlich schreiben, haben Fremdwörter vermieden oder erklärt. ★ *Prägnante Sätze haben wir hervorgehoben*. Wo wir aus der Erfahrung heraus den Eindruck hatten, dass Gedankengänge besonders schwierig sind, haben wir sie auf mehr Raum ausgeführt. Wir unterstellen die Leser*innen nicht als Kapitalismuskritiker*innen oder Linke, sondern geben uns

Mühe, Begründungen anzugeben, warum man ein*e solche*r werden sollte. Manche Passagen verdanken ihre Ausführlichkeit dann wiederum doch bereits bestehenden Debatten in der Linken.

Einige Überlegungen wiederholen sich in den einzelnen Kapiteln. Das hat folgenden Versuch als Grund: Die Kapitel sind so geschrieben, dass man sie sich auch einzeln vornehmen und diskutieren könnte. Hiermit wollten wir vor allem ein Angebot an Gruppen machen, die z. B. schon immer mal Lohnarbeit oder Klassenkampf diskutieren wollten. Die jeweiligen Kapitel bieten die Möglichkeit, sich einfach die Themen bzw. Einzeltex te als Vorlagen herauszupicken. Wie gut das gelungen ist, können wir nicht richtig beurteilen, Mühe haben wir uns gegeben. Der letzte Text unterstellt aber eine bestimmte Kritik am Kapitalismus, die wir in den vorherigen Kapiteln entwickelt haben. Diese Kritik wird dort nur noch zitiert, nicht aber begründet.

Man merkt am Stil der einzelnen Kapitel, dass hier verschiedene Autor*innen buchstäblich federführend waren. Wir haben auf eine Glättung des Stils u.a. auch deshalb verzichtet, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass der Zugang zu Texten bei Leuten unterschiedlich ist, der eine Stil mehr oder weniger zusagt. Dennoch sind die Texte keine Einzelpositionen. Sie sind durch viele unterschiedliche Diskussionsprozesse bei den Gruppen gegen Kapital und Nation und auch mit Leuten jenseits des Zusammenhanges gegangen.

Wenn ihr diese Texte als Ganzes oder einzelne Texte anderswo drucken und veröffentlichen wollt, nur zu, wir freuen uns (vor allem, wenn ihr uns das auch kurz mitteilt). Soweit ihr Änderungen dabei vornehmen wollt, sprecht das vorher mit uns ab. Das Buch steht übrigens auf unserer Webseite *gegner.in* gratis zum Download bereit; sowohl als (zeilennummeriertes) PDF, wie auch in den Ebook-Formaten EPUB und MOBI.

Gruppen gegen Kapital und Nation, Herbst 2014

Vorwort zur dritten Auflage

Die zweite Auflage dieses Buches ist alle und wir haben für die dritte Auflage einige Änderungen im Text vorgenommen:

Im ersten Kapitel haben wir zum besseren Verständnis die Reihenfolge der Argumente etwas umgestellt, und das Gewicht etwas mehr auf die Alltagsvorstellungen gelegt. Ein, zwei neue Gedanken sind auch dabei. Im zweiten Kapitel haben wir aufgrund einer Kritik eingesehen, dass wir da mit der Argumentation geschlurt haben; das haben wir noch mal ordentlich gemacht und ziemlich viel umgestellt. Für diejenigen, die genauer wissen wollen, was wir uns dabei gedacht haben, haben wir auf unserer Homepage (www.gegner.in) einen erklärenden Artikel geschrieben. In den anderen Kapiteln sind die Änderungen überschaubar, recht viel ist stilistischer Natur; insbesondere der Versuch, das Gendern lesefreundlicher zu machen. Aber hier und da auch noch ein paar zusätzliche Gedanken.

Andere Kritiken haben wir bei der Überarbeitung nicht berücksichtigt. Ob wir es schaffen, dazu Entgegnungen zu schreiben, können wir noch nicht sagen. Wahrgenommen haben wir sie. Wir wünschen anregende Lektüre.

Gruppen gegen Kapital und Nation, Sommer 2018

1 Nimmersatt in Kummerland: „Der Mensch“, „der Mangel“ und die Märkte.

Es ist schon bemerkenswert. Millionen Menschen verhungern, Millionen sind arbeitslos oder mit Lohnarbeit so arm, dass sie nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Und selbst wer einen „guten“ Job hat, kann sich längst nicht alles leisten, was das Herz begehrt und legt auf jeden Fall lieber ordentlich was zurück für schlechte Zeiten. Und „schlechte Zeiten“ kommen dauernd und können schon mit einem schmerzenden Zahn oder der Geburt eines kleinen Menschen beginnen – um von größeren Katastrophen gar nicht zu reden.

Was mag das Problem sein? Vielleicht ist es technisch nicht möglich, an die nötigen Informationen zu kommen, wer was wo benötigt? Schwer vorstellbar im Zeitalter von Internet und GPS. Mangelt es an möglichen Transportmitteln? Wohl kaum, in einer Welt, in der mensch innerhalb von drei Tagen CDs von einem Ende der Welt zum anderen geliefert bekommt und es ja nicht gerade wenig Züge, Lkw, Schiffe, Flugzeuge und Pipelines gibt. Aber was ist dann das Problem?

Fragen wir die Wirtschaftswissenschaftler*innen, die kennen sich mit sowas ja aus.

Im Gegensatz zu im Prinzip unendlichen Bedürfnissen gibt es [...] in jeder Wirtschaftsgesellschaft nur in begrenztem Umfang Güter, so dass Knappheit existiert. (Baßeler u. a. 2006, S. 12)

Das soll angeblich ein „Grundgesetz der Ökonomie“ (ebd.) sein: Der Mensch will immer zu viel verglichen mit dem was da ist oder machbar wäre. Die Menschen sind sowieso nicht zufrieden zu stellen. Dieser Blick auf die Welt ist auch ohne Studium bei vielen Menschen anzutreffen. Für diese angebliche Situation gibt es grob gesagt drei Erklärungen, die sich keineswegs ausschließen: 1. Der Planet Erde ist zu arm, es gibt einfach zu wenig Sachen. 2. Es gibt zu viele Menschen, die was wollen, 3. Die Menschen wollen zu viel. Insbesondere an dem letzten Punkt hängen

eine Reihe von schrägen, aber weit verbreiteten Auffassungen, wie „der Mensch“ eigentlich so ist. Das führt zum einen zu einer grundsätzlichen Bescheidenheit: „Man kann halt nicht alles haben.“ Zum anderen zu der Befürchtung, alle wollten aber immer alles haben, und müssten darum im Zaum gehalten werden, weil sonst nur Mord und Totschlag regierten.

Beides steht der Erklärung und der Kritik der kapitalistischen Gesellschaft im Wege. Genauso wie die Idee, ausgerechnet der „Konsumterror“ mache die Menschen und die Welt kaputt. Mit alledem setzen wir uns darum gleich am Anfang auseinander, bevor wir erklären, was Kapitalismus ist und wie er warum funktioniert.

Der blaue Planet – ein Armenhaus?

Die Erde ist ein Planet mit vielen Sachen. Trotzdem soll das laut Volkswirtschaftslehre nicht reichen *können*, weil es einfach nicht genug gibt:

Die meisten Güter sind nicht frei, sondern knapp. Freie Güter sind im Vergleich zu den Wünschen der Individuen in beliebiger Menge vorhanden, wie etwa der Sand in der Sahara. Sie kommen außer in der Sahara noch im Schlaraffenland vor. Die ökonomische Realität ist dagegen durch knappe Güter gekennzeichnet. (Siebert 2000, S. 17)

Verfluchte ökonomische Realität: Es ist nun mal so, liebe Menschheit in allen Zeiten und auf allen Kontinenten, egal was und womit und wofür produziert wird – es ist einfach nicht genug für Dich da! Alles andere sind Wolkenkuckucksheime, sagen uns die Wirtschaftswissenschaftler*innen. Und Traumtänzer*innen, die ans „Schlaraffenland“ glauben, wollen wir natürlich nicht sein.

Also träumen wir vermutlich nur, dass jeden Tag eine riesige Menge an guten Produkten ungenutzt weggeschmissen wird. Dass Firmen Pleite machen, weil niemand ihr Zeug kauft, weil es davon zu viel auf dem Markt gibt – das kann nur ein Tagtraum von uns sein. Dass in den Ländern, in denen Menschen hungern, oft Gemüse und Obst für Westeuropa angebaut wird – ist vermutlich ein Alptraum gewesen. Und auf jeden Fall müssen wir geträumt haben, dass größere Teile der afrikanischen Hirsebauern dadurch zu arbeitslosen Slumbewohner*innen geworden

sind, dass der freie Westen den Verkauf von Weizen in diese Länder subventioniert hat – ebenso wie die „Milchschwemme“ oder Maisanbau für Biogasanlagen nur unserer wirren Phantasie entsprungen sein können.

Denn wo sollten all diese Überschüsse wohl herkommen, wo der blaue Planet ein so karger Ort ist, dass er einfach nicht genug abwirft, um selbst die grundlegendsten Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen?

Immer noch etwas verpennt fragen wir uns allerdings schon, wo in einer Gesellschaft, in der prinzipiell Mangel herrscht, eigentlich der Reichtum herkommt, sich die Dienste professioneller Fußballspieler, Popstars oder Comiczeichner zu leisten. Um gar nicht von Fahrkartenkontrolleuren, Finanzbeamten und FDP-Vorsitzenden zu reden, die in dieser angeblich von Natur aus armen Welt nichts zur Produktion von nützlichen Sachen beitragen – und dabei noch nicht mal unterhaltsam sind.¹

Wir müssen dringlich 'n Kaffee trinken und aufwachen, denn sonst kriegen wir die Frage nicht aus dem Kopf, wie eine so ärmlich eingerichtete Welt eigentlich den Reichtum hervorgebracht hat, Paläste zu bauen, Menschen auf den Mond zu schicken und so weiter. Wir wollen jetzt gar nicht von den Kriegen anfangen, in denen ja ganz schön viel Reichtum zerstört wird. Und warum werden eigentlich so viele „Produktionsmöglichkeiten“, z. B. in Form von Millionen Arbeitslosen, nicht genutzt, wo es doch angeblich so prekär steht mit den Mitteln? Da stimmt doch etwas nicht.

In Wirklichkeit sind einige Sachen durchaus in genügender Menge vorhanden, andere – zurzeit – nicht. Wenn es mehr Bedarf gibt, als von den entsprechenden Sachen vorhanden ist, dann sind die Sachen knapp – so lange bis mehr davon hergestellt wird. Es soll ja Fälle geben, da fangen Menschen an Sachen zu produzieren, wenn sie nicht da sind, z. B. immer, wenn mensch Hunger hat und Nudeln in den Kochtopf wirft.

¹ Die Vorstellung, es gäbe Armut, weil einige nicht arbeiten und es sich auf Kosten anderer wohlergehen lassen, hat eine lange, schlechte Tradition. Wir werden im Weiteren in diesem Buch erklären, warum eine solche Vorstellung völlig an den Gründen für Mangel und Armut im Kapitalismus vorbeigeht. Hier geht es um etwas anderes: Nämlich, wäre die Welt von Natur aus so armselig ausgestattet, wie uns die Wirtschaftswissenschaften glauben machen wollen, dann wäre es ganz schön verwunderlich, dass eine solche Gesellschaft, die dauernd mit Mangel konfrontiert ist, eine solche Masse an Reichtum für unproduktive Zwecke aufwenden könnte.

Sand in der Sahara gibt es reichlich. Andere Sachen müssen hergestellt werden, damit die vorhandenen Bedürfnisse befriedigt werden könnten, z. B. Lebensmittel. Wenn also genügend Lebensmittel hergestellt werden, dann wären sie ja frei – sie wären im Vergleich zu den Wünschen hinreichend vorhanden. Klar, sie werden aufgegessen und dann muss mensch sie wieder neu herstellen. Es gibt nämlich eine Alternative zu „Schlaraffenland“ und „Sahara“. Nämlich: Produzieren.

Um den Knappheitsgedanken plausibel zu machen, unterschlagen viele VWL-Lehrbücher am Anfang einfach, dass das „Vorhandensein“ von Sachen immer noch eine Frage davon ist, ob sie produziert wurden und für wen. Als ob die Alternative zur Knappheit ein weltweit gleichmäßig sprudelndes Reichtums-Füllhorn wäre. Dass es genug Güter zur Befriedigung der bestimmten Bedürfnisse nach Fahrrad und Brot geben könnte, heißt weder, dass es sie automatisch gibt, noch dass für ihre Erzeugung nicht gearbeitet werden müsste. Es heißt auch nicht, dass nicht geplant werden müsste, wie sie wo wann erzeugt werden – und schon gar nicht bedeutet es, dass es nicht nötig wäre, sich um solche Sachen wie Transport, Lagerung, Kühlung usw. Gedanken zu machen.

Die Wirtschaftswissenschaften stellen sich häufig dumm, so als ob „die“ Güter einfach da wären. In Wirklichkeit werden sie produziert, so dass doch solche Sachen wie Zeit- und Arbeitsaufwand immer eine Rolle spielen müssten. Aber auch das wird von der VWL in einer komischen Art und Weise berücksichtigt:

Nur wenn alle Güter in unbeschränkter Menge zur Verfügung stünden und zu ihrer Gewinnung keine Anstrengungen erforderlich wären, könnten wir alle Bedürfnisse einschließlich des Bedürfnisses nach Freizeit befriedigen. Der Zwang zu wirtschaften entfiel. (Demmler 2001, S. 1)

Einmal kann mensch sich hier fragen, warum mensch eine unbeschränkte Menge bräuchte und nicht einfach eine hinreichende Menge, um das bestimmte Bedürfnis zu befriedigen. Aber davon abgesehen, bleibe beim Produzieren, laut VWL, immer ein anderes Bedürfnis auf der Strecke: das nach Freizeit. So gesehen ist natürlich, bis auf den Sand in der Sahara, immer alles knapp. Wenn ein Mensch etwas haben will und nichts dafür tun will, dann sind die gebrauchten Güter nicht da. Und

wenn er arbeitet für die gewünschten Sachen, dann kann er in der Zeit nicht in der Hängematte liegen.

In anderen Schriften wird Arbeit selbst als ein Gut definiert, das begrenzt sei und daher für immerwährende Knappheit Sorge.²

Sicher, ein Mensch kann in 24 Stunden eben nur eine Zeit lang arbeiten, um Sachen herzustellen. Schlafen muss er ja auch noch. Was ein Mensch in der Zeit zustande kriegen könnte, ist dabei eine Frage des technischen Stands der Dinge und vor allem dessen, was er genau herstellen will. Für manche Sachen braucht mensch einfach länger als für andere. Für die VWL kommt es aber auf einen abstrakten Gedanken an: Gebrauchsgegenstände sind begrenzt vorhanden, Freizeit ist begrenzt und Arbeit ist auch begrenzt. Alles zusammen definiert sie als Güter. Weiter wird gerne das Öl als Rohstoff angeführt, um darzustellen, dass jede Produktion auf die Grenzen von natürlichen Ressourcen stößt. Zwar werden hier und da immer wieder neue Quellen entdeckt; klar ist aber, der Stoff ist begrenzt und die Quellen werden irgendwann versiegen. Nur ist dann eben das Öl „begrenzt“ und nicht alle Ressourcen oder Güter. Deshalb könnte das Öl auch noch eine Weile reichen und mensch könnte sich um Ersatz kümmern. Für die VWL wird aber alles einerlei: Vorhandene Güter, Naturstoffe, Arbeitsmittel und der Aufwand selbst werden alle zu einer abstrakten Summe zusammengedacht. Eine wirkliche Inventurliste hat unseres Wissens dabei noch niemand aufgestellt, etwa so: „Wir haben einen Original-Eiffelturm, 2 Milliarden Barrel Öl, 5 Milliarden Arbeitskräfte, 16 Milliarden mal Essbesteck usw.“ Es reicht die Idee einer begrenzten Summe. Diese Abstraktion wird dann als eine Summe begrenzter Güter den unersättlichen oder den zu vielen Menschen gegenübergestellt. Heraus kommt: Knappheit als dauerhaftes Problem.

★ „Die Güter“, so wie die VWL den Begriff benutzt, ist eine schlechte Abstraktion. Ob bestimmte Güter für die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse ausreichen, ist in der Regel eine Frage der Produktion.

² Zum Beispiel: http://www.allesgelingt.de/erfolgreich_studieren/definition_was_ist_ein_knappes_wirtschaftliches_gut.html; gefunden am 23.12.2012.

Konkrete Fragen, wie sich z. B. mit den vorhandenen Böden, mit dem Wissen und möglichem Arbeitsaufwand alle Menschen satt machen lassen, sind mit dieser Abstraktion einerseits weggewischt. Satt machen könnte mensch die Menschen vielleicht, behauptet die VWL, aber nicht zugleich das Bedürfnis nach Freizeit stillen. Andererseits soll ja gerade ein Grundgesetz allen Wirtschaftens behauptet sein, und so soll es eben auch bei der Frage nach dem Hunger in der Welt seine Rolle spielen. Mensch soll bei jedem konkreten Bedürfnis und bei jeder Überlegung, wie mensch das mit welchen Mitteln befriedigen kann, mitbedenken: Mensch kann eben nicht alles haben, weil es einfach nicht genug gibt.

Zu wenig Nahrung für zu viele Menschen?

Das Knappheits-Argument gibt es auch noch mal anders herum: Die berühmte „Bevölkerungsexplosion“, also die angebliche Überbevölkerung. Regelmäßig berichten die Medien darüber: Zumeist sieht mensch abgemagerte dunkelhäutige Menschen mit vielen Kindern, fliegenumschwirrt vor vertrockneter Landschaft mit toten Tieren. Kein Wunder, denken sich nicht wenige, einfach zu viele Leute für zu wenig Essen und Wasser.

Aber ist es nicht merkwürdig, dass zwar so ein flüchtiger Stoff wie Gas über Tausende Kilometer durch Pipelines gejagt werden kann, aber nicht ein doch recht flüssiger wie Wasser? Und müssten nicht alle ins Grübeln geraten, dass Obst und Gemüse aus Afrika, Asien und Südamerika seinen Weg nach Nordeuropa findet, und zwar zu übersichtlichen Preisen, aber dass offensichtlich die Kühlkette in Richtung Afrika nicht klappt? Und wie verträgt sich die angebliche Überbevölkerung mit der Feststellung der Welternährungsorganisation FAO, dass genügend Nahrungsmittel für alle Menschen vorhanden sind?³

„Noch, noch!“, sagen die Überbevölkerungstheoretiker*innen. Das allerdings schon seit 250 Jahren. Damals wollte ein Pfarrer namens Malthus herausgefunden haben, dass die Zahl der Menschen immer notwendig die Masse an Lebensmitteln übertreffen würde. Denn die

³ Siehe Interview mit dem Direktor der Welternährungsorganisation FAO in der Badischen Zeitung am 21.01.2013: <http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/die-welternaehrungsorganisation-will-den-hunger-ganz-ausrotten-68389812.html>; eingesehen am 13.06.2014.

Menschheit wachse exponentiell, aber die Lebensmittel könnten nicht beliebig vermehrt werden. Aber schon vor der Erfindung der Pille war dieses „Gesetz“ Unsinn.

Menschen können sich nämlich entscheiden, ob sie Kinder haben wollen oder nicht. Also ist die Vorstellung, aus zwei Menschen, die Lust auf Sex haben und Kinder haben können, müssten notwendig sechs, acht, zehn Menschen und aus denen wiederum notwendig 36, 64 oder 100 Menschen werden, durch nichts zu begründen.

Im Gegenteil: Seit fast hundert Jahren jammern – demokratische wie faschistische – Nationalist*innen in Nord- und Westeuropa herum, „ihr Volk“ sei am Aussterben, es habe nicht mehr genug Soldaten, könne die Renten nicht mehr bezahlen und brauche darum mehr „eigenen“ Nachwuchs oder mehr „nützliche“ Migrant*innen. Da macht die Bevölkerungslawine wohl gerade Pause. Denn es ist nun mal so, dass da, wo Menschen Kinder nicht als Altersvorsorge brauchen und wo nicht die Hälfte von ihnen sowieso wegstirbt, bevor sie erwachsen werden, der Trend zur fünfzehnköpfigen Familie stark nachlässt. Was die Überbevölkerungstheoretiker*innen sowieso nicht erklären können: Deutschland und die Benelux-Länder sind nach wie vor eins der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Und sie haben trotzdem extrem produktive Landwirtschaften, die sehr viel mehr Produkte herstellen, als die Bevölkerung verzehren könnte. Wo bleibt bei so viel Überbevölkerung denn die Knappheit?

★ *Die ‚Bevölkerungsexplosion‘ ist eine fehlerhafte Idee. An der Zahl der Menschen liegt es nicht, dass es so viel Mangel an grundlegenden Sachen und Hunger in der Welt gibt.*

Wir müssen jetzt ganz tapfer sein. „Denk’ an die Kinder in Afrika“, haben uns die Eltern und Kindergärtner*innen gesagt, wenn wir wieder mal Leber und Erbsbrei nicht essen wollten. Wir wurden fehlinformiert.

★ *Es besteht nicht der geringste Zusammenhang zwischen der Ver(sch)wendung von Lebensmitteln in Nord- und Westeuropa und der Armut und dem Hunger in anderen Teilen der Welt.*

Den einen fehlt das Zeug nicht, weil die anderen es aufessen und noch weniger, weil die anderen es nicht aufessen – wo sollte da auch die Logik sein? Es fehlt, weil die Hungernden es sich nicht leisten können und daher im Kapitalismus für sie auch keine Produktion angeschoben

wird. Womit auch der moralische Erpressungsgehalt dieser betulichen Kindskopffrase in sich zusammensacken dürfte.

„Aber, so wie in Europa können nun mal nicht alle leben! Das wäre eine ökologische Katastrophe!“, werden jetzt einige Leute sagen. Das typische Beispiel an dieser Stelle ist: Was wäre, wenn alle Chines*innen ein Auto bekommen würden. Oder es wird mahndend an die Abholzung der Regenwälder für Soja oder die durch landwirtschaftliche Nutzung ausgelagten Böden erinnert, die davongeschwemmt oder weggeweht werden. Nur: Ist das eigentlich eine notwendige Folge der Anzahl von Menschen? Hängt es nicht immer noch davon ab, was Menschen warum mit der Natur machen? Hat die Autoindustrie bisher verzweifelt versucht, den Schadstoffausstoß zu minimieren und hat's nur nicht geschafft – oder ist das, was heute bereits technisch machbar ist „zu teuer“? Wurden Monokulturen angelegt, weil mensch es nicht besser wusste und sie ertragreicher sind – oder weil sie billiger sind? Werden die Regenwälder abgeholzt, weil der Rest der Welt schon vollgebaut und genutzt wird – oder weil es konkurrenzfähiger ist und daher wirtschaftspolitisch sogar gewollt wird? „Konkurrenzfähig“ zeigt schon, dass es hier um anderes geht als Bedürfnisbefriedigung oder Erhalt netter Lebensbedingungen. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen hat nicht ihren Grund im Bevölkerungswachstum.

★ *Der vorhandene Mangel an grundlegenden Sachen im Kapitalismus entspringt weder dem Mangel an Ressourcen noch einer Überzahl an Menschen.*

Es gibt keinen „natürlichen“ und auch keinen zwingenden anderen Grund dafür, warum elementare Bedürfnisse von Menschen unbefriedigt bleiben. In dieser Gesellschaft, freilich, gibt es handfeste Gründe, warum so viele Bedürfnisse unbefriedigt bleiben – und es gibt viele Gründe, warum Möglichkeiten, diese Bedürfnisse zu befriedigen ohne die Lebensgrundlagen der Menschheit zu zerstören, nicht genutzt werden.

Unbegrenzte Bedürfnisse – Menschen einfach unersättlich?

Neben zu wenig Gütern und zu vielen Menschen, sollen auch die angeblich viel zu vielen Bedürfnisse der Menschen für den Mangel verantwortlich sein.

Menschen haben Bedürfnisse. Sie brauchen etwas zu essen und zu trinken, sie müssen schlafen und sich vor der Witterung schützen. Sonst gehen sie tot.

Menschen haben keine Instinkte, sondern Bedürfnisse, das heißt, sie wollen etwas. Und zwar mehr als „nur“ essen, trinken, schlafen: Bedürfnisse, die was mit anderen Menschen zu tun haben, welche die was damit zu tun haben, dass viele Menschen nicht nur vegetieren, sondern auch die Welt ändern und sich aneignen wollen, neugierig sind und so weiter und so fort.

Bedürfnisse sind nicht einfach da, sondern haben viel mit dem Denken und Fühlen von Menschen zu tun, insbesondere auch damit wie wichtig die Befriedigung eines bestimmten Bedürfnisses ist.

Und: Sie entwickeln sich weiter. Heutzutage werden Bedürfnisse befriedigt – und auch nicht befriedigt – von denen sich vor hundert Jahren noch keine*r vorstellen konnte, dass es sie überhaupt geben könnte.⁴

Bei den meisten Bedürfnissen kann mensch feststellen, was es braucht, um sie zu befriedigen. Für eine lange Reise braucht mensch etwa Auto, Bus oder Bahn. Von diesen Sachen wird mensch aber nicht satt. Drei Erbsen sind für eine nette Essensbeilage deutlich zu wenig.

★ *Die Bedürfnisse haben also einen bestimmten Inhalt und einen bestimmten Umfang, der jeweils verschieden ausfällt.*

Wenn die Volkswirtschaftslehre (VWL) behauptet, dass die Bedürfnisse unendlich sind, die Güter begrenzt und daher Knappheit herrscht, könnte mensch vielleicht sagen: Stimmt, immer wenn ich etwas will und es ist nicht da, dann ist Mangel vorhanden. Dann muss mensch halt was tun, damit die Dinge, die ich will, zustande kommen. Oder so: Selbst wenn Sachen vorhanden sind, fällt manchmal auf, dass mensch sie verfeinern und verbessern könnte. Dem Nachdenken sind da keine Grenzen

⁴ Und da wir der Menschheit noch eine lange Existenz wünschen und nicht in die Zukunft kucken können, wissen wir also nicht, wann diese Entwicklung zu Ende ist.

gesetzt und deshalb stimme es doch: Die Bedürfnisse sind unendlich. Schaut mensch sich genauer an, welche Beispiele die VWL bringt, um zu zeigen, warum die Bedürfnisse unendlich sind, dann kann mensch merken, dass sie das anders meint.

In den Wirtschaftswissenschaften geht man davon aus, dass die Menschen unendlich viele Bedürfnisse haben (‚Unersättlichkeitsaxiom‘).⁵

Wow, unendlich wie der Weltraum, wo doch sonst alles auf Erden endlich ist. . . Stimmt aber nicht. Schon darum, weil sowohl die Lebenszeit von Menschen, als auch die Anzahl der Menschen endlich und klar begrenzt ist. Also mögen die versammelten Bedürfnisse viele sein, aber unendlich und unbegrenzt sind sie so auf keinen Fall. Sicherlich kann mensch in 24 Stunden viele Sachen machen wollen, aber nun mal nicht mehr als in 24 Stunden geht.

Aber will „der Mensch“ in den 24 Stunden nicht unendlich viel? Prüfen wir die Vorstellung einfach mal. Ist das eigentlich wirklich so: Wer gerade ein Glas kühlen Grauburgunder trinkt, giert immer gleichzeitig nach rotem Beaujolais, Whiskey und Limo? Jedes Schweineschnitzel ist begleitet von der Lust nach Entenbrust, Gänsekeule und Räucher tofu? Wer gerade in ein Buch versunken ist, will eigentlich gleichzeitig am See liegen, Party machen und eine Ausstellung besuchen? Mag ja vorkommen⁶, aber alle Menschen und das immer?

„Ist nicht aber jedes einzelne Bedürfnis für sich mengenmäßig unendlich?“, mag mensch jetzt vielleicht denken. Aber gibt es nicht Leute, die mit einer Schokolade recht zufrieden sind? Meint ihr nicht, dass euch spätestens bei der fünften Schokolade schlecht werden würde? Wer würde denn, wenn möglich, sich einen fünften Kühlschrank, einen siebten Wäscheständer, einen zwölften Fernseher anschaffen? Nein, das würde wohl kaum jemand für seinen Privatgebrauch tun, wenn alles frei verfügbar wäre und es keine Angst vor dem Mangel gäbe. Als verkehrte Idee, dass alle anderen es tun würden, wenn sie nur könnten, hat es sich

⁵ Wikipedia 2018, → Gut (Wirtschaftswissenschaft), [http://de.wikipedia.org/wiki/Gut_\(Wirtschaftswissenschaft\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Gut_(Wirtschaftswissenschaft)); Stand: 16.03.2018.

⁶ Dass Leute hin und wieder mit nix zufrieden sind und permanent glauben, gerade das, was sie nicht machen, wär’s, um glücklich, schön und zufrieden zu sein, gibt’s und lässt sich auch erklären. Aber nicht hier: Für uns reicht die Feststellung, dass dies kein notwendiges Verhalten von Menschen ist.

festgesetzt in den Köpfen. Wenn mensch es aber selber nicht machen würde, warum sollten dann alle anderen darauf kommen?

Ein Lernmaterial behauptet,

dass die Bedürfnisse generell unersättlich sind, dass beispielsweise nach Abdeckung der Existenzbedürfnisse die menschlichen Wünsche sich weitgesteckten Zielen hinwenden, ohne dass ein Ende zu sehen ist.⁷

Auch wenn die Gattung Mensch früher, heute und in Zukunft ganz viele Bedürfnisse hat und noch viele dazukommen – passt da die Kennzeichnung „unersättlich“? Wer vorgestern noch einen Commodore 64 als Computer haben wollte, wollte da einen Commodore 64 haben. Übermorgen will mensch als Computer einen i11 – und will also einen i11, und nicht einen Pentium III oder 5000 Stück vom i11.

Ausgerechnet Bedürfnisse, von denen mensch noch nichts weiß, sondern über die sich nur spekulieren lässt, sollen Einsichten über die Bedürfnisse heute geben.

„Die Bedürfnisse sind unendlich“ heißt für die VWL, „der Mensch“ ist ein Nimmersatt und verschafft so einem Gedanken eine wissenschaftliche Weihe, der auch ganz ohne sie weit verbreitet ist. Wenn die Vorstellung unendlicher Bedürfnisse trotzdem so vielen Leuten selbstverständlich erscheint, dann mag das mit einer Erfahrung zu tun haben: Das Bedürfnis nach Geld ist in der modernen, kapitalistischen Welt nämlich tatsächlich häufig maßlos.⁸

Das wird flugs auf alle Bedürfnisse und auf die ganze Menschheit übertragen und der ganzen Sache zudem der Stempel „war schon immer so und wird immer so bleiben“ verpasst. Und wäre das so, dann wäre immer alles auf jeden Fall „zu knapp“, weil es wirklich nie genug geben könnte im Verhältnis zu den unendlichen Bedürfnissen.

⁷ Aus einem Lernmaterial für ein Fernstudium:

http://www.mhba.de/mhba/fileadmin/mhba_material/gesichert/2007/Mastertexte/Modul_1/Text_01_Loesungen_Kontrollfragen.pdf, zuletzt eingesehen am 16.3.2018.

⁸ Warum das so ist und woher das kommt, wird im Weiteren ausführlich erklärt.

Wirtschaften = Zurechtkommen?

Mit dieser konstruierten prinzipiellen Knappheitssituation umzugehen, das nennt die VWL wirtschaften:

Es „wirtschaftet“ also nicht nur der Unternehmer, der Produkte herstellt und sie mit Gewinn zu verkaufen trachtet, sondern auch jede abhängig beschäftigte Person, die arbeiten muß, um sich selbst und Angehörige zu versorgen. Es „wirtschaftet“ aber z. B. auch die Studentin oder der Rentner, die ihre bescheidenen Einkommen so einteilen müssen, daß sie bis zum Monatsende damit auskommen. (Keller 1995, S. 8 f.)

So werden die Handlungen für die VWL einerlei. Unternehmen, die arbeiten lassen und ihre Produktion ausweiten, um dadurch geldmäßig reicher zu werden, machen das Gleiche, wie Menschen, die zusehen müssen, wie sie mit ihrem kargen Einkommen zurechtkommen. Ebenso wirtschaften Menschen, die in absoluter Armut leben und die nicht einmal sicher sein können, morgen etwas zu Essen zu haben. Alle haben es gleichermaßen mit begrenzten Mitteln zu tun.

„Aber“, werden jetzt viele sagen, „es ist doch so, dass es Knappheit und Mangel wirklich gibt“. „Den Mangel“ gibt es so abstrakt zwar nicht, aber an vielen Ecken auffallend viel davon! Aber warum, ist die Frage. Und da gibt es – vom wimmernden Baby in Dakar über die Kunden des Obdachlosenheims von Toronto bis zum Studi in Berlin, der sehnsüchtig den 100 Zoll-Plasmafernseher anschmachtet – im modernen Kapitalismus tatsächlich mal eine einheitliche Erklärung: Nicht, weil es nicht genügend Babynahrung, Wohnungen oder 100 Zoll-Plasmafernseher gibt oder hergestellt werden könnten, sondern weil sich die betreffende Person die Sache nicht *leisten* kann.⁹

Erklärenswert, gewiss – aber eine andere Frage, die in diesem Buch auch noch beantwortet werden wird.

„Ach, kommt Leute“, wird uns häufig entgegnet, „vielleicht können ja alle essen, trinken und ein Dach über'm Kopf haben, aber es kann

⁹ Selbstverständlich: Wenn eine Regierung über ein Gebiet ein Embargo verhängt oder Bewaffnete die Nahrungsmittelkonvois überfallen, dann gibt es auch mal – politisch hergestellten – Mangel.

nun mal nicht jede*r in einem Schloss leben und Champagner süffeln und Kaviar schlemmen¹⁰. Zunächst: Das wär' ja mal was, wenn alle wenigstens die grundlegendsten Bedürfnisse gesichert hätten und mensch sich dann überlegen könnte, was mensch noch so herstellen will oder wegen des Arbeitsaufwands eher lässt. Diese, in unseren Augen, vernünftige Hierarchie in Sachen Bedürfnisbefriedigung gibt es im Kapitalismus augenscheinlich nicht. Während Tourist*innen ins Weltall fliegen, verhungern anderenorts Menschen oder müssen sich mit einem Lohn rumschlagen, der vorne und hinten nicht reicht. Ein weiterer Anlass, sich über den Zweck der kapitalistischen Produktion Klarheit zu verschaffen und nicht über „die Wirtschaft“ überhaupt zu räsonieren. Die Luxusbedürfnisse¹¹, die da ins Feld gebracht werden – in Diskussionen ist da auch schon mal die Original-Mona Lisa als Bedürfnis am Start gewesen – eint im Regelfall eines: Sie sind Statussymbole, wie mensch sie in einer durch Konkurrenz und Herrschaft geprägten Welt benötigt, um zu zeigen, dass mensch wer ist. Und ohne auch nur das geringste gegen Fischeier, Schaumwein und großzügige Wohnanlagen zu haben, bezweifeln wir hartnäckig, dass alle heute die gleiche Vorstellung vom guten Leben haben.

Es ist unwahrscheinlich, dass in einer halbwegs vernünftig eingerichteten Zukunft die Geschmäcker und Vorlieben die gleichen bleiben werden – und darum gibt es guten Grund zu hoffen, dass die Welt aufhört, jeden Tag etwas mehr einem IKEA-Prospekt zu ähneln. Aber mal bei der Mona Lisa geblieben. Wenn es unbedingt das Original sein muss und nicht eine mittlerweile in guter Qualität mögliche Kopie; wenn dies zwei Leute unbedingt in ihrem privaten Wohnzimmer haben wollen, dann geht das schlicht nicht. Dann hat mensch in diesem Fall mit Notwendigkeit „Knappheit“, aber was hat das mit all den anderen Bedürfnissen und deren Mittel zur Befriedigung zu tun?

¹⁰ Kleiner Hinweis an alle Freund*innen des guten Lebens: Champagner könnte mensch natürlich ganz einfach auch außerhalb der Champagne herstellen. Auch Kaviar könnte es genug geben, mit etwas vernünftiger Bewirtschaftung der Störbestände.

¹¹ Einen spöttischen Hinweis können wir uns nicht verkneifen: Lauter Leute, die nicht in Schlössern leben, sich Champagner höchstens zu Silvester und echten Kaviar vermutlich nie leisten können, stricken daraus, dass dies auch in einer vernünftigen Gesellschaft nicht möglich sein soll, einen Einwand z. B. gegen eine gesicherte Grundversorgung. Da muss mensch erst mal drauf kommen: Die Beschränkung der eigenen Bedürfnisse nicht etwa als Argument gegen den Kapitalismus zu wenden, sondern damit die Vorstellung einer vernünftigen Gesellschaft abzuwehren.

Die VWL nimmt den konkreten Mangel – egal, ob er ausnahmsweise mal aus der Sache kommt oder durch die kapitalistische Produktion hergestellt wird – als Beleg für ihre generelle Knappheitstheese:

Volkswirtschaftslehre im engeren Sinne ist die Wissenschaft von der Bewirtschaftung knapper Ressourcen innerhalb der Gesellschaft. (Roth 2007, S. 9)

Für die VWL wird so alles, was es in der kapitalistischen Wirtschaft zu beobachten gibt, z. B. Preise, zum Ausdruck einer prinzipiellen Mangelverwaltung, mit der noch jede Gesellschaft zu kämpfen habe. Der Vorteil der Marktwirtschaft sei dann, dass alle selber aussuchen können, was sie sich „leisten“ wollen und worauf sie verzichten wollen. Der Preis reguliere dann die Knappheit nicht nur des jeweiligen Gutes, sondern des Gutes im Vergleich zu allen anderen Gütern. Wenn von einem Gut mehr gewollt werde, dann würde der Preis ja steigen und das würde dann diejenigen abhalten, sich das Gut zu organisieren, denen es dann doch vergleichsweise nicht so wichtig ist. Und diejenigen, die mehr zahlen, zeigten dann, dass ihnen das Gut vergleichsweise wichtig sei. So regle dann der Markt das ganze Knappheits-„Problem“. Die Volkswirtschaftslehre unterstellt der Marktwirtschaft also, dass es in ihr um das Optimum an Bedürfnisbefriedigung ginge.

Diese Unterstellung sollte mensch bleiben lassen. Einige Zweifel haben wir hoffentlich schon gesät. In den folgenden Kapiteln wollen wir erklären, worum es in diesem Laden wirklich geht. Und das erklärt dann auch, warum die Bedürfnisbefriedigung von vielen Menschen sehr unbefriedigend ausfällt.

Knappheit ist kein Gesetz – überflüssiges Wissen?

Manch eine*r wird sich vielleicht fragen, warum diese Frage so wichtig sein soll. Für die Volkswirtschaftslehre, aber auch für den Alltagsverstand ist die „Knappheit“ das zentrale Argument, warum alles so sein muss, wie es ist.

Diese Ideologie hat ihre wirtschaftliche Seite. Gerade weil der Gedanke „man kann halt nicht alles haben“ (Alltagsverstand) oder, VWL-mäßig ausgedrückt, „immer währende Knappheit“ so abstrakt ist, wird damit jeder konkrete Mangel legitimiert. Mensch fragt nicht mehr, „warum

kann ich dieses oder jenes nicht haben?“, sondern ‚versteh‘: Gute Wohnung, leckeres Essen, usw. – „geht einfach nicht“. Teilt mensch den Gedanken als armer Mensch, dann sorgt das für eine Bescheidenheit, mit der mensch sich mit jedem ökonomischen Irrationalismus abfindet: „Was soll’s, so ist es eben“. Einer Erklärung des Kapitalismus, die nachweist, dass die Wirtschaft gar nicht der Bedürfnisbefriedigung der Menschen dient, sondern im Gegenteil Mangel hervorruft, ist damit der Wind aus den Segeln genommen: „Geht ja nicht anders!“.

Das Abfinden mit dem, wie es ist, hat aber auch eine politische Konsequenz: Wenn es notwendig Knappheit an grundlegenden Sachen gibt, wird immer jemand versuchen, sich mit Gewalt die Sachen anzueignen, die gerade fehlen. Da fallen den Leuten immer einige Beispiele ein, wo um „knappe Ressourcen“ konkurriert wird und das ungeordnet abläuft: Das Gedrängel beim Einsteigen in die Bahn, die Streitereien zwischen Obdachlosen um ein warmes Plätzchen, der Kampf um die Parkplätze in der Innenstadt. Also, denken viele, muss es Herrschaft geben, die Menschen davor schützt, einfach untergebuttert zu werden. Der staatlich regulierte Markt erscheint da in einem ganz anderen Licht: Nicht als der Kampfplatz, wo mensch sich bewähren und gegen andere behaupten und durchsetzen muss, sondern als ein Angebot: Ein ordentlicher Platz, auf dem mensch durch den Tausch versuchen kann, alles mögliche zu kriegen und selber entscheiden kann, worauf verzichtet werden darf – und eine Herrschaft, die darauf aufpasst, dass es dabei friedlich und geregelt zugeht. Selbst wenn Leuten auffällt, dass die realen Arbeits- und Wohnungsmärkte dieser Vorstellung nicht entsprechen, erscheinen sie dann immer noch das kleinere Übel gegenüber einem Verteilungskrieg bzw. Szenarien, wie sie in postapokalyptischen Filmen gezeigt werden (z. B. *The Book of Eli*, *Hell* oder *Mad Max*). Auch Marx und Engels (1973, S. 34 f.) haben behauptet, dass

mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte.

Das stimmt so nicht. Unbestritten ist, dass es eine Gesellschaft, in der es keinen Mangel an Produktionsmöglichkeiten für grundlegende Sachen gibt, sehr viel leichter hat, Verhältnisse einzurichten, in denen Menschen vernünftig und freundlich sein können. Aber selbst wenn es so wäre, dass es immer Engpässe geben müsste, hieße das noch lange

nicht, dass Menschen wild übereinander herfallen müssten. Pfiffiger wäre es allemal, den Mangel dann gemeinsam zu verwalten, zu kucken, wer die Sachen am nötigsten bräuchte und zuzusehen, dass mensch da gemeinsam rauskommt.

Merkwürdig, übrigens: Immer dann, wenn wirklich nicht genug Sachen da waren, z. B. in und nach Kriegen, haben die Staaten den Markt Markt sein lassen. Stattdessen haben sie – mit dem Segen der eifrigsten Verfechter*innen der Marktwirtschaft – in Sachen Wohnraum, Nahrung, Heizmitteln usw. ziemlich planvoll und zwangsmäßig agiert. Kein gutes Vorbild für eine vernünftige Gesellschaft, aber ein fettes Fragezeichen hinter die Vorstellung, dass Märkte der beste Umgang mit Mangel sind. Die Vorstellung, Märkte gäbe es nur, weil anders mit dem Mangel nicht vernünftig umzugehen sei, ist logisch wie historisch Quatsch – und in einer Welt voller Reichtümer, wie dieser, geradezu absurd.

Die ganze Vorstellung krankt auch noch an einem Widerspruch: Einerseits wird „der Mensch“ zum „Wolf“ erklärt, der notwendig den Krieg aller gegen alle führt. Also: Ein Argumenten und dem Nachdenken darüber komplett unzugängliches Viech, mit allerlei finsternen Absichten. Andererseits sollen genau diese komischen unvernünftigen Wesen gerade noch so viel Klugheit besitzen, die eigene Wolfsnatur im eigenen Interesse und im Interesse aller zu überlisten, sich einen Oberwolf anzulachen und ihm zu gehorchen. Woher sie diese Schlaueit nehmen, bleibt ein großes Geheimnis. So schaffen lauter ganz unvernünftige Leute angeblich mit Staat und Markt Sicherheit und organisieren eine angeblich leistungsgerechte Verteilung der knappen Güter; zu anderen vernünftigen Lösungen sollen sie aber wegen ihrer prinzipiellen Unvernünftigkeit nicht in der Lage sein. Verrückt.

Nun hat der Kapitalismus die Produktivität so entwickelt, dass die Frage nach einer Mangelverwaltung von grundlegenden Sachen keinen Grund mehr in mangelndem Wissen der Welt über die Natur oder Technik hat. Bei vielen Menschen bleibt der Mangel an grundlegenden Sachen bestehen, bei anderen bleibt die Unsicherheit, ob in Zukunft wenigstens der Stand gehalten werden kann (Stichwort: Die Rente ist nicht mehr sicher). Bei vielen ändert sich kaum etwas außer der Arbeitshetze. Denn in einer Marktwirtschaft geht es nicht darum, ob

jemand etwas braucht, sondern ob mensch es sich leisten kann. Und das ist nun mal definitiv nicht dasselbe.

Die Gegenüberstellung Mangelwelt Erde (+ Mangelwesen Mensch) versus Schlaraffenland-Utopia-Phantasien ist zwar Kram, hat aber einen Sinn: Sie macht allen klar, dass die heutige Ordnung alternativlos ist. Denn dann läuft jede Kritik am Kapitalismus, sei sie noch so gut begründet und einleuchtend, ins Leere.

Gestatten: Gollum – von der Leistungskraft eines falschen Menschenbildes

Unersättliche Bedürfnisse, das passt für viele zu ihren Erfahrungen und Beobachtungen. Wer kennt sie nicht, die missgelaunten Horden auf Schnäppchenjagd, die durch die Supermärkte und Technikgeschäfte rasen, ewig unzufrieden mit dem, was sie haben. Und eine halbe Stunde im Straßenverkehr oder ein kurzer Blick auf das Abholzen der Urwälder am Amazonas müssten doch allen klar machen, dass „die Menschen“ hoffnungslos unvernünftig sind, gierig, selbstbezogen – kurzerhand gesagt, doof und rücksichtslos. Wir dürfen uns „die Menschen“ also wohl als eine Horde Gollums vorstellen: Gierig grapschend nach dem Unerreichbaren, berechnend, aber nicht vernünftig, nach oben kriecherisch, nach unten tretend, immer auf der Jagd nach „dem Schatz“, hier: Geld.

Sollen wir nun mittelalterliche Ritter als Zeugen auffahren, die Kaufleute, die ihnen Geld anboten um nicht ausgeraubt zu werden, fürchterlich verdroschen (und das Geld wutentbrannt in die Erde stampften), weil sie sich in ihrer „Ehre“ gekränkt sahen? Oder Bauern im alten Peru, die mit Singsang und Begeisterung die Felder für ihre Priester und Könige bestellten, obwohl sie das Zeug wirklich selber gut hätten gebrauchen können? Oder zig Gesellschaften, in denen Geldverdienen und Handel als etwas Schmutziges galt? Wir finden keins von diesen Beispielen sympathisch oder nachahmenswert, aber sind sie nicht mindestens ein dickes Fragezeichen hinter die Vorstellung, „den Menschen“ oder „dem Menschen“ sei es schon immer ums Geld gegangen?

„Na schön, vielleicht nicht um Geld“, werden jetzt einige sagen, „aber doch um den privaten Vorteil, wie immer sie ihn definieren.“ Diesen „privaten Vorteil“ muss mensch aber sehr weit definieren, damit das hinhaut. Die ganze, uns übrigens sehr unsympathische Abteilung Heldentaten

mag ja noch mit Anerkennung und Ruhm als ‚Vorteil‘ erklärt sein. Allerdings offenbart hier der eigene mögliche Tod eine ziemlich merkwürdige Vorstellung vom „eigenen Vorteil“. Aber schon die – uns auch eher unheimliche – Selbstaufopferung von Eltern für ihre Kinder, Kindern für ihre Eltern, Liebsten für ihre Liebsten, lässt große Fragen nach dem „Vorteil“ offen. Nicht zu reden von Leuten, die außer ihrer Arbeit kaum noch einen Lebensinhalt haben. Und was ist eigentlich mit Leuten, die einfach das tun, was sie für richtig halten, obwohl ihnen das nichts bringt? (Was im Guten wie im Schlechten vorkommen kann.) Was ist mit den – sogar im Straßenverkehr vorkommenden – Fällen von Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft? Nicht zu reden von all denen, die sich mit allem möglichen abfinden, jeden Scheiß akzeptieren und sich damit trösten, das alles schon irgendwie einen Sinn hat? Falsch und schädlich gewiss, aber nun mal nicht Gollum.

★ *Menschen sind vernunftbegabt, ob sie sich vernünftig oder unvernünftig verhalten, ist zum einen eine Entscheidung und hängt zum anderen auch von den Umständen ab, die es einem erlauben, vernünftig zu handeln.*

Menschen können Dinge einsehen und verstehen. Wenn sie wollen; müssen tun sie das nicht, und zwingen kann mensch sie schon gar nicht dazu.

Sie sind gewisslich nicht „von Natur aus gut“ (was immer das sein soll) oder selbstlos (was immer daran nun gut sein soll). Aber sie sind deswegen noch lange nicht „von Natur aus“ so mies, wie mensch eben wird, wenn mensch versucht, sich in gesellschaftlich hergestelltem Mangel und Konkurrenz einzurichten. Und sie sind dies auch nicht dauernd und gegen alle.

Solche Menschenbilder erklären nicht, was Menschen unter welchen Umständen warum wie tun. Oder genauer, sie erklären es falsch. Nämlich so: „Die Welt ist, wie sie ist, weil der Mensch ist, wie er ist.“ Was dann auch wieder heißt, dass eine Kritik an der jeweiligen Gesellschaft eigentlich gar nicht richtig möglich ist. Denn die entspricht auch in ihren schlechten Zügen der recht verkorksten Menschennatur.

Die Menschenverachtung, die heutzutage gang und gäbe ist, passt hervorragend zu diesem System. Wer so kennerhaft und pseudokritisch darüber redet, dass „der Mensch“ nun mal ein dummes Viech ist, der

kann sich kaum beschweren, dass in diesem System ein Großteil der Menschen genauso behandelt wird.

Wir schlagen unseren Leser*innen folgendes vor: Lasst mal die Idee fallen, dass alles so sein muss, wie es ist, weil es nicht anders geht, weil „der Mensch“ nun mal so ist, wie er ist. Und prüft unsere Argumente. Über „den Menschen“ und „die Wirtschaft“ werden wir zwar deshalb nicht sehr viel schreiben. Einiges aber über die bestimmte Wirtschaftsordnung heutzutage und warum sich Menschen wie in ihr verhalten.

Gollum linksherum oder: Alles Käse, die Askese

Viele Leute werden mit unserer Kritik nichts anfangen können. „Den Leuten geht’s doch viel zu gut“, finden sie nämlich. Wer so etwas sagt, will gar nicht, dass es Menschen gut geht, sondern verachtet sie und gönnt dem bösen Gollum einen harten Herrn und etwas trocken Brot. So jemand will gar nicht wissen, woran es liegt, dass Menschen sich so und so verhalten.

Neben Leuten, die diesen Gedanken einfach so aufgeschnappt haben und sich gar nicht klar sind, was für einen Mist sie da denken, gibt es auch genug Leute, die die Gattung Mensch sowieso grundsätzlich für einen Fremdkörper auf der schönen Erde halten. Zusätzlich gibt’s auch noch FaschistInnen, die es lieber sehen, wenn Leute sich für Volk und Vaterland abrackern und totschießen lassen, statt ein schönes Leben zu haben: „Gelobt sei, was hart macht“. Wer in einer Welt wie dieser von „Verweichlichung“ und „Überflussgesellschaft“ schwätzt und offensichtlich vom Schützengraben träumt – mit deren Kritik am Kapitalismus wollen wir nun gar nichts zu tun haben; und lieber versuchen zu verhindern, dass die Welt noch mehr die Hölle wird, die sich das FaschistInnenpack erträumt.

Nun möchte mensch meinen, dass Linken dergleichen Zeug denkbar fern liegt. Sind ja Antifaschist*innen, also werden die Linken doch wohl mitbekommen haben, was wir mit unserer alten Parole „Krieg den Hütten – Paläste für alle!“ ausdrücken wollen. Aber weit gefehlt. Nicht, dass so viele Bedürfnisse unbefriedigt bleiben, sondern dass so viele Menschen angeblich nur an die Befriedigung irgendwelcher Bedürfnisse denken, treibt einige um. Alle würden unter dem „Konsumterror“ leiden, würden von der Werbung manipuliert, hätten ganz „unechte“

Bedürfnisse und würden gar nicht mitkriegen, dass Geld nicht glücklich mache und der Planet vor die Hunde gehe.

Auch hier ist „der Mensch“ wieder einmal Gollum – aber linksherum, nämlich mit Änderungspotential! Er soll doch einfach „ganz anders“ leben. Und „anders“ heißt eben leider nicht immer „gut“: Statt nur „sieben Wochen ohne“ (evangelische Kirche) am besten ein Leben „ohne“. Ohne was, da scheiden sich die Geister. Weil die Trennung in „echte“ und „manipulierte“ Bedürfnisse eine Erfindung ist, kann mensch trefflich darüber streiten, was in welche Kategorie gehört. Denn die Bedürfnisse sind immer noch die Bedürfnisse der Leute selber. Es gibt nun mal keines meiner Bedürfnisse, das nicht „meins“ wäre, weil ich es dazu gemacht habe. Bedürfnisse entstehen ja nie im luftleeren Raum, und selbst bei so ganz physischen Sachen, wie Hunger und Durst, muss ich aus dem physischen Mangel immer noch selber ein Bedürfnis nach Brot, Wurst, Wein oder Bier machen. Die Werbung mag Leuten das Blaue vom Himmel versprechen, aber erstens muss mensch das immer noch glauben und zweitens das jeweilige Himmelblau auch attraktiv finden. Wir haben in unserem Leben schon eine Menge Werbung gesehen, ohne dass sich bislang so recht das Bedürfnis eingestellt hat, die CDU zur Führung der Nation zu ermächtigen oder protzige Autos mit leicht bekleideten Personen durch die Gegend zu fahren. Und immerhin ein beträchtlicher Teil von uns ist der Ansicht, dass jener Energy-Drink, der angeblich „Flüüüüügel“ verleiht, einfach nur scheiße schmeckt. Gar so mächtig kann die Manipulation dann wohl doch nicht sein und Terror geht ein bisschen anders.

Aber selbst wer nun weiter denkt, dass es so etwas wie Manipulation geben könnte, wird zugeben müssen:

★ *Angesichts der vielfältigen Beeinflussungsversuche, die es gibt, lässt sich eine Trennung in echte, ursprünglich vorhandene und unechte, von anderen hervorgerufene Bedürfnisse nicht machen. Jedes meiner Bedürfnisse ist eben meins und es gibt wohl kaum eines, das nicht irgendwie gesellschaftlich inspiriert worden ist.*

Dass das Gehetze von Schnäppchen zu Schnäppchen, unterbrochen von etwas Discounter-Luxus, nicht glücklich macht, stimmt sicherlich häufig. Das liegt aber nicht an dem bescheidenen materiellen Wohlstand, sondern wofür er als Ausgleich genutzt wird: „Das haben wir uns verdient“, sagen sich Otto Normalbürger und Luise Normalbürgerin, wenn

sie zum etwas teureren Fruchtojoghurt greifen. Diese Sorte Einkaufslust sowie Konsumkritik sind zwei Methoden, sich damit abzufinden, dass die eigenen Bedürfnisse nicht der Maßstab sind, nach dem das Leben organisiert wird. Bei der Einkaufsselbstbelohnung sollen die Zumutungen und Gemeinheiten des kapitalistischen Alltags damit ausgeglichen werden, dass mensch sich mal „was gönnt“. Bei der Konsumkritik wird die Unzufriedenheit zur Selbstkritik: Ich will dauernd was und darum geht es mir schlecht. Würde ich weniger wollen, wäre ich weniger unzufrieden. Eine (selbst-)kritische Weise, sich damit abzufinden, dass ein wirklich gutes Leben für die meisten Leute im Kapitalismus nicht erreichbar ist. Vor 150 Jahren schimpfte Ferdinand Lassalle mit seinem Publikum:

Ihr deutschen Arbeiter seid merkwürdige Leute! Vor französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plädieren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, Euch aber muss man vorher noch beweisen, dass ihr in einer traurigen Lage seid! So lange ihr ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier trinkt, merkt ihr gar nicht, dass euch etwas fehlt! Das kommt aber von Eurer verdammten Bedürfnislosigkeit. (Lassalle 1991, S. 277)¹²

Da könnten einem jede Menge Leute auffallen, auf die das auch heute noch zutrifft, auch in Frankreich und Großbritannien übrigens. Menschen, die stolz sind, Arbeit zu haben und auf diejenigen herabsehen, die nicht arbeiten. Leute, die glauben, sich wirklich mal was zu leisten, wenn Aldi, Lidl, Netto, Penny usw. Rinder-Carpaccio und Riesling-Sekt verramschen und die ihren 10-Tage-Mallorca-Urlaub im Jahr „Luxus“, „dekadent“ oder „feudal“ finden; und denen bei jeder Kritik einfällt, dass es anderen viel schlechter geht – „uns geht’s ja noch Gold“. Der Hunger anderer Leute hat aber noch niemand satt gemacht. Wer so denkt, müsste eigentlich bei jeder Fahrradpanne eine Party schmeißen: Immerhin kein Autounfall! Aber so funktioniert das Sich-Abfinden mit der ganzen gesellschaftlichen Misere. Schlau ist das nicht. Es geht ja gar nicht um eine sachliche Klärung der eigenen Lage, sondern um den – ziemlich trostlosen – Trost nicht ganz unten zu sein.

¹² Hervorhebung weggelassen.

Zusammengefasst: Während wir ein Problem damit haben, dass die materielle Bedürfnisbefriedigung wegen der kapitalistischen Prinzipien gar nicht oder mangelhaft ausfällt, nehmen die Konsumkritiker*innen¹³ die ganze Welt von Eigentum, Geld, Kapital und Konkurrenz einfach hin und verlegen ihr Engagement auf die Kritik der Bedürfnisse. Während wir uns, genau wie Lassalle¹⁴, immer wieder über die Bescheidenheit vieler Menschen wundern und ärgern, agitieren Konsumkritiker*innen genau für diese Einstellung.

Und deswegen ist Konsumkritik das glatte Gegenteil von Gesellschaftskritik und taugt nichts.

Uns gefällt es dagegen, Verhältnisse nicht mehr hinzunehmen, die eine*n kaputt machen. Um weiterzugehen und diese Verhältnisse wirklich ändern zu können, damit mensch eben nicht abgespeist und rund gemacht wird, muss mensch begreifen, warum und wie die Verhältnisse eine*n kaputt machen. Sachdienliche Hinweise finden sich auf den folgenden Seiten.

¹³ Damit sind an dieser Stelle nicht Leute gemeint, die einen anderen, fairen und ökologischen Konsum für die Lösung aller Probleme halten. Diese Vorstellung wird im nächsten Kapitel, S. 43 ff. kritisiert.

¹⁴ Nur damit keine Missverständnisse aufkommen: Die Kapitalismuskritik von Lassalle finden wir nicht richtig. Vieles in diesem Buch kritisiert die falsche Kapitalismuskritik des Gründervaters der deutschen Sozialdemokratie indirekt mit.

Literatur

Baßeler u. a. 2006

BASSELER, Ulrich ; HEINRICH, Jürgen ; UTECHT, Burkhard: *Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft*. 18. Aufl. Stuttgart, 2006

Demmler 2001

DEMMLER, Horst: *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. München/Wien, 2001

Keller 1995

KELLER, Bernhard: *Soziale Marktwirtschaft*. Frankfurt a. M., 1995

Lassalle 1991

LASSALLE, Ferdinand: Arbeiterlesebuch. Rede am 17. und 19. Mai 1863. In: *Ausgewählte Reden und Schriften*. Berlin, 1991

Marx u. Engels 1973

MARX, Karl ; ENGELS, Friedrich ; INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): *Die deutsche Ideologie*. Berlin : Dietz Verlag, 1973 (MEW 3)

Roth 2007

ROTH, Steffen J.: *VWL für Einsteiger*. Stuttgart, 2007

Siebert 2000

SIEBERT, Horst: *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. 13. Aufl. Stuttgart/Berlin, 2000

2 Markt und Geld – Die Macht des Eigentums über den gesellschaftlichen Bedarf

Nachdem wir im vorigen Kapitel erläutert haben, dass unser Problem mit dieser Gesellschaft nicht darin besteht, dass die Leute den Hals nicht voll genug kriegen können, fangen wir in diesem Kapitel an aufzuzeigen, warum die Bedürfnisbefriedigung des Großteils der Menschen systematisch mangelhaft ausfällt. Im Eigentum, Tausch und Geld liegen Prinzipien, denen sich die Bedürfnisbefriedigung unterordnen muss. Diskutiert werden Vorstellungen, nach denen diese Prinzipien Hilfestellungen für die Versorgung aller Beteiligten mit nützlichen Dingen seien. Das Gegenteil wollen wir aufzeigen.

Bedürfnisbefriedigung in der Marktwirtschaft – Die Unterordnung der Bedürfnisse unter das Geld

Diese Gesellschaft bringt einen enormen materiellen Reichtum hervor. Ob Apfel, Smartphone oder Stühle: Es gibt alle möglichen nützlichen Dinge in verschiedensten Ausführungen und Qualitäten. Dafür wird die Marktwirtschaft auch häufig genug gelobt, und volle Schaufenster werden als Beweis ihrer Leistungsfähigkeit in Sachen Bedürfnisbefriedigung angeführt. Jede*r weiß, dass an den vielen nützlichen Sachen Preisschilder hängen und diese Preise vor dem Gebrauch der Produkte auch erst einmal bezahlt werden müssen. Frage: Dient das Geld dann einfach nur als praktischer Mittler, um an Güter des Bedarfs zu kommen und dienen die Preise der Verteilung der Güter? Oder sind diese Produkte letztlich einfach dafür da, Geld zu verdienen? Geht es also um Bedürfnisbefriedigung oder um den Geldertrag? Und liegt darin überhaupt ein Gegensatz?

Für die Befürworter*innen der Marktwirtschaft liegt darin kein Widerspruch. Sie vertreten die Ansicht, dass über geldvermittelten Tausch der größtmögliche Wohlstand für alle zu erreichen sei:

Obwohl die Unternehmer aus „egoistischem“ Gewinnstreben handeln und nicht etwa, um die Güterversorgung der Bevölkerung zu verbessern, richtet sich dennoch letztlich die gesamte Güterproduktion nach den Wünschen der Konsumenten. (Heinrichsmeyer u. a. 1991, S. 235)

Die Verbraucher steuern über rationales Kaufverhalten entsprechend ihren Vorlieben die Produktion: Produkte, die nicht gefragt sind, werden auch nicht angeboten. (Bundeszentrale für politische Bildung 2006, S. 176)

Es geht den privaten Unternehmen demnach um den Gewinn und nicht um die Versorgung der Bevölkerung. Trotzdem soll insgesamt die Produktion an den Kundenwünschen ausgerichtet sein. Obwohl sich also keiner diesen Zweck setzt, soll „dennoch letztlich“ der Kunde „König“ sein.

Wie wird das begründet? Unternehmen wollen Gewinn erzielen: Das können sie nur, wenn jemand das will, was sie anbieten und es ihnen abkauft. Diejenigen Unternehmen, welche den Wünschen der Kunden am ehesten entsprechen – so die Volkswirtschaftslehre (VWL) – hätten dann die Aussicht auf Gewinn. Andere aber scheiterten, weil sie den Kundenbedürfnissen nicht entsprochen hätten. Deshalb soll sich indirekt deren Produktion also doch um die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen drehen. Wenn es jedoch beim marktwirtschaftlichen Produzieren um die Bedürfnisse der Leute ginge – wie kommt es, dass die Mehrheit von ihnen mit (Billig-)Waren minderer Qualität vorlieb nehmen muss? Wie kommt es, dass ein Großteil der Bedürfnisse nur sehr eingeschränkt oder gar nicht befriedigt wird? Warum gibt es ein auffallendes Nebeneinander von Hungernden und Luxuskonsum?

Es ist nicht abzustreiten: Die Käufer*innen haben sich aus einem Angebot verschiedener Produkte für ein bestimmtes entschieden. Das allein reicht in der herrschenden Vorstellung zum „Beweis“, dass es „letztlich“ um die Wünsche der Konsument*innen ginge, denn: Es wurde ja gekauft, also wollten die Käufer*innen die Produkte auch haben.

Klar, Leute kaufen nichts, wenn sie die Sachen überhaupt nicht gebrauchen können. Einen bestimmten Nutzen wird das gekaufte Produkt für sie haben. Der Umkehrschluss stimmt allerdings schon nicht, wonach die nicht gekauften Produkte für Leute auch nicht brauchbar gewesen wären. Denn: Produkte werden erstens nicht einfach hergegeben und zweitens erst gar nicht produziert, wenn sie *nur* Bedürfnisse befriedigen, aber kein Geld versprechen. In der Vorstellungswelt der Volkswirtschaftslehre wird anscheinend eine zentrale Bedingung der Benutzung der hergestellten Produkte für nicht groß erwähnenswert, weil für völlig selbstverständlich gehalten: dass es allemal ein zahlungsfähiges Bedürfnis sein muss, wenn es befriedigt werden will. Die Stillung der Bedürfnisse ist davon abhängig gemacht, Geld zu besitzen. „Einfach nur“ Hunger zu haben, ist deswegen überhaupt kein Grund Essen zu bekommen, geschweige denn, dass Nahrungsmittel produziert werden. Kein oder nicht ausreichend Geld zu haben, heißt dann, Verzicht üben zu müssen, auch wenn die benötigten Dinge reichlich vorliegen mögen oder leicht herzustellen wären.

An dem verfügbaren Geld müssen sich die Bedürfnisse relativieren, finden also daran ihre Schranke. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass nicht nur gute und schmackhafte Produkte gekauft werden, sondern auch Waren geringer und mitunter gesundheitsschädlicher Qualität. So sind auch die ärmeren Leute nicht scharf auf zu kleine und dunkle Wohnungen, finden pestizidbelastetes Gemüse und Dosenfutter keinen Hochgenuss oder Zahnziehen statt Zahnersatz nicht den Inbegriff eines strahlenden Lächelns. Diese Produkte sind schlicht billiger, also überhaupt erst in der Preisklasse, die sich die Mehrheit der Leute nur leisten kann. So sieht das dann aus, wenn die Konsumenten „durch ihr rationales Kaufverhalten“ die Produktion steuern. Für die Unternehmen wiederum wird diese Sorte Armut ein Geschäftsfeld eigener Art.¹ Es wird dabei zwar ein Bedürfnis irgendwie befriedigt, aber das Bedürfnis ist schon durch den knappen Geldbeutel beschnitten worden. Eine möglichst gute und sichere Versorgung von Menschen ist also

¹ Die minderwertigen Produkte werden hergestellt, damit man den minder zahlungsfähigen Bedarf in positive Bilanzen verwandeln kann. So wird dann die Absurdität normal, dass gesundes Essen zur Extra-Produktparte wird, die sich nur Besserverdienende leisten können.

weder das Ziel der einzelnen Akteur*innen, noch das Resultat ihres Zusammenwirkens.

Wenn Leute Geld haben, können sie sich die abgefahrensten Bedürfnisse befriedigen, ohne Geld nicht mal die notwendigsten. So ist das Nebeneinander von schillerndem Reichtum, gutem Auskommen, unsicheren Lebenslagen und bitterem Elend vollkommen mit der Produktion für den Markt vereinbar. Wer in der Marktwirtschaft dabei schlecht, mangelhaft, o.k. oder ganz gut wegkommt, hängt von der Antwort auf folgende Frage ab: Welche Verdienstquellen hat mensch eigentlich und was werfen die warum ab? Die Käufer müssen ja selbst irgendwie vorher etwas verkauft haben und sind darüber an Geld gekommen.² Diese Frage wird im gesamten Buch nach und nach beantwortet.

Wenn Produkte nicht einfach hergestellt und verteilt werden, weil andere sie benötigen, sondern nur zur Verfügung stehen, wenn ihr Preis bezahlt wird, folgt daraus etwas über ihren Charakter: Das Produkt nimmt hier die Form der Ware an und besitzt zwei Seiten: Gebrauchswert und Geldwert. Die eine besteht in der stofflich-konkreten Beschaffenheit und darin begründeten besonderen Nützlichkeit einer Ware für ein bestimmtes Bedürfnis. Das ist ihr **Gebrauchswert**: Der Apfel macht satt.

Davon wird andererseits aber abgesehen, wenn es um den **Geldwert** des Apfels geht, also die Frage, ob und wie viel Geld sich mit ihm verdienen lässt oder mensch hergeben muss. Es werden die verschiedensten Produkte für den Erwerb von Geld produziert und finden im Geld ihr gemeinsames Maß. In ihrem Geldausdruck, also dem Preis, bleibt von ihrer stofflichen Beschaffenheit und ihrem Bezug auf ein bestimmtes Bedürfnis nichts mehr übrig. Ein Apfel ist so das Gleiche wie ein Auto oder ein Handy, in der Hinsicht, dass man sie alle in Geld verwandeln kann – nur die Höhe des Geldbetrags unterscheidet sie. Nach dieser Seite hin sind die Produkte gleichermaßen Geschäftsmittel, deren Bestimmung es ist, sich in Geld umzutauschen. Reichtum misst sich in dieser Gesellschaft daher auch nicht in Masse und Qualität von Produkten, sondern im Geldvermögen, das sich mit ihnen erzielen lässt.

² Man kann natürlich auch Geld geschenkt bekommen oder erben, dann muss aber jemand anderes das Geld verdient haben. Oder man gewinnt im Lotto, dann resultiert das Geld aus einem Topf, in dem andere ihr verdientes Geld vorher eingezahlt haben.

Die Nützlichkeit der Ware ist eine Bedingung ihrer Produktion: Irgendjemand muss sie ja kaufen wollen und neben dem Preis ist die Qualität der Ware ein Mittel der Geschäftsleute in der Konkurrenz um den Absatz. Wenn für den Markt produziert wird, um damit an Geld zu kommen, ist die Qualität des Gebrauchswerts der Produkte dem Zweck untergeordnet, ob sich damit Geld machen lässt. Andernfalls war und gilt ihre Herstellung in der Marktwirtschaft als schlicht überflüssig. Deswegen sind hungernde Mägen allein auch kein Grund für's marktwirtschaftliche Produzieren, während es umgekehrt an Luxusprodukten guter Qualität für den gut ausgestatteten zahlungskräftigen Bedarf nicht mangelt.

Die Käufer*innen hingegen haben zunächst ein Interesse an den Produkten selbst, wenn sie sich die Befriedigung ihrer Bedürfnisse von ihnen versprechen. Dabei werden sie jedoch mit Preisen konfrontiert, die sie sich leisten können müssen. Sie achten auf ihren Geldbesitz, teilen ihn ein und gehen dazu über die Preise verschiedener Anbieter zu vergleichen.

Dass an die produzierten Sachen erst einmal nicht so ohne Weiteres heranzukommen ist, Produktion und Konsumtion von Produkten nur durch Geldhergabe vermittelt werden, liegt am staatlich geschützten Eigentum. Dieses gibt den Grund für die zunächst vorliegende Trennung der Leute von den Produkten, die sie brauchen, an. Darum soll es im folgenden Unterabschnitt gehen. Im darauf folgenden Schritt soll diskutiert werden, wie dann eigentlich die Arbeit aussieht, wenn sie unter das Kriterium „verkaufbares Eigentum schaffen“ gebeugt wird. Im letzten Abschnitt sollen dann noch einige Reflexionen über das Geld gemacht werden, mit dem sich der Eigentumsausschluss von benötigten Sachen überwinden lässt. In allen Unterabschnitten ist hin und wieder von Unternehmen die Rede. Fast alle Überlegungen treffen aber auch auf Selbständige zu, die versuchen mit eigener Arbeit und eigenen Waren am Markt präsent zu sein. Erst im kommenden Kapitel „Kapital – Geld 2.0“ wird gezeigt, was die besonders erfolgreiche Art und Weise den Markt zu benutzen auszeichnet.

Privateigentum

Durch das staatlich geschützte Eigentum gehören alle nützlichen Dinge und jedes Fleckchen Land irgendwem. Als Privateigentümer*innen haben eine oder mehrere Personen haben damit das Recht, über die Sachen, die ihnen gehören, im gesetzlichen Rahmen frei zu verfügen. Mit Copyright und Patenten bekommen auch künstlerische Produkte und die Anwendung von Wissen die Form von Eigentum.

Den meisten ist das selbstverständlich und viele finden das sehr praktisch, weil sie sich dann sicher sein können, so die Behauptung, dass niemand ihr Fahrrad stiehlt und sie es jederzeit nutzen können, wenn sie es brauchen. In dieser Vorstellung ist das Eigentum nützlich, weil damit die Benutzung von Dingen des täglichen Bedarfs sichergestellt sei. Dabei stimmt es gar nicht, dass mit dem Recht auf Eigentum irgendwie eine gute materielle Grundlage für's Leben geschaffen wäre. Man hat ja gar keinen Anspruch auf lebensnotwendige Sachen: Nur weil man etwas braucht, hat man schließlich noch lange nicht das Recht, darüber auch zu verfügen.³

Um das Fahrrad legal nutzen zu können, muss man im Kapitalismus Eigentümer*in davon sein oder dessen Eigentümer*in um Erlaubnis bitten. Die Sachen aber, über die man keine rechtliche Verfügung hat, darf man genauso sicher nicht benutzen. Man bleibt von ihnen wegen des Eigentumsrechtes der anderen ausgeschlossen. Das ist staatlich auch garantiert.

Wenn ein Unternehmen beispielsweise tausend Fahrräder produziert hat, dann ist klar, dass es dieselben nicht fahrend benutzen will. Von vornherein wird für andere Nutzer*innen produziert, auf das Eigentum aber bestanden. Damit werden gerade diejenigen, die die Fahrräder gut gebrauchen könnten, von deren Nutzung erst einmal ausgeschlossen. So trennt das Eigentum die Leute mit ihren Bedürfnissen von den Sachen, auf die sie angewiesen sind. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch besteht

³ Artikel 14 (1) des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland: *„Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.“* Dazu ein Staatsrechtler: *„Art. 14 will die Freiheit nach der materiellen Seite hin schützen. Der Mensch ist auf eine Reihe von Gütern angewiesen, um existieren und sich entfalten zu können. Art. 14 gewährt aber keinen Anspruch auf die hierfür erforderlichen materiellen Voraussetzungen, sondern schützt nur den schon vorhandenen Besitzstand der Einzelnen als materielle Grundlage ihrer Freiheit“* (Stein 1998, S. 338).

das Eigentum in der Verfügungsgewalt über Reichtum ganz unabhängig vom konkreten Benutzen:

Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen. (§ 903 BGB)

Nur der Wille des Eigentümers, der die Fahrräder nicht fahren will, gilt hier und muss sich von niemandem reinreden lassen. Als Eigentümer gilt sein Wille absolut: Er darf exklusiv über die Räder verfügen, indem er alle anderen von ihnen ausschließt. Dabei ist die Eigentumsgarantie sehr prinzipiell: Gleichgültig gegenüber dem konkreten Bedarf anderer, darf ein Eigentümer darüber entscheiden, ob und wer die Sachen unter welchen Bedingungen benutzen darf. Zum Beispiel kann eine Hauseigentümerin jedem verbieten, ihr leer stehendes Haus zu beziehen, ganz gleichgültig, ob andere den Wohnraum brauchen. Auch wird das Einsammeln von weggeworfenen Lebensmitteln aus dem Supermarkt („containern“) von manchen Läden als Diebstahl verfolgt oder kann das Knabbern von den Resten des Buffets für die Beschäftigten eines Catering-Unternehmens Kündigungen nach sich ziehen.

So ignorant sich das Eigentumsrecht gegen den bestimmten gesellschaftlichen Bedarf stellt, so berechnend erlaubt es Eigentümer*innen mit ihm umzugehen: ★ *Der Witz des Eigentums besteht nicht darin, über solche Dinge exklusiv, also ausschließend zu verfügen, die man selber braucht, sondern über solche Dinge, die andere brauchen.* Auf dieser Grundlage verlangen Eigentümer*innen anderen die Zahlung von Geld ab. So besteht in der Benutzung der zahlungsfähigen Bedürftigkeit anderer – es wird keine Wohnung ohne Miete zur Verfügung gestellt – der wegweisende Umgang mit dem Recht, das andere ausschließt. Damit wird aus dem verfügbaren Eigentum eine Einkommensquelle.

Das Privateigentum bezeichnet also nicht einfach nur ein Verhältnis von Leuten zu ihren Sachen, sondern eines der Menschen untereinander – in Bezug auf Dinge. Alle Eigentümer*innen schließen sich gegenseitig von den Sachen aus, die sie brauchen. Das Interesse des jeweils anderen ist dabei der Hebel, um sich entweder mit dem Produkt Geld zu organisieren oder umgekehrt sich mit Geld das Produkt anzueignen. Auf diese Weise benutzen sich die Leute auf Grundlage des Privateigentums

gegenseitig: Die durch den Ausschluss hergestellte Bedürftigkeit anderer gilt es auszunutzen, indem den Bedürftigen eine Gegenleistung abverlangt wird. Und umgekehrt gilt: Am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben verlangt vom Einzelnen den Respekt vor dem Willen der anderen Eigentümer*innen. Er muss ihnen ein Angebot machen. Etwas bekommen verlangt das Hergeben. Wenn das Eigentum in diesem Verhältnis besteht, hat es den Zweck, sich den Reichtum von anderen zu verschaffen. Das Eigentum bedeutet also nicht nur den allgemeinen Ausschluss der Bedürfnisse von den Mitteln ihrer Befriedigung, sondern schließt in der Konsequenz ein, auf fremden Reichtum zugreifen zu können.

Das Eigentum hat damit eine doppelte Bedeutung: Erstens stellt es sich als ein auf Sachen bezogenes **Rechtsverhältnis** von Personen dar. Es verlangt ihnen die Achtung der anderen und deren Mittel ab, verlangt also die Akzeptanz des Ausschlusses vom Benötigten. An der Bedingung, den Willen der Eigentümerin zu bedienen, kommt niemand vorbei – andernfalls bekommt man bei Zuwiderhandlung den staatlichen Willen zu spüren dem Eigentumsrecht zur Durchsetzung zu verhelfen. Somit ist mit dem Recht auf Eigentum nicht nur ein harmloses Angebot formuliert, das auszuschlagen offensteht, sondern die Verpflichtung in die Welt gesetzt, dementsprechend das eigene Leben auszurichten. Und das ergibt dann die zweite Bedeutung von Eigentum: Eigentum sind die Dinge, die man sein Eigentum nennt und den Zugriff auf anderes Eigentum erlauben: *★ In einer Gesellschaft, in der flächendeckend das Privateigentum herrscht, muss man sich um Eigentum bemühen, das man selbst nicht verbraucht, um es als Mittel zum Zugriff auf fremdes Eigentum zu benutzen. Das Leben jedes Einzelnen ist abhängig gemacht von der Verfügung über Sachen, die Geld werden können oder gleich vom Verfügen über Geld.*⁴

⁴ Der Einwand, dass man doch gar nicht müsse, wenn man nur genug alternativ wolle und sich qua Kleidertausch oder Mittelalter-Bauernhof ohne Technik und mit viel Schweiß aus dem Leben von Kommerz und Geld herauszuziehen könnte, verpasst einiges: Die Voraussetzungen der Subsistenzwirtschaft (Selbstversorgungswirtschaft) – Boden, Häuser, Wohnwagen, Arbeitsinstrumente, Rohstoffe, Energie – sind nur gegen Geld zu haben. Die Dinge, die nicht subsistenzmäßig produziert werden können, müssen gekauft werden, sodass auch der Alternativhof auf den Verkauf auf dem Markt angewiesen ist, um an Geld zu kommen. Dort gelten die Notwendigkeiten, die im Verlauf dieses Buches dargestellt werden. Wenn sich mittellose Menschen ernsthaft an Subsistenzwirtschaft machen, werden sie das Fehlen von Technik, die sie sich nicht

Seine besondere Härte erlangt das Eigentum dadurch, dass die **Produktionsbedingungen** (Grund und Boden, Räumlichkeiten) und **-mittel** (Roh- und Hilfsstoffe, Werkzeuge, Maschinen usw.) zur Herstellung verkaufter Dinge privates Eigentum sind. So werden Leute nicht nur von den produzierten Sachen ausgeschlossen, sondern auch von den Mitteln ihrer Produktion. Diese ausschließende Verfügung über die Möglichkeiten (Ackerflächen, Rohstoffe, Maschinen etc.) Waren herzustellen, bestreitet also eigentumslosen Anderen ihre Existenz, da sie so nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, der sich über den Tausch von Eigentum gegen Eigentum vermittelt. Oder anders ausgedrückt: Alle, die weder Produktionsmittel noch genügend Geldreichtum zu ihrer Aneignung haben, werden von den Möglichkeiten ausgeschlossen, etwas herzustellen, was sich verkaufen lässt.

So richtig „fruchtbar“ wird dieser Ausschluss, wenn durch ihn mittellose Menschen keine andere Alternative haben als an Arbeitsplätzen, die in fremder Hand liegen, arbeiten zu gehen, um so an einen Gelderwerb zu kommen. Sie verkaufen dafür das einzige, was sie an sich haben, nämlich ihre Fähigkeit zu arbeiten und die Einkäufer*innen nutzen diese in ihrem Sinne. Solche Arbeitskraftverkäufer*innen bekommen einen Lohn, wenn sie durch ihre Arbeit neue verkaufbare Ware herstellen, um so das bereits bestehende Eigentum der Produktionsmitteleigner*innen vermehren.⁵ Nur unter dieser Bedingung bekommen also lohnabhängige Menschen überhaupt ein Einkommen – wer sich nicht in dieser Weise nützlich macht, bekommt auch nichts.⁶

Für die Menschen, die andere für sich arbeiten lassen, heißt Eigentum dann: *Eigentum verschafft nicht nur den Zugriff auf die „bunte Warenwelt“. Es verschafft ihnen auch den Zugriff auf die Produktions-*

leisten können, durch die Verausgabung ihrer Arbeitskraft ersetzen, was für sie Mühen und keinen Genuss mit sich bringt. Daran könnte man merken, dass das „Aussteigen“ eine so leichte Sache nicht ist bzw. sich auch nur als eine Alternative des erfolglosen Zurechtkommens in dieser Gesellschaft herausstellt. Aber mal generell: Uns geht es nicht darum dem Kapitalismus ein Ideal einer Gesellschaft selbstständig für sich sorgender Subsistenzwirtschaftler*innen entgegenzuhalten. Wir wollen die Vorteile einer vernünftig organisierten Arbeitsteilung genießen. Wer sich an dieser Gesellschaft stört, muss schon ihre Prinzipien loswerden und nicht seine Arbeit gegen sie durch mühevoll Arbeit am Überleben der Alternativkommune ersetzen.

⁵ Ausführliches zum Lohnverhältnis siehe Kapitel 4, Lohnarbeit – Die Unterordnung der Arbeiter*innen unter den kapitalistischen Produktionsprozess, S. 87 ff.

⁶ Wie und zu welchem Ziel die Versorgung von arbeitslosen Lohnabhängigen staatlich organisiert wird, ist Thema in Kapitel 8: „Na, dir werd ich helfen“: Sozialstaat, S. 203 ff.

mittel und die Arbeit, mit der sich geldwertes Eigentum herstellen und dann verkaufen lässt. Die Arbeit anderer gilt es für die Vermehrung des Vermögens von Eigentümer*innen wirken zu lassen. Eigentum ist dann das Mittel das Eigentum zu vermehren. Wie das geht, wird in den Kapiteln 3 und 4 erklärt. Im Folgenden gehen wir zunächst wieder einen Schritt zurück, lassen die Lohnarbeiter*innen erstmal wieder beiseite und unterstellen lauter selbstständige Produzent*innen für den Markt.

Ein Zwischenfazit: Das Eigentumsrecht schließt erstens allemal ein, dass man andere vom Gebrauch der Sachen ausschließen kann, damit man sein Auto oder seinen Fernseher alltäglich benutzen kann. Dass man sich darum Sorgen machen muss, dass andere das einem wegnehmen, liegt aber allemal daran, dass die Bevölkerung eben nicht locker mit diesen Dingen versorgt wird. Häufig wollen Diebe aber gar nicht fernsehen oder Auto fahren, sondern haben die zweite Bedeutung von Eigentum im Sinn: Geklaut wird ein Auto, um es gegen Geld weiterzuverkaufen. Eigentum ist zweitens wesentlich geldwertes Zeug, und jeder in der Gesellschaft muss sich um solches Eigentum bemühen. Eigentum ist ausschließende Verfügung über einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums, der austauschbar ist mit anderem Eigentum. Mit dem Eigentum verfügt man so über ein Stück gesellschaftliche Zugriffsmacht und alle bemühen sich diese Macht zu ergattern. Drittens wurde angesprochen, dass das Eigentum selbst zum Mittel wird, um das Eigentum zu vergrößern. Das unterstellt dann aber schon bestimmte gesellschaftliche Produktionsverhältnisse, die im Buch weiter aufgeschlüsselt werden.

Mit dem Privateigentum ist ein gegensätzliches Verhältnis unter den Menschen eingerichtet. Sie konfrontieren sich am Markt wechselseitig mit Forderungen nach Eigentum. Dieses hat dann eine Höhe, je nachdem, um welche Ware es geht. Das Gegeneinander – möglichst viel bekommen und möglichst wenig hergeben wollen – verdankt sich systematisch nicht der Raffgier oder besonderem Egoismus, sondern dem ganz normalen gesellschaftlichen Verkehr auf Basis von Privateigentum.

Dieses Gegeneinander begründet die Notwendigkeit einer allumfassenden Staatsgewalt, die die Leute auf den Respekt vor dem Eigentum der anderen festlegt.⁷ Wenn nur die Staatsgewalt imstande ist, den

⁷ So schafft sich diese Gesellschaft mit dem Privateigentum auch lauter gute Gründe für seine Verletzung. Geklaut wird ein Fahrrad, weil es vom Dieb benötigt wird, er sich den Preis für dieses Stück Eigentum nicht leisten kann oder will. Oder um mit dem

Schutz des Eigentums flächendeckend zu garantieren, dann ist die Einrichtung dieses Verhältnisses auch ihrer Macht zu verdanken. Der Staat setzt das Eigentumsrecht und erst mit der staatlichen Anerkennung als Eigentümer*innen zählt deren Macht über den gesellschaftlichen Reichtum.

Diejenigen, die tauschen müssen, weil sie wenig oder nichts haben, jedoch brauchen, sind gegenüber denjenigen im Nachteil, die tauschen können, aber nicht unmittelbar müssen. Die Schwäche und Not anderer zu benutzen, ist nicht nur ein Ausrutscher, sondern ist in dem gesellschaftliche Prinzip des Tauschens und Geldverdienens angelegt. Aber: Ob überhaupt oder warum sich jemand manchmal in einer schwachen Marktposition wiederfindet, erklärt sich nicht ohne weiteres aus dem Markt selbst. Die Frage, wie mensch in diesem marktwirtschaftlichen System wekommt, liegt jetzt ganz auf der Seite, wie gut es einem gelingt geldwertes Eigentum durch Arbeit herzustellen.

Diebesgut seinerseits ein eigenes Geschäft aufzuziehen. So sieht man nebenbei, dass Diebstahl keineswegs mit einer Kritik des Eigentums zu verwechseln ist. Schließlich besteht ein Unterschied zwischen unrechtmäßiger Aneignung und der Verabschiedung von diesem Verhältnis überhaupt. Weil mit der rechtlichen Unterordnung der Lebensverhältnisse unter das Eigentum erst gute Gründe für Eigentumsdelikte in die Welt kommen, ist auch der Gedanke verkehrt, dass sich Leute ohne das Eigentum ständig bestehlen würden. Mit diesem falschen Vergleich wird sich gerne die Notwendigkeit von Recht und Staatsmacht erklärt, deren Leistung dann im Schutz des Eigentums der Bürger*innen gesehen wird. Ohne Eigentumsrecht hält sich glatt niemand ans Eigentumsrecht, ist hierbei die tautologische Auskunft. Dabei wird durch das Recht Diebstahl nicht verhindert, sondern strafrechtlich geahndet. Nebenbei: Ohne das Eigentum könnten Sachen einfach ohne die Dazwischenkunft von Geld konsumiert werden. Das heißt natürlich nicht, dass kein Mensch mehr in Ruhe sein Marmeladenbrot essen könnte – insofern genug für alle hergestellt wurde. Mehr zum Thema Recht und Strafe in der Broschüre „*Das staatliche Strafen*“ unter <http://gegner.in/das-staatliche-strafen>.

Die Produktion für den Markt

In dieser Gesellschaft wird flächendeckend für den Austausch auf dem Markt produziert. Der Markt gilt als eine ziemlich löbliche Angelegenheit, weil er die Produkte der verschiedenen Produzenten so gut vermittele und so zum Wohlstand aller führe:

Spezialisierung und Handel sind der Schlüssel zu einem hohen Lebensstandard. Spezialisierung erlaubt den Menschen, in einem kleinen Fachgebiet höchst produktiv zu arbeiten. So können Menschen ihre spezialisierten Güter gegen die Produkte anderer tauschen und vergrößern auf diese Weise sowohl die Bandbreite als auch die Qualität der Konsumgüter enorm, wodurch in der Folge der Lebensstandard aller steigt. (Samuelson u. Nordhaus 2010, S. 64)

Arbeitsteilung hat durchaus ihre Vorteile: Einzelne spezialisieren sich auf bestimmte Tätigkeiten, beherrschen diese mit weniger Kraftaufwand besser und können sie dadurch produktiver ausführen. Die einen können dann besser Maschinen herstellen, andere sind besser in der Lebensmittelproduktion. Letztere bekommen dann bessere Maschinen und können so noch besser Lebensmittel für alle, auch für Maschinenproduzent*innen herstellen. Jemand kann sich beispielsweise darauf spezialisieren, Scheibenwischer herzustellen. Das kann die Person dann besser als diejenige, die vorher vielleicht das ganze Auto produziert hat. Mit dem Detailwissen kann diese Person auch immer bessere Scheibenwischer entwickeln. Für alle kann das mehr und bessere Produkte bedeuten, der gesellschaftliche Arbeitsaufwand kann dank der Spezialisierung vermindert werden. So in etwa soll man sich auch die Marktwirtschaft vorstellen: Dort träfen verschiedene Spezialist*innen aufeinander, würden sich auf's Beste ergänzen und so das Wohl aller voranbringen.

Auffällig ist nur, dass in der marktwirtschaftlichen Arbeitsteilung gar keine gemeinsame Absprache darüber stattfindet, was gebraucht wird, deswegen produziert werden soll und wie die dafür anfallende Arbeit aufgeteilt werden soll. Wenn dem so wäre, würden alle ihren Teil zum Gesamtprodukt beitragen und wüssten, wofür dieser Teil erledigt wird.

Die gesellschaftliche Arbeitsteilung im Kapitalismus sieht jedoch ganz anders aus: Da gibt es kein gemeinsames Ziel, zu dem jede*r seinen*ihren Teil beiträgt. Alle Produzent*innen legen los, ohne sich mit anderen abzusprechen und verfolgen dabei ihr privates Gelderwerbsinteresse. Nach stattgefundener Produktion zeigt sich dann auf dem Markt, ob ihre Produkte auf eine zahlungsfähige Nachfrage treffen. Manches stellt sich dabei als Ladenhüter heraus und die Arbeit war umsonst. Ist der Verkauf geglückt, erscheint der Kapitalismus im Nachhinein dann als ein Ergänzungsverhältnis: Weil VW nicht alles selber produziert, ist das Unternehmen beispielsweise auf Autoreifen aus anderer Produktion angewiesen. So erscheint die Verwendung von Autoreifen der Firma Conti bei VW als gelungenes Zusammenspiel der spezialisierten Einzelproduzenten.

Auch dass dauerhaft mehrere Millionen Menschen aufgrund von Arbeitslosigkeit überhaupt keinen Beitrag leisten können, und ganz viele, die „was leisten“, sich „ihren“ Job gar nicht ausgesucht haben, lässt an der Auffassung von der Marktwirtschaft als harmonische Arbeitsteilung zweifeln. Und schließlich ist es ebenso fragwürdig, wie es sich um eine nützliche Zusammenarbeit handeln kann, wenn man permanent mit anderen um Marktanteile und Jobs konkurriert, sich also den Ertrag aus der Arbeitsteilung gegenseitig bestreitet.⁸

Im Folgenden soll der Zusammenhang von Arbeit und Produktion für den Markt erklärt werden. Dabei ist es erstmal gleichgültig, ob man dabei an selbstständige Tischler*innen oder Webdesigner*innen denkt, an Betriebe, die als Kollektive organisiert sind und keine*n Chef*in haben oder an kapitalistische Unternehmen, die Arbeiter*innen einstellen und für sich arbeiten lassen. Die folgenden Aussagen gelten für alle. Erst in den kommenden Kapiteln wird dann genauer darauf eingegangen, wie die hier erläuterten Zusammenhänge zwischen Unternehmer*innen und Lohnarbeiter*innen auftauchen und verändert werden. Worin besteht also die kapitalistische Arbeitsteilung?

Wie in jeder Arbeitsteilung ist der Konsum der Einzelnen von der Arbeit anderer abhängig. Im Kapitalismus hat die gesellschaftliche Teilung

⁸ Der marktwirtschaftliche Verstand findet daran nichts auszusetzen, da gerade die Konkurrenz größtmögliche Effizienz garantiere. Darauf soll gleich auch eingegangen werden. Hier geht es jedoch um den Widerspruch von Zusammenarbeit und Konkurrenz, welche ja gerade das Bestreiten von Kooperation ist.

der Arbeit einige Besonderheiten: Die hergestellten Produkte wurden einerseits für andere hergestellt – schließlich kommen sie auf den Markt. Andererseits werden sie dem Bedarf der möglichen Konsumenten auch erst einmal entzogen – erst die Geldzahlung eröffnet den Zugang zu ihnen. Das passiert nicht zufällig, sondern systematisch, da nur über den Ausschluss der Bedürfnisse von den Mitteln ihrer Befriedigung den Konsument*innen eine Gegenleistung abzuverlangen ist. Wenn also privat produziert wird und die Arbeit dennoch gesellschaftlich geteilt ist, beziehen sich die Teilnehmer*innen dieser Arbeitsteilung so aufeinander: Die in der Arbeitsteilung vorhandene gegenseitige Abhängigkeit gilt es, als Hebel privater Bereicherung auszunutzen. Vom eigenen Angebot müssen andere möglichst abhängig sein, um ihnen Geld abzuverlangen und so selber am gesellschaftlichen Reichtum partizipieren zu können.

Je nach Erwartung mit welcher Teilarbeit sich viel Geld erzielen ließe, stecken Unternehmer*innen ihr Geld in eine bestimmte Branche. Von diesem Zweck aus betrachtet, gelten alle verschiedenen Teilprodukte gleich – eben als Quellen möglicher Geldeinnahmen. Schneidet eine Branche, eine Teilarbeit, in diesem Vergleich schlechter ab, dann werden sich diejenigen Investor*innen, die es sich aussuchen und flexibel sein können, dort nicht engagieren. Wer es sich nicht aussuchen kann, also auf seine Branche, z. B. als Kneipier, festgelegt ist, weil z. B. das Wissen oder die nötigen Produktionsmittel oder das Geld für den Einkauf von nötigem Wissen oder Produktionsmitteln etwa für die Autoindustrie fehlen, der hat den Nachteil. Die Gleichgültigkeit gegenüber den Branchen als Bestimmung der geldwerten Arbeit macht sich so dann gegen die Produzent*innen geltend, wo diese auf die Besonderheit einer Branche zurückgeworfen sind. Wo die Produzent*innen auf der Besonderheit ihrer Produktion beharren wollen oder müssen, gehen sie an diesem Anspruch im Zweifelsfall zu Grunde. Wenn sich in einer Branche kein Geld mehr verdienen lässt, aber der Branchenwechsel nicht gelingt, lässt sich kein Geschäft mehr machen. Umgekehrt eröffnet die Aussicht auf Geldverdienste ganze Zweige marktwirtschaftlicher Arbeitsteilung.

Aus dem Zweck, Verkäufliches herzustellen, ergibt und entwickelt sich in dieser Gesellschaft dann *ungeplant* eine gesellschaftliche Arbeitsteilung bei gegenseitiger Abhängigkeit.⁹

⁹ Konkret heißt das: Da gibt es dann irgendwann eine Fabrik, die nur Behälter für eine bestimmte Säure herstellt, die in der Chemieindustrie verwendet werden. Dann gibt es

Die gesellschaftliche Arbeitsteilung im Kapitalismus stellt als Ensemble von Abhängigkeiten eine notwendige Bedingung der Produktion für Geld dar. Dabei gilt es, diese Abhängigkeiten für sich auszunutzen statt zu kooperieren.

Die Konkurrenz als Ensemble der Bemühungen der Geldverdiener*innen

Dieses Angebot an alle Bürger*innen enthält lauter Ungewissheiten und Zwänge. Was sie versuchen, mit ihrer Privatarbeit gegen die anderen herauszuschlagen, schlägt auch gegen sie selbst zurück – und zwar sowohl die eigenen Taten als auch die Aktionen der Anderen:

Erstens sollen die Kund*innen abhängig vom Warenangebot der Verkäufer*innen sein, damit man ihnen etwas abverlangen kann. Dann versuchen die Kund*innen, diese Abhängigkeit umzudrehen. Sie weichen auf Alternativprodukte aus oder verweisen gleich auf das Angebot der Konkurrenz. Der Gleichgültigkeit der Produzent*innen gegen das Bedürfnis der potentiellen Kund*innen begegnen diese mit der Gleichgültigkeit gegenüber den Anstrengungen der Produzent*innen. Ob sich die produzierten Sachen verkaufen lassen, ob der Zweck des Geldverdienens aufgeht, ist daher überhaupt keine ausgemachte Sache. Findet die Chemieindustrie einen Ersatzstoff für Vorprodukte von Zuliefer*innen, ist sie auf diese nicht mehr angewiesen.

Zweitens stellt sich die Frage, ob die potentiellen Kund*innen genug Geld zahlen können. Hier zeigt sich, dass alle Warenproduzent*innen und Anbieter*innen von Dienstleistungen noch in einer ganz anderen Art voneinander abhängig sind: Will jemand Geld von Kund*innen haben, so müssen sie zuvor das Geld verdient haben. Der Bäckerbetrieb ist darauf angewiesen, dass seine Käufer*innen selber Geld verdient haben, etwa durch Tischlerarbeit, Kneipenbetrieb, Call-Center-Lohnarbeit oder als Call-Center-Betreiber*in. Alle versuchen möglichst viel zu verdienen und möglichst wenig Geld herzugeben. Alle machen damit Konkurrent*innen das Geldverdienen schwer. Aber alle sind zugleich darauf

plötzlich eine*n Produzent*in, der*die nur die Schraubverschlüsse für diese Behälter herstellt. Wenn Firmen in der Chemieindustrie oder der*die Behälterproduzent*in pleitegehen, ist auch der*die Schraubverschlusshersteller*in ruiniert. Oder aber es wird sich in einer Branche engagiert, obwohl es bereits genug Firmen darin gibt. Es ist dann klar, dass mehr produziert wird als Zahlungskraft vorhanden ist. Dass dabei welche herausfliegen, ist dann notwendig.

angewiesen, dass diese als Konsument*innen selber erfolgreich mit den widrigen Umständen der marktwirtschaftlichen Arbeitsteilung umgegangen sind. Denn nur dann sind sie zahlungskräftig und für das eigene Geschäft zu gebrauchen.¹⁰

Drittens verfolgen andere Anbieter*innen derselben Branche das gleiche Ziel des Geldverdienens: Auch sie erheben mit ihrer Produktion Anspruch auf die Kaufkraft der Kundschaft. Konnte man im letzten Jahr noch mit seinem Beitrag zur gesellschaftlichen Gesamtarbeit über die Runden kommen oder als Unternehmen gute Gewinne machen, stellt sich plötzlich raus: Mein Produkt ist ersetzt worden durch andere oder es gibt zu viele Produkte derselben Art oder die Kund*innen haben weniger Geld. Jede*r Produzent*in versucht selber, die ungeplante Arbeitsteilung für sich auszunutzen und verändert sie dabei. Jede*r versucht mehr Waren abzusetzen, sein*ihr Produkt durch neue Features gegenüber den konkurrierenden Angeboten hervorzuheben oder etwas ganz Neues anzubieten. Dies machen alle und so fällt die gesellschaftliche Aktion auf jede*n Produzent*in zurück. Wenn alle Produzent*innen nicht für den eigenen Bedarf, sondern nur für den zahlungskräftigen Bedarf anderer, also ihren Privatnutzen produzieren, müssen sich ihre Einzelarbeiten erst noch als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit erweisen. Denn diese ist nicht einfach die Summe der hergestellten, sondern der verkauften Produkte.

So kreieren alle zusammen die **gesellschaftliche Anforderung** für den individuellen Erfolg und Misserfolg: Die private Arbeit muss in eine sich ständig wandelnde gesellschaftliche Gesamtarbeit, die von Gegensätzen nur so wimmelt, reinpassen. Was die Gesamtarbeit ist, das zeigt sich dabei immer nur im Nachhinein. Arbeit, die das schafft, ermöglicht den Zugang zum Geld und damit zum Zugriffsmittel auf

¹⁰ Das widersprüchliche Interesse am Erfolg der Konkurrent*innen zeigt sich auch noch einmal im Verhältnis von Unternehmen und Lohnabhängigen: In ihrer Rolle als Konsument*innen kann ihr Einkommen nicht hoch genug sein. Schließlich macht sich da ihr Bedarf als zahlungsfähige Nachfrage nach den Produkten von Unternehmen bemerkbar. In ihrer Rolle als Lohnempfänger*innen, die von Unternehmen bezahlt werden müssen, gilt ihr Einkommen andererseits als zu minimierender Kostenfaktor, der das Unternehmensziel nicht beschränken soll. So wird insbesondere der Konsum lohnabhängiger Menschen doppelt und sehr widersprüchlich von Unternehmen in Anspruch genommen: Einerseits hat er als Realisationsmittel für Gewinne zu dienen, andererseits als günstiges Einkaufsmittel fremder Arbeitstätigkeit, die die Gewinne produziert.

die Ergebnisse der Arbeit anderer. Die kapitalistische Arbeitsteilung zeigt sich so laufend als erzwungene Kooperation. Arbeit, die das nicht schafft, war vergebens. *Kein*e Produzent*in alleine hat diese Messlatte in der Hand. Sie existiert als ein gesellschaftliches Gebot außerhalb seiner*ihrer Reichweite. Indem der*die Produzent*in versucht, sich nach dieser Messlatte zu strecken, leistet er*sie seinen*ihren individuellen Beitrag für die veränderte Messlatte.*

Eine besondere Messlatte schaffen sich dabei die direkten Konkurrent*innen, also diejenigen, die versuchen, mit dem gleichen Produkt am Markt Erfolg zu haben. Alle Produkte einer Warenart werden auf dem Markt miteinander nach Preis und Qualität verglichen. So stellt sich ein durchschnittlicher Marktpreis unter ihnen her, dem die Produzent*innen mindestens entsprechen müssen, wenn sie ihr Ziel realisieren wollen. Den Marktpreis zu unterbieten, indem die Produkte schneller und in einem größeren Umfang hergestellt werden als die der anderen, wird zur Art und Weise, den Vergleich gegen die anderen zu gewinnen. Indem allerdings die eigene Arbeitsproduktivität, also die Menge Arbeit pro Zeit, zur Erwirtschaftung eines Konkurrenzvorteils gesteigert wird, wird gleichzeitig der Durchschnitt für alle herabgesetzt. So steigt das Mindestmaß an Arbeitsleistung pro Zeit, was es für das Überstehen des Konkurrenzkampfes braucht. Davon gibt es kein Zurück mehr, sondern nur eine „Flucht nach vorn“, indem die nächste Runde gegenseitigen Unterbietens eingeläutet wird. Dieser Zwang zur Unterbietung wird dabei vom Interesse der Produzent*innen selbst geschaffen – nur soweit der Zweck des marktwirtschaftlichen Produzierens im Geldverdienen besteht, müssen sich die einzelnen Produzent*innen an den Bedingungen des Marktes ausrichten, die sie mit ihren eigenen Aktionen ungeplant hervorbringen. Insofern sind sie durch ihr eigenes Interesse am Geschäftserfolg zu gesteigerter Arbeitsleistung „gezwungen“.

Die andere Seite des Vergleiches besteht darin, dass ihm notwendig einige Produzent*innen nicht standhalten. Wer im Durchschnitt unterliegt, also mit der Arbeitsleistung der anderen nicht mithalten kann, wird seine*ihre Produkte nicht verkaufen. Hier wurde zwar gearbeitet, aber die Arbeitsleistung gilt marktwirtschaftlich als umsonst verausgabt, wenn sie nicht gegen Geld getauscht wird. Dass immer wieder welche herausfallen, liegt nach dem oben Dargestellten nicht an ihnen selbst. Was der Rest der Unternehmen treibt, liegt nicht in der

Macht der Konkurrent*innen – dem Marktpreis können sie allerdings die Anforderung an sich entnehmen. Die eigene Leistung zählt eben gar nicht für sich, sondern nur im Vergleich gegen die der anderen. Und weil jede*r den Zweck hat, die Kaufkraft der Konsument*innen für sich zu beanspruchen, besteht der Effekt ihrer Bemühungen darin, anderen einen Strich durch die Rechnung zu machen. ★ *Das Lob der belebenden Wirkungen des Wettbewerbes beschönigt genau das Hauen und Stechen auf dem Markt: Alle verlangen sich mehr Leistung ab, bestreiten sich darin gegenseitig ihr Interesse, sodass notwendig Gewinner*innen und Verlierer*innen produziert werden, statt dass „für alle gesorgt ist, wenn nur jede*r an sich selbst denkt“.*

Des eigenen Glückes Schmied?

Das Leben der Menschen ist in der kapitalistischen Gesellschaft abhängig gemacht vom Geldreichtum, über den privatrechtlich verfügt wird. Sie alle müssen dem Anspruch genügen, geldwerte Arbeit zu leisten. Hat man hier Erfolg, eröffnet es den Zugang zum stofflichen Reichtum der Gesellschaft und sichert in dem Maße die materielle Bedürfnisbefriedigung. Das ist die Glücksaussicht. Sich darin zu bemühen, daran hindert in der kapitalistischen Gesellschaft keine Standesgrenze mehr, denn es gelten ja Freiheit und Gleichheit. Alle sind frei, sich im Streben nach Glück zu versuchen: Es komme nur darauf an, sich richtig anzustrengen, man hätte es ganz selbst in der Hand. Dass sich die Arbeit an den Messlatten gesellschaftliche und durchschnittliche Arbeit bewähren muss, ist eine Kritik an diesem Lieblingssatz des bürgerlichen Versprechens. Die eigene Leistung führt nur in dem Maße zum Erfolg, wie man sich vergleichsweise gegen die Anderen behaupten kann. *Viel Leistung bringt nichts, wenn die anderen noch mehr Leistung bringen. Viel Leistung bringt nichts, wenn sich herausstellt, dass man in die sich verändernde gesellschaftliche Gesamtarbeit nicht hineinpasst.*

Und was heißt hier eigentlich Leistung bringen? Jede von Geburt aus mitgebrachte Beeinträchtigung, jede die sich vielleicht aus der Sozialisation entwickelt, kann in dieser Gesellschaft zum Nachteil werden und so auch immer wieder zum Misserfolg führen. Viel Arbeit wird umsonst verausgabt, weil sie vergleichsweise zu langsam und daher nicht konkurrenzfähig war. Viele Arbeiter*innen haben mit ihrer Arbeit kein angenehmes Leben, weil sie ihre relative „Langsamkeit“ durch

längeres Arbeiten ausgleichen müssen, um überhaupt über die Runden zu kommen. Ginge es um den Gebrauchswert, ginge es um die Bedürfnisbefriedigung, dann wäre jede Arbeit, egal wie langsam, einfach ein Beitrag zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung. In der kapitalistischen Gesellschaft wird dies laufend zurückgewiesen.

Ob man aber überhaupt im Kapitalismus die durchschnittliche oder erwartete Leistung bringen kann, hängt von den Mitteln dazu ab. Die für den Erfolg nötigen Mittel werden aber mit der Freiheit, sie für's Erfolgsstreben zu gebrauchen, vom Freiheitsgeber Staat nicht mitgeliefert. Diejenigen, die nicht die entsprechenden Produktionsmittel ihr Eigentum nennen, brauchen im Leistungsvergleich auf großem Maßstab gar nicht erst anzutreten. Sie müssen sich selbst zu Markte tragen und darauf hoffen, dass die eigene Arbeitskraft gekauft wird. Ihnen definieren dann die Unternehmen, was sie im Betrieb zu leisten haben und wie sie entlohnt werden. Dazu aber mehr erst im 4. Kapitel „Lohnarbeit“.

Zwei Abweise an praktische Konsequenzen

Bevor wir zum Thema Geld kommen, ist es uns ein Anliegen, zwei praktische Konsequenzen zu kritisieren, die in der alternativen Linken vorkommen:

Erstens: Die bisher erläuterten Prinzipien hätten auch in einer utopischen Gesellschaft ohne Geld mit lauter Tauschenden ihre Geltung. Wegen des Eigentums wäre ein Ausschluss der Bedürfnisse von dem brauchbaren Zeug gesetzt, woraufhin sich jede*r darum bemühen müsste, tauschbares Produkt hervorzubringen, was als Wettstreit um konkurrenzfähige Leistung im Nachhinein auf dem Markt dann gelingt oder nicht. Auch hier wäre nicht die Bedienung, sondern die Ausnutzung des gesellschaftlichen Bedarfs die Art und Weise, sich ein Auskommen zu verschaffen. Wenn ich den Apfel nur im direkten Tausch gegen Birnen rausrücke, stelle ich mich ebenso gleichgültig zum Bedürfnis der anderen, als wenn ich Geld für meinen Apfel verlangen würde. Die Gegensätze, die in einer Welt des Eigentums Leuten das Leben schwer machen, wären hier also gar nicht beseitigt.

Zweitens: Angesichts zahlreicher schlechter Wirkungen des Geldverdienens auf die Umwelt, Gesundheit und Arbeitsbedingungen hat sich eine Idee entwickelt, an die Konsument*innen zu appellieren, verantwortungsbewusst einzukaufen. Indem die Verbraucher*innen Unternehmen

Produkte abkaufen, die unter schädlichen Arbeitsbedingungen und mit zerstörerischen Folgen für die menschliche Umwelt produziert worden sind, würden sie nämlich die entsprechenden Unternehmensstrategien honorieren und erst ermöglichen. Ein verantwortungsbewusster Konsum, der nicht der „Geiz ist geil“-Mentalität folge, würde daher auch zu veränderten Herstellungsweisen von Produkten führen.

Am Anfang dieses Kapitels (S. 25 ff.) haben wir den Gedanken der Volkswirtschaftslehre kritisiert, nach dem der Kunde König sei. Die VWL behauptet, dass gerade weil sich Unternehmen nur „egoistisch“ um ihren Gewinn kümmern, müsste sich die Produktion letztlich immer nach den Konsumwünschen richten. Im Gegensatz zur VWL entdecken die Konsumkritiker*innen dagegen lauter schädliche Resultate der Produktion und meinen dabei nicht nur (aber auch) die Qualität der Produkte, sondern auch die Folgen der Produktion auf Arbeit und Natur.¹¹ Das müsse aber nicht so sein. Dafür komme es dann schwer auf die Einstellung aller Beteiligten an: Konsumkritiker*innen unterscheiden gute Produzent*innen, die Arbeiter*innen und Natur schonen von rücksichtslosen Produzent*innen. Auf der anderen Seite gibt es verantwortungsvolle Konsument*innen, die sich überlegen, bei wem sie einkaufen und rücksichtslose Käufer*innen, denen es nur auf ihren eigenen Geldbeutel ankomme.

Am Geldverdienen oder Gewinnemachen haben diese Konsumkritiker*innen nichts auszusetzen. Es müsse nur die richtige Portion Moral dazukommen:

Firmen wie GAP und H&M müssen endlich öffentlich Rechenschaft ablegen, wieso sie jährlich Riesengewinne machen und dennoch den verarmten Beschäftigten ihrer Zulieferer keinen Existenzlohn bezahlen.¹²

Gewinne machen ist also o.k., vielleicht sogar „Riesengewinne“ machen, aber dann, so der Vorwurf, haben die Konzerne auch die Freiheit und da-

¹¹ Zu unterscheiden ist die andere Sorte Konsumkritik, die gleich Verzicht fordert, weil deren Problem Menschen sind, die zu viel wollen. Diese Abteilung Konsumkritik ist im ersten Kapitel, Abschnitt „Gollum linksherum oder: Alles Käse, die Askese“, S. 19, kritisiert worden.

¹² Berndt Hinzmann, Referent der Kampagne für Saubere Kleidung. (<http://www.sauberekleidung.de/index.php/living-wage-existenzlohn/archiv-living-wage/218-europas-modeunternehmen-hungerloehne>; eingesehen am 26.05.2014.)

mit die Pflicht, bei ihren Zulieferern in Kambodscha darauf zu drängen, dass sie Löhne zahlen, von denen man leben kann.

Unternehmen stellen Arbeiter*innen allerdings nicht ein, um ihnen ein Auskommen zu verschaffen, sondern damit sie Produkte herstellen, die ihnen Gewinne verschaffen. Für dieses Ziel sind niedrige Löhne und ein rücksichtsloser Umgang mit den natürlichen Lebensbedingungen von Menschen gerade ein gutes Mittel.¹³ Das „dennoch“ ist also ein „weil“: Weil Unternehmen eben so günstig auf Kosten ihrer Belegschaft und Umwelt produzieren, machen sie „Riesengewinne“. Die Lebensbedingungen von Arbeiter*innen kommen in der Unternehmenskalkulation also nicht als Zweck und Maß der Lohnzahlung vor, weshalb sie auch dementsprechend aussehen. Konsumkritiker*innen drehen das Verhältnis von Zweck und Mittel kapitalistischer Produktion um: Günstige Lohnarbeit und preisgünstiger Verbrauch natürlicher Ressourcen werden nicht als Mittel des Gewinns angesehen, sondern umgekehrt soll der Gewinn eigentlich Beschäftigten und Umwelt dienen. Weil die Konsumkritik dem Gewinnzweck zuschreibt, gerade für den Nutzen der Benutzten da zu sein, verurteilt sie Unternehmen, bei denen sie ihre Wunschvorstellung beim besten Willen nicht mehr entdecken kann: Solchen wirft sie dann Profitgier vor, während die anderen Profit zum Nutzen aller machen. Statt also den Zweck der Veranstaltung zu kritisieren, dessen Wirkungen ihr missfallen, verurteilt die Konsumkritik eine falsche moralische Stellung zu ihm. Damit wirft sie „gierigen“ Unternehmen die Abweichung von anständiger Unternehmenspraxis vor und nimmt so ganz nebenbei Maß an den nicht angeprangerten Unternehmen: Deren Kalkulation mit Kosten für Lohn und Umweltbenutzung sowie deren Absatzstrategien gehen dann völlig in Ordnung – sie sind die „Normalität“, deren Einhaltung diese Kritik einfordert. Als wenn ein Lohn, von dem man bloß existieren kann, eine gute Sache wäre. Dass auch Löhne von hiesigen Lohnarbeiter*innen nicht an deren Bedürfnissen orientiert sind, wird dabei gar nicht mehr gesehen.

Um gegen die menschenfeindlichen Produktionsmethoden vorzugehen, verfallen die Konsumkritiker*innen nicht etwa auf die Veränderung des Zwecks der Produktion, der eben seine negativen Wirkungen hat. Stattdessen drängen sie auf die Veränderung von sich selbst als

¹³ Ausführlich wird dies im kommenden Kapitel „Kapital – Geld 2.0“ sowie in Kapitel 4 (S. 114) begründet.

Konsument*innen: An den Kaufentscheidungen der Konsument*innen läge es nämlich, dass die angeprangerten Unternehmenspraktiken überhaupt möglich sind. Wer aus Geiz nur billige Produkte kauft, fördere die verantwortungslosen Unternehmen. So erklärt die Konsumkritik die Konsument*innen für die (Mit-)Schuldigen: Sie würden nur an sich denken, statt Verantwortung auch und gerade als Konsument*innen zu übernehmen.¹⁴ Dabei wäre zu fragen: Warum sollen Käufer*innen eigentlich für Praktiken von Unternehmen Verantwortung übernehmen, die sie gar nicht angeordnet haben, weil sie als Käufer*innen auch gar nicht den Gewinnzweck verfolgen? Sind denn die Wünsche der Konsument*innen tatsächlich maßgebend für das, was und wie produziert wird – wenn Produkte dauernd ganz anders hergestellt werden als sich die Konsument*innen das erwarten?¹⁵

¹⁴ „Konsum muss vom einzelnen zum einen als ein politischer Akt gesehen werden, d.h., er muss sich überlegen, welche Firmenpolitik, welchen Konzern, welche Marktmarktstruktur er mit seinem Geld täglich unterstützt und finanziert“ (http://konsumpf.de/?page_id=7777; eingesehen am 27.05.2014).

¹⁵ Dass die Unternehmenswelt mit ihren Gewinnkalkulationen das Bestimmende ist, könnte man sich auch aus den Debatten erschließen, die die Freund*innen des verantwortungsvollen Einkaufens selber führen: Greenpeace stellte 2012 fest, dass es keinen „umweltfreundlichen“ Computer gibt, nachdem sie alle Zuliefererketten der Computerhersteller untersucht haben. Man könnte daraus den Schluss ziehen, dass daher die Rücksichtslosigkeit gegenüber Arbeiter*innen und Natur das Normale ist und weiter am Gewinnzweck der Unternehmen nachdenken, warum dieser zielsicher Leid hervorruft. Konsumkritiker*innen ziehen daraus den Schluss, dass richtiges Konsumverhalten schwierig ist. Konsumkritiker*innen stellen sich auch das Problem, dass der Nicht-Kauf von Produkten zu Arbeitslosigkeit der Beschäftigten führt und das für die auch keine Hilfe ist. Man könnte daraus den Schluss ziehen, dass abhängig beschäftigt zu sein, schlecht ist. Für die Konsumkritiker*innen ergibt sich nur eine weitere Schwierigkeit in ihrem Vorhaben durch Konsumententscheidungen eine Gewinnproduktion mit menschlichen Antlitz herzustellen. Dass es schier unmöglich ist, sich als Konsument*in über alles, was man kauft, zu informieren, macht sie nicht stutzig hinsichtlich der allumfassenden Rücksichtslosigkeit der Produktion für den Markt. Stattdessen erfinden sie ein Siegel nach dem anderen und müssen letztlich den Staat anrufen, diese Siegel zu beglaubigen. Auf dieser Basis lässt sich dann den Konsument*innen wieder der Vorwurf machen, sich dafür nicht zu interessieren. Auf der anderen Seite wird dann aber auch festgestellt, dass die staatlichen Siegel nicht soviel taugen. Der Staat will schließlich das Wirtschaftswachstum und daher sind die Siegel rücksichtsvoll gegenüber dem Gewinninteresse und die Kontrollen locker. Kommt irgendeine „Schweineerei“ ans Tageslicht, können sich die entsprechenden Firmen auf die Wirksamkeit einer schönen Reuebekundung verlassen: „Bedauern zutiefst . . . entschuldigen uns bei allen Kunden . . . unverantwortliches Handeln einzelner . . . haben uns von den verantwortlichen Mitarbeiter/ Lieferanten getrennt . . . blablabla.“ Die Konsumkritiker*innen setzen ja selber laufend die Idee in die Welt, dass Gewinn, guter Lohn und eine lebenswerte Umwelt zu-

Nicht die Konsument*innen sind der Grund für die besonders lebensfeindlichen Produktionsbedingungen, sondern der unternehmerische Zweck Gewinn. Diesen Gewinn können Unternehmen nur dann erzielen, wenn sie auf zahlungsfähige und -willige Kundschaft treffen. So wird die Zahlung von Geld zur Bedingung für den Gewinn, nicht jedoch zu seinem Grund. Die Konsument*innen kommen an dieser Bedingung selbst auch gar nicht vorbei, sie müssen nämlich das für den Gewinn verlangte Geld haben und weggeben können, um sich die benötigten Produkte zu verschaffen. Ob sie über das dafür nötige Geld verfügen, ist für die meisten Konsument*innen dabei gar keine abgemachte Sache: Verfügen sie über kein Eigentum, sind sie auf die Zahlung von Lohn gegen Arbeit angewiesen, dessen Höhe in der Regel eher gering ausfällt und nie einfach Maß an ihren Bedürfnissen nimmt.¹⁶

Um nun „verantwortungslosen“ Unternehmen das Geschäft zu erschweren, bleibt den „verantwortungsbewussten“ Konsument*innen nichts anderes übrig, als bestimmte Produkte nicht zu kaufen. Da damit die Bedürfnisse nicht befriedigt sind, bleibt nur das Ausweichen auf Produkte anderer Unternehmen. Das hat dann den praktischen Effekt, dass sich die Bilanz des einen Unternehmens verschlechtert, während die des anderen verbessert wird. In der Regel sind das dann auch die teureren Produkte, auf die ausgewichen werden soll. Diese Freiheit der Wahl muss man sich also leisten können oder man übt sich im Verzicht. Spätestens hier fragt sich, wem damit dann eigentlich geholfen sein soll? Gerade von der Masse der Leute zu fordern, dass sie verantwortlicher einkaufen sollten, unterschlägt, dass sie nicht einfach über das Ob und Wieviel ihres Einkommens verfügen können. Die meisten Menschen müssen umgekehrt mit dem in der Regel niedrigen Lohn auskommen und haushalten. Sie kaufen günstige Produkte ja nicht deswegen, weil sie auf deren schlechte Qualität scharf wären, sondern weil mehr in ihrem Lohn nicht drin ist. Denjenigen, die sich eh schon im Einteilen üben müssen, den Kauf teurerer Produkte zu empfehlen, ist ignorant und von ihnen Verzicht zu verlangen einfach nur zynisch. Sie ferner anzuquatschen, nicht so egoistisch zu sein, verwandelt ihre Not des

sammenpassen könnten, wenn die Moral stimmt. So machen sie ihren eigenen Beitrag dazu, dass solche Reuebekundungen bei den Menschen ankommen.

¹⁶ Warum die Masse der Bevölkerung als Lohnarbeiter*innen so mager mit Zahlungskraft ausgestattet ist, davon handeln die kommenden Kapitel.

Haushaltens mit knappem Einkommen in Geiz und erklärt ausgerechnet diejenigen für verantwortlich, die am wenigsten zu melden haben: Als Lohnabhängige hängt ihr Einkommen am Gebrauch ihrer Arbeitskraft für den Gewinn von Unternehmen. Die bestimmen dann, was die Arbeitenden auf welche Art und Weise herzustellen haben, womit sie also Geld verdienen wollen und wie viel sie ihren dafür Beschäftigten zu zahlen bereit sind. Als Konsument*innen hängen sie von den Produkten ab – auf die Güte der Produkte haben sie keinen Einfluss, ihren Preis müssen sie bezahlen können. So ist die Rolle des Konsums in dieser Gesellschaft nach verschiedenen Seiten abhängig: Das Was, Wie und Wieviel des Konsums wird durch die Unternehmerschaft und ihren Zweck bestimmt, die Masse der Konsument*innen sind davon abhängig. *★ Konsumkritiker*innen bilden sich hier eine Kontrollfunktion ein. Wer ordentliche Produkte in ausreichendem Maße mit einem vernünftigen Arbeitseinsatz und einem Umgang mit der Natur haben will, die hinterher noch lebenswert ist, muss eine Produktionsweise anstreben, die in sich eben keine Anreize für miesen Umgang mit Arbeit und Natur bietet.*

Geld

Der Nutzen des Geldes

Das Geld, das sich mit den Angeboten auf dem Markt verdienen lässt, ist in den Augen der bürgerlichen Öffentlichkeit ein wertgeschätztes Mittel: So erzählt z. B. die volkswirtschaftliche Welt gerne das Märchen von der Notwendigkeit und Nützlichkeit des Geldes. Das Geld hätte den Tausch zwischen den Teilnehmer*innen der Arbeitsteilung erleichtert, sei also sehr nützlich für die Bedürfnisbefriedigung, weil man ansonsten schwierig die passende Tauscherin fände, die zufällig das zum eigenen Bedürfnis passende Naturalgut bereit hält. Mit Geld würde also die bunte Warenwelt erst zugänglich, indem das Geld die angebotene Ware und das Bedürfnis vermittele:

Der Naturaltausch setzt im Prinzip eine wechselseitige Übereinstimmung der Bedürfnisse voraus. [...] So müsste beispielsweise ein hungriger Schneider nach einem frierenden Bäcker suchen, der gerade einen neuen Mantel benötigt. Und wenn der Schneider damit erfolgreich ist, erhält er

für den Mantel so viele Brötchen, dass er dafür noch nach weiteren Abnehmern suchen muss. Im Gegensatz zu einer Wirtschaft mit einem funktionsfähigen Geldwesen ist eine Tauschwirtschaft also mit hohen Such- und Transaktionskosten verbunden. (Bofinger 2011, S. 281)

Oder:

Würde jeder Arbeiter in Produkten entlohnt, die sein Unternehmen herstellt und verkauft, stünde er vor der Riesenaufgabe, diesen ‚Naturallohn‘ in die vielen Produkte umzutauschen, die seine Familie zum Leben braucht. (Wittekind 1994, S. 53)

Man kann sich ausmalen, wie kompliziert bis unmöglich ein solches Leben wäre, sodass man über das bloße Vorhandensein von Geld schon ziemlich zufrieden sein kann:

Geld ist eine Art Schmiermittel, das den Waren- und Dienstleistungsaustausch erleichtert. [...] Geld fungiert als Vermittler zwischen Käufern und Verkäufern, der mühelos und Milliarden Mal jeden Tag kleine Verbindungen herstellt und damit dem Eigeninteresse der Betroffenen dient. (Samuelson u. Nordhaus 2010, S. 67)

Geld wird hier als Hilfe für den Naturaltausch charakterisiert. Dass man tauschen muss, um an die benötigten Sachen heranzukommen, ist zwar alles andere als natürlich, bei dieser Beweisführung der Volkswirtschaftslehre aber als Selbstverständlichkeit unterstellt. Und dass es der VWL dabei nicht um den Tausch von zufällig zu viel produzierten Sachen geht, wie in den Anfängen des Handels, sondern darum, dass der Tausch der ausschließliche Weg ist, um an seine Lebensmittel heranzukommen, ist ebenfalls unterstellt. Dies aber setzt wiederum voraus, dass die Lebens- und Produktionsmittel in Form von Privateigentum vorliegen, die Menschen sich also wechselseitig von den lebenswichtigen Dingen ausschließen. So sind sie sachlich voneinander abhängig und die produzierten Dinge bekommen einen völlig anderen Charakter, als bloß nützlich für die Bedürfnisbefriedigung zu sein. Denn in dieser erzwungenen Arbeitsteilung müssen die Menschen Sachen besitzen, mit denen

sie auf alles mögliche fremde Privateigentum zugreifen können. Diese Eigenschaft hat nur das Geld. Deswegen müssen alle zusehen, Geld zu verdienen. Dann ist das Geld jedoch kein freundlicher Helfer, um die nützlichen Sachen zur richtigen Zeit zum richtigen Ort zu bringen, sondern der Zweck der ganzen Produktion oder anders ausgedrückt: der Herr, dem jede Produktion zu dienen hat. Weil Geld der Zweck marktwirtschaftlichen Produzierens ist, hängt die Bedürfnisbefriedigung von der Verfügung über Geld ab. Die damit installierte Abhängigkeit vom Geld lässt es dann als Hilfsmittel für die Befriedigung von Bedürfnissen erscheinen. Wenn alle Geld verdienen wollen, weil sie es müssen, ist der im Beispiel ausgemalte Naturalientausch übrigens ausgeschlossen. Deswegen findet man auch so selten Leute, die einfach Dinge gegen Dinge tauschen – in aller Regel wird Geld dafür verlangt.

In dem Märchen von der Nützlichkeit des Geldes werden die marktwirtschaftlichen Figuren und Verhältnisse, die es nur mit einem schon vorhandenen Geld gibt, unterstellt und gefragt: Was wäre, wenn es das Geld nicht gäbe? Wie schwer wäre es dann zu tauschen? Ganz so, als wenn man den am Computer arbeitenden Menschen bereits unterstellt und fragt, was wäre, wenn es keinen Stromanschluss gäbe? Antwort: Es gäbe keinen Computer und daher gäbe es auch den am Computer arbeitenden Menschen nicht. Die Logik der Fragestellung ist dabei falsch: Eine für das Ganze der kapitalistischen Ökonomie notwendige Bedingung wird sich einfach weg gedacht und der Rest des Ladens bestehen gelassen. Der so eintretende Mangel wird dann durch die Wiedereinführung der Bedingung als Möglichkeit der Problemlösung behoben.

★ *Diese Theorie will das Geld also als die Möglichkeit vorstellen, Probleme des Naturaltausches zu lösen und darin der Bedürfnisbefriedigung dienlich zu sein. Wie aber wird dadurch das Geld erklärt? Gerade darüber: dass sich das Geld weg gedacht wird! Eine richtige Erklärung des Gelds ist das nicht, aber: Studierende der VWL lernen, dass Geld unglaublich wichtig ist.* Die Volkswirtschaftslehre fragt, was wäre wenn es kein Geld gäbe, sagt dann aber nicht, die Leute müssten anders miteinander umgehen und nicht von der Produktion für den Markt leben. In der VWL-Klausur wird eine andere Antwort erwartet: Ein Glück gibt es Geld, da die unterstellte kapitalistische Welt sonst ja nicht funktionieren könnte...

Wenn die Volkswirtschaftslehre den Vorzug des Geldes auf den Punkt bringt:

Der mit der Tauschmitteleigenschaft des Geldes verbundene Vorzug besteht darin, eine angebotene Ware jedem beliebigen Nachfrager überlassen zu können, der über allgemein anerkannte Tauschmittel, d.h. über Geld verfügt, (Häuser 1967, S. 190)

sollte man ihr zu bedenken geben, dass hier das Geld etwas vereinfacht, was ohne die allseitige Angewiesenheit auf Austauschbares gar nicht vorhanden wäre. Das Lob des Geldes interpretiert sich die Abhängigkeit vom Geld als Chance um: Damit „löst“ dann Geld gerade das Problem, welches mit dem Eigentum erst geschaffen ist: den Ausschluss der Bedürfnisse von ihren Befriedigungsmitteln.

Die Macht des Geldes

Es ist natürlich gar nicht abzustreiten, dass man sich mit Geld allerlei Dinge zugänglich machen kann, wenn man es in entsprechender Höhe hat. Fehlerhaft ist es allerdings, durch das Aufzeigen der Funktionen des Geldes dessen Nützlichkeit für die Versorgung bewiesen haben zu wollen. Das kürzt sich auf die gar nicht gehaltvolle Aussage zusammen, dass Geld dem Umgang mit einer Gesellschaft dient, in der laufend Geld verlangt wird. Es ist doch vielmehr die Frage, wodurch das Geld z. B. fürs Einkaufen, Sparen oder als Kapital benutzt werden kann. Worin besteht also seine Qualität?

Wenn an jeder produzierten Ware ein Preisschild hängt, das die Höhe ihres Anspruchs auf Geld anzeigt, sind alle Waren in ihrer Verschiedenheit mit Geld gleichgesetzt. Das Preisschild drückt eine Gemeinsamkeit all dieser unterschiedlichen Dinge aus und gibt ein gemeinsames *Maß* an: Die Waren sind darauf reduziert, einen Geldwert zu haben. Das ist in der Marktwirtschaft aber auch ihre wesentliche Eigenschaft und nicht, dass sie Tische, Autos oder Haarfrisuren sind. Die vielen Güter gelten quasi als Stellvertreter des eigentlichen Reichtums: Geld oder der abstrakte Reichtum. Alle Waren müssen durch den Verkauf zu Geld werden, um als Reichtum zu zählen. Wenn alle Waren Geld werden müssen, dann ist diesem Kriterium auch die Arbeit unterworfen, die die Waren schafft. Sie ist darauf reduziert und an sie ist die Anforderung

rung gestellt, geldwertes Produkt hervorzubringen statt „einfach nur“ Gebrauchsgegenstände.

Indem sich alle Waren in Geld verwandeln sollen, weil sie sonst nichts gelten, tragen die Wareneigentümer*innen selber zur besonderen Stellung des Geldes bei: Wenn alle Waren Geld werden sollen, ist noch nicht ausgemacht, ob sie auch Geld werden, dass sie also verkaufbar sind. Zugleich ist durch diese Aktivität der Waren bzw. ihrer Eigner*innen dann aber immer klar, dass sich Geld jederzeit gegen jede Ware umsetzen lassen kann. Es ist das mit allen anderen Gütern jederzeit austauschbare Ding oder das „allgemeine Äquivalent“. Darüber, dass sich alle Güter als Privateigentum in Geld umsetzen lassen müssen, bekommt es seine Macht über den gesellschaftlichen Reichtum: Umgekehrt schließt dann das Verfügen über Geld den Zugriff auf alle Arbeitsprodukte ein. Und nicht nur das: ebenso den Zugriff auf die sie hervorbringende Arbeit selbst, welche man im Kapitalismus einkaufen kann. ★ *Geld ist somit als gesellschaftliche Zugriffsmacht charakterisiert.* Marx hat das Geld deshalb auch mal als gesellschaftliche Macht bezeichnet, die man in der Tasche herumtragen kann.¹⁷ Mit Geld in entsprechender Höhe kann man auf alle Produkte zugreifen, die in dieser Gesellschaft hergestellt werden. Allein die Höhe des Geldes setzt seinen Besitzer*innen eine Schranke. Und der ganze Witz der wirtschaftlichen Aktivität besteht dann darin, möglichst viel Geld auf sich zu vereinigen.

Somit ist Geld nicht etwa ein praktisches Hilfsmittel für Versorgung, sondern das *Kommandomittel* über den gesellschaftlichen Reichtum und seine Quellen.

Seine „Wirkmächtigkeit“ gewinnt das Geld allerdings nicht wegen seiner stofflichen Beschaffenheit – schließlich können Papierzettel und Metallmünzen aus sich heraus kaum eine ganze Gesellschaft lenken – sondern durch seinen Garanten, der auch das Fälschen von Banknoten unter Freiheitsstrafe stellt: den bürgerlichen Staat. Dieser nimmt den Warenbesitzer*innen die Entscheidung ab, was das mit allen anderen Austauschbare sein soll, worin also allgemeine Zugriffsmacht ausgedrückt wird, indem er eine Währung als nationale Gelduniform festlegt.

¹⁷ „Das Geld ist ‚unpersönliches‘ Eigentum. In ihm kann ich die allgemeine gesellschaftliche Macht und den allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang, die gesellschaftliche Substanz in der Tasche mit mir herumtragen. Das Geld gibt die gesellschaftliche Macht als Ding in die Hand der Privatperson, die als solche diese Macht übt“ (Marx 1953, S. 874).

Er sichert die Gültigkeit seiner Währung auf seinem Territorium und verpflichtet damit jede*n zum Geldbesitz, um sich die Dinge des Bedarfs verschaffen zu können.

Der Gebrauch des Geldes

Weil also alles erst einmal angeeignet werden muss, ehe es benutzt werden kann, wird es für die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft nötig, sich Geld zu beschaffen und mit diesem „umzugehen“. Vom Geld werden dann verschiedene, mehr oder weniger erfolgversprechende Gebräuche gemacht:

Wenn das Geld lediglich für den Konsum eingesetzt wird, ist es danach für die Vorbesitzer*innen weg, verbraucht und diese Zugriffsmacht somit für sie erloschen. Ein Bedürfnis wurde zwar gestillt, gleichzeitig aber der Ausschluss von weiterem Konsum wiederhergestellt, weil das Geld ja ausgegeben wurde. Damit wird es nötig, sich wieder neues Geld zu besorgen. So geht es dem Großteil der Menschen, die das Geld lediglich zum Einkaufen aus- und damit weggeben. Die Neubeschaffung kann sich als Schwierigkeit erweisen: Schließlich muss man erst einmal irgendwo einen Job finden und ob man den behält, ist nicht garantiert.

Manche arbeiten „einfach“ mehr und länger, um mehr Geld zu haben. Das Mehr an potentieller materieller Sicherheit „erkaufen“ sie sich mit mehr Mühen und weniger Freizeit. Sie müssen also an dieser Ecke etwas aufgeben – ganz abgesehen davon, dass bei Lohnabhängigen die Unternehmen ihre vermehrten Leistungen auch für sich haben wollen müssen.

Auch die Idee, das Geld nicht auszugeben, sondern es zu sparen, führt nicht allzu weit. Zwar wird ein Schatz für die Zukunft angelegt, aber zum Preis, dass man auf Konsum in der Gegenwart verzichten muss. Das Geld wird hierbei gerade dadurch erhalten, dass dessen Qualität, nämlich die Möglichkeit von allem gesellschaftlichen Reichtum, nicht genutzt wird. Außerdem ist auch hier der Erfolg gar nicht so sicher: Am Ende findet eine allgemeine Geldentwertung statt und man hat nicht mehr viel vom Schatz.¹⁸

¹⁸ Dieser Schatz ist aber i. a. R. trotzdem nötig, um so gut es geht Vorsorge für „Lebenslagen“ wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Kindererziehung oder auch mal einen Urlaub zu finanzieren. Auch dabei geht das Sparen immer über den Verzicht auf aktuellen Konsum zugunsten eines zukünftigen. Manche machen es andersherum, indem sie für

Diese Versuche gehen also alle nicht zugunsten derjenigen auf, welche mit ihrem Geld nur *so* umgehen können.¹⁹ Das Geld wäre für diese eine sehr umständliche Angelegenheit, wenn es nur darum ginge, sich ein nettes Leben zu machen: Geld selbst trägt nichts zum Produkt bei, ist aber immer Bedingung und Schranke für die Bedürfnisse.

Irgendeine Art der Nutznießung von ihm muss es allerdings geben. Einen ganz anderen Umgang pflegt da die viel gepriesene „Wirtschaft“, welche immerzu wachsen will und muss. Sie setzt ihr Geld so ein, dass es sich durch sein Ausgeben erhält und sogar als Gewinn vermehrt. Die Eigenschaft des Geldes, die Möglichkeit von allem Reichtum zu sein, bleibt hier erhalten, gerade indem es ausgegeben wird, um vermehrt zurückzukommen. „Aus Geld soll mehr Geld werden!“, lautet dabei die „verantwortungsvolle“ Herausforderung und macht den Inhalt desjenigen Verhältnisses aus, was sich Kapital nennt.

gegenwärtigen Mehrkonsum einen Kredit aufnehmen, sich darüber aber das Sparen und die Konsumbeschränkung in der Zukunft einhandeln.

¹⁹ Auf diese Art und Weise versuchen die Lohnabhängigen sich am Leben zu halten, verfolgen so ihre individuelle Reproduktion.

Literatur

Bofinger 2011

BOFINGER, Peter: *Grundzüge der Volkswirtschaftslehre*. München, 2011

Bundeszentrale für politische Bildung 2006

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hrsg.): *Wirtschaft heute*. Bonn, 2006

Häuser 1967

HÄUSER, Karl: Volkswirtschaft – Methoden und Grundlagen der Wirtschaftstheorie, Die Rolle des Geldes in einer modernen Wirtschaft. In: KADELBACH, Gerd (Hrsg.): *Wissenschaft und Gesellschaft* Bd. 1. Frankfurt am Main, 1967

Heinrichsmeyer u. a. 1991

HEINRICHSMEYER, Wilhelm ; GANS, Oskar ; EVERS, Ingo: *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. Stuttgart, 1991

Marx 1953

MARX, Karl: Urtext „Zur Kritik“. In: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin, 1953

Samuelson u. Nordhaus 2010

SAMUELSON, Paul A. ; NORDHAUS, William D.: *Volkswirtschaftslehre*. München, 2010

Stein 1998

STEIN, Ekkehart: *Staatsrecht*. Tübingen, 1998

Wittekind 1994

WITTEKIND, Helmut: *Einführung in die Volkswirtschaftslehre*. Opladen, 1994

3 Kapital – Geld 2.0

Im letzten Kapitel ging es darum, dass und warum Tausch und Produktion für den Markt für sich genommen bereits schädliche Angelegenheiten sind. Hier geht es nun darum, was „Kapital“ ist und wie es der Produktion für Markt und Gewinn seinen Stempel aufdrückt. Die in den vorigen Kapiteln entwickelten Argumente bleiben weiterhin relevant: gesellschaftliches Gegeneinander, zwischen Bedürfnis und dessen Stillung stehen Eigentum und Geld, Arbeitsprodukte vorrangig als Hebel zum Geldverdienen und dann erst als Lebens- bzw. Produktionsmittel. Da in manchen Kritiken erst mit dem Kapital ein Problem für angenehme Produktion und Konsumtion gesehen wird, während Tausch und manchmal auch Geld oder geldähnliche Konzepte noch einen guten Ruf genießen, sei hier noch einmal explizit darauf hingewiesen, dass unsere Kritik anders aussieht: Bereits Tausch ist eine schädliche, weil bedürfnisfeindliche Angelegenheit. Das Kapitalprinzip hält dann noch seine ganz eigenen Widerwärtigkeiten bereit.

In dieser Gesellschaft hängt so gut wie jede Lebensregung von der Verfügung über Geld ab. Praktisch ist es daher, viel Geld zu haben¹ – im Alltag sind wir jedoch eher damit vertraut, wenig davon zu haben. Als ein Mittel gegen diesen Geldmangel gilt Sparen. Wer über eine gewisse Zeit hinweg spart, verfügt dann vielleicht irgendwann über eine gewisse Menge Geld, mit der sich dann was gekauft werden kann, was vorher nicht drin war. Das ist natürlich nur durch den Verzicht auf andere Sachen vorher ermöglicht. Gibt mensch das Ersparte dann aus, ist es weg – schade, weiter geht's, neues Geld muss her.

Bei Geld als Kapital ist das anders. Wenn jemand so viel Geld hat, dass es nicht für den Lebensunterhalt drauf gehen muss, sondern erfolg-

¹ Wenn man sich mit wenig Geld bescheidet oder bescheiden muss, kann man wohl auch über die Runden kommen – viel mehr aber auch nicht. Außerdem können jederzeit und mit fortschreitendem Alter ganz bestimmt horrende Gesundheitskosten auf eine*n zukommen. Und wenn es jemandem nicht nur um sich selbst geht, käme vielleicht hinzu, dass im Bekanntenkreis, aus welchen Gründen auch immer, akuter Geldmangel auftritt – den man mit genügend Geld einfach erledigen könnte.

reich investiert wird, dann findet eine Geldvermehrung dadurch statt, dass Geld *ausgegeben* wird. So kann Geld dann als Kapital wirken: Es wird investiert. Bei gelungenem Geschäft kehrt später nicht nur das Investierte zurück, sondern noch etwas mehr: **Gewinn** bzw. **Profit**.²

Geld heißt (hier) **Kapital**, wenn es als Vorschuss eingesetzt wird. Das bedeutet, dass es nicht nur komplett zurückkommt, sondern sich vermehrt. Beim industriellen Kapital³ geht das so, dass die produzierten Waren im Verkauf mehr einbringen als für deren Produktion ausgegeben wurde. Geld hat hier (als Kapital) eine andere Funktion, als wenn es ausgegeben wird, um sich ein Brötchen zu kaufen, weil man Hunger hat. Es wird verausgabt mit dem Zweck mehr davon zu erlangen als eingesetzt wurde.

Der Gewinn und seine Widersprüche

Nehmen wir zur Illustration ein Beispiel: Frau K ist irgendwie an eine ganze Menge Geld gekommen und will es nun investieren, also als Kapital benutzen. Sie holt fachkundige Beratung ein, vergleicht diverse Anlagemöglichkeiten und ergreift schließlich die günstige Gelegenheit, eine kürzlich insolvent gegangene Apfelmusfabrik zu erwerben. Bei der

² Wir verwenden die beiden Begriffe hier in der gleichen Bedeutung.

³ Wir wollen uns in diesem Buch vorrangig der Kritik derjenigen Kapitalsorte widmen, die in die Produktion fließt und diese organisiert (industrielles Kapital) – und nicht etwa das Finanzkapital (Banken und so) und Handelskapital (bspw. Aldi und Konsorten) ebenso erklären. Es geht hier darum zu untersuchen, unter welchen Bedingungen der konkrete Reichtum (all das, was sich konsumieren lässt, z. B. Apfelmus) im Kapitalismus in die Welt kommt. Denn wir interessieren uns für die eigene Art und Weise, wie Bedürfnisbefriedigung im Kapitalismus organisiert wird. In vielen Varianten von Kritiken, die vor allem das Finanzkapital aufs Korn nehmen, schwingt ein Lob des industriellen Kapitals mit. Auch wenn das Apfelmus, das aus der Fabrik kommt, im Gegensatz zu Aktien einen Nutzen außerhalb des Geschäfts hat, nämlich ein Apfelmusbedürfnis befriedigen können, heißt dies nicht etwa, dass „nützliche Dinge herstellen“ das Ziel der Produktion war. Wir halten die kapitalistische Produktion insgesamt für bedürfnisfeindlich. (Wenn das stimmt, ist es übrigens auch ein Hohn, ausgerechnet bei kapitalistischer Gesellschaft von „Konsumgesellschaft“ zu sprechen.) Hier reicht es uns zunächst, den Nachweis zu erbringen, dass das industrielle Kapital bedürfnisfeindliche Zustände hervorbringt. Zur Kritik am Finanzkapital siehe z. B. „Was ist hier eigentlich los? Finanzkrise 2008ff.“ unter <http://gegner.in/was-ist-hier-eigentlich-los-finanzkrise-2008ff>.

Planung ihrer Firma „*Squish*“ geht es ihr nun vorrangig darum, stabile Gewinne für ihr Privatleben zu erzielen.⁴

Für die Produktion benötigt sie nun Rohstoffe (Äpfel, Zucker, ...), eine Belegschaft und leider auch neue Maschinerie, wie ihr gesagt wurde. Die vorhandenen Maschinen sind zwar noch einsatzfähig, entsprechen aber nicht mehr dem „Stand der Technik“. All dies kostet Geld. Sie muss für ihre geplante Geldvermehrung also noch zusätzliches Geld zum Kaufpreis der Fabrik ausgeben, es vorschießen – Investitionen tätigen. In der Planung ihrer Produktion geht sie erstmal von Durchschnittswerten aus. Sie kalkuliert mit den bestehenden Marktpreisen für ihren Ein- und Verkauf und nimmt die gerade üblichen Arbeitslöhne und -zeiten in ihre Rechnung auf.

Wenn Squish nun als Einkäufer auftritt, verändert sich die Marktlage. Die Nachfrage nach den benötigten Rohstoffen etwa ändert sich, was Auswirkungen auf deren Preise hat – erhöhen sie sich, wirkt sich Squishs Auftreten auf dem Markt nachteilig auf das eigene Projekt aus. Wenn die Produktion angelaufen und Squishs Produkt („*Squish Apple*“) auf den Markt geworfen wird, erhöht sich dadurch das Angebot an Apfelmus insgesamt, was auf den Preis drückt – auch eine schlechte Sache für Frau Ks Erfolgsbedingungen, die offensichtlich abhängig sind vom Verlauf der Konkurrenz insgesamt. Frau Ks Aktionen haben also, genau wie die Aktionen der anderen Unternehmer*innen, „Nebenwirkungen“, über die sie selbst keine Kontrolle hat – und „schlimmer noch“: die ihren Gewinn gefährden.

Ob Rohstoffpreise durch ihren Einkauf tatsächlich steigen und der Apfelmuspreis in den Supermärkten durch Frau Ks Verkauf fällt, ist von vielen Faktoren außerhalb des Hauses Squish abhängig. Unter anderem

⁴ Dieses Beispiel ist willkürlich und nur zu Illustrationszwecken gewählt, auch die erdachte Insolvenz spielt keine besondere Rolle: Es könnte genauso gut um die Übernahme eines wirtschaftlich gut aufgestellten Zulieferers der Firma Apple gehen. Die Autor*innen haben wenig Ahnung davon, wie eine moderne Apfelmusfabrik tatsächlich ausgestattet ist, was z. B. wirklich mit faulem Obst dort passiert. Kapitalist*innen brauchen davon übrigens auch keine Ahnung zu haben, wenn sie investieren. Sie kaufen sich das nötige Know-how auf dem Arbeitsmarkt einfach ein. Selbst Manager*innen brauchen davon keine Ahnung zu haben, was man daran erkennen kann, dass ein*e Manager*in locker mal aus der Chemiebranche in die Energiebranche wechselt. Das ist ein Hinweis darauf, dass es bei der Leitung eines kapitalistischen Unternehmens in erster Linie darauf ankommt, geldmäßige Rechnungsweisen zu beherrschen, die man im Betrieb durchsetzt und nur nachrangig auf das Wissen über den Gebrauchswert und die dafür nötigen konkreten Arbeitsweisen.

davon, was sich konkurrenzmäßig in anderen Branchen abspielt (bei Zulieferern und auch Konkurrenzprodukten zum Apfelmus) und ob in der Gesellschaft insgesamt das zahlungskräftige Bedürfnis nach Apfelmus wächst. Hier ist es wichtig, zu begreifen, dass die Aktionen von Frau K, die sie für ihren Gewinn macht, selber Wirkungen enthalten, die sich negativ auf ihr Projekt auswirken.

Das Projekt „dauerhafter Gewinn als Lebensgrundlage für Frau K“ verlangt zusätzliches unternehmerisches Geschick. Auf dem Markt findet sie die Preise für Produktionsmittel (in ihrem Falle Äpfel, Maschinen, Ersatzteile, Schmierstoffe, Energie,...) so vor, wie sie eben gerade sind. An deren Höhe kann sie, wenn überhaupt, nur wenig drehen, etwa indem sie ihre Zulieferer unter Druck setzt. Das hat aber seine Grenze in den Preisen, die die anderen Kund*innen dieser Betriebe zu zahlen bereit sind und letztlich in den Preisen, zu denen die Zulieferunternehmen noch rentabel verkaufen können.

Andere Maßnahmen müssen her, um den Gewinn sicherzustellen. Wenn auf das Marktgeschehen „draußen“ der Einfluss so begrenzt ist, wird sich im eigenen Hause umgesehen. „Viel hilft viel“ könnte die richtige Devise sein – also einfach mehr produzieren? Das könnte ihren Gewinn absolut vergrößern, verlangt aber auch nach mehr Vorschuss, denn mehr Lohn und Rohstoff muss bezahlt werden, ggf. auch mehr Maschinen usw. Auf der anderen Seite hat diese Ausdehnung aber die gleichen Effekte wie oben schon beschrieben, nur noch in verstärkter Form: Wenn Squish mehr nachfragt und mehr anbietet, hat es dafür dieselben Gründe, wie die anderen Unternehmen auch. Also ist davon auszugehen, dass alle dies versuchen und damit sich selbst und allen anderen „die Preise kaputt machen“ können. Zur Optimierung des Verkaufs biedert sich die Werbebranche an. Deren Leistungen sind aber weder umsonst zu haben, noch ermöglichen sie das kleine Wunder, Squish Apple zu beliebigem Preis losschlagen zu können.

Die bloße *Ausdehnung* der Produktion bringt es also nicht wirklich. Im Beispiel hier verlangte mehr Gewinn bisher auch nach zusätzlichem Vorschuss, der erstmal da sein muss. Außerdem wurde nicht einmal der Gewinn im gleichen Verhältnis erhöht, wie der Vorschuss wachsen musste. Ein Teil wurde einfach von Preisschwankungen und Werbung verschlungen. Warum sollte aber nur auf Masse, Quantität gesetzt wer-

den? Vielleicht lässt sich die bestimmte Organisation, die Qualität des Produktionsprozesses ja auch noch optimieren.

Squish Apple muss billiger angeboten werden, aber ohne dabei den Gewinn zu schmälern. Das geht so, dass die Produktionskosten *pro Ware* gesenkt werden. An der Ware selbst macht sich das als **Stückkosten** fest, die verringert werden müssen. So kann Squish mehr Waren absetzen, weil diese billiger sind, und dabei insgesamt mehr Gewinn einfahren, weil die Kosten gesenkt wurden. Der Erfolg dieses billiger Anbietens bei gesunkenen Kosten ist natürlich abhängig von ähnlichen Aktionen seitens der Konkurrenz. Alle zusammen drücken sich wechselseitig eine Messlatte auf, wie sehr die Kosten gesenkt werden müssen, damit der Gewinn stabil bleibt.

Bei Squish ist man nun bestrebt, den Arbeitstag möglichst zu verdichten, also Arbeitsunterbrechungen möglichst zu vermeiden und zu verbieten usw. Außerdem stellt Frau K fest, dass es für sie und Squish sehr sinnvoll ist, möglichst lange arbeiten zu lassen – vor allem dann, wenn sie dafür keine höheren Löhne zu zahlen braucht.⁵ Auch wenn dadurch mehr Rohstoffe am Tag verarbeitet werden und dies erhöhte Auslagen nach sich zieht, werden die Stückkosten gesenkt, weil weniger Lohn in jeder einzelnen Ware steckt, also deren **Lohnstückkosten** gesenkt werden. Das gleiche Resultat käme zustande, wenn sie einfach die Löhne senken würde. Denn ob im Lohn ihrer Arbeiter*innenschaft Ballermann oder Balkonien drin ist, bleibt Verhandlungssache. Die direkte Lohndrückerei oder die indirekte bei der Intensivierung und Verlängerung der Arbeit ohne Lohnausgleich wird von der Lage des Arbeitsmarktes beschränkt. Steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften, die Squish ja zusammen mit den Wettbewerber*innen nicht nur ihrer Branche herstellt, so verbessert sich die Verhandlungsposition aller Arbeiter*innen ein wenig.

Aber selbst wenn Squish für die Intensivierung und Ausdehnung des Arbeitstages höhere Löhne zahlen muss, ergibt sich ein Vorteil für die Stückkostenrechnung alleine aus der Geschwindigkeit mit der eine einzelne Ware hergestellt und daher verkauft werden kann. Wird das

⁵ Nicht jeder Arbeitsvertrag enthält einen Stundenlohn, auch bspw. Zielvereinbarungen können stattdessen festgelegt werden (z. B. Werkverträge). Und dass in manchen Jobs unbezahlte Überstunden wie selbstverständlich dazu gehören, scheint kaum noch einer Erwähnung wert.

Apfelmus schneller produziert und/oder schneller verkauft, ist das investierte Geld schneller wieder da, um neue Rohstoffe und Arbeiter*innen zu bezahlen. Das Apfelmus verlässt ja nicht Glas für Glas die Fabrik, sondern in größeren Mengen, die mit den Handelspartner*innen vereinbart werden. Immer wenn eine bestimmte Menge lieferbereit ist, also diesbezüglich eine Arbeitsperiode zu Ende ist, bekommt Frau K ihr Geld für das Mus. So ergibt sich aus der Geschwindigkeit zunächst aber noch kein neuer Vorteil, weil für eine bestimmte Menge Mus dieselben Kosten an Rohstoffen und Löhne anfallen, egal wie schnell sie das Mus verkaufsbereit hat.

Mit dem eingenommenen Geld kann sie wiederum die neuen Löhne und die neuen Rohstoffe der kommenden Arbeitsperiode bezahlen. Sie muss also kein zusätzliches Kapital aufwenden, um die Produktion am Laufen zu halten. Dass das als Kapital investierte Geld immer wieder zurück fließt und von Neuem das Einkaufen, Produzieren und Verkaufen gewährleisten kann, wird Umschlag des Kapitals genannt. Jedes Kapital schlägt um, egal ob schnell produziert und verkauft wird oder nicht. Auch bei weniger schneller Produktion kann mit dem verdienten Geld die neue Arbeitsperiode finanziert werden. Aufs Jahr berechnet macht es aber einen Unterschied, ob das Verfahren, aus dem verdienten Geld die neuen Löhne und Rohstoffe zu zahlen, zehnmal stattfindet (langsamerer Umschlag) oder zwölfmal (schnellerer Umschlag). Muss Frau K für eine Arbeitsperiode z. B. 100 000 Euro aufwenden, dann kann sie im zweiten Fall mit demselben Vorschuss für Löhne und Rohstoffe zwölfmal eine bestimmte Menge Apfelmus herstellen und verkaufen lassen. Aufs Jahr berechnet verringert sich so die Investition pro Ware, weil die 100 000 Euro Kostenvorschuss sich auf mehr Ware verteilen. ★ *Schneller arbeiten lassen, aber auch schneller verkaufen lassen, vermindern so aufs Jahr gerechnet den Kapitalaufwand, also die Kosten pro Ware.*⁶ So kann das Mus billiger angeboten werden, ohne dass der Gewinn Schaden nehmen muss.

Ihre Grenze findet die Beschleunigung der Produktion, nachdem die Methoden der Arbeitshetze ausgereizt sind und ein guter Teil der Belegschaft nachts nicht mehr schlafen kann, an der eingesetzten Technik.

⁶ Die Beschleunigung der Produktion und des Verkaufs hat noch andere Vorteile, die teils im weiteren Verlauf des Buches noch Erwähnung finden.

Um noch schneller zu werden, muss dann neue Maschinerie her. Die kostet aber wieder.

Squish soll über kurz oder lang technisch modernisiert werden. Die alten Maschinen laufen zwar theoretisch noch, aber entsprechen längst nicht mehr dem Stand der Technik, wie auch die Broschüren und Webauftritte des Maschinenbausektors verraten. Die vorhandene Produktionsstraße ist veraltet, weil sie erstens keinen beschleunigten Arbeitsprozess mehr zulässt. Es waren z. B. ein paar Leute nur dafür abgestellt, das Fließband nach faulen Äpfeln abzusuchen, was den Produktionsprozess insgesamt häufig ausbremste. Nun findet sich auf dem Markt ein maschineller Apfelscanner und -sortierer, welcher diese Arbeit übernehmen kann und dabei um einiges schneller ist. Der lohnt sich trotz der immens erscheinenden Investition, wenn dadurch der Umschlag beschleunigt werden kann und dieser Vorteil die erhöhten Investitionen mehr als ausgleicht. Zweitens mag die neue Technik noch an einer anderen Ecke die Stückkostenrechnung verbessern. Denn mit Einsatz dieser Maschine werden Lohnkosten eingespart. Das Unternehmen vergleicht, wie viel Arbeitsleistung die Leistung der Maschine einsparen würde. Es vergleicht dann weiter die potentiell eingesparten Stundenlöhne mit dem Preis der Maschine (Reparatur und Wartung inklusive) über den Zeitraum, bis die Maschine abgenutzt ist. Ist die Maschine hier kostengünstiger, dann wird sie eingesetzt und entsprechend werden Arbeiter*innen entlassen.⁷ Das nennt sich **Rationalisierung**. Damit werden über die Lohnstückkosten die Stückkosten gesenkt. Die kleineren Stückkosten haben aber zur Bedingung, dass eine größere Menge Apfelsmus verkauft wird, sonst kommt die geplante Abschreibung der Maschine nicht hin. Im Verkauf muss sich gegen die Konkurrenz durchgesetzt werden, die natürlich auch immer wieder rationalisiert und dasselbe versucht.

Wenn alle Kapitalist*innen rationalisieren, mag sich für niemand ein Wettbewerbsvorteil in der Kosten-Ertragsrechnung einstellen. Dennoch hat diese Konkurrenzaktion einen angenehmen Nebeneffekt für alle Kapitale: die Etablierung und Erhöhung von Arbeitslosigkeit. Damit entspannen sie den Arbeitsmarkt für sich und können die Optimierung ihrer Kosten-Ertragsrechnung besser gegen die Arbeiter*innen durchsetzen: Lohndrückerei und/oder mehr Leistung bei gleichen Lohnkosten.

⁷ Ausführlicher dargestellt ist diese Rechnung in Kapitel 5, Abschnitt „Der kapitalistische Einsatz von Technik Teil 1 – Unterlassung“, S. 106 ff.

Zwischenfazit: Bedingungen der unternehmerischen Freiheit

- Kapital ist Geld, das vermehrt werden soll. Die Überschüsse über Investitionen werden als Gewinne verbucht. Was mit diesen geschieht, ist zunächst offen – jedenfalls werden sie auch für den Lebensunterhalt der Kapitalist*innen verbraucht.
- Die Maßnahmen zur Sicherung des Gewinns, die ein Kapitalismus den Unternehmen bietet, laufen fast allesamt auf einen allseitigen Druck hinaus, Preise zu senken und mehr Ware in den Markt zu drücken. Um dabei dauerhaft den Gewinn machen zu können, müssen obige Maßnahmen ergriffen werden: Lohnsenkung, Ausdehnung der Produktion, Verlängerung des Arbeitstags, Intensivierung und Beschleunigung der Arbeit, Beschleunigung des Verkaufs (inkl. Marketing), Rationalisierung.
- Dieses Dilemma der Kapitalist*innen, dass sie sich alle gegenseitig in ihrer Konkurrenz bereiten, läuft darauf hinaus, die Arbeiter*innen zu drangsalieren. Wie es letzteren dabei ergeht, davon handelt das vierte Kapitel.
- Um all die Aufgaben, die das Kapital als Einkommensquelle seiner Unternehmer*innen bereithält, müssen diese sich dauerhaft kümmern (oder andere damit beauftragen). Das Marktgeschehen entwickelt sich schließlich ständig weiter. Auf die Aktion von Squish reagieren zum Beispiel Müller & Söhne und alle anderen, woraufhin Squish und alle anderen wieder reagieren, woraufhin usw. usf.
- Und alle diese Aufgaben verlangen letztlich nach zusätzlichem Geld. Dessen Beschaffung muss also gewährleistet sein, und das dauerhaft. Was andauernd abfällt, ist der Gewinn. Der mausert sich nun zum entscheidenden Mittel für das Kapital und dadurch auch für den Gewinn selbst. Er muss reinvestiert, also kapitalisiert werden, um dauerhaft überhaupt Gewinn machen zu können. Damit drücken sich die Unternehmen wechselseitig eine neue Aufgabe auf, die im jetzt folgenden Abschnitt besprochen wird.

Wachstum als Zwang

Frau K versteht sich als „sozialkritische“ Person. Sie kauft nicht nur hin und wieder die „taz“, sondern hatte sich vorgenommen eine verantwortungsvolle Unternehmerin zu sein und den ganzen „Wachstumshype“ einfach nicht mitzumachen. Sie findet es insgesamt unvernünftig, dass alle Unternehmen anscheinend immer größer werden wollen. Und für sich privat denkt sie, dass es ihr doch reicht, so zu wirtschaften, dass sich ihre Investition einfach erhält. Den gesamten Gewinn wollte sie möglichst konstant halten, abschöpfen und sich davon ein möglichst nettes Privatleben organisieren. Nun ist klar, dass das so nicht geht.

Alleine um den Gewinn stabil zu halten, muss sie die obigen Methoden dauerhaft anwenden, was ständig höhere Kosten nach sich zieht. Die Geldquelle für diese zusätzlichen Investitionen ist der Gewinn selbst.⁸ Der Zweck von Frau K, dauerhafter Gewinn für ihren Lebensunterhalt, verlangt nach einer Teilung des Gewinns: Nur ein Teil darf für ihren Konsum draufgehen, der andere Teil wird für die Existenz ihrer Firma notwendig.

Aber auch nach einer anderen Seite wird der Gewinn zum Mittel für den dauerhaften Gewinn. Sie spielt durch, auf welche weiteren Risiken und Unwägbarkeiten sie sich als Unternehmerin einlassen muss. Es könnte doch immer sein, dass mal ihre dafür eingeplanten Geschäftsrücklagen nicht ausreichen, um bspw. Reparaturen durchzuführen. Oder ihre Hauptabnehmerin geht insolvent und kann einen Großauftrag auf einmal nicht bezahlen. Um die Produktion kontinuierlich am Laufen zu halten, braucht sie also einen **Reservefonds**. Woher nehmen? Aus dem Gewinn. Gleiches gilt, wenn ein Lebensmittelskandal den Leuten die Lust am süßen Mus verdirbt oder die Birne auf einmal mehr im Trend liegt oder im Falle von beträchtlichen Missernten, oder, oder... Das einzige Mittel, um in diesen Fällen den Geschäftsbetrieb zu erhalten, ist ein Reservefonds, der sich eben aus den Gewinnen speist. ★ *Um den Gewinn dafür genügend aufzurüsten, muss das Kapital wachsen. Für diese Vergrößerung braucht es den Gewinn. Ein Teil dessen muss also*

⁸ Vom Kredit ist in diesem Beispiel der Einfachheit halber abgesehen. Da ein Kredit jedoch nur gewährt wird, wenn es so erscheint, dass ein Betrieb kapitalistisch möglichst optimal eingerichtet ist und sich mithilfe des Kredits in Zukunft durchsetzen wird – und diese Einschätzung in der Regel am derzeitigen Stand der Konkurrenzfähigkeit Maß nimmt – stimmt das, was hier gesagt ist, auch unter Einbezug des Kreditwesens.

dauerhaft reinvestiert werden, um das eigene Kapital schlagkräftiger zu gestalten. Das Verhältnis ist so zirkulär: Die Bedingung fürs dauerhafte Gewinnemachen ist, dauerhaft Gewinne zu machen.

Dann kommt es erstens darauf an, *absolut* viel Gewinn zu machen, denn je größer der ausfällt, desto größer kann das Kapital werden. Wenn sich dafür interessiert wird, wie viel insgesamt bei einer Sache herkommt, heißt das „absolut“ viel. Squish hat zum Beispiel 1 Mio. Euro Gewinn gemacht, Müller & Söhne hingegen 1,5 Mio. Euro. Absolut gesehen ist der Gewinn von Müller & Söhne besser. Zweitens kommt es auf das Verhältnis von eingesetztem Kapital und erzieltm Gewinn an. Würden bei Squish gerade 10 Mio. Euro im Betrieb stecken, wäre die Relation 1:10, 10 % Gewinn, 10 Cent pro Euro. Wäre die Lage von Müller & Söhne so, dass sie 20 Mio. in den Betrieb gesetzt haben (also 7,5 % Gewinn), stünde, was den *relativen* Gewinn angeht, Squish besser da. Das Verhältnis von Vorschuss und Gewinn heißt **Profitrate** und gibt Auskunft darüber, wie effizient sich jeder eingesetzte Euro vermehrt hat. Je besser die Profitrate, desto effizienter betätigt sich das Kapital als „Geldvermehrungsmaschine“, desto besser lässt sich mit dem Gewinn das Kapital rüsten.

Die Arten und Weisen, den absoluten Gewinn und die Profitrate zu steigern, sind im vorherigen Abschnitt anhand des Beispiels von Frau K illustriert und beschrieben worden. Sie kosten zusätzliches Geld, das Kapital muss also wachsen, Gewinne müssen reinvestiert werden. Das führt zu folgendem Zirkel, zu dem die Kapitale sich gegenseitig treiben:

★ *Um das Kapital gegen die Konkurrenz rentabel zu halten, muss dieses mit laufend erhöhtem Geldaufwand zum Bollwerk gemacht werden. Der optimale Einsatz des Kapitals, die Optimierung der Profitrate, ist das Mittel für möglichst hohen, absoluten Gewinn. Dieser ist wiederum das Mittel für die Vergrößerung des Kapitals, mit dessen Hilfe die Profitrate und der absolute Gewinn erhöht werden sollen:* Squish rationalisiert, verkauft mehr Mus, hat mehr Geld erwirtschaftet. Der Gewinn wird wiederum zum Mittel, weiter zu optimieren. Mehr Geld steckt im Betrieb, die Profitrate soll verbessert werden, damit die absoluten Gewinne weiter wachsen.

Dieses Anwachsen des Kapitals, indem der Gewinn reinvestiert wird, nennt sich **Kapitalakkumulation** (Akkumulation = Anhäufung). Squish muss wachsen, selbst für seinen bloßen Erhalt. Denn der neue

Anspruch an den Gewinn lautet, dass er nicht einfach dazu dienen kann, dass Frau Ks Privatleben etwas mehr zu bieten hat, sondern das Geschäft verlangt nach ihm – dauerhaft. Damit gibt es nun eine Anforderung an Squish, die gar nicht Frau Ks persönliche Motivation war: Sie muss versuchen, ihren Gewinn zu vergrößern – gar nicht, um ein noch besseres Leben zu haben, sondern allein dafür schon, dass ihr Geschäft als Geldvermehrungsmaschine erhalten bleibt. Schließlich sind nicht nur ihre Gewinne in Gefahr, sondern ihre gesamte Investition – geht sie mit der Fabrik pleite, wird der Notverkauf wohl kaum ihre ganzen Investitionen wieder reinholen. Denn selbst dazu, für den bloßen Erhalt der Fabrik als ihre Einkommensquelle, muss ihr Kapital wachsen – und zwar dauerhaft. Es lässt sich gar nicht bestimmen, wann mal genug ist. Das folgt aus der Eigenart ihrer Einkommensquelle „Kapital“, die andauernde Konkurrenz gegen andere stets einschließt.

★ *Weder Gewinn noch Wachstum haben, wie eben ausgeführt, ein „genug“: Sie sind maßlos.* Von Frau Ks Position aus gesprochen: Da sie sich weder sicher sein kann, dass sich ihre Investition erhält, noch dass sie überhaupt Gewinne macht, muss sie Sorge dafür tragen, dass *wieder und wieder* reinvestiert wird und sich ein dauerhaftes, prinzipiell unendliches Wachstum zum Zweck setzen. Denn: Jede Kapitalsumme ist begrenzt und wirft daher auch nur begrenzten Gewinn ab. Ist das Kapital gewachsen und der Gewinn sogar mit demselben, dann sind es wieder nur begrenzte Größen mit entsprechend begrenzter Schlagkraft.

Es muss also *dauernd* und *möglichst viel* Gewinn gemacht werden. Aus der Konkurrenz der Kapitalist*innen folgt also nicht bloß „Angriff ist die beste Verteidigung“. Vielmehr ergibt sich aus der kapitalistischen Produktionsweise der Auftrag an alle Kapitalist*innen: „Angriff ist die notwendige Verteidigung“.

Die **Konkurrenz** hat also zwei Seiten: Zum einen steht Frau K ihrer Konkurrenz gegenüber, sie erscheint dieser manchmal richtiggehend ausgeliefert. Sie muss sich schließlich gegen die Konkurrenz durchsetzen. Jedes Glas Apfelsmus, das die Konkurrenz verkauft, ist eben kein Squish Apple, das Frau Ks Reichtum vergrößert. Sie könnte diesen Markt immerhin vielleicht selbst bedienen. Schlimmer noch, der Gewinn der anderen ermöglicht denen, mehr Kampfmittel für den Wettbewerb zu beschaffen, ist also gefährlich. Zum anderen sehen die anderen Kapitale Squish ja genauso. Sie müssen sich gegen Frau Ks

Firma durchsetzen. Der Erfolg der einen Seite bedeutet hier Verlust für die andere Seite. Und so gehen die Kapitale dann aufeinander los. Die Aktionen der einzelnen Kapitalist*innen setzen die Messlatte für alle immer weiter herauf, ohne dass ein Ende absehbar wäre. Das Jammern von Kapitalist*innen, dass die Konkurrenz diese dauernd zwingen würde, übergeht die Tatsache, dass die Jämmernden immer auch der Grund für das Jammern der anderen sind. Und so wird immer weiter investiert und alle müssen wachsen wollen.

Aus dem Bisherigen sollte deutlich geworden sein, dass **Kapitalgröße** selber eine entscheidende Waffe im Konkurrenzkampf ist. Im Vorteil sind hier diejenigen Kapitale, die bereits groß sind und entsprechend hohen Gewinn abwerfen. Aber auch in einer anderen Hinsicht sind diese Kapitale im Vorteil: Sorgt der Konkurrenzkampf in einer Branche dafür, dass für alle Kapitale der Gewinn immer schmaler wird, weil sie alle versuchen zu wachsen und sich niemand richtig gegen andere durchsetzt, sodass Pleiten die Lage entspannten, müssen einige versuchen, die Branche zu wechseln, um weiterhin Gewinne zu erwirtschaften. Dieser Schritt ist mit enormen Kosten verbunden, Geld muss dafür also verfügbar sein.

★ *So zwingen sich dann die Kapitalist*innen wechselseitig dazu, dem Kapital gemäß zu handeln. Es ist Geld, das sich gleichgültig gegen die besondere Nützlichkeit der Produkte stellt und sich dahin wirft, wo es am meisten zu verdienen gibt. Die vielseitige Produktion in der kapitalistischen Gesellschaft ist vom Kapital aus betrachtet nur eine bunte und vielfältige Anlagesphäre.*

Frau K ist klar geworden, ohne Wachstum geht es wohl nicht, sie muss ihren Anspruch wohl aufgeben. Will sie Kapitalistin sein und bleiben, muss sie sich um die Vergrößerung ihres Kapitals bemühen, ihre Gewinne reinvestieren – Kapitalakkumulation organisieren. Squish sollte ein „verantwortungsvolles Unternehmen“ sein, nicht auf Teufel komm raus den Betrieb vergrößern usw. Frau K war aber auch auf den Gewinn aus, wollte diesen für ihr Privatleben. Für sich selbst, subjektiv, wollte sie sowohl den ganzen Gewinn abschöpfen als auch ein „guter Boss“ sein. Sie stellt fest, dass beides an den objektiven Bedingungen der kapitalistischen Produktion scheitert bzw. seine Schranke findet.

★ *Sie muss sich in ihrem unternehmerischen Handeln nach der dem Kapital eigentümlichen Logik richten.*⁹

Innerhalb dieser Logik ist der Wille der Kapitalist*innen, von Gewinnen ihr Leben zu gestalten, der Grund überhaupt ein Unternehmen zu führen (oder über Manager*innen führen zu lassen). Das Wachstum des Unternehmens, das ständige Größerwerden durch die Reinvestition eines Gutteils der Gewinne, erlaubt den Kapitalist*innen sicherlich auch einen zunehmend luxuriösen Lebensstil, wenn die Gewinne auch tatsächlich größer werden. Der Takt des Wachstums wird aber nicht durch die Konsumbedürfnisse der Kapitalist*innen bestimmt. Es ist nicht so, dass sie feststellen, dass eine zweite Villa am Strand toll wäre und dafür dann der Betrieb vergrößert wird.

★ *Diese Erweiterung der Bedürfnisbefriedigung von Kapitalist*innen ist sozusagen ein Abfallprodukt der kapitalistischen Produktion und eben nicht der prinzipielle Grund für Rationalisierungen usw. Das verdiente Geld muss reinvestiert werden, wenn ein Unternehmen überhaupt dauerhaft als Quelle von Gewinn dienen soll.* Einzig schon zu dem Zweck, auf dem Markt zu bleiben, muss Squish seine Produktivität kontinuierlich erhöhen und dafür auch das nötige Kapital akkumulieren. Sprich: Die Gewinne müssen reinvestiert werden, wenn man den technisch steigenden Anforderungen der Profitproduktion entsprechen will. Soweit das dazu führt, dass damit auch höhere Gewinne einhergehen, kann man sagen: Die Kapitalist*innen sind zu ihrem Glück gezwungen. Sie müssen ständig mehr verdienen, ihr in Unternehmen steckender Privatreichtum muss ständig wachsen, damit sich das Kapital überhaupt als Lebensgrundlage für sie erhalten kann.

⁹ Bei Marx heißt es „Charaktermaske“ (1977, S. 100), wenn eine Person nach vorgefundenen ökonomischen Maßgaben handelt, die durchaus im Gegensatz zu individuellen Wünschen stehen können. Siehe dazu auch „Gar nicht klasse: Die Klassen“ auf S. 132.

Kapitalistische Verhältnisse: Kein Betriebsunfall, sondern Prinzip

Oben sollte deutlich geworden sein, dass Frau K, um zu vermeiden, dass sie ihren Laden vor die Wand fährt, diesen nicht nach ihrem ganz persönlichen Gutdünken gestalten kann. Sondern sie muss ihrer Rolle als Kapitalistin gerecht werden. Dabei kann sie sich zwar ein paar Sachen aussuchen, aber auch nicht völlig beliebig handeln, wenn ihr Geschäft gelingen und bestehen soll. Allgemeiner gesagt: ★ *Die kapitalistische Wirtschaft drückt allen Beteiligten ihre Logik auf, nach der die Leute sich zu richten haben. Die Regeln dieser Logik sind gleichzeitig Ergebnis und Voraussetzung davon, wie sich die Leute wirtschaftlich gegen- und miteinander aufstellen. Sie erfahren Ergebnisse und Voraussetzungen ihrer Handlungen als eine Macht, die für ihre ökonomischen Aktionen bestimmend ist und der gegenüber sie einerseits ausgeliefert sind. Andererseits ist diese Macht aber trotzdem Folge ihres Handelns – sie ist weder göttlich noch ein bewusstloser Naturprozess. Ein „Zusammenspiel“, ein „System von Gesetzmäßigkeiten“, das Kapital als dominierendes ökonomisches Prinzip ist also am Werk und darum Gegenstand dieses Buches.*

Am Beispiel der hin und wieder geäußerten Klage über „übermäßige“ Geschäfte soll folgend der Gedanke, dass es um ein *gesellschaftliches Prinzip* geht, noch einmal anders illustriert werden: Wenn jemand sagt, nicht das Geschäft überhaupt, sondern das „übermäßige“ Geschäft sei das Problem, wird nicht das Geschäftemachen überhaupt kritisiert, sondern nur der „Wucher“ als Abweichung von einem *Ideal des „guten Geschäfts“*.

Der Ausgangspunkt dieser Kritik ist vielleicht die unschöne Erfahrung, von vielen schönen Waren ausgeschlossen zu sein, weil sie eben zu teuer sind. Einem „Wucherer“ oder einer „Abzieherin“ wird vorgeworfen, so viel aus einem Geschäft rauszuholen, wie es eben geht – anstatt sich mit weniger zu bescheiden. Dabei wird dann einfach übersehen, dass das *wirkliche* Prinzip „Kapitalismus“ geradezu danach schreit, genau so zu handeln: Als Käufer*in hat man stets das Interesse, möglichst wenig zu bezahlen, als Verkäufer*in hingegen, einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Diese Interessenlage ist von vornherein gegensätzlich und enthält in sich gar kein Maß. Wer fragt, welcher Preis „maßvoll“ und welcher „übermäßig“ ist, müsste zuerst einmal beantworten, woher denn

das Maß kommen soll, das vorgibt, wann genug ist. Ist es der Durchschnittspreis? Oder ein wenig drüber oder drunter? Und wie bestimmt sich dies „ein wenig“? Und vor allem, wie soll denn ein „richtiger“, ein Durchschnittspreis zustande kommen? Er ist doch auch nur Resultat der Art und Weise, wie die Marktteilnehmer*innen aufeinander losgehen.

Auch wenn der Ausgangspunkt der vernünftige Wunsch nach einem besseren Leben ist, bleibt es Utopie im schlechtesten Sinne. Dem real vorfindlichen prinzipiellen Gegeneinander wird ein einfach ausgedachtes Miteinander untergeschoben: „Eigentlich sollte Handel doch immer eine Win-Win-Situation sein.“ Gelungen ist die Kritik daran, dass man in diesem Fall schlecht weggekommen ist, so nicht: Wer das „Übermäßige“ kritisiert, macht einerseits den Fehler ein Maß anzunehmen, wo es keines gibt (s.o.). Und wer sagt, dass die „übermäßigen“ Geschäfte das Problem seien, ist der Auffassung, dass „normale“ Geschäfte eine gute Sache sind, die irgendwie für alle das Beste (oder Bestmögliche) rausholen.¹⁰ Wer den Vorwurf macht, „nur“ ans Geld zu denken, sagt damit übrigens gleichzeitig auch, dass es ein „ans Geld denken“ gibt, was okay ist, müsste also erklären, warum welche Grenze zu setzen ist.

★ *Wir sind zum Schluss gekommen, dass die modernen, bescheidenen Verhältnisse nicht von den besonderen Umgangsweisen mit Geld, Kapital, Privateigentum herrühren, sondern ihren Grund schon in Geld, Kapital und Privateigentum selber haben.*¹¹

Kapitalistische Verhältnisse werden von bürgerlicher Ökonomie wie Bürger*innen widersprüchlich betrachtet. Etwas verbildlicht lässt sich sagen, dass die bürgerliche Brille mittels Gleitsichtgläsern verzerrt: Wenn es um das große Ganze geht, schlägt sie sich weitsichtig auf die Seite des Prinzips und propagiert die „unsichtbare Hand des Marktes“. Es ist ihr bewusst, dass gerade niemand das Marktgeschehen in der Hand hat und findet gerade das so toll. So würde angebliches „Fehlverhalten“ sofort korrigiert – teils werden gar Vergleiche mit natürlicher Evolution herangezogen. Kommen dann aber lauter Resultate herum,

¹⁰ Diese Auffassung wurde im vorherigen Kapitel bereits ausführlich kritisiert. Hier sei nochmals darauf hingewiesen, dass Preise sich „hinterrücks“ durchsetzen. Kein Geschäftsmensch kann allein bestimmen, welchen Preis er*sie auf dem Markt erzielen kann. Das „regelt“ das Marktprinzip, wo die gegensätzlichen Anstrengungen der Produzent*innen und der Kapitalist*innen, die produzieren lassen, aufeinander treffen und sich wechselseitig messen.

¹¹ Siehe hierzu auch Kapitel 2.

die einem selber nicht passen, gehen dieselben Bürger*innen kurzfristig auf die Schuldsuche. Sie halten also an ihrer Wunschvorstellung fest (und mit geschlossenen Augen wünscht es sich besser), dass der verselbstständigte ökonomische Prozess allseitige Befriedigung schaffen müsste. Sie ignorieren deshalb den nahe liegenden Schluss, dass gerade Wirtschaften nach einem Prinzip, das niemand alleine oder in Absprache mit anderen einfach steuern kann, garantiert dafür sorgt, dass schädliche Resultate herunkommen.

Die Bürger*innen kommen auf die Schuldsuche, meinen damit in widersprüchlicher Weise, dass das Verhalten Einzelner den verselbstständigten ökonomischen Prozess, also die unsichtbare Hand des Marktes, versauen kann. Mit der Schuldsuche umarmen sie also theoretisch den Kapitalismus als eine gute Angelegenheit. Die Suche nach vermeintlich Schuldigen enthält immer das Potenzial, noch mehr Leid anzurichten. Brutale Ausschreitungen zeigen sich in aller Regelmäßigkeit als Konsequenz dieser Sorte Kapitalismuskritik.¹²

Natürlich hat dieses Prinzip nur so lange Bestand, wie es eine Mehrheit gibt, die sich dem nicht nur beugt, sondern es für ein vernünftiges oder immerhin den besten Kompromiss hält und ebenso handelt. Daher würden wir auch schlichtweg alle kritisieren – seien es nun Kapitalist*innen oder Arbeiter*innen – die als Fürsprecher*innen des Kapitalismus auftreten.

Übrigens: Es handelt sich ja um ein *allgemein durchgesetztes* Prinzip, also eines, was die gesamte Gesellschaft betrifft. Und wenn es ein *gesellschaftliches Prinzip* ist, hat der beliebte Vorwurf „Fang doch mal bei Dir selber an, da hast Du schon genug zu tun!“ nicht viel Sinn – sondern es muss darum gehen, die *Gesellschaft* zu verändern. Damit dann aber selber anzufangen, halten wir für bitter nötig.

Kapitalismus oder Steinzeit?

Recht weit verbreitet scheint uns folgendes Urteil über den Kapitalismus: „Ohne den kann es kaum ordentlichen technischen Fortschritt geben“. Dazu gibt es eine Menge vernünftige Gegenargumente („Erfindungen gab es schon in der Antike“ usw.). Wir halten es jedoch nicht für

¹² Die falsche Auffassung der Ökonomie ist dabei die Grundlage. „Schuldsuche“ wird in Kapitel 9, S. 223 nochmals Thema.

sinnvoll, eine Debatte um das „höher, schneller, weiter“ zu führen, bevor geklärt ist, was technischer Fortschritt im Kapitalismus bedeutet und anrichtet.

Angenommen, Frau K aus dem obigen Beispiel hätte eine Rationalisierung so durchgeführt, wie oben skizziert, aber erst etwas später in bessere Maschinen investiert. Das hätte durchaus bedeuten können, dass es zu Entlassungen kommt. Vielleicht nicht (nur) bei Squish, sondern (auch) bei der Konkurrenz, die dann gegebenenfalls nicht mehr mithalten kann.

An dieser Stelle kann eine der zynischen Merkwürdigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise auffallen: Derjenige technische Fortschritt, der dazu führt, dass weniger Arbeit notwendig ist, hat überhaupt nicht zur Folge, dass die Leute weniger arbeiten müssen, obwohl (gesamtgesellschaftlich) weniger Arbeit nötig ist, um die gleiche Menge Mus herzustellen.

So ziemlich das Gegenteil ist der Fall. Denn diejenigen, die die Kündigungswelle nicht trifft, werden regelmäßig umso härter rangenommen. Es gilt, einen möglichen Konkurrenzvorteil im Wettlauf gegen die Zeit (solange die anderen Betriebe noch nicht so effizient arbeiten) in größtmöglichem Umfang auszunützen. Das geht nur über viele verkaufte Produkte in kurzer Zeit, also müssen diese Waren auch schneller produziert sein. Wenn der Tag doch 24 Stunden hat und nur acht genutzt werden, verzichtet man auf $\frac{2}{3}$ der Produkte, die am „Tag“ produziert hätten werden können – also heißt es Nachtschicht, Frühschicht usw.

Außerdem schläft ja weder die Konkurrenz noch die Ingenieur*innen an der Uni – neuere, bessere Maschinerie wird dauernd entwickelt und vielleicht schon bald von anderen Wettbewerber*innen eingesetzt, egal ob deren alte Maschinen noch funktionieren oder nicht. Und die machen dann wieder Squish die Preise madig. Denn wann die nächste noch schnellere (oder auch billigere) Maschine auf den Markt kommt, hat Frau K auch nicht in der Hand. Die Konkurrenz könnte sogar durch eine spätere Anschaffung der Maschine einen Vorteil erlangen – nämlich z. B. dann, wenn diese zum Zeitpunkt der Anschaffung seitens Frau Ks Konkurrenz viel billiger geworden wäre.

Frau K muss also darauf achten, dass die Kosten der Maschine so fix wie möglich wieder reingeholt werden.¹³ Oder sie riskiert ihre Firma...

¹³ Siehe zum gesamten Absatz auch Kapitel 4, S. 87 ff.

Um zu rationalisieren, muss ein kapitalistischer Betrieb also Geld ausgeben, meist einen ganz schönen Batzen. Dieses Geld wurde zuvor (als Gewinn¹⁴) erwirtschaftet, indem Kapitalist*innen die Produkte, die „deren“ Arbeiter*innen hergestellt haben, verkaufen bzw. verkaufen lassen. Finden dann diese Rationalisierungen statt und werden dadurch Arbeitskräfte überflüssig, lässt sich häufig die Kritik vernehmen, dass, *obwohl* (Rekord-)Gewinne eingefahren wurden, ein Betrieb Entlassungen durchführt. Dieser Standpunkt verdankt sich der irrigen Auffassung, dass es einem kapitalistischen Betrieb darum ginge, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten, also dass dies sein eigentlicher Zweck sei.

Die Sachlage ist anders: *Weil* Gewinne gemacht wurden, kann rationalisiert werden. Und es wird rationalisiert, *damit* weiterhin Gewinne gemacht werden. *Dafür* findet ein Arbeitsplatz Verwendung und nur dann kann es ihn geben. ★ *Ein Arbeitsplatz ist Mittel für den Gewinn und kein (Selbst-)Zweck eines Unternehmens.*

Es ist tatsächlich so bitter: Wenn mensch sich auf der Arbeit so richtig ins Zeug legt, kann das einerseits zur Folge haben, dass mensch sich fortan zur traurig-stolzen Restbelegschaft zählen darf – weil der Eindruck erweckt werden konnte, taugliches und williges Mittel für den Gewinn der Firma zu sein. Es kann jedoch auch durchaus sein, dass der Job weg ist, eben *weil* (mit den Kolleg*innen zusammen) ordentlich dazu beigetragen wurde, dass nun genug Geld für die Rationalisierung vorhanden ist. Innovationen kosten schließlich.

Technischer Fortschritt ist ein wichtiges Mittel in der kapitalistischen Konkurrenz. Vergleicht man den Kapitalismus mit vergangenen Gesellschaften, gewinnt er vermutlich die Medaille für die meisten Erfindungen pro Jahr. Der Umkehrschluss stimmt aber nicht: Ohne Kapitalismus kann es durchaus Fortschritt geben. Wir wollen hier nicht etwa sagen, dass eine nicht-kapitalistische Wirtschaft mehr Fortschritt hervorbringen würde als eine Marktwirtschaft.

Hierzu könnte man bestenfalls eine Einschätzung abgeben, was aber nur sinnvoll wäre, wenn vorher geklärt würde, *wozu* Technik eingesetzt werden soll. Zum Beispiel, ob die chemische Technologie für Rationalisierung, Krieg oder etwa die Reinigungsmittelverbesserung zum Einsatz kommt: Wenn hier ganz abstrakt „viel Fortschritt“ das Maß ist, zählt der

¹⁴ Auch wenn ein Kredit aufgenommen wird, muss für Investor*innen ersichtlich sein, dass der Betrieb auf Gewinne aus ist. Ansonsten wäre letzterer nicht kreditwürdig.

Fortschritt im Bereich Napalm-Waffen genauso wie im Bereich Spülmaschinentabs. Daher ging es in diesem Abschnitt um die (kapitalistische) *Verwendung* des Fortschritts und ihre Auswirkungen auf die Menschen.

Dass technischer Fortschritt von manchen als Geißel der Menschheit angesehen wird, ist ein altes Phänomen. Auch bei diesem Klassiker wird davon abgesehen, wozu die jeweiligen Fortschritte dienen und schlechte Wirkung zum Wesen aller Technologie gemacht. Im Kapitalismus bedeutet Fortschritt so manches Mal eine Verschlechterung der Lebensqualität, etwa wenn die modernere Maschine Arbeit überflüssig macht, Leute deshalb aus der Firma entlassen werden und keinen Job mehr finden. Aber auch dann, wenn der Job behalten werden darf: Der Arbeitsalltag ist mindestens in zeitlicher Hinsicht Lebensmittelpunkt von Arbeiter*innen und die moderne Maschinerie wird diesen nicht gerade angenehmer gestalten. So etwas ließe sich auch als Rückschritt bezeichnen – aber schwerlich vom kapitalistischen Standpunkt aus.

Maschinen sind, für sich genommen, Mittel für den Zweck der Produktion von nützlichen Dingen. Im Kapitalismus ist der Zweck der Produktion das Geldverdienen. *Dafür* muss dann die Produktion eingerichtet werden und so sieht sie dann auch aus. Die Mittel (hier Maschinen) sind da erstmal ziemlich unschuldig, müssen sich nach den Zwecken der Produktion richten, könnten auch anders eingesetzt werden (etwas gemütlicher vielleicht). Nicht die Technik an sich, schon gar nicht der Wissenszuwachs, ist zu kritisieren, sondern der Zweck und darum auch die Form der technischen Entwicklung im Kapitalismus.¹⁵

Kein Handschlag zu viel, kein Krumen vergeudet?

Nun genießt der Kapitalismus den guten Ruf, er Sorge dafür, dass in ihm Arbeit und Ressourcen immer *so effizient wie möglich* angewendet werden, also so viel wie möglich aus Arbeit und gegebener Menge Ressourcen herausgeholt wird. Das läge daran, dass er sich Verschwendung

¹⁵ In einer vernünftigen Gesellschaft würde mensch z. B. dafür sorgen, dass möglichst rasch gefährliche oder unangenehme Arbeiten mechanisiert werden, wo dies möglich ist, aber auch z. B. dabei helfen, Maschinen so zu entwickeln, dass sie nicht nur produktiv sind, sondern auch die Arbeiter*innen nicht kaputt und fertig machen oder keine miesen Effekte für die Umgebung haben (sei es Lärm, sei es Gift, sei es was auch immer). Bei der Technikerprobung käme es z. B. darauf an, auf solche Effekte zu achten und bei der -anwendung im Zweifelsfall nachzubessern, sofern dergleichen doch auftritt.

einfach nicht leisten könne, denn das, was da verschwendet würde, koste ja schließlich Geld. Ob dem wirklich so ist, sei vorerst noch hinten ange stellt. Es lohnt sich unseres Erachtens, die scheinbare Selbstverständlichkeit „je effizienter desto besser“ kurz etwas genauer anzuschauen.

Betrachten wir zunächst einen Produktionsprozess, ohne auf seine kapitalistische Besonderheit einzugehen. Sicherlich ist es für viele Menschen angenehm, eine Sache relativ zügig zu produzieren, dann ist man halt schneller fertig mit der Arbeit. Produktivität würde man aber doch in ein Verhältnis dazu setzen, wie die Arbeit selbst abläuft: Zum Beispiel wie mühselig und eintönig eine schnell getaktete Maschine die Arbeit macht, und es erscheint ja wohl absurd, Produktivität gegen Gesundheit und Wohlbefinden einzutauschen. Es kann ja auch durchaus sein, dass die Leute lieber etwas gemütlicher und weniger gefährlich arbeiten wollen würden. Auch Ressourcenschonung ist kein Wert an sich. Der Bau von Luftfilteranlagen für die Belüftung von Arbeitsstätten bspw. kostet auch Rohstoff und ob viele Menschen der Meinung sind, ihre Lungenfunktion der Ressourcenschonung zu opfern, kann bezweifelt werden.

Der erste Zweck *kapitalistischer* Produktion ist das Geschäft der Geldvermehrung und abgesehen von staatlichen Eingriffen auch ihr einziger Maßstab für Verschwendung und Sparsamkeit. Was umsonst zu haben ist, wird ohne Rücksicht auf Umweltfolgen und ähnliches verbraucht, verseucht, verschwendet. Wasser, Wälder und Luft, Gesundheit der Arbeiter*innen oder Anwohner*innen einer Fabrikanlage, all dies wird – zumindest solange kein staatlicher Eingriff erfolgt – ohne Rücksicht auf „Nachhaltigkeit“ verbraucht.¹⁶

Wenn es für die Verkäuflichkeit einer Ware nötig ist, eine Ausgabe zu tätigen, wird dies geschehen. Bei Arbeiter*innen und Arbeitsschutz ist man da knauseriger: Für ein Roggenbrötchen ist Roggenmehl nötig, sonst kommt eben kein Roggenbrötchen raus. Ob eine Mehlstaubfilteranlage für die Atemluft im Einsatz war, sieht man dem Brötchen hingegen nicht an.

¹⁶ Dass der Staat dabei wiederum seine ganz eigenen Maßstäbe hat und die Erzwingung der Rücksicht sehr bedingt ausfällt, sodass die Umwelt weiter verseucht und die Gesundheit der Arbeiter*innen weiter ruiniert werden, dazu siehe Kapitel 7 (S. 195) und 8 (S. 203).

Das Märchen von der hochrationalen Arbeitseinsparung, die dadurch zustande kommen soll, dass eine Wirtschaft sich komplett der Geldvermehrung (und damit den ruinösen Folgen für Arbeiter*innen und Natur) verschreibt, soll in den folgenden Absätzen anhand einiger Beispiele abgewiesen werden.¹⁷

- Produkte werden für den Markt produziert, ob sie nachher Abnehmer*innen finden, stellt sich erst im Nachhinein heraus.¹⁸ Das bedeutet, dass oft genug trotz aller Marktforschung „am Markt vorbei“ produziert wird. Was mit der unverkäuflichen Ware geschieht, ist von Fall zu Fall verschieden. Autos werden unter Einsatz von viel Arbeit demontiert und was davon noch brauchbar ist wird in die nächste Serie verbaut, Nahrungsmittel häufig vernichtet, um „die Marktpreise nicht kaputt zu machen“ (egal ob wer irgendwo Hunger und kein Geld hat). Häufig genug wird der Kram, wiederum unter Einsatz von viel Arbeit, der Entsorgung oder vielleicht dem Recycling zugeführt. Sowohl die ganze Arbeit, als auch die Ressourcen, die in diese Produkte flossen, waren niemandem zu etwas nütze.
- Auch der kapitalistische Wissenschaftsbetrieb ist als Konkurrenz organisiert. Es gibt zwar einen Austausch auf Konferenzen, daneben aber auch jede Menge Geheimniskrämerei. Auch Wissen, welches veröffentlicht wurde, darf nicht unbedingt angewendet werden. Im Patentwesen wird das Wissen von seiner Anwendung getrennt, indem letztere die Form von Privateigentum bekommt. Der Wettbewerb und seine Folgen wirken so als Hemmnis des technischen Fortschritts: Wenn das Rad immer wieder neu erfunden

¹⁷ Es kommt dabei schon auf die Sorte Rationalität an. Rational heißt auf kapitalistisch natürlich alles, was sich positiv aufs Geschäft auswirkt. Dem Kapitalismus wird aber allzu oft noch untergejubelt, dass er nach allgemeinen Maßstäben des Wirtschaftens *überhaupt* die beste Art des Wirtschaftens ist. Hier geht es darum, diesen Gedanken ernst zu nehmen und zu prüfen. Die Fragen lauten etwa: Was ist dran am Lob des Marktes? Lässt sich sagen, dass Kapitalismus aus sich heraus den menschlich-optimalen Umgang mit Natur hervorbringt? Ermöglicht er den Menschen optimale Arbeitsteilung?

¹⁸ Produktion auf Bestellung ist eher die Ausnahme. Stets wird darauf gehofft, dass die eigenen Produkte eher gekauft werden als die der Konkurrenz. Was nicht passieren soll, ist, dass die Verbraucher*innen bei der Konkurrenz einkaufen, weil man selbst zu wenig Produkt am Markt positioniert hat.

wird, wenn ein Patent als zu teuer erscheint. Oder weil einfach keine Kenntnis über das Verfahren vorliegt, das der Think Tank XY fertig in der Schublade hat, aber aus strategischen Erwägungen geheim hält.¹⁹

- Sehr viele Tätigkeiten gibt es nur in Gesellschaften des Privateigentums und Geldes, zum Beispiel im Kapitalismus. Kassierer*innen etwa braucht man wirklich nur dort, wo das Geldhaben zur Bedingung des Essenkönnens gemacht wird. Weiterhin sind Werbeagenturen, Versicherungen, Banken, Rechtsanwält*innen und die meisten Security-Firmen erst mal nur wegen der Form einer Markt- und Geldwirtschaft in der Welt. Auch die ganzen Arbeiten, die z. B. in deren Gebäude, Büroausstattung und Energiebedarf fließen, wären ohne Kapitalismus einfach überflüssig.
- Dass ein billiger Preis sich eher auf billige Löhne bezieht als auf „wenig Arbeit“, wird etwa bei der Krabbenproduktion in Deutschland deutlich. Die Garnelen werden zum Pulen in Billiglohnländer verschifft, dort von billigen Arbeiter*innen geschält und wieder zurücktransportiert. Von wegen „sparsam und effizient“ – was für eine ungeheure Verschwendung von Ressourcen und menschlicher Arbeitskraft. Aber: Für den Kapitalismus ist das natürlich effizient und keine Verschwendung, denn dessen Kriterium für Effizienz (die Profitrate) misst sich halt im Gelde.²⁰
- Neue Maschinerie wird nur dann eingesetzt, wenn sie sich rentiert. Würde eine Maschine z. B. die Arbeit einfach nur angenehmer machen (ohne die Hoffnung, dass dadurch die Arbeiter*innen motivierter und dadurch produktiver wären), unterbleibt ihre

¹⁹ Mal abgesehen von Effizienz und Ressourcen: So richtig offensichtlich widerlich wird es auch im Bereich der Medikamentenherstellung. Selbst wenn ein Präparat wirklich einfach herzustellen ist, die Fabrik mit allem benötigten Kram dasteht, kann der Preis der Patentnutzung die Produktion unrentabel machen. Die Produktion unterbleibt, weil ihr Zweck, Gewinne zu machen, verhindert wird und die Leute rundherum verrecken, obwohl sie vielleicht sogar ein paar Kröten für Medikamente haben. Doch selbst wenn Regierungen offen gegen Patentrecht verstoßen oder Verstöße billigen, heißt das selbstverständlich auch nicht, dass sich Patient*innen die Medikamente dann auch leisten können – was dann auch wieder Tote zur Folge hat.

²⁰ Das Nordseekrabbenbeispiel schien uns populär und illustrativ genug, um in Kapitel 4 (S. 105) noch etwas ausführlicher darauf einzugehen.

Anschaffung. Und da wo Arbeitskraft entsprechend billig zu haben ist, kann es sein, dass auf dem technischen Stand von vor zehn oder gar hundert Jahren konkurrenzfähig und gewinnträchtig produziert wird.

Arbeitsteilung und Planung²¹

Dass im Kapitalismus arbeitsteilig produziert wird, steht außer Frage. Er stellt weiterhin einen geschichtlich bisher einzigartigen Grad an Arbeitsteilung dar. Viele Menschen kommen zu dem Urteil: „Ohne Kapitalismus kann es Spezialisierung und Arbeitsteilung gar nicht geben.“ Oder es wird gesagt: „Man braucht doch immer irgendeinen Zwang, damit die Teilung der Arbeit überhaupt klappt. Das sieht man doch daran, dass die Leute immer überwacht werden müssen, damit sie fleißig sind und nichts verschwenden – ist die Katze aus dem Haus, tanzen die Mäuse auf dem Tisch.“ Weit verbreitet scheint auch folgendes Urteil: „Kapitalismus hat den Vorteil, dass die Leute sich zusammenreißen, weil sie Lohn haben wollen. So sind sie gezwungen, sich selbst zu disziplinieren und gehen deswegen arbeiten. Ohne diesen Anreiz würde alles verkommen, die Menschen würden es niemals zu einer komplexen gesellschaftlichen Arbeitsteilung bringen.“²²

Um festzustellen, was an diesen Aussagen dran ist, soll hier Arbeitsteilung im Kapitalismus näher untersucht werden. Zuerst muss unterschieden werden, welche Arbeitsteilung gemeint ist. Die *gesamtschaftliche* Teilung der Arbeit (nicht alle brauchen alles zu können: Mechaniker*innen, Programmierer*innen, Frisör*innen) und eine *innerbetriebliche* Aufgabenverteilung können hier unterschieden werden.

Es geht nun zunächst darum, die gesamtschaftliche Arbeitsteilung zu untersuchen, um sich dann der innerbetrieblichen zuzuwenden.

Gesellschaftliche Arbeitsteilung von Privatproduzenten heißt, wechselseitig Abhängigkeiten auszunutzen um Geld zu verdienen und zu vermehren. Die Entwicklung der kapitalistischen Arbeitsteilung

²¹ Zur marktformigen Arbeitsteilung siehe auch Kapitel 2, S. 25.

²² Weitere Kritiken dieses Gedankens finden sich im Text: „*Gespensterjagd – Zur Ideengeschichte des Antikommunismus*“ unter <http://gegner.in/de/gespensterjagd-zur-ideengeschichte-des-antikommunismus>.

verdankt sich diesem Zweck, neue Abhängigkeiten zu schaffen.²³ Daher ergibt sich, dass die Arbeitsteilung selbst gesamtgesellschaftlich gesehen ungeplant passiert. Sie ergibt sich „*hinter dem Rücken der Warenproduzenten*“, über den Markt vermittelt und als Ergebnis „*voneinander unabhängiger Privatarbeiten*“.²⁴ Die Arbeiten sind dabei jedoch aufeinander verwiesen, die einzelnen Firmen sind darauf angewiesen, dass sie Zulieferer etwa von Rohstoffen vorfinden. Diese Zulieferer müssen ihrerseits Gewinn machen, dies bleibt Bedingung ihrer Existenz (wie oben bereits entwickelt). Da kann eine Menge schief laufen: Mal mangelt es an Geld, aber die benötigten Waren sind da, mal geht ein Zulieferer pleite und deshalb wurden die benötigten Dinge nicht produziert.

Dass dabei zumindest in den erfolgreichen Industrienationen irgendwie ein Überleben der Leute herumkommt, hat bereits Ökonomen wie Adam Smith fasziniert. Er lobte die „unsichtbare Hand“ des Marktes für eben diese Leistung.²⁵ Auf der „Gewinner*innenseite“ sieht es viel besser, aber nicht unbedingt rosig aus. Um ein simples Beispiel zu nennen: Auch Kapitalist*innen sind etwa den ruinösen Wirkungen des Kapitalismus auf eine brauchbare Umwelt unterworfen, wenn auch in wesentlich vornehmerer Weise.

Heute wie damals halten viele eine Planung der Wirtschaft auf gesellschaftlicher Stufenleiter für grundsätzlich unmöglich. Es stimmt schon, dass dies eine ziemlich komplizierte Aufgabe darstellt – deren *Unlösbarkeit* zu behaupten, ist jedoch alles andere als naheliegend: Dass

²³ Diese Argumente stehen ausführlich bereits im zweiten Kapitel, S. 37.

²⁴ Beide Zitate aus (Marx 1977 S.121/57).

²⁵ Wobei an den Stellen, an denen es wirklich drauf ankommt, Aufbau von Infrastruktur (Energieversorgung, Straße, Schiene, Telekommunikation), da trauen die Staaten dem Markt nicht so ganz über den Weg und regulieren eifrigst. Kapitalismus erscheint hier wie ein Naturprozess. Er bleibt aber Ergebnis zweckgerichteter menschlicher Taten. Trotzdem sind die Leute den Ergebnissen ihres Handelns auf eine Weise ausgeliefert, in der es egal ist, was sie warum vorher wie getan haben. Der Markt entzieht sich der Kontrolle der Einzelnen, er ist *verselbstständigt*. Und er tritt ihnen gegenüber wie eine Naturgewalt, wie das Wetter. Und so behandeln ihn auch die Expert*innen und Analyst*innen, wenn es um Vorhersagen des Marktgeschehens geht. Es birgt schon einen gewissen Zynismus in sich, dafür einzutreten, dass die materielle Versorgung der Menschen selbstbewusst als „*survival of the fittest*“ organisiert wird, dessen Verlierer*innen sich dann entweder mit einem Job, der sie über kurz oder lang auslaugt und krank macht („Burn-out“, „Anpassungsstörungen“, „Depressionen“, „Rückenschmerzen“) oder sich in der elenden Arbeitslosigkeit wiederfinden.

selbst innerhalb der chaotischen kapitalistischen Produktion mit all ihren Unbekannten und Unsicherheiten von Großkonzernen bspw. Fünfjahrespläne erstellt werden können, um die Produktion zu planen, ließe sich als Hinweis auf generelle Planbarkeit ökonomischer Prozesse lesen. Staaten führen Statistiken, zumindest über grundsätzliche Dinge wie Lebensmittelversorgung und Energiebedarf, und greifen in die gesellschaftlichen Prozesse geplant ein, um diese elementaren Sachen der Produktion insgesamt auch in Zukunft sicherzustellen – für die kapitalistische Produktion, versteht sich. Mit heutiger Computertechnologie und -vernetzung stünde theoretisch eine ausgefeilte Infrastruktur zur technischen Unterstützung einer vernünftigen Planung zur Verfügung.

Arbeitsteilung im Betrieb

Innerhalb eines kapitalistischen Betriebes findet eine planmäßige Arbeitsteilung statt. Die einzelnen Produktionsschritte sind nach zwei Gesichtspunkten aufeinander abgestimmt. Zum einen wird das Ganze so organisiert, dass an seinem Ende ein brauchbares Produkt rauskommt, man muss sich also nach der Beschaffenheit des Arbeitsgegenstandes richten. Ein Käse muss zum Beispiel erst mal reifen, bevor man ihn in Stücke schneiden kann usw. Das ist der Arbeitsprozess und dieser muss koordiniert werden. Für diese Koordinierung sorgt das Kapital selbst in Form von Betriebsleiter*innen, Vorarbeiter*innen usw. Zum anderen ist der Arbeitsprozess so organisiert, dass er Werte in einem Umfang schafft, die im Verkauf zur Geldvermehrung taugen. Bloß Gebrauchswerte herstellen, erfüllt nicht den Zweck der kapitalistischen Produktion.

Der Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit wird in den kommenden Kapiteln ausführlich erklärt. Aus dem bisherigen sollte aber deutlich geworden sein, dass das Kapital wegen des Interesses an Geldvermehrung bemüht ist, im Produktionsprozess die Arbeit möglichst lange und intensiv wirken zu lassen – eine Sache, die sich aus einem bloßen Interesse an der Herstellung von nützlichen Dingen nicht ohne Weiteres ergibt. Betroffen sind die Arbeiter*innen, die das während der Arbeit aushalten müssen und auch in der Freizeit in Form von Erschöpfung und sonstigen gesundheitlichen Folgen betroffen sind. Jede ihrer Regungen kann kleinlichst reguliert sein – inkl. wie oft wann und wie lange aufs Klo gegangen werden darf und welche Zeit zum Essen bleibt.

Das Kapital setzt diese Anforderungen gegen die Arbeiter*innen durch, indem es sie antreibt und überwacht. Die Entlassung als Drohung ist der Hebel des Kapitals für seine Macht über sie während der Arbeitszeit. Diese Drangsalierung und Überwachung stellt genauso wie die Koordination der Gebrauchswertherstellung das Kapital sicher. Betriebsleiter*innen, Vorarbeiter*innen usw. machen also immer alles zugleich: Sie stimmen die Arbeit so aufeinander ab, dass hinten ein nützliches Ding, ein Gebrauchswert herauskommt und sie bedrängeln die Arbeiter*innen so, dass ihre Leistung zur Geldvermehrung taugt.

Die etwa bei Arbeiter*innen, Kapitalist*innen, Politiker*innen und Volkswirtschaftler*innen ziemlich gängige Vorstellung, dass ohne Druck und Überwachung überhaupt kein komplexer arbeitsteiliger Prozess möglich sei, ist falsch. Der Fehler liegt darin, dass die Überwachung für eine natürliche Grundlage einer jeden Arbeitsteilung gehalten wird. Eine für die *kapitalistische* Arbeitsteilung notwendige Sache wird zu einer generellen Notwendigkeit für alle Arten des Produzierens erklärt. Planung und Koordination eines Arbeitsprozesses werden einfach für das Gleiche wie Überwachung und Zwang gehalten.

Die Grundlage für diesen falschen Gedanken bildet die kapitalistische Produktion, in der Koordinierung und Drangsalierung, zeitlich wie personell, zusammenfallen. Dabei wird die Überwachung doch genau wegen des spezifischen Gegensatzes von Kapitalist*innen und Arbeiter*innen notwendig, den es ohne den Kapitalismus so selbstverständlich gar nicht geben kann. An den oben zitierten Ideologien lässt sich ablesen, dass sie sich die Haltungen der modernen Bürger*innen (also etwas *Soziales*) als ewige *Menschennatur* umbiegen. Dagegen lässt sich einiges im ersten Kapitel Dargelegtes einwenden. Darüber hinaus lässt sich mit den oben angeführten Argumenten, ganz ohne ein „Der Mensch ist halt so!“-Dogma, zeigen, dass die Leute eben auch gute Gründe dafür haben, der *Lohnarbeit*, wo möglich, zu entgehen.

Die Begeisterung für den Druck und die widersprüchliche Haltung zum Plan

Die Arbeitsteilung im kapitalistischen Betrieb kommt nur mit Druck und Aufsicht zustande. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung wimmelt nur so von Gegensätzen. Im Resultat, nachdem lauter Leute auf der Strecke geblieben sind, erscheint sie wie eine Kooperation. Der Effekt, dass Sachen jetzt da sind, wo sie wirklich benutzt werden, obwohl sie jemand ganz anderes hergestellt hat, kommt nur durch den Druck zustande, den die Warenproduzent*innen bzw. kapitalistische Unternehmen mit ihren Waren und ihrem Geld aufeinander ausüben.

Sowohl die betriebliche als auch die gesellschaftliche Arbeitsteilung im Kapitalismus wird in der Ideologie generalisiert: Ohne Druck läuft nichts, würde niemand einen Finger rühren. Eine wirkliche Kooperation, in der sich die arbeitenden Menschen einfach absprechen, weil sie sich was von den Ergebnissen versprechen, erscheint so als Wunschvorstellung, so als wenn der Mensch ohne technisches Gerät fliegen will. Das Resultat kann dann bestenfalls nur ein Beinbruch sein. Wie der Druck dann genau auszusehen hat, da wird dann innerhalb der bürgerlichen Ideologie differenziert. Im Betrieb ist die direkte Aufsicht und der Befehl willkommen, so treiben Kapitalist*innen die Arbeiter*innen zu Höchstleistungen an. Das größte Schreckensbild ist dann, die Gesellschaft könnte wie eine Firma funktionieren: „Das wäre der Untergang der Freiheit, das wäre Diktatur!“

Koordination ist aber in beiden Fällen gewünscht und so fällt auf, dass zwei entgegengesetzte Aussagen als Lob für Kapitalismus dienen: Der Markt wird dafür gelobt, dass er *ganz ohne* Planung auskommt. Während der kapitalistische Einzelbetrieb *gerade wegen* seiner diffizilen Planung in der Regel hervorragend wekommt: „Wow, der Markt bekommt völlig ohne Planung hin, dass viele Leute versorgt sind!“ – „Hey, moderne kapitalistische Betriebe sind toll, die kriegen eine total komplexe Planung hin!“

Nachtrag zum Kapitalbegriff

Hier soll es noch kurz um die leicht verschiedenen Bedeutungen gehen, die in diesem Buch mit Kapital gemeint sind. Zu Beginn dieses Kapitels wurde Kapital recht abstrakt noch als Geld bestimmt, das ausgegeben

wird, um es zu vermehren.²⁶ Eine konkrete Firma, etwa Squish, kann ebenfalls Kapital genannt werden. Darin kommt zum Ausdruck, welches Ziel ein modernes Unternehmen hat, eben die Geldvermehrung. Dies haben alle Firmen gemeinsam, daher sind es auch alles Kapitale. In der Summe dieser Aktionen ergibt sich eine gesellschaftliche Gesamtbewegung. Auch die bezeichnen wir häufig als Kapital.

Vom **Einzelkapital** werden wir in dem Buch sprechen, wenn die Unternehmen auf bestimmte Sachen angewiesen sind, um ihr Ziel zu erreichen, sie diese Sachen aber gar nicht selber einzeln hinbekommen und dabei vom **Gesamtkapital** abhängen. Gesamtkapital hat dann die Bedeutung, dass die einzelnen Kapitale von den Aktionen aller anderen Kapitale abhängig sind. Wenn wir vom Gesamtkapital oder nationalen Kapital schreiben, kann damit auch das Ziel gemeint sein, dass der Kapitalismus *insgesamt* florieren soll, dabei aber einzelne Kapitale zum Beispiel auch pleite gehen können. Dies ist vor allem dann relevant, wenn von Staatseingriffen die Rede ist. Zuletzt: Wenn wir „Kapital“ in Anführungsstriche setzen, dann beziehen wir uns auf das Buch von Karl Marx über die kapitalistische Produktionsweise.

Fazit

Die gesamte Gesellschaft ist vom Gelingen des Kapitalprinzips abhängig. Der Staat bezieht seine Mittel als Steuern aus dem Geschäftsleben, Grund- und Immobilienbesitzer*innen brauchen Kapital und gezahlte Löhne für Pacht und Miete und die Lohnabhängigen sind dem Geschäftserfolg der sie anwendenden Kapitale ausgeliefert. Klappt das Geschäft der Kapitalist*innen nicht, haben alle anderen auch ein Problem. Das Geschäftsinteresse, das private Interesse der Kapitalist*innen, ist damit gesellschaftlich allgemeines Interesse.

Daher trifft der Begriff „Kapitalismus“ auch voll ins Schwarze, wenn man das Wesentliche dieser Ökonomie bezeichnen will. Wenn die Gewinnmacherei (inkl. Reinvestition, Kapitalakkumulation und so weiter) zur Bedingung dafür gemacht ist, dass überhaupt Produktion statt-

²⁶ Ob es wirklich Kapital war, weiß man genau genommen immer erst hinterher. Hat es sich vermehrt, dann hat Geld als Kapital gewirkt. Wenn nicht, dann war es auch kein Kapital.

findet, heißt das eben, dass sich eine ganze Gesellschaft nach dieser eigentümlichen Logik, dem Prinzip des Kapitals richten muss.

Vom Kapital aus gesprochen sind die eigenen Lohnabhängigen „*human resources*“, also so etwas wie „Menschenmaterial“. Damit sich ihre Arbeitskraft verkaufen lässt, müssen sich Lohnarbeiter*innen derart zurichten, dass sie den Bedingungen des Kapitals genügen. Im nächsten Kapitel geht es darum, was es bedeutet, als Lohnarbeiter*in funktionieren zu können und zu müssen.

Literatur

Marx 1977

MARX, Karl ; INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): *Das Kapital. Erstes Buch. Kritik der politischen Ökonomie*. 12. Aufl. (nach d. 4. Aufl. v. 1890). Berlin : Dietz Verlag, 1977 (MEW 23)

4 Lohnarbeit – Die Unterordnung der Arbeiter*innen unter den kapitalistischen Produktionsprozess

Ich arbeite um zu leben, damit ich arbeiten kann für mein Leben – mein ganzes Leben lang...

*In Kapitel 2 haben wir gezeigt, wodurch Geld seine zentrale Rolle in dieser Gesellschaft erhält. In der Produktion für den Markt werden die Arbeiten in der Gesellschaft aneinander gemessen, wie gut sie für das Geldverdienen taugen. Im dritten Kapitel wurde dargestellt, wie sich der Einsatz von Geld erst richtig lohnt: Als Kapital wird es ausgegeben, damit es vermehrt zurückkommt und dies andauernd und ohne Ende. Die Produktion für den Markt ist der notwendige Zwischenschritt und diesen erledigen die Lohnarbeiter*innen für das Kapital. Wie es diesen Produzent*innen des gesellschaftlichen Reichtums ergeht, wenn das Kapital sie für den Profit einspannt, darum geht es in diesem Kapitel.*

„Nicht für die Schule lernen wir, sondern für das Leben.“ Mit diesem Spruch versuchen Eltern und Lehrer*innen, den Schüler*innen ein wenig mehr Begeisterung für den Schulbetrieb nahezubringen. Manche Qual müsse man einfach hinnehmen, sich ihr stellen, um damit später ein umso schöneres Leben zu haben. Mit derselben Einstellung gehen dann alle, vom KFZ-Mechaniker bis zur Webdesignerin, auf die Lohnarbeit los.

Nicht für das Unternehmen, sondern für sich, für die Entwicklung des eigenen Lebens, gehen sie arbeiten. Ihre Freizeit ist der Bereich, den sie gut gestalten wollen, irgendwann eine schöne Wohnung haben, manche Hobbys entwickeln, Beziehungen auf eine solide materielle Grundlage stellen. Zwar deutet schon die Bezeichnung „Freizeit“ darauf

hin, dass es einen anderen Lebensbereich gibt, in dem man nicht frei über seine Zeit bestimmen kann, aber das sei hinnehmbar, wenn das Geld kommt, das man für die Gestaltung der eigenen Lebensprojekte in der Freizeit braucht.

Für die Masse der Lohnabhängigen ist der geldmäßige Ertrag ihrer Mühen allerdings ein Leben lang sehr dürftig, sodass von einer Verbesserung der Lebensqualität mithilfe der Arbeit nicht so richtig die Rede sein kann. Wenn es wirklich um die eigene Sache ginge, müsste man sich auch über das krasse Missverhältnis zwischen Freizeit und Lohnarbeitszeit wundern. Die meiste Zeit verbringt man eben doch am Arbeitsplatz und komischerweise verändert sich an diesem Verhältnis im Laufe des Arbeitslebens wenig. Das gilt gerade auch für die sogenannten besser bezahlten Berufe. Alleine die Arbeitslosigkeit ist da ein erzwungener Ausweg, mit dem Nachteil, dass man kein Geld hat. Das macht die Freizeit in einer Welt, in der man für alles bezahlen muss, so trostlos.

Die Lohnarbeit hat die unangenehme Nebenwirkung, dass sie auf den Freizeitbereich ausstrahlt. Sie ist so intensiv und anstrengend, dass als erstes mal die Freizeit für die Erholung erhalten muss. Gesundheitliche Belastungen versuchen Lohnabhängige durch Sport auszugleichen, wobei manches Hobby gleich zum Pflichtprogramm wird und nebenbei auch noch Geld kostet. Zu sehr darf man dann die Freizeit auch nicht ausleben, weil es ja am nächsten Tag wieder zur Arbeit geht. Gerade weil man da so viel Zeit verbringt, ist es einfach nochmal anstrengender, sich müde dem Stress auszusetzen. Klar, die Existenzangst ist in dieser Überlegung auch schon längst enthalten. Man muss sich fit für den Betrieb halten, weil dieser einen ja ansonsten durch „fleißigere“ Hände ersetzt.

So sehr opfern moderne Arbeiter*innen scheinbar ihre Freizeit für den Lohn, dass ihnen heute geraten wird, auf ihre Work-Life-Balance zu achten. Einmal sollen die Lohnabhängigen darauf achten, dass sie nicht zu viel zu Hause weiterarbeiten, z. B. E-Mails checken. Zweitens sollen sie darauf achten, dass sie irgendwo doch noch ein Stückchen Zeit haben, welches sie tatsächlich mal nur mit ihren eigenen Wünschen füllen. Das soll gegen „Burn-out“ helfen, damit man besser und dauerhaft arbeiten kann.

★ *Kurzum: Das Arbeiten für die Freizeit dreht sich um eine Gestaltung der Freizeit für die Lohnarbeit. Das Arbeiten für das eigene Geld ist in Wirklichkeit ein Leben, mit dem man das Geld für jemand anderes vermehrt.*

Die Lebenslüge, dass sich die Anstrengungen doch noch irgendwie lohnen, wird daher gerne auch so verlängert: „Meine Kinder sollen es einmal besser haben.“ Mit diesem Lebensziel haben sich die aktiven Lohnabhängigen ganz realistisch davon verabschiedet, dass ihre Lohnarbeit doch glatt was für sie selbst sein könne. Aller Stress, aller Mangel dient in ihren Köpfen nur noch dafür, dass die Kinder einst eine bessere Basis für ihre Lebensentwicklung haben sollen als sie selbst. Gar nicht witzig ist, dass dieser Spruch dann später genauso das Lebensmotto ihrer Kinder wird.

Ich bin so frei

Die Lohnarbeiter*innen sind keine Sklaven und auch kein Leibeigene. Sie gehören sich selbst und können alles machen, was sie wollen. Sie brauchen nur an sich selbst zu denken und es steht ihnen frei, selbst zu entscheiden, wo und wie sie ihre Ziele verfolgen wollen. Dies ist seitens des Staates nur an eine Bedingung geknüpft, die es in sich hat: Bei all dem müssen die Lohnarbeiter*innen die Gesetze, z. B. das Privateigentum, beachten. Das alles gilt genauso für die Kapitalist*innen. Der Unterschied ist der, dass die Arbeiter*innen über keine Sachen oder Geldsummen verfügen, mit denen sie eigenständig die materiellen Voraussetzungen für ihr Leben schaffen können. Diese Sachen, die Produktionsmittel, sind durch das Privateigentum exklusiv in den Händen anderer Menschen oder Unternehmen. Die Arbeiter*innen sind darauf angewiesen, dass Unternehmen sie für ihre Zwecke brauchen und dafür einen Lohn zahlen. Deshalb heißen sie **Lohnabhängige**.

Mit allen möglichen Sachen kann man in dieser Gesellschaft Geld verdienen, wenn andere ein mit Zahlungskraft ausgestattetes Bedürfnis danach haben. Das Privateigentum sorgt dafür, dass die Güter von denjenigen getrennt sind, die sie brauchen könnten.¹ Dieser Zustand eröffnet dem*der Eigentümer*in das bekannte Verfahren, einen Preis für die gebrauchte Sache zu verlangen. Man kann sich die Frage stellen,

¹ Siehe Kapitel 2, Abschnitt „Privateigentum“ auf S. 30.

warum die Arbeiter*innen mit ihrem Angebot der Ware Arbeitskraft in der Masse so schlecht wegkommen beim Geldverdienen. Schließlich sind doch auch die Unternehmen von den Arbeiter*innen abhängig. Warum nennt man dann die Unternehmen nicht ebenso „Arbeitsabhängige“? Warum können die Arbeiter*innen nicht mal ihren Vorteil aus dieser Abhängigkeit schlagen?

Die Armut der Arbeiterklasse, behaupten wir, hat was mit Besonderheiten des Arbeitsmarktes zu tun, die es so an Schuhmärkten, Handymärkten und Automärkten nicht gibt. In den Branchen, wo Waren, wie etwa Schuhe oder Autos, hergestellt und gewinnbringend verkauft werden, kommt es schon mal vor, dass wegen eines Überangebots die Preise kräftig fallen. Dann gehen Unternehmen pleite oder wechseln die Branche. Dies hat den Effekt, dass das Angebot sinkt und sich die Preise „erholen“, sodass der Profit für die verbleibenden Unternehmen wieder stimmt. Bei der Ware Arbeitskraft gibt es diesen Effekt fast nie.

Erstens: Ist der Lohn dauerhaft bescheiden, dann können die Arbeiter*innen nie sagen: „Arbeitskraft verkaufen lohnt sich nicht mehr, ich mach mich selbstständig und produziere jetzt Handys, weil die rentieren sich ja gerade besonders gut.“ Für einen solchen „Branchenwechsel“ sind entsprechend hohe Geldsummen nötig, die Arbeiter*innen nicht haben.²

Zweitens sorgt der Sozialstaat mit einer minimalen Grundversorgung dafür, dass die Arbeiter*innen nicht einfach nur „pleitegehen“ und damit aus dem Geschäft sind. Auch ohne Beschäftigung stehen sie so dauerhaft für den Arbeitsmarkt zur Verfügung. So entspannt sich die Situation am Arbeitsmarkt einfach nicht.

Drittens wird die Situation dort meist sogar immer prekärer. Arbeiter*innen, die ihre Arbeitskraft anbieten, sind in einer „Branche“ tätig, die immer mehr Zufluss erhält. Mit jeder Rationalisierung werden mehr Leute arbeitslos, mit jeder Krise wird eine neue Million in die Arbeitslosigkeit gespült. Und ein paar Jahre Aufschwung, in denen mal neue Arbeiter*innen eingestellt werden, haben selten das Niveau, dass

² Ein Wechsel des Jobs steht den Arbeiter*innen dagegen natürlich offen, soweit gefragt. Soweit eine besondere Qualifikation für einen Job gefragt ist, wird der Wechsel erschwert. Das wiederum sorgt dafür, dass die besonders qualifizierten Arbeiter*innen einen höheren Lohn bekommen können – dazu unten mehr. Das hier dargestellte Prinzip, warum der Verkauf von Arbeitskraft so magere Ergebnisse erzielt, schlägt sich für diejenigen Tätigkeiten voll durch, wo jede*r Arbeiter*in ohne Weiteres austauschbar ist. Für die anderen Tätigkeiten gilt das nur der Tendenz nach.

sich der Arbeitsmarkt insgesamt wieder entspannt. Daher sorgt die Konkurrenz in der Arbeiterklasse nie dafür, dass sich sowas wie ein durchschnittlicher Lohn einstellt, von dem man gut leben könnte. Stattdessen sorgt sie immer dafür, dass ein permanentes Interesse besteht, sich noch günstiger zu verkaufen, um an Arbeit zu kommen. Damit machen sich die Arbeiter wechselseitig die Löhne kaputt. Das erhöht den Druck, sich noch billiger anzubieten und noch mehr Stunden zu arbeiten.³

Das Resultat sind massenhaft dienstwillige Arbeitskräfte, die bereit sind für niedrige Löhne und so lange und intensive Arbeitstage bei den Unternehmen anzutreten. Das ermöglicht den Firmen, ihre Gewinne zu machen und sich zu erweitern. Von den geschaffenen Produkten sind die Arbeiter*innen durch das Eigentum getrennt, die gehören halt dem Unternehmen. Was ihnen bleibt ist der Lohn, der für die Lebenshaltung draufgeht und entsprechend am Monatsende weg ist. So hinterlassen die Unternehmen die Arbeiter*innen wieder in ihre prekären Lage, sodass diesen gar nichts übrig bleibt, als im nächsten Monat erneut bei den Unternehmen arbeitswillig anzutreten.

³ Manch eine*r könnte gegen diese Überlegungen einwenden, dass in Deutschland kein flächendeckender Slum zu entdecken ist. Wenn die Arbeiter*innen in ihrer besonderen Konkurrenz nur eine Spirale abwärts beschreiten, dann kann doch nur eine absolute Verelendung dabei herauskommen. Dazu folgende Hinweise: In vielen Weltgegenden, wo die kapitalistischen Nationen nicht so erfolgreich sind, lässt sich diese Verelendung tatsächlich anschauen. In erfolgreichen Nationalstaaten, wie die BRD, gibt es dagegen einige Gegenbewegungen: Mit dem bereits erwähnten Sozialstaat wird sich eine Instanz geleistet, die dem absoluten körperlichen und psychischen Verfall der Arbeiter*innen entgegenwirken soll. Über Sinn und Zweck dieser staatlichen Maßnahme dreht sich das ganze 8. Kapitel „Na, dir werd ich helfen“: Sozialstaat, S. 203. In Gewerkschaften wiederum schließen sich Arbeiter*innen zusammen, um gerade der absolut ruinösen Tendenz der Konkurrenz entgegenzutreten. Durch die organisierte, zeitlich begrenzte Arbeitsverweigerung soll dem Abhängigkeitsverhältnis zwischen Arbeiter*innen und Unternehmen ein anderes Gewicht gegeben werden. Siehe dazu das 6. Kapitel, Abschnitt „Alle Räder stehen still / wenn Dein starker Arm es will.“, S. 167. In manchen Fällen wiederum gibt es auch ohne Arbeitskampf die Gelegenheit bessere Löhne zu fordern – bei den bereits erwähnten qualifizierten Jobs, wenn mal wieder Fachkräftemangel in einer bestimmten Branche vorhanden ist und die Unternehmen sich wechselseitig die Arbeitskräfte abwerben. Mit dem technischen Fortschritt macht sich das Kapital von solchen speziellen Arbeitsfähigkeiten einerseits unabhängig, wenn Wissen quasi einer Maschine einverleibt wird. Die Arbeitskraft wird so dequalifiziert. Andererseits bedarf es dann für die Maschine wiederum eine spezielle Betreuung, sodass neue Spezialist*innen gefragt sind. Auch versucht der Staat mit seinem Ausbildungswesen solchem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, damit das Kapital ja nicht allzu einfach unter Druck gesetzt werden kann.

★ *Obwohl Arbeiter*innen und Unternehmen formal wechselseitig voneinander abhängig sind, hat die Abhängigkeit eine schwere Schlagseite und Schaden und Nutzen sind eindeutig verteilt: Geht es den Arbeiter*innen wirtschaftlich schlecht, ist das in aller Regel sehr gut für das Kapital. Geht es den Unternehmen gut, muss sich das überhaupt nicht für die Arbeiter*innen auszahlen. Geht es aber den Unternehmen schlecht, wird garantiert alles nochmal schlechter für die Lohnabhängigen.*

Man sieht, **persönliche Freiheit** und gesellschaftlicher Zwang sind alles andere als ein Gegensatz. Die Arbeiter*innen entscheiden selber, welche Karriere, welchen Berufszweig sie einschlagen und können selbst entscheiden, bei welchem Unternehmen sie arbeiten wollen. Niemand schreibt ihnen direkt vor, was sie zu tun haben. Die freien Entscheidungen der Lohnabhängigen orientieren sich dabei an Fakten, auf die sie unmittelbar keinen Einfluss haben. In welchen Unternehmen Arbeitsplätze angeboten werden, das finden sie vor. Die Konditionen, also Lohnhöhe und Arbeitszeit, werden ebenfalls von den Unternehmen bestimmt.

Im Laufe seines Lebens mag jemand ja auch bei verschiedenen Unternehmen gearbeitet haben, sei es aufgrund von Entlassungen, sei es, weil sie selber die Schnauze voll hatte und woanders ihr Glück suchte. Diese Tatsachen machen es einfach, sich die eigene Existenz, das eigene Abschneiden in der Konkurrenz als Resultat von lauter Einzelfällen vorzustellen. Mal war der Unternehmer ein Arschloch, mal wurde Missmanagement betrieben, mal hat eine Kollegin einem selbst das Messer in den Rücken gesteckt, mal hat man sich einfach ungeschickt angestellt. So kann man weiter hoffen...

Dagegen muss man festhalten: Jedes einzelne Unternehmen versucht aus purem Eigeninteresse, den Lohn seiner Arbeiter*innen möglichst niedrig zu halten. Alleine kann ein Unternehmen aber auch nicht die Voraussetzungen schaffen, dass es viele willige und billige Lohnarbeiter*innen gibt. Die Aktionen des einzelnen Unternehmens beruhen darauf, dass alle anderen Unternehmen das genauso machen. Die einzelnen Aktionen der Unternehmen hängen aber nicht nur voneinander ab. In dem Gesamtwerk mischen die Lohnarbeitenden durch ihre Konkurrenz untereinander kräftig mit. Sie brauchen alle einen Arbeitsplatz und entscheiden sich wegen der Anderen dazu, billig und willig bei einem

Vorstellungsgespräch anzutreten. So schaffen alle flächendeckend die Verhältnisse, welche die Masse an Lohnabhängigenschicksale erklären.

★ *Dieses System ist allen freien Entscheidungen von Lohnarbeiter*innen und Unternehmen vorausgesetzt. Indem sich alle in ihren freien Entscheidungen daran orientieren, schaffen sie dann jeden Tag von Neuem das System, an dem sie sich dann wieder orientieren. Nicht das Handeln der Einzelnen erklärt ihre materielle Lage, sondern der gesellschaftliche Produktionszusammenhang unter dem Diktat des Eigentums, Geldverdienens und stetigen Geldvermehrens.*

„Wer will, der kann“ oder Die eigene Leistung – ein Grund für nichts

Viele Menschen glauben, dass ihr Vorankommen in erster Linie von ihnen selbst abhängt und denken das konsequent beim Thema Lohnhöhe weiter. Einige Menschen glauben, dass im Lohn ihre individuelle Leistung vergütet würde. Wenn Stundenlohn gezahlt wird, scheint ihnen die Erfahrung unmittelbar Recht zu geben. Arbeite ich eine Stunde länger, kriege ich mehr Lohn. Beim Stücklohn kann ich durch härteres Ranklotzen den Lohn ebenfalls erhöhen. Viele Menschen meinen, dass der Lohn die individuelle Leistung entgelten sollte und halten das Ausbleiben einer ‚gerechten‘ Leistungsbelohnung für einen Bruch mit den Prinzipien der Marktwirtschaft. Dass Gewerkschaften in Streiks Lohnerhöhungen durchsetzen müssen, scheint der obigen Vorstellung erstmal zu widersprechen. Aber selbst diese argumentieren in den Lohnverhandlungen mit der Arbeitsleistung. Hat ein Unternehmen mehr Waren hergestellt, dann muss doch die Arbeit dabei ihre Rolle gespielt haben. Die Lohnarbeiter*innen hätten mehr Arbeit geliefert, also müssten sie von dem Unternehmen mehr Geld bekommen – so die Gewerkschaften. Als Idee zum Thema Lohn ist der Gedanke der **Leistungsentlohnung** weit verbreitet. Wird tatsächlich mal ein Tellerwäscher zum Millionär, dann wird glatt behauptet, dass das an der besonderen Leistung beim Tellerwaschen gelegen habe. Und bei dem Streit um Managergehälter in Millionenhöhe fragen Leute ernsthaft, ob deren Leistung wirklich soviel Geld verdient.

Diese Vorstellungen kann man ja mal entlang von folgenden Fragen prüfen: Wenn man arbeiten will, hat man es dann in der Hand

auch tatsächlich „Leistung“ bringen zu können? Wer definiert den Leistungsumfang? Und kommt es bei dem Arbeitsaufwand immer auf die besondere, sich von anderen unterscheidende eigene Anstrengung an?

In der kapitalistischen Gesellschaft liegt es überhaupt nicht in der Handlungsmacht der Menschen, zu arbeiten oder auch intensiv oder lange zu arbeiten. In Deutschland gibt es zig Millionen Arbeitslose, die von Hartz IV sehr schlecht leben. Dass viele sich sogar um die 1-Euro-Jobs reißen und der Staat sie dazu gar nicht sonderlich zwingen muss, zeigt nicht nur, dass das verbreitete Urteil, die Arbeitslosen wollten gar nicht arbeiten, nicht stimmt. Es macht vielmehr deutlich, wie verzweifelt die Menschen sich nach jedem zusätzlichen Einkommen strecken wollen. Dieses Wollen der Lohnabhängigen beruht auf der hiesigen gesellschaftlich eingerichteten Alternativlosigkeit, den eigenen Lebensunterhalt durch nichts anderes als durch Lohnarbeit bestreiten zu können. Die Frage in kapitalistischen Gesellschaften ist für die übergroße Mehrheit der Menschen nie, ob sie arbeiten wollen oder nicht, sondern ob ihnen ein Unternehmen eine Beschäftigung anbietet. Kaum eine Lohnarbeiterin handelt dabei mit seinem Unternehmen aus, wie lange und wie intensiv sie rangenommen wird. Das definieren die Unternehmen vorweg, bieten einen fertig eingerichteten Arbeitsplatz an und warten, wer da kommt. In der Regel haben sie dabei nicht das Problem eines mangelnden Angebots an willigen Lohnarbeiter*innen. Und ist der Vertrag erstmal unterschrieben, dann ist es wiederum das Management, das Überstunden fordert. Dieses entscheidet dann auch, das Fließband schneller zu stellen. Klar gibt es auch Arbeitsverhältnisse, da steht es z. B. dem*der Webdesigner*in frei zu kommen und zu gehen. Die Deadline wird aber vom „Arbeitgeber“ festgelegt. Ein großer Teil der Arbeiten findet in fein abgestimmten Maschinenparks der Fabriken statt. Hier am letzten Punkt ist die Absurdität der Lohn-Leistungsideologie perfekt: Als wenn dort irgendetwas von der individuellen Leistung des Arbeiters abhängig gemacht würde. Die Unternehmen haben sich durch die Maschinen davon unabhängig gemacht und die Arbeiter*innen müssen sehen, wie sie damit zurechtkommen.⁴

⁴ Wenn hier und im Folgenden von Technik und Maschinenparks die Rede ist, welche den Arbeiter*innen das Tempo der Arbeit vorgeben, dann ist damit nicht nur an die Autoproduktionslinie von VW in Wolfsburg gedacht. Auch im sogenannten „Dienstleistungssektor“ sind solche Methoden üblich. Z.B. in Form von Telefonanlagen in

★ *Lange und intensiv arbeiten wollen, schafft keinen Lohn. Unternehmen, die ihren Reichtum vermehren wollen, schaffen lange und intensive Arbeitstage für einen Lohn, der sich für sie lohnt.*

Vom Anfang (Leistungsbereitschaft) bis zum Ende (die tatsächliche Arbeit) steht und fällt das Arbeiten in der kapitalistischen Gesellschaft mit den Kalkulationen der Unternehmen. Damit ist klar, von welcher Arbeit man sich überhaupt einen Lohn versprechen kann, nämlich von der Arbeit, die sich für die Unternehmen lohnt. Wie der Zusammenhang von Lohn und Leistung unter diesem gesellschaftlichen Regime tatsächlich ist, darum geht's im Folgenden.

Über die Trennung der Arbeiter*innen von den Früchten ihrer Arbeit

Der Lohn ist in der Gewinnkalkulation der Unternehmen ein **Kostenfaktor**. Im kapitalistischen Sinne sind die Kosten die Summe an Investitionen, die es braucht, um einen Gewinn zu erzielen. Mit Geld werden Produktionsmittel gekauft, ein Stück Land gepachtet und Arbeitskräfte eingekauft. Dies zusammen unter dem Kommando des Kapitals bringt dann in aller Regelmäßigkeit – von Krisen und einzelnen Pleiten abgesehen – Waren hervor, die sich gewinnbringend verkaufen lassen.

Das Geld als gesellschaftliches Zugriffsmittel auf alles Mögliche verschafft den Eigentümer*innen (sei es ein Familienbetrieb oder eine Aktiengesellschaft) ab einer bestimmten Höhe die Möglichkeit alle Sachen einzukaufen, die es braucht, damit hinterher eine größere Summe an Geld zurückfließt. Der Lohn ist deshalb auch nicht einfach bloß das Lebensmittel der Arbeiter*innen und nur ein zähneknirschend in Kauf genommenes Übel für das Kapital, sondern ein notwendiges und gutes Mittel der Unternehmen, um Gewinn zu machen. Dafür wird er entsprechend kalkuliert:

Er muss ausreichen, um eine solche Arbeitsleistung zustande zu bringen, deren Ergebnis sich am Markt konkurrenztechnisch durchsetzen kann und gewinnmäßig auszahlt. Preismäßig dürfen die hergestellten Waren nicht teurer sein als die der Konkurrenz, sonst kauft sie niemand. Kostenmäßig müssen die Waren so hergestellt worden sein, dass zwi-

Call-Centern, die den Beschäftigten das Wählen abnehmen und sie in vorgegebenem Takt automatisch mit Telefongesprächen konfrontieren.

schen den gemachten Auslagen und den erzielten Preisen eine Differenz als Gewinn übrig bleibt.⁵

Erstens müssen überhaupt genügend Arbeiter eingestellt werden. Wenn z. B. ein Call-Center-Unternehmen lukrative Großaufträge nur dann bekommt, wenn es mindestens 50 Arbeiter*innen gleichzeitig telefonieren lassen kann, dann müssen die eben bezahlt werden. Der Gewinn vergrößert sich nicht, wenn an der gesamten Lohnauslage so gespart wird, dass nur 25 Arbeiter*innen eingestellt werden – er kommt dann einfach gar nicht zu Stande. Den Lohn der 50 Arbeiter*innen dagegen zu drücken, kann sich für das Unternehmen auszahlen, wenn die dann trotzdem die gewünschte Leistung bringen. Das Unternehmen kann auch versuchen, mehr Leistung aus den Arbeiter*innen herauszuholen, sodass dadurch vielleicht zwei, drei Menschen überflüssig werden. Auch so kann die Lohnauslage verringert werden.

Zweitens gelten die gleichen Überlegungen für die einzelnen Arbeiter*innen. Es muss genügend Lohn gezahlt werden, damit eine Arbeitskraft antritt. Ein höherer Lohn mag sich hier für das Unternehmen auszahlen, wenn dadurch eine qualifiziertere Arbeitskraft angestellt werden kann, deren Arbeit ein vergleichsweise besseres Resultat hervorbringt. Wenn diese qualifizierte Arbeitskraft eingestellt ist, lohnt sich für das Unternehmen der Versuch, deren Lohn zu drücken und/oder noch mehr Arbeitsleistung aus dieser herauszuholen.

Möglichst viel Arbeitsleistung wirken zu lassen, sei es der Zeitdauer nach, sei es der Intensität nach, ist das eine Interesse der Unternehmen bei der Lohnkalkulation. Auf der anderen Seite ist klar, je weniger das Unternehmen für Löhne auslegen muss, desto mehr bleibt vom Gesamterlös des Warenverkaufs als Überschuss, also als Gewinn übrig. Lohnhöhe und Arbeitsleistung zusammengedacht, bedeutet Folgendes: Je geringer der Lohn und je höher zugleich die Arbeitsleistung, desto mehr bleibt vom Verkaufserlös bei dem Unternehmen, umso höher ist also der Gewinn.

Diese Rechnung basiert darauf, dass das Unternehmen mit dem Lohn als Preis der **Arbeitskraft** das Nutzungsrecht über dieselbe erworben hat. Denn nicht die Arbeitsleistung bezahlt das Unternehmen, sondern die Verfügung über Arbeiter*innen. Die Lohnabhängige bekommt ihren

⁵ Siehe dazu auch das dritte Kapitel, Abschnitt „Der Gewinn und seine Widersprüche“, S. 58.

Lohn und kann damit machen was sie will. Das Unternehmen bekommt dafür die Verfügung über die tatsächliche Arbeit oder genauer über die Fähigkeit zu Arbeiten. Was die Arbeiterin dann leistet und was das an Geld einbringt, geht sie nichts mehr an, sondern ist das Privateigentum und damit die Sache des Unternehmens.

★ *Während gemeinhin die Vorstellung vorherrscht, der Lohn würde sich irgendwie aus der individuellen Leistung der Arbeiterin begründen, muss man also das Gegenteil festhalten: Gerade die Trennung von Leistung und Lohn ist das entscheidende Kriterium für die Unternehmen. Daher spielt diese Trennung auch bei der Lohnberechnung der Unternehmen die entscheidende Rolle. Anders ausgedrückt: Der Lohn wird so kalkuliert, dass möglichst viel von der geldmäßigen Wirkung der Leistung ausschließlich beim Unternehmen bleibt.*

Denjenigen Arbeiter*innen, die sich besonders viel darauf einbilden, wie leistungsstark sie doch seien und vielleicht auch sind, und sich dabei einbilden, dass sich dies für sie auszahlt, muss man also entgegenen, dass sich ihre hohe Leistung für das Unternehmen auszahlt, ihnen dagegen ein geschlauchter Körper übrig bleibt.

Ein Zwischenfazit über den Nutzen der Freiheit

In der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft wird das Bestreben der Arbeitenden, durch ihre Anstrengungen ihr Leben zu entwickeln, nicht unterdrückt. Die Freiheit der Arbeitenden, das „an sich selber denken“ und das „auf sein Vorankommen zu schauen“, wird gesetzlich geschützt und allseitig angestachelt. Unter den ebenfalls staatlich garantierten kapitalistischen ökonomischen Verhältnissen, stellt sich dabei der materielle Nutzen bei den Unternehmen ein.

Nicht nur die Verbesserung der Lebensverhältnisse, sondern schon die bloße Existenz der Arbeitenden ist ökonomisch absolut abhängig davon, ob Unternehmen Gewinne machen. Für die Lohnabhängigen gibt es selbst ein Loch als Wohnung und irgendein Fraß zum Überleben nur, wenn den Unternehmen ein Gewinn in Aussicht steht. Die kapitalistische Gesellschaft zeichnet sich durch die ökonomische Verrücktheit aus, dass das banalste Bedürfnis eines Arbeitenden nur dann befriedigt wird, wenn ein Plus geschaffen wird.

Die Höhe des Einkommens der Arbeitenden steht dabei in einem Gegensatz zum Ziel derjenigen Institution, von der sie ihr Einkommen beziehen. Das Minus der Arbeiter*innen, ihr körperlicher und psychischer Verschleiß bei der Arbeit, ist die Konsequenz dessen, dass ihre ausgiebige Leistung das Plus für die Institution ist, mit deren Hilfe sie eigentlich ihre Lebensqualität verbessern wollen.

Wie die Unternehmen dafür sorgen, dass dies alles auch noch von den Arbeiter*innen während der Arbeit mitgetragen wird, darum geht es gleich. Dass der Profit, von dem die Arbeiter*innen abhängig sind und den sie mit ihrem Arbeitsalltag befördern, auch noch das Instrument ist, sie völlig brotlos zu machen, dazu später mehr.

Die Lohnformen – Armut und Gewinn garantiert

Das Interesse jedes Unternehmens und daher des Kapitals schlechthin ist eine optimale Bilanz von möglichst wenig Lohn zahlen und dabei zugleich möglichst viel Leistung aus den Arbeiter*innen herausholen. Möglichst wenig zahlen, kann dabei durchaus mal Lohnzuschläge einschließen, wenn dadurch entsprechend die Leistung gesteigert werden kann. Aber auch Arbeiter*innen, die sich vom Lohn gar nicht gut körperlich und geistig in Schuss halten können, gehen für das Kapital in Ordnung, solange die Lohn-Leistungsbilanz noch stimmt (und im Zweifel genügend Arbeitslose zum Austausch auf der Matte stehen).

Dieses Interesse des Kapitals äußert sich in der Art und Weise, in der die Lohnabhängigen bezahlt werden. Mit einem Monatslohn von 1600 Euro mag ein Unternehmen genügend Arbeitsleistung für eine gewinnträchtige Produktion organisiert haben. Mit einer Umrechnung dieses Monatslohns auf einen Stundenlohn von 10 Euro pro Stunde und einer entsprechenden Vertragsänderung gelingt dem Unternehmen zweierlei.

Erstens ist mit dem **Stundenlohn** der Gewinn (zumindest soweit die Konkurrenz der Unternehmen der Kalkulation des einzelnen Kapitals nicht einen Strich durch die Rechnung macht) jetzt nicht nur am Monatsende garantiert, sondern in jeder einzelnen Stunde. Das scheint zunächst ganz anders zu sein, weil der Lohn ja für eine Stunde Arbeit steht. Aber warum sollte der Geldbetrag für eine Stunde Arbeiten dem entsprechen, was in dieser Stunde geldmäßig geschaffen wird? Die

Arbeiterin bekommt für eine Stunde Arbeit ihren Stundenlohn und kann damit machen, was sie will. Das geht das Unternehmen nichts mehr an. Was sie in der Stunde geleistet hat, geht wiederum die Arbeiterin nichts mehr an, sondern wird zum Eigentum des Unternehmens.

Wenn die Auftragslage plötzlich einbricht, das Unternehmen weniger Waren verkauft, kann das Unternehmen die Arbeitenden nach fünf Stunden getaner Arbeit nach Hause schicken. Für das Unternehmen ist durch den Stundenlohn in diesen fünf Stunden ein rentables Verhältnis von Lohn und Leistung gesichert. Die Lohnabhängigen dagegen müssen zusehen, wie sie mit diesem Lohn überhaupt über die Runden kommen.

Zweitens wird mit dieser Art der Bezahlung das Interesse an möglichst langer Arbeitsleistung für das Unternehmen in das Interesse des Arbeiters selbst reingelegt. Weil der Lohn so knapp bemessen ist, will der Arbeiter von sich aus länger arbeiten, um sein persönliches Einkommen zu erhöhen. Für jede Stunde, die der Arbeitende mehr für das Unternehmen arbeitet, kriegt er ja 10 Euro zusätzlich in seine Lohntüte. So bezahlt der Arbeiter mit der Einschränkung seiner Freizeit den Preis dafür, dass er für die Freizeit – vom Hausbau über Essen bis hin zum Diskobesuch – mehr Geld hat. Weil dies eine ruinöse Wirkung auf die Arbeiter*innen hat, die sich besonders in den letzten Arbeitsstunden drastisch steigernd einstellt, beschränkt der Staat dieses Unterfangen mit einem gesetzlichen normalen Arbeitstag. Das muss er zum einen gegen die Unternehmen durchsetzen, die ja gerade die Urheber dieser Arbeitstage sind.⁶ Zum anderen muss der Staat dies aber auch gegen die einzelnen Arbeiter*innen durchsetzen, die ja gerade aus eigenem Interesse heraus lange arbeiten wollen. Zugleich will der Staat die Unternehmen aber auch nicht zu sehr einengen und erlaubt die Arbeit über diesen Normaltag hinaus, verordnet dafür aber Überstundenzuschläge. Die Überstunden werden umfangreich von den Arbeiter*innen angenommen und diese von den Unternehmen sogar manchmal durch Zuschläge über das gesetzlich vorgeschriebene Maß extra motiviert. Damit zahlen die Arbeiter*innen nicht nur den Preis einer zusätzlich eingeschränkten Freizeit, sondern auch noch den Preis zusätzlicher Erschöpfung, die die

⁶ Obwohl die Beschränkung des Arbeitstages gegen die Unternehmen durchgesetzt werden müssen, lauert in dem Ergebnis schon wieder ein Vorteil für das Kapital. In kürzeren Arbeitstagen können die Lohnabhängigen mit intensiveren Anforderungen konfrontiert werden. Zeitlich weniger arbeiten schließt nicht aus, dass die Arbeitenden durch höhere Intensität mehr zu leisten haben.

Freizeit so trostlos macht, und den Preis zusätzlicher gesundheitlicher Ruinierung.

Ein Lohnzuschlag mag die Arbeiter*innen motivieren, sich im Betrieb mehr anzustrengen. Das kann klappen oder auch nicht. Mit dem **Stücklohn** wird durch die Art der Bezahlung dafür gesorgt, dass die Arbeitenden permanent von sich aus auf die Idee kommen, möglichst intensiv, ohne Pausen und sehr konzentriert zu arbeiten. Das Interesse des Unternehmens wird wiederum in das Interesse der Lohnabhängigen hineingelegt. Der Lohn wird an die produzierte Stückzahl geknüpft und die Arbeiterin kann umso mehr verdienen, je schneller sie arbeitet und je weniger Pausen sie sich gönnt.

Die Überwachung der Arbeit – verausgabt sich die Arbeiterin auch im gewünschten Maße? – wird zugleich für das Unternehmen vereinfacht. Es muss nur noch am Ende geprüft werden, ob die Waren auch die gewünschte Qualität haben – sonst gibt es Lohnabzüge. Die Wirkung auf die Arbeiter*innen ist die gleiche wie die beim Stundenlohn. Der höhere Lohn wird erkaufte durch zusätzliche Erschöpfung aufgrund von Intensität und dem Ansporn lange zu arbeiten, was schließlich in gesundheitlichem Schaden mündet.

Auch hier ist der Gewinn für das Unternehmen garantiert, die Lebenshaltung der Arbeitenden dagegen prekär. Der Stücklohn ist nur eine umgerechnete Form des Stundenlohns. Das Unternehmen weiß in etwa, was ein durchschnittlicher Arbeiter in einer Stunde leisten kann. Um bei dem Call-Center zu bleiben: In einer Stunde schafft ein Angestellter ca. 10 Gespräche. So wird der Stundenlohn auf einen durchschnittlichen Stücklohn umgerechnet – pro Gespräch gibt es einen Euro. So ist nicht nur in jeder Stunde Arbeit der Gewinn garantiert, sondern in jedem Stück, das produziert wird, egal, ob nun 5 oder 15 Gespräche abgewickelt werden. Die Arbeitenden müssen dagegen zusehen, wie sie mit ihrem Lohn zurechtkommt.

Beide Lohnformen haben ihre Schranke dort, wo es auf die Qualität jedes einzelnen Produktes entscheidend ankommt. Wo eine einzige mangelhafte Ware schon immense Kosten einschließt, ist es für das Kapital nicht vorteilhaft, übermüdete oder sich selbst hetzende Arbeiter*innen an die Produktion heranzulassen. Dies gilt auch in anderen Hinsichten wie z. B. der sparsame Gebrauch von Rohstoffen und die pflegliche Behandlung von teuren Maschinen oder Werkzeugen. Dort,

wo der Maschinenpark so genau aufeinander abgestimmt ist, dass eine kleine Fehlleistung alles lahm legt und hohe Einbußen bewirken würde, können Stücklöhne zu kostenträchtigen Kollateralschäden führen. In diesen Fällen zahlen Betriebe auch **über Tarif** in Form eines Festlohnes. Der zusätzliche Lohn soll die Arbeiter*innen motivieren, konzentriert und verbindlich bei der Sache zu sein. Die Arbeiter*innen mögen sich nicht so sehr hetzen wie beim Stücklohn. Die Konzentration, die ihnen hier abverlangt wird, laugt sie aber auch nicht unbedingt weniger aus.

Mit dem Arbeitsmodell des **Toyotismus** wurden vor allem in der Automobilindustrie über den Lohn zwei weitere Potenzen der Arbeiter*innen mobilisiert. Der Toyotismus sieht Gruppenarbeit vor. 7-10 Arbeiter*innen sind jeweils für einen Produktionsabschnitt zuständig. Vorgesehen ist, dass ein*e Arbeiter*in in der Gruppe alle Arbeitsschritte können soll und in den jeweiligen Tätigkeiten wird rotiert. Was sich zunächst wie ein freundliches Aufbrechen der Monotonie anhört, hat ein ekliges Ziel. Alle Arbeiter*innen sollen ständig darüber nachdenken, wie man die Arbeit effektivieren kann. Sie sind angehalten, das in ihrer Gruppe zu besprechen und ihre Vorschläge regelmäßig an die höhere Planungsetage weiterzuleiten.

Dies wird mit Lohnzuschlägen vergütet, die die produktiven Ideen der Arbeiter*innen honorieren. In dieser Art und Weise werden sie nicht mehr einfach nur zu Intensität und möglichst langer Arbeit angehalten, sondern dazu, ganz kreativ dem Unternehmen zu helfen, wie man die Arbeiter*innen im Betrieb intensiver und länger arbeiten lassen kann. Auch pfiffige Antworten auf die Frage, wie man durch geeignete Produktionsänderungen Arbeiter*innen wegrationalisieren, also entlassen kann, versprechen ein Mehr an Lohn. Weil außerdem ein Teil des Lohnes auf die Leistung der gesamten Gruppe bezogen ist, stacheln sich die Arbeitenden dabei an und überwachen sich wechselseitig. Das nennt man dann flache Hierarchie.

Eine weitere Gemeinheit in Sachen Lohnzuschläge ist die Gefahren- oder **Erschwerniszulage**. Die Lohnarbeiterin wird dafür prämiert, dass sie sich potentiellen oder gleich garantierten gesundheitsschädlichen Einflüssen, wie hoher oder niedriger Temperatur, Säuren, Laugen, Schmutz, Gase, Dämpfe, Staub, Lärm, Blendungen, Einsturzgefahr usw., aussetzt. Diese Lohnzulagen ersparen dem Unternehmen aufwendige Kosten, die fällig wären, um Gefahren bei der Arbeit zu verhindern.

Es bleibt dabei, dass die Arbeiter*innen den erhöhten Lohn mit einem Schaden bezahlen.

Manche Produkte sind nicht so einfach zu standardisieren, z. B. in der Werbebranche, und erfordern ein Maß an Kreativität. Hier lohnt es sich manchmal für Unternehmen, den Lohnarbeiter*innen einen höheren Freiraum in Form von Pausen, netten Aufenthaltsräumen oder höheren Löhnen usw. zu gewähren. Der Druck auf die Arbeiter*innen wird dann durch die Vorgabe von engen Fertigstellungszeiträumen aufgebaut. Das muss aber nicht so sein, denn der Druck baut sich schon rein durch die Angst auf, durch das nächste Kreativgenie ersetzt zu werden. Überall dort, wo das Kapital auf klare Vorgaben verzichtet und der Inhalt des Jobs nur schwammige Maßstäbe enthält, was genügend ist oder was nicht, sind die Lohnarbeitenden in der Zwickmühle, nie entscheiden zu können, ob sie jetzt genug gerackert haben. Im Zweifelsfall setzen diese dann ganz von sich aus auf das Alles-Geben-Prinzip. Wenn die Firma dann noch ein Identifikationsangebot macht, vielleicht auch als zusätzliche Pflicht, dann gibt es lauter moderne Menschen, die einen Sinn des Lebens haben und irgendwann einen garantierten Burn-out und psychischen Kollaps.

Schließlich gibt es Gehaltsberechnungen, die einen ganz anderen Gesichtspunkt haben: Der Druck auf die Arbeiter*innen, das Entlassen, das Lohnsenken, das Überwachen und das Antreiben, muss organisiert werden. Je mehr ein*e Angestellte*r mit diesen Aufgaben betraut wird, desto mehr ist das Kapital bereit, für diese Aufgaben einen Zuschlag für gewissenhafte Ausführung des Auftrages und einen **Loyalitäts-Bonus** zu zahlen. Je höher in der Hierarchie, also je mehr Entscheidungsbefugnisse Angestellte haben, desto mehr Schaden können sie in einem Unternehmen anrichten. Daher wird das Gehalt entsprechend hoch angesetzt, weil der Tendenz nach kein Gegensatz mehr zwischen den Angestellten und dem Unternehmen zu spüren sein soll. Das geht so weit, dass Manager*innen so gut bezahlt werden, dass sich ihr Gehalt kaum von den Geldsummen unterscheidet, die die Eigentümer*innen aus ihrem Kapital an Gewinn für ihre private Lebensführung herausholen.

Die hohen Gehälter lohnen sich fürs Kapital, weil sie zuverlässig einen günstigen Lohnvorschuss und eine ausgiebige Arbeitsleistung bei der Masse der Lohnabhängigen bewirken, was sich als Gewinn für das

Unternehmen auszahlt. Bei dieser Aufgabe wäre Sparsamkeit für das Kapital tatsächlich fehl am Platze. Die Leistung der Manager*innen begründet ihre Gehälter auch in diesem Falle nicht. Der Grund ist nur ein ganz anderer als bei den Lohnabhängigen. Die Frage, ob die Leistung der Manager*innen diese Gehälter rechtfertigen, ist daher auch hier fehl am Platze.

Lohnt sich die Lohnerhöhung fürs Kapital nicht doch?

Die Partei „Die Linke“ und das Gewerkschaftslager meinen, dass die Unternehmen sich irrational verhalten, wenn sie die Löhne drücken. Damit meinen sie nicht schlicht den Umstand, dass die Masse der Lohnabhängigen von ihrer Arbeit schlecht leben können. Sie verweisen darauf, dass ja irgendjemand auch die Waren kaufen muss, mit denen das Kapital seinen Gewinn macht. Ihr Vorschlag lautet: Lohnerhöhungen schaffen mehr Kaufkraft und davon haben alle Beteiligten etwas – die Arbeiter*innen mehr Lohn und die Unternehmen einen höheren Gewinn. Der Kapitalismus könnte doch eine nette Symbiose sein, wenn die Unternehmen nicht so einseitig verbohrt wären.

Auffällig ist an dieser Theorie, dass ihre Verfechter*innen diese immer nur im Zusammenhang mit ziemlich mageren Lohnforderungen bringen. Mit dieser Theorie wird derzeit ein Mindestlohn von 9,23 Euro (Regierung) oder 12 Euro (Die Linke) angestrebt, eine Lohnerhöhung von 3 % oder ein Grundeinkommen von 800 Euro gefordert. Warum sind die Verfechter*innen der Theorie so bescheiden? Warum nicht gleich ein Stundenlohn von 50 Euro, eine Lohnerhöhung um 100 %, ein Grundeinkommen von 5 000 Euro?

Wenn die Theorie stimmen würde, dann müsste die Wirtschaft doch so richtig nach vorne losgehen. „Naja“, mögen Anhänger*innen von kleinen Lohnerhöhungen einwenden, „so einfach ist das ja nicht, weil Deutschland keine Insel ist, sondern die hiesigen Unternehmen sich mit den ausländischen messen lassen müssen.“ Wer aber so mit der Standortkonkurrenz argumentiert, der verweist eben auch nur darauf, dass die relative Armut der Lohnarbeitenden – ihr niedriger Lohn – eben das entscheidende Mittel des Kapitals ist. Daher, so unser Schluss, zeigt die Bescheidenheit der Verfechter*innen von Lohnerhöhungen,

Mindestlohn und Grundeinkommen an, dass sie ihre Theorie selber nicht so richtig glauben.

Vom allgemeinen Erfolg des nationalen Kapitals ist alles abhängig gemacht in dieser Gesellschaft und daher das wirtschaftliche Wachstum der zentrale Inhalt dessen, was sich Allgemeinwohl nennt. Indem die Interessenidentität von Kapital und Arbeiter*innen behauptet wird, suchen die Gewerkschafter*innen nur einen Rechtfertigungspunkt, um ihrem Interesse nach mehr Lohn ein bisschen mehr Berücksichtigung im nationalen Diskurs zu verschaffen.

Die Theorie stimmt einfach auch nicht. Zum einen hat ein einzelnes Unternehmen für sich im Verkauf gar nichts davon, dass es den Lohn erhöht. Selbst bei Nestlé als Lebensmittelkonzern leisten die eigenen Beschäftigten mit ihrem Lohn einen verschwindend kleinen Beitrag zum Erlös der Waren. Wenn andere Unternehmen den Lohnarbeiter*innen mehr Geld geben würden, mag sich Nestlé freuen über einen höheren Umsatz – die Logik des Einzelkapitals ist es nicht, insofern auch nicht die Logik aller Unternehmen.

Manchmal muss man die Konkurrent*innen aber zu ihrem Glück zwingen – daher schauen Gewerkschaften ja auch auf den Staat, dass er solche Lohnerhöhungen durchsetzen solle. Die Lohnarbeiter*innen bekommen staatlich erzwungen mehr Geld. Die Unternehmen als Gesamtheit verkaufen vermehrt Waren und ziehen dieses Geld auf sich.

Der gewerkschaftlich eingebilddete Vorteil für alle kommt so aber gar nicht zustande, denn ein erhöhter Gewinn stellt sich dabei gar nicht ein. Was die Unternehmen den Arbeiter*innen vermehrt als Lohn geben, bekommen sie nachher einfach als Verkaufserlös wieder. Von der Profitrate her gedacht hat sich die Vorschuss-Überschuss-Rechnung dabei insgesamt einfach verschlechtert. Mehr Geld muss investiert werden, um denselben Gewinn zu machen.⁷

Bestenfalls ist der Ansporn für das Kapital erhöht worden, sich jenseits der staatlichen Vorgabe an den Arbeiter*innen gütlich zu tun. Indem die Unternehmen die Arbeitshetze erhöhen, versuchen sie den Schaden wieder wettzumachen.⁸

⁷ Zur Profitrate siehe Kapitel 3, Abschnitt „Wachstum als Zwang“, S. 66.

⁸ Der polit-ökonomische Unfug der Lohnerhöhung-ist-für-alle-gut-Theorie aus dem gewerkschaftlichen Lager wird erst richtig deutlich, wenn man die Frage mit einbezieht, was denn eigentlich die Grundlage des in Geld bemessenen abstrakten Reichtums ist, um den sich alles in der kapitalistischen Gesellschaft dreht. Wie wird dieser geschaffen?

Arbeit und Technik

Mit der Technik ist das im Kapitalismus so eine Sache. Erstens wird sie für den Fortschritt in Sachen Gebrauchswerte gelobt. Die Menschen können z. B. immer schneller und weiter fahren und ein Gabelstapler ersetzt die Kraft von 100 Menschen. Zweitens wird sie gelobt für die Wirkung auf die Gewinne der Unternehmen, wenn z. B. der Standort Deutschland gegenüber anderen Konkurrenzvolkswirtschaften überlegen ist, weil er technisch so hoch ausgestattet ist. Drittens soll das auch den Arbeiter*innen helfen, wobei das dann schon etwas undurchsichtig wird. Die Technik erleichtert nämlich einerseits die Arbeit. Mühsames Schleppen von Baustoffen in den fünften Stock kann durch Förderbänder überflüssig gemacht werden. Der Haken für die Lohnabhängigen ist dabei, dass sie dann für das Unternehmen nicht mehr im gleichem Arbeitsumfang gebraucht werden und manche sich deshalb in der Arbeitslosigkeit wiederfinden.

Bei den verbliebenen Arbeiter*innen stellt sich dabei aber gar keine Arbeitsverkürzung ein. Dafür sollen sie froh sein, dass mit dem Einsatz der Technik das Unternehmen konkurrenzfähig bleibt und deshalb ihr Arbeitsplatz überhaupt gesichert werde. Alle diese unterschiedlichen Wirkungen der Technik in dieser Gesellschaft werden gerne unter dem sinnreichen Spruch vom „Fluch und Segen der Technik“ abgehakt. Alles Gute habe eben auch seine Schattenseiten.

Reden wir über's Krabbenpulen. Bis Anfang der 1990er Jahre wurden die Krabben an der norddeutschen Küste noch in Heimarbeit am Küchentisch von ihrer Schale befreit. Hausfrauen verdienten hier bei einem Händler, der die Krabben lieferte und gepult wieder abholte, den einen oder anderen Pfennig zum kargen Lohn des Mannes hinzu. Eine EU-Richtlinie war der eine Grund für das Ende der Heimarbeit Anfang der 1990er. Krabben haben die Besonderheit, sehr anfällig für Bakterien zu sein und die EU verbot aus hygienischen Gründen die Arbeit im Haus.⁹ Nun wurden die ganzen Frauen von den Händlern aber nicht

Wodurch wird er vermehrt? Diese Fragen behandelt Marx im *Kapital* eingehend. In diesem Text wurde versucht, ohne die Arbeitswertlehre einiges über die Prinzipien der Kapitalkalkulationen und der Lage der lohnarbeitenden Klasse aufzuzeigen.

⁹ In der Regel sind solche gesundheitsgefährdenden Aspekte lange vorher bekannt. Der Staat lässt sich entsprechend Zeit, um solchen Sachen eine gesetzliche Schranke aufzuerlegen. In der Regel wartet er ab, bis die Unternehmen eine profitable Alternative bei

in eine Fabrik vor Ort umgesiedelt. Die entsprechenden Unternehmen entdeckten, dass marokkanische und die vom Realsozialismus befreiten polnischen Arbeiter*innen für einen äußerst niedrigen Lohn die Krabben trotz enormer Transportwege und Konservierungsaufwand einfach billiger pulen konnten. Soweit erstmal eine Geschichte aus der sogenannten „Globalisierung“ – Unternehmen können sich international die für sie besten Geschäftsbedingungen aussuchen. Neu ist, dass seit Juni 2010 erstmals eine Fabrik in Cuxhaven steht mit einigen Krabbenpulmaschinen. Man muss sagen, stand, denn das Unternehmen meldete Ende 2010 schon wieder Insolvenz an. Anhand dieser Geschichte lassen sich drei Prinzipien des kapitalistischen Einsatzes von Technik zeigen und ein paar dazugehörige Ideologien widerlegen.

Der kapitalistische Einsatz von Technik Teil 1 – Unterlassung

Die ersten funktionstüchtigen Krabbenpulmaschinen wurden bereits in den 1930er Jahren erfunden. Das Beispiel steht erstens für den Umstand, dass im Kapitalismus Technik überhaupt nicht zum Einsatz kommt, wenn die Arbeitskräfte entsprechend billig sind. Das galt schon zu Zeiten der Heimarbeit an der Nordseeküste und erst recht seit in Marokko für sechs Euro am Tag Arbeiter*innen mit den Krabben beschäftigt werden.

Mal kurz weg von den kapitalistischen Rentabilitätsrechnungen: Wenn es um die Nützlichkeit der Dinge ginge und um einen hierfür rationalen Einsatz von Arbeit, dann wären folgende Fragen angebracht: Wie lange braucht es, ein Arbeitsmittel, etwa eine Maschine, herzustellen? Wie viel Arbeitszeit kann die Maschine bei der Herstellung des gewünschten Produkts dann einsparen? Wenn die Herstellungszeit der Maschine länger dauert als die Arbeitszeit, die das Hilfsinstrument dann einsparen könnte, dann spart die Maschine insgesamt keine Arbeitsmühe ein. Sicher, es gibt Gesichtspunkte wie Gesundheitsgefährdung,

der Verarbeitung haben. Beim Krabbenpulen war das Anfang der 1990er der Fall, bei dem Thema Asbest konnte man das noch besser beobachten. Zu den Gründen solcher staatlicher Maßnahmen, der zeitlichen Toleranz und zu den zahmen Gesetzesschranken mehr in Kapitel 7 „Umweltverschmutzung – Der große Müllhaufen der kurzen kapitalistischen Geschichte“.

Gestank usw., die sogar schon eher den Einsatz einer Maschine sinnvoll werden lassen können. Wenn das aber keine Rolle spielt, dann sollte eine Maschine hergestellt werden, wenn sie insgesamt Arbeitszeit einspart. Man kann sich die Herstellung einer Maschine aber schenken, wenn insgesamt ein Mehr an Arbeit herauskommt. Diese vom Gebrauchswert und der Arbeitsmühe her rationale Kalkulation gilt im Kapitalismus nicht. Hier wird nicht ausgehend von der Arbeitsmühe der Einsatz von Maschinen kalkuliert, sondern vom Standpunkt des Geldvorschusses und des Überschusses, also des Profits.

Und da bringt das Kapital vier Hinsichten zueinander ins Verhältnis: a) Was kostet eine Arbeitskraft? b) Was kostet die Maschine? c) Wie viel Arbeitsleistung lässt sich aus dieser Arbeitskraft herausholen? d) Welche Arbeitsleistung ersetzt die Maschine, wenn sie an die Stelle von Lohnarbeiter*innen tritt?

Mal angenommen, dass vorher 15 Arbeiter*innen mit der Hand täglich zehn Zentner Krabben gepult haben. Mit der Maschine, die nur noch von 5 Arbeiter*innen betreut werden muss, kann dieselbe Menge an Krabben gepult werden – 10 Arbeiter*innen könnten so im Vergleich eingespart werden. Kostet eine Arbeitskraft 100 Euro am Tag, dann könnte das Unternehmen mit der Maschine 1000 Euro Lohn pro Tag einsparen – bei 365 Arbeitstagen würde im Jahr 365 000 Euro Lohn gespart.

Weiter angenommen, die Dauer, bis die Maschine kaputt ist und neu gekauft werden muss, beträgt ein Jahr. Dann lohnt sich der Kauf der Maschine, wenn sie weniger als 365 000 Euro kostet. Kostet die Maschine z. B. 200 000 Euro, dann lohnt sich der Kauf. Für die gleichen Arbeitsergebnisse, mit der das Unternehmen gegen die Konkurrenten am Markt antreten will, muss es jetzt 165 000 Euro weniger investieren. Die Arbeitsergebnisse, die das Unternehmen mit seinem Geld herbeikommandieren kann, kosten weniger; es muss dafür weniger bezahlen.

In Marokko bekommen die Arbeiter*innen einen Tageslohn von 6 Euro. Zehn Arbeiter*innen, die die Maschine ersetzen kann, kosten das Unternehmen pro Tag 60 Euro, im Jahr 21 900 Euro. Der Einsatz einer Maschine, die 200 000 Euro kostet, lohnt sich hier überhaupt nicht. Sie müsste schon weniger als 21 900 Euro kosten, damit sie sich für das Unternehmen rentiert. Gerade weil der Lohn die Art und Weise ist, die Bedeutung der Arbeit für den*die Arbeiter*in (Einkommen und

wenig Arbeitsmühe) und die Bedeutung der Arbeit für das Unternehmen (wenig Lohn und viel Arbeitsleistung als Beitrag zum Gewinn) mit einer möglichst großen Differenz zu trennen, kommt es dann nicht zu der einfachen oben beschriebenen rationalen Kalkulation.

Vom Unternehmen wird nicht der Arbeitsaufwand für die Maschine ins Verhältnis gesetzt zum Arbeitsaufwand, den die Maschine ersetzt. Dagegen werden die Kosten der Maschine zu den Kosten der Arbeiter*innen ins Verhältnis gesetzt. Damit ist die Sache aber noch nicht zu Ende. Dieses Kosten-Verhältnis wird wiederum verglichen mit der Arbeit, die die Maschine ersetzt und derjenigen, die die Arbeiter*innen tatsächlich leisten.

★ *Fazit: Je besser es dem Unternehmen gelingt bei den eigenen Arbeiter*innen die Differenz von Lohn und gelieferte Arbeitsleistung effektiver zu gestalten, desto eher kommt Technik gar nicht zum Einsatz.* Dies gilt auch dann, wenn der Einsatz nach den (nicht-kapitalistischen) Kriterien von Nützlichkeit und allgemeiner Arbeitsmühe völlig sinnvoll wäre. Daher kommen mittelalterlich anmutende Produktionsverfahren dort vor, wo die Löhne niedrig sind.

Da denkt man natürlich vor allem an „die Dritte Welt“. Man kann aber genauso gut in Deutschland bleiben: Jugendliche ohne Schulabschluss bekommen, durch das Arbeitsamt gefördert, in Sondereinrichtungen nochmal eine Ausbildung verpasst. Großmütige Mittelständler*innen sind dann bereit, diesen fast gescheiterten Existenzen einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Natürlich bekommen sie dann einen kleineren Lohn als üblich, das muss man einfach verstehen – die Mittelständler*innen hätten sich ja sonst eine besser ausgebildete Arbeitskraft verschaffen können. Mit diesen niedrigen Löhnen kommen dann die Jugendlichen in den Genuss, schwerste Gegenstände, wie z. B. Baustoffe, Heizungen usw., bei einer Hausrenovierung in den fünften Stock zu schleppen, statt dass ein Förderband zum Einsatz kommt. Die Mittelständler*innen sparen sich hier Kosten, die Jugendlichen bekommen einen ruinierten Rücken.

Der kapitalistische Einsatz von Technik Teil 2 – ein Grund für Arbeitsausweitung

Ein Kapitalist aus Cuxhaven hatte sich ausgerechnet, dass der Einsatz von Maschinerie lohnend sein würde. Im Jahr 2008 wird angekündigt:

Der Transport hat sich bis heute gelohnt, da z. B. in westafrikanischen Ländern eine Arbeitskraft, die 30 Kilogramm Krabben täglich pult, sechs Euro für diese Zeit kostet. Nun wird nach langer Entwicklungszeit einer Krabbenpulmaschine das erste Krabbenpulzentrum in Cuxhaven gebaut. Zum Einsatz kommen zunächst acht der von einer holländischen Firma entwickelten Maschinen in einem sieben Tage und Dreischichtsystem zum Einsatz.¹⁰

Heureka, da kommt die Arbeitserleichterung in Form einer neuen Maschine und schon darf es keine Pause mehr bei der Arbeit geben. Rund um die Uhr und sieben Tage die Woche soll die Maschine benutzt werden. Sicher, die Arbeiter*innen selbst haben einen 8-Stunden-Tag und wohl auch ihren freien Tag in der Woche. Der Schichtwechsel, mal eine Woche früh, dann eine Woche nachmittags, dann eine Woche nachts, ist aber eine der härteren Erfindungen der zivilisierten Welt. Man muss es selber gar nicht mal gemacht haben, um sich auszurechnen, wie hart die Arbeit gerade in der Nacht ist oder wie benebelt man durch den Tag läuft, wenn der Schlafrhythmus durcheinander gebracht wird. Eine kontinuierliche Freizeitplanung wird durch **Schichtarbeit** und wechselnde freie Tage verunmöglicht.

Es gibt Geräte, wie z. B. Hochöfen, die nehmen Schaden, wenn sie ausgestellt werden. Dies ist bei der Krabbenpulmaschine nicht der Fall. Im Gegenteil sind 2 von 24 Stunden nur dafür vorgesehen, die Maschine sauber zu machen. Man muss sie also zeitweise abstellen, damit sie dauerhaft funktioniert.

Wieder handelt es sich hier um die eigentümliche Berechnung des kapitalistischen Einsatzes von Maschinen. Innerhalb dieser Logik wird

¹⁰ <http://www.shortnews.de/id/722839/nach-25-jahren-entwicklungszeit-erste-krabbenpulmaschinen-im-einsatz>; gefunden am 19.01.2011. Der Artikel ist hier ungenau. Die Krabben werden nach Marokko transportiert und dort entspricht der Stücklohn ca. 6 € pro Stunde. Marokko wird aber nicht zu den westafrikanischen Ländern, sondern zu den Maghrebländern gezählt.

die Maschine für das Unternehmen unmittelbar zu einem Stachel, die Arbeit auszudehnen und zu intensivieren. ★ *Die Maschine spart hier keine Mühe ein, sondern ist der zwingende Grund, möglichst viel Arbeitsleistung herbeizukommandieren.* Das hat mehrere Gründe.

Erstens: Der Arbeitslohn wird monatlich gezahlt und kann im Laufe der Zeit durch den Verkauf der Waren immer wieder finanziert werden. Um bei dem obigen Beispiel zu bleiben, muss das Unternehmen für 15 Arbeiter*innen mit je 100 Euro Tageslohn im Monat 45 000 Euro an Lohn vorstrecken (1500 mal 30 Tage).

Spätestens im nächsten Monat kann diese Summe dann aus dem Verkauf der zwischenzeitlich produzierten Waren bezahlt werden. Da der Lohn meist eh erst am Monatsende oder im nächsten Monat bezahlt wird, müsste das Unternehmen gar keinen Lohn vorstrecken. Es kann diesen gleich voll aus dem Verkauf derjenigen Waren finanzieren, die die Arbeiter*innen in dieser Zeit produziert haben. Die Besonderheit an den Kosten für die Maschinerie im Gegensatz zum Lohn ist, dass sie auf einen Schlag bezahlt werden müssen. Diese Kosten können dann erst nach und nach durch den Verkauf der produzierten Waren wieder eingespielt werden. Das ausgelegte Geld ist also längerfristig **fixiert**.

Das ist notwendig so und zugleich ein Ärgernis für das Unternehmen. Sei es, weil das Unternehmen für diese Anschaffung einen Kredit aufgenommen hat und dafür Zinsen zahlen muss; sei es, weil das Unternehmen immer auch eine alternative Investitionsmöglichkeit im Auge hat: Je schneller das Geld wieder flüssig ist, desto besser für das Unternehmen. Daher bemüht sich das Unternehmen mit der Maschine so viel Waren wie es nur geht in möglichst kurzer Zeit herzustellen, damit über den Warenverkauf die fixierten Auslagen für die Maschine so schnell wie möglich wieder zur Verfügung stehen. Das ist der eine Grund, warum mitten im technischen Fortschritt die Unternehmen bemüht sind, ein Rund-um-die-Uhr-Produzieren zu organisieren, das die Arbeiter*innen dann auszuhalten haben.

Zweitens: Die Unternehmen treten mit der von ihnen herbeikommandierten Arbeitsleistung am Markt gegeneinander an. Verschafft die Maschine dem einen Unternehmen einen **Produktivitätsvorsprung**, so kann es einen höheren Gewinn machen als die anderen Unternehmen – solange diese nicht selber die Maschine einsetzen. Weil dieser Vorteil

ein Spiel gegen die Zeit ist, liegt wieder ein Anreiz für das Unternehmen vor, die Maschine rund um die Uhr laufen zu lassen.

Spiegelbildlich betrachtet kommt dasselbe bei rum: Weil die Konkurrenz auch versucht einen höheren technischen Standard zu erreichen, kann es jederzeit passieren, dass die teure Anlage vorzeitig veraltet ist, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig ist. Man könnte zwar mit ihr noch eine lange Zeit viele nützliche Sachen herstellen, einen Profit erzielen jedoch nicht mehr.¹¹ So gilt es ebenfalls, ohne Unterbrechungen produzieren zu lassen.

Der kapitalistische Einsatz von Technik Teil 3 – Existenzbedrohend

Dass der Einsatz von Maschinerie den beschäftigten Arbeiter*innen nicht gut tut, wird in der Öffentlichkeit nicht thematisiert. Dass der moderne Einsatz von Maschinerie Arbeitslosigkeit hervorruft, ist hingegen unter dem Stichwort „Rationalisierung“ ein bekanntes Phänomen. Während die Wirkung des kapitalistischen Einsatzes auf die tatsächliche Arbeit und daher auf die Arbeiter*innen nicht weiter der Rede wert sind, scheint beim Thema Rationalisierung sowas wie Mitleid für die Betroffenen mitzuschwingen.

Am technischen Fortschritt will dabei niemand rütteln, den braucht Deutschland ja, von wegen Konkurrenz mit den anderen Nationen. Wenn das auf deutschem Boden ansässige Kapital keine Gewinne macht, dann gibt's natürlich auch keinen Lohn. Was den Arbeitslosen gewünscht wird, versprochen wird und dann herbeiregiert werden soll, das sind Arbeitsplätze. Leider sind die aber wegen des schon erfolgten Einsatzes von Maschinerie so teuer. Und so kommt es, wie es kommen muss: Die Sorge um die mittellosen Arbeitslosen verwandelt sich in eine Klage über zu hohe Löhne, zu viel Sozialabgaben und sogar Arbeitsschutzvorgaben, die verhindern würden, dass Menschen eine Arbeit bekommen. Man sieht es ja, die marokkanischen Arbeiter*innen pulen weiter per Hand ihre Krabben, die Löhne in Cuxhaven waren scheinbar immer noch zu hoch, als dass sich die Arbeit dort gelohnt hätte.

¹¹ Weil dieser Grund nichts mit der natürlichen Beschaffenheit einer Maschine zu tun hat, sondern sich rein den ‚Sitten‘ der kapitalistischen Produktionsweise verdankt, hat Marx dies den „*moralischen Verschleiß*“ der Maschinerie genannt. (Marx 1977, S. 426)

★ *Man muss nur ganz stur daran festhalten, dass es anders als kapitalistisch nicht gehen kann oder soll, und schon werden aus allen Maßnahmen, die gegen die Arbeiter*innen vorgenommen werden, lauter Hilfen für Arbeiter*innen. Dafür muss man gedanklich mitmachen bei der Übung, aus den Sorgen von Leuten, die mit Hilfe des Lohnes an Geld kommen müssen, den Lohn als Hindernis dafür auszumachen. Man könnte über diesen Widerspruch natürlich auch stolpern, würde dann aber auch aufhören, stur am Kapitalismus festzuhalten.*

Klar ist, dass Arbeitslosigkeit in dieser Gesellschaft ein Schadensfall ist. Man hat schlicht kein Geld, um sein Überleben zu sichern geschweige denn zu gestalten. Wer hier gleich an Sozialhilfe denkt, kann sich über das Elend dieser Sozialstaatsinstitution im vorletzten Kapitel dieses Buches (S. 203) nochmal informieren. Wenn aber das Problem das nicht oder kaum vorhandene Geld ist, dann ist ein Arbeitsplatz gar keine Lösung. Es kommt doch nicht darauf an überhaupt zu arbeiten, sondern an Geld heranzukommen und da ist die Frage nach dem „Wie viel“ doch sehr entscheidend. Wer einfach nur Arbeitsplätze fordert oder einfach nur Arbeit sucht, der hat sich schon gehörig von dem Ziel Lebensgestaltung verabschiedet.

Aus den obigen Überlegungen sollte allerdings auch deutlich geworden sein, dass es kein Zufall ist, dass der Lohn meistens für ein lockeres und sicheres Leben nicht reicht – das hat System. Weiter gerät die tatsächliche Arbeit unter dem Regime der kapitalistischen Kalkulationen zu einer erschöpfenden, zeitraubenden und gesundheitlich ruinierenden Angelegenheit. Auch aus diesen Gründen kommen wir nicht auf die Idee, einfach Arbeitsplätze zu fordern. Dennoch wollen wir hier nochmal knapp nachzeichnen, wie der kapitalistische Einsatz der Maschinerie zur Arbeitslosigkeit führt und wie das zu verstehen ist, das mit den **„teuren Arbeitsplätzen“**. Allein schon deswegen, damit niemand auf die Idee kommt, es liege tatsächlich an den Maschinen.

In „*Der kapitalistische Einsatz von Technik Teil 1 – Unterlassung*“ ist erklärt worden, welche Faktoren die Unternehmen zueinander ins Verhältnis setzen, wenn sie den Einsatz von Maschinerie in Erwägung ziehen: die Kosten der Maschine, die Lohnkosten, die Arbeitsleistung der Arbeiter*innen und die Leistung, welche durch die Maschine ersetzt werden kann. Als einander ersetzbare Faktoren, kommt die Maschine eben dann zum Einsatz, wenn das Unternehmen damit die Stückkosten der

Ware senken kann. Der Lohn bezogen auf die Ware (Lohnstückkosten) wird ersetzt durch die Kosten der Maschine bezogen auf die Ware. Damit wird der Gewinn pro Ware erhöht oder aber die Ware kann bei gleicher Gewinnmarge billiger angeboten werden, wodurch das Unternehmen am Markt konkurrenzfähiger wird.

Übrig bleiben Arbeiter*innen, die notwendig sind, um die Maschine zu bedienen. Diese neue Art und Weise, mit Maschinen die Waren herzustellen, ist jetzt der Stand der Dinge bzw. der Konkurrenz. Soll die Produktion ausgeweitet werden, braucht es nicht nur neue Arbeiter*innen, sondern entsprechend auch neue Maschinerie. Um nun einen neuen Arbeiter einzustellen, muss nicht nur der Lohn, sondern müssen auch entsprechend anteilig die Kosten einer neuen Maschine vorgeschossen werden. Hinzu kommt, dass eine Arbeiterin mit der neuen Maschine viel mehr Waren pro Zeit herstellen kann als vorher ohne die Maschine. Das schließt ein, dass sie mehr Roh- und Hilfsstoffe pro Zeit verarbeitet. Um eine neue Arbeiterin arbeiten zu lassen, erhöht sich so die nötige Auslage auch auf dieser Seite.

Das bedeutet, dass der Kapitalismus mit seiner dauerhaften Revolutionierung der Produktionstechnik die Tendenz hat, den Vorschuss zu vergrößern, der nötig ist, um einen neuen Arbeiter einzustellen. Man darf bei diesen Überlegungen allerdings nicht vergessen, dass es ja nicht der Zweck der Unternehmen ist Arbeiter*innen zu beschäftigen, sondern einen Profit zu machen.

So kommen wirtschaftspolitische Denker*innen auf die Idee, dass dann eben der Gewinn noch mehr steigen muss, will man die Arbeitslosigkeit durch Neuanstellungen bekämpfen. Der Haken ist, dass derselbe Gewinn, für den die Beschäftigten lohn- und leistungsmäßig gerade stehen, genauso gut für die nächste Rationalisierung zu gebrauchen ist. Die Arbeiter*innen schaffen dem Unternehmen also die Mittel, sie demnächst überflüssig zu machen.

★ *Eklig ist dann natürlich der Ratschlag, mit billigeren Löhnen und noch mehr Arbeitsverausgabung diesem Produktivkraftfortschritt Konkurrenz zu machen. Krasser kann man den Gegensatz von Bedürfnisbefriedigung, Aufwand dafür und den profitmäßigen Berechnungen nicht ausdrücken. Die höhere Effektivität der Arbeitenden, nützliche Güter herzustellen, soll für sie geradewegs der Grund sein zu verzichten.*

Knauserie bei der Einrichtung des Arbeitsplatzes und verschwenderischer Umgang mit dem Menschenmaterial

Einen Arbeitsplatz einzurichten, wo sich Arbeitende für das Unternehmen gewinnbringend krumm machen können, verlangt zunehmende Ausgaben für Maschinerie, Arbeitsgebäude, Rohstoffe usw. Diese Posten schwellen in der Kapitalauslage enorm an, wenn ein Kapital konkurrenzfähig bleiben will. Umso mehr schauen die Unternehmen auf diese Posten, ob man dort nicht sparen kann, ohne dass die Resultate der Arbeit darunter leiden. Wenn ein Kapital hier weniger vorschießen muss und zugleich der Verkaufserlös gleich bleibt, dann erhöht sich für das einzelne Unternehmen die Profitrate. Das hat unangenehme Folgen für die Lohnarbeitenden. Die Unternehmen verlangen von ihnen, sorgsam mit den Maschinen und sparsam mit den Rohstoffen umzugehen. Es darf nichts verschleudert werden.¹² Haftbar gemacht werden dafür die Arbeitenden, die mit entsprechender Aufmerksamkeit und Sorgsamkeit dafür sorgen müssen – bei gleichzeitigem Anspruch auf Schnelligkeit. Ein zynisches System, dass nicht nur die Nerven und damit die Gesundheit der Arbeiter*innen belastet. Die Unternehmen „dressieren“ die Arbeiter*innen auf diese Aufgabe. Nicht wenige von diesen haben das dann so verinnerlicht, dass sie automatisch in die Maschine greifen, wenn sich was verklemmt und dabei buchstäblich ihre Arme verlieren.

Profitabel sparen im engeren Sinne kann das Kapital auf viele Weisen. Es spart an Räumlichkeiten, deren Belüftung und an Lichtverhältnissen. Die Arbeitenden müssen dann dicht gedrängt unter diesen miesen Bedingungen ihren Tag verbringen. Wenn die Maschine effektiver laufen kann, dann scheut das Kapital keine Kosten. Aber einfache Schutzvorrichtungen, die nur der Gesundheit der Arbeitenden dienen, werden sich geschenkt. Manche Bergarbeiter*in stirbt, weil mal wieder der Fluchtweg der Profitrechnung zum Opfer gefallen ist. Auch wenn aus Gründen der Arbeitsmotivation manchen kreativen Köpfen ein netter Pausenraum mit Kicker hingestellt wird, ist klar, dass überall dort, wo es auf besondere Motivation nicht ankommt, keine Kosten einfach für einen angenehmen Arbeitsplatz aufgewendet werden.

¹² Es sei denn, die Verschwendung lohnt sich – dazu mehr im siebten Kapitel (S. 195).

Vielen Arbeitsplätzen in der kapitalistischen Welt kann man sehr gut ansehen, wie das Kapital aus der Profitrate heraus Kosten spart und Menschenleben verschwendet. Der Staat – wo er es sich leisten kann und will – muss den Unternehmen die kleinsten Sachen vorschreiben, damit die arbeitenden Menschen nicht wegen mangelnder Lüftung flächendeckend krank werden. Damit unterstützt er das Kapitalprinzip, hält also eine Ökonomie am Laufen, die auf Kosten der Lohnabhängigen funktioniert.¹³

Lohnt sich die Lohnsenkung nicht doch für die Arbeiter*innen?

Jenseits des Gewerkschaftslagers wird nicht nur der Einsatz der Technik, sondern auch das Lohnsenken und die Erhöhung der Arbeitsleistung als nützlich für die Lohnabhängigen dargestellt. Nur das Kapitalprinzip würde die wunderbare Welt der Waren zustande bringen, die dann wegen der Konkurrenz zwischen den Unternehmen so billig werden, dass Lohnabhängige zu diesen Waren immer mehr Zugang haben würden. Es stimmt ja, die Lohnarbeiter*innen bekommen Geld und können damit einkaufen. Aber die Volkswirtschaftslehre will jetzt weismachen, dass die Arbeiter*innen über diesen Umweg die bestmögliche Befriedigung aller materiellen Bedürfnisse erreichen könnten.

Dagegen muss man erstmal festhalten, dass die Gesundheit der Lohnarbeiter*innen, der Zugang zu Lebensmitteln aller Art (= der Lohn), die Freizeit der Lohnabhängigen (als das Gegenstück zur Länge des Arbeitstages) zugleich lauter negative Größen bei der Herstellung von Produkten sind, von denen dann manche von den Arbeiter*innen konsumiert werden. Im Kapitalismus bezahlen die Lohnarbeiter*innen den eventuellen Vorteil einer verbilligten Ware mit Lohnkürzungen, Arbeitshetze und ihrer Gesundheit oder gleich Lohnlosigkeit. Überhaupt: Nur weil die Löhne sinken, folgt nicht notwendig, dass die Preise fallen. Allzu oft bleibt der Preis der Ware konstant und der Gewinn der Unternehmen steigt einfach. Die Lohnarbeiter*innen müssen dann entscheiden, wo sie bei sich noch sparen können. Wenn sie denn überhaupt eine

¹³ Siehe dazu auch das 8. Kapitel, „Na, dir werd ich helfen“: Sozialstaat, S. 203.

Beschäftigung und damit Geld haben, denn Hunger alleine ist in dieser Gesellschaft kein Grund, dass produziert wird – der Hunger muss sich schon lohnen.

Literatur

Marx 1977

MARX, Karl ; INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.):
Das Kapital. Erstes Buch. Kritik der politischen Ökonomie. 12. Aufl. (nach d. 4. Aufl.
v. 1890). Berlin : Dietz Verlag, 1977 (MEW 23)

5 Einfach Klasse?

Warum's die Arbeiterklasse noch gibt, auch wenn niemand über sie reden will.

*Während es im vorigen Kapitel darum ging, wie die Situation der Arbeiter*innen ist und was die Gründe dafür sind, beschäftigt sich dieses Kapitel damit, warum es immer noch sinnvoll ist, von einer Arbeiter*innenklasse zu reden.*

Wovon leben die Menschen in dieser Gesellschaft? Vom Reichtum, den die Arbeit schafft, wäre die erste schlichte, richtige Antwort. Weil sich aber vor jede Bedürfnisbefriedigung der Preis und damit die Frage nach dem Geldbesitz schiebt, kommt es allen selbstverständlich vor, die Frage erstmal anders zu beantworten: Die Menschen leben von dem verdienten Geld. Unbestreitbar gibt es Leute, die arbeiten. Alle wissen, dass diese Leute das nicht aus Lust und Laune tun, sondern weil sie über andere ausreichende Geldquellen nicht verfügen und sich so ihren Lebensunterhalt verdienen. Merkwürdigerweise heißen sie „Arbeitnehmer“.

Das deutet schon darauf hin, dass es da noch jemanden anderes gibt: Die „Arbeitgeber“. Die können offensichtlich anderen Arbeit nicht nur „geben“ (das könnten wir auch!), sondern „die Arbeitnehmer“ auch noch dafür bezahlen, wenn sie ihnen erlauben, Arbeit zu „nehmen“ – also für sie zu arbeiten. Damit sie das überhaupt tun können, müssen die „Arbeitgeber“ auf jeden Fall über genug Geld verfügen, das sie nicht für ihren eigenen Konsum brauchen, und über irgendetwas, womit gearbeitet werden kann. Ihr Geldbesitz erlaubt es ihnen, die Produktion ihrem privaten Zweck der Geldvermehrung zu unterwerfen.

Und weil sich das Leben und Arbeiten auch im 21. Jahrhundert noch zum größten Teil auf dem Planeten Erde abspielt, gibt es da noch eine dritte Gruppe. Nämlich diejenigen, denen ein Stück dieses Planeten

gehört, also die Grundeigentümer*innen, die sich die Benutzung dieses Stücks Boden bezahlen lassen können, natürlich nur sofern sie es nicht selber benutzen.¹

Klassen – gibt's nicht mehr! Oder?

Dass es diese drei Gruppen gibt und sie unterschiedliche Verdienstmöglichkeiten haben, wird wohl kaum jemand ernsthaft in Zweifel ziehen. Sind zufällig Ökonom*innen anwesend, werden sie z. B. murmeln, das entspreche ja auch den drei „Produktionsfaktoren“ Boden, Arbeit und Kapital. Karl Marx sagt das so:

[...] Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer [...] bilden die drei großen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft. (1964, S. 892)

Und schon wird Einspruch eingelegt: Klassen? Am Ende darum sogar eine „Klassengesellschaft“? Aber nie im Leben!

Von Klassen kann keine Rede sein – höchstens als Warnung z. B. vor der „Rückkehr“ der angeblich sonst längst überwundenen „Klassengesellschaft“. Eine „herrschende Klasse“ kann es in einer Demokratie mit ihren gewählten Volksdiener*innen auch nicht geben; allenfalls ist hin und wieder von der „politischen Klasse“ die Rede, wenn irgendwer über das angeblich zu süße Leben der Politiker*innen hetzt oder über ihre „Abgehobenheit“ gegenüber den einfachen Bürger*innen schimpfen will. Na gut, und hin und wieder reden CDU und FDP davon, sie wollten eine „bürgerliche Mehrheit“ erreichen oder behalten; und dann wird in Zeitungen und Magazinen auch in regelmäßigen Abständen „das Bürgertum“ neu entdeckt. Aber von bürgerlicher Klasse mag da niemand reden und ein Gegenstück gibt es auch nicht so recht dazu: Nicht mal die Linkspartei redet davon, dass ihre Traumkoalition mit SPD und Grünen eine „proletarische Mehrheit“ wäre. Wer hingegen auch nur die Worte „Arbeiter*innenklasse“ oder „Proletariat“ im Ernst benutzt,

¹ Die Unterscheidung zwischen Grundeigentümer*innen und Kapitalist*innen wirft eine Reihe von Fragen auf (Boden als Objekt finanzkapitalistischen Investments, Immobilienblase usw.). Die behandeln wir hier nicht. Wichtige Fragen dazu werden aber in unserer Broschüre über „Gentrification“ geklärt: <http://gegner.in/gentrification-0>.

bekommt bestenfalls mitleidige Blicke: Da ist jemand offensichtlich im 19. Jahrhundert stehen geblieben.

So sieht das auch die moderne Soziologie: Zunächst verbeugen sich alle – oder doch fast alle – erst mal vor Herrn Marx, der zwar den Begriff der Klasse nicht erfunden, aber doch popularisiert und weitergebracht habe. Karl Marx sei eine „*Kolossalfigur*“ (Norbert Elias, zit. n. Korte 2000, S. 43 f.), seine Klassenanalyse sei zumindest teilweise und als Versuch „*bewundernswert*“ (Popper 1992, S. 136). Aber . . . das war früher, im 19. Jahrhundert. Heute leben „wir“ in einer Konsumgesellschaft, einer Wohlstandsgesellschaft, einer Überflusssgesellschaft, sowieso in einer Dienstleistungsgesellschaft und seit ein paar Jahren in einer Mediengesellschaft, darum auch in einer Informationsgesellschaft, wohingegen „wir“ eine Bildungsgesellschaft erst noch werden müssten. Alles – nur eben keine Klassengesellschaft. Darum könne mensch heutzutage nicht mehr die „*Sozialstruktur der Bundesrepublik in das enge Korsett [. . .] der Marxschen Klassentheorie*“ (Geißler 2002, S. 115) zwingen.

Dass sich da heute fast alle einig sind, hat mit dem Wort „Klasse“ eigentlich gar nicht viel zu tun, sondern mit dem kritischen Beiklang, den dieses Wort im Deutschen hat.² Darum müssen wir uns in diesem Kapitel mit einem Problem herumschlagen, das es bisher nicht gab. Unsere Aussagen über Bedürfnisse, Eigentum, Kapital, Lohnarbeit und die Lage von Lohnarbeiter*innen werden vielen Leuten nicht schmecken – aber dass es Bedürfnisse, Eigentum, Kapital, Lohnarbeit und die Lage von Lohnarbeiter*innen *gibt*, wird niemand Ernstzunehmendes bestreiten.

Das ist bei „Klasse“ anders. Während alle gerne über Schichten, Kasten, Stände, Ränge usw. reden dürfen, ist vor dem Wort „Klasse“ ein großes rotes Verbotsschild: „Stop! Kommunismusverdacht!“.

Klingt nicht nach 'nem neuen Problem: Dass Leute, die diese Gesellschaft gut finden, allergisch auf Wörter wie Kapitalismus, Kapitalist*in, Arbeiter*in reagieren und lieber „soziale Marktwirtschaft“, „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ dazu sagen, ist ja bekannt. Hier geht es aber um mehr als um Wortkosmetik: Viele Leute bestreiten, dass es „Klassen“

² Das ist tatsächlich eine deutsche Besonderheit, deren Gründe wir nicht untersuchen wollen. Im Englischen wird z. B. ganz selbstverständlich von „*class*“ gesprochen, ohne dass da was Kritisches mit gemeint sein müsste – während z. B. der Begriff „*stratum*“ (dt. Schicht) eher unüblich ist.

überhaupt *gibt* – und das ist uns einige zusätzliche Überlegungen wert. Wir werden uns etwas ausführlicher und kleinschrittiger mit dem Riesenhaufen Ideologie beschäftigen, den das bürgerliche Geistesleben in den letzten 150 Jahren als Bollwerk gegen den Klassenbegriff aufgehäuft hat. Der Kommunismusverdacht, der an dem Begriff klebt, hat, wie gesagt, mit dem Wort eigentlich nichts weiter zu tun. Bis Marx und noch einige Zeit nach ihm, haben alle möglichen Leute diesen Begriff benutzt und damit häufig nicht mehr gemeint, als dass es größere Gruppe von Menschen in einer Gesellschaft mit einigen Gemeinsamkeiten gibt – eine ebenso unbestreitbare wie banale Tatsache.

Seinen kritischen Beiklang hat das Wort bekommen, als Marx und andere folgende Behauptungen aufgestellt haben: Dass 0. alle Gesellschaften, die auf Eigentum und Herrschaft beruhen, aus Klassen bestehen und dass dieser Fakt die Entstehung, das Funktionieren und das Verschwinden dieser Gesellschaften erst erklärt. Für den Kapitalismus hat Marx gezeigt, dass sich 1. diese Klassen aus dem Prinzip ergeben, wie der Reichtum in dieser Gesellschaft hergestellt wird, dass diese Klassen jeweils bestimmte Interessen haben und dass diese Interessen erklären, warum hier wie gearbeitet wird. Darüber hinaus hat er gezeigt, dass das Interesse an Geldvermehrung auf Kosten derjenigen geht, die den Reichtum herstellen müssen. Weiter bewies er 2., dass diese Klassen zumeist gegensätzliche, oftmals sogar sich ausschließende Interessen haben, und es 3. zwischen diesen Klassen darum immer Auseinandersetzungen gibt und geben muss. Marx hat 4. weiter prophezeit, dass diese Auseinandersetzungen irgendwann die Arbeiter*innen erkennen lassen, dass sie die übergroße Mehrheit sind, ihre Interessen aber auf der Strecke bleiben, weswegen sie dann 5. irgendwann die Schnauze so voll haben, dass sie den Kapitalismus abschaffen und eine neue, klassenlose, sprich nicht-kapitalistische Gesellschaft errichten. Zur Unterfütterung dieser Prophezeiung hat 6. Friedrich Engels vorausgesagt, dass die Arbeiter*innen immer mehr werden und zum Schluss nur noch Lohnarbeiter*innen und Kapitalist*innen übrigbleiben.³

³ Wie Marx das genau gesehen hat, darüber lässt sich länger streiten. Es gibt Stellen, die mensch so lesen kann, seine Beweisführung im Kapital läuft aber auf anderes hinaus. Letztlich ist das aber auch egal, was Marx nun gemeint hat. Wichtig ist die Frage, ob die These stimmt oder nicht.

All diese politökonomischen Schlussfolgerungen und die daran angeknüpften Hoffnungen sind es, die das Wort „Klasse“ so unbeliebt und randständig gemacht haben, weswegen sich seit sechs Generationen allerhand Leute aufgemacht haben, Marx mehr oder minder treffsicher zu widerlegen.

Wir werden in diesem Kapitel 0 Aussagen dazu machen, wie das mit den Klassen in früheren Gesellschaften war – uns interessiert der Kapitalismus. Für den haben wir 1. in den vorangegangenen Kapiteln erklärt, wie schädlich die Unterwerfung der Arbeit unter das Regime des Privateigentums und dessen Vermehrung für die Lohnabhängigen ausfällt. Wie die Klassenlage von Kapitalist*innen und Lohnarbeiter*innen aussieht, wie sie sich immer wieder herstellt und deren Interessenverfolgung innerhalb der Verhältnisse ausfällt, wird in diesem Kapitel daher immer wieder nur knapp angeführt. Wir wollen 2. in diesem Kapitel nochmal unterstreichen, dass Arbeiter*innen, Kapitalist*innen und Grundeigentümer*innen bestimmte, gegensätzliche Interessen haben. Dass es darum 3. im Kapitalismus immer Klassenkämpfe gibt, zeigen wir im nächsten Kapitel und da werden wir auch diskutieren, wie das 4. mit dem Erkennen der eigenen Interessen so ist und 5. warum die Hoffnungen und die Siegeszuversicht, die daran geknüpft wurden und werden, unbegründet und schädlich sind. Womit wir uns aber in diesem Kapitel beschäftigen, ist die Frage, ob 6. das muntere Weiterexistieren neuer und alter „Mittelschichten“, Beamte*r und Freelancer*innen als Widerlegung der Klassenanalysen taugen.

Zunächst soll es um die Einwände gegen die Existenz von Klassen überhaupt gehen.

Generaleinwand: „Zu einfach!“

Wer Marx widerlegen will, findet: „*Der Kapitalismus besorgt viel kompliziertere Schichtungen*“ (Lay 1977, S. 238) als zwei oder drei Klassen. Auch moderne Soziolog_innen sind sich sicher: Die „*Klassenanalyse fortgeschrittener Industriegesellschaften*“ sei ein

weitaus komplizierteres Unterfangen, als dass hierfür allein das Konzept von Marx und Engels herangezogen werden könnte. (Endruweit u. Trommsdorf 2002, → Klasse, S. 274)

Auch Linke stimmen der Wissenschaft von der Gesellschaft, also der Soziologie da zu: So z. B. ein Buch, das laut Titel „über Marx hinaus“ will.⁴ Begründung: Das ganze Zeug von Marx sei

nur sehr bedingt – oder vielleicht überhaupt nicht – geeignet, die ungeheure Komplexität der globalen Arbeitsverhältnisse auf den Begriff zu bringen. (van der Linden u. Roth 2009, S. 24)

Kompliziert ist es mit der modernen Gesellschaft – mensch könnte glatt Komplexe bekommen. Könnte sein, dass es noch Klassen gebe, aber sie würden keine Rolle mehr spielen oder eine andere, geringere – und auf jeden Fall ist alles viel schwieriger.

Wirklich Neues über die Gesellschaft haben wir bisher nicht erfahren, außer dass sie „schwierig“ zu verstehen sei. Ob die von Marx behaupteten Zusammenhänge von Lohn, Profit und Grundrente so simpel sind, sei mal dahingestellt, denn darum geht's nicht. Die Theorie, dass das kapitalistische Prinzip der Geldvermehrung die Ökonomie dominiert, alles davon abhängig gemacht ist und daher die drei Klassen und ihre Betätigung die Ökonomie wesentlich bestimmt, *wirkt* zu einfach für die bunte Vielfalt von Leuten, die es heute gibt. Ob sie es aber *ist*, kann mensch nur beantworten, indem mensch empfindliche Schwachstellen der Theorie aufzeigt. Wer von einer Theorie freilich erwartet, dass sie ein detailgetreues Abbild der Gesellschaft liefert, welches all die bunten Einzelheiten enthält, die die Theorie erklären soll – der*die wird mit Sicherheit enttäuscht.

⁴ Das an sich ist kein Problem. Es ist nämlich völlig unerheblich, ob eine Kritik über Marx hinaus geht, neben ihm herschlenkert, ihm nachkriecht oder gar hinter ihn „zurückfällt“. Hauptsache, sie ist richtig. Darum wäre die eitle Selbstinszenierung, viel schlauer als Karl Marx zu sein, unerheblich. Und das gilt sogar, wenn sich – wie es meistens der Fall ist – den entsprechenden Leuten leicht nachweisen lässt, dass sie Marx gar nicht kapiert haben und Opfer ihrer eigenen interessierten Missverständnisse geworden sind. Was würde es kümmern, solange sie was Richtiges über Kapitalismus herausgefunden hätten. Dass Leute, die Marx „weiterentwickeln“, „überwinden“ oder „anreichern“ wollen, meistens auf die Erledigung ganz bestimmter Thesen von Marx scharf sind, ist auch noch kein Argument gegen sie – zu prüfen bleibt, ob's denn stimmt. Denn auch wenn Marx viele gute Sachen geschrieben hat, ist richtige Kapitalismuskritik nun mal kein Wettbewerb „Wer kann Marx am besten zitieren/auslegen“. Nur wer Marx zum Propheten erhebt, kommt auf die Idee, sein Buch wie eine Heilige Schrift interpretieren zu wollen und seine wissenschaftliche Analyse als Gesinnung oder Identität „verteidigen“ zu wollen. Marx hat auch viel Quatsch geschrieben.

Anders ausgedrückt: Der Einwand „zu einfach“ macht es sich zu einfach. Vielleicht kommt es ja darauf an, *was* mensch überhaupt machen will.

Generalhinweis: Worum es geht...

Es ist nämlich das eine, herausfinden zu wollen, warum es vielen Leuten so dreckig geht und ob und was der Kapitalismus damit zu tun hat. Eine Klassenanalyse versucht herauszufinden, wie der Reichtum einer Gesellschaft produziert, verteilt und benutzt wird, welche Menschen-gruppen da welche Rolle spielen und wie sich das noch so auf das Leben der Leute auswirkt. Das Vorurteil, das gehe schon alles so in Ordnung, weil es ja funktioniert, ist dabei weder nötig noch hilfreich.

Was ganz anderes ist, sich zu fragen, wie das Zusammenleben von Menschen so gesteuert werden könnte, dass „die Gesellschaft“ besser funktioniert. Das will der Mainstream der Soziologie. Diese Gesellschaftswissenschaft möchte gern Aussagen und Voraussagen über Verhalten von Leuten machen, also wer was wählt und kauft, wer wo wie lebt, wer wen heiratet und mit wem wie viele Kinder kriegt. Es sollen eben all die Fragen beantwortet werden, für die sich eine Nation interessiert, die ihre Gesellschaft und Wirtschaft in Schuss halten will, damit das einheimische Kapital wächst und die Staatsführung im Konzert der Mächte was zu bestellen hat.

Die Soziologie will mit einigen Ausnahmen „der Gesellschaft“ – was immer heißt: den in ihr herrschenden Interessen – bei der „Lösung ihrer Probleme“ helfen. Sprich: dafür sorgen, dass der Laden möglichst reibungslos läuft. Bei diesem unkritischen Vorhaben stört der kritische Beigeschmack, der mit dem Begriff „Klasse“ verbunden ist, nämlich, dass es da einen Interessengegensatz geben könnte.

Deswegen beschäftigen sich Soziolog*innen häufig mit ganz anderen Sachen. Und ganz ehrlich: Als bloße Grobeinteilung genommen hilft die Einteilung Lohnarbeiter*in, Kapitalist*in, Grundeigentümer*in gar nicht richtig weiter, wenn ermittelt werden soll, wie viele Kinder und Migrant*innen der deutsche Standort so braucht, wen die SPD an die Wahlurne mobilisieren muss, um zu gewinnen und wie viele Mobiltelefone ein deutscher Normalhaushalt so besitzt.

Weil sie aber den Interessengegensatz beharrlich ignoriert oder sogar ablehnet, kommt die Soziologie häufig zu falschen Schlüssen, insbesondere wenn sie sich mit „sozialer Ungleichheit“ beschäftigt. Schlimmer aber: In ihrer Begeisterung für die Gesellschaft landet sie auch nicht selten bei wirklich ekligen Ideologien, warum Armut und Unterordnung nun mal sein müssen.

Das alles sollte mensch im Hinterkopf behalten: Manche der Einwände gegen die Existenz von Klassen reden über was ganz anderes. Manche sind falsch – und manche wollen einfach nur rechtfertigen, dass alles so sein muss, wie es ist, weswegen sich jedes kritische Wort verbietet.

Einwand 1: „Früher arschklar, heute unsichtbar – also nicht mehr da!“

Kaum jemand bestreitet, dass es im 19. Jahrhundert „Klassen“ gegeben habe.⁵ Das wird häufig so begründet: Das habe man damals nämlich sehen, fühlen und riechen können. Auf der einen Seite schmutzige, blasse, verhärmte Männer und Frauen, die in feuchten, miefigen Mietskasernen mit Etagenklos hausten und 10 Stunden täglich in der Fabrik malochten.

Und auf der anderen Seite die Kapitalisten, auch Bourgeoisie genannt, die Männer in schwarzem Anzug, mit Zylinder und Zigarre, die Frauen schicke Kleider und alles in feinen Villen mit viel Champagner. Nicht zu vergessen, der Adel, in Deutschland zumeist in Uniform und mit Monokel, beziehungsweise Abendkleid und Stielbrille an irgendwelchen Fürstenhöfen, wenn sie nicht damit beschäftigt gewesen seien, ihre Bauern – die es da ja noch in nennenswerter Zahl gegeben habe – zu schikanieren.

Aber heute sei das doch nicht mehr so. Alle hätten Waschmaschinen und Duschen, Champagner gäb's bei Aldi für 'nen Zehner und alle zögen die Klamotten an, die sie mögen und darum könnten alle alles werden. Letztlich lebten wir in einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“.⁶

⁵ Das Wort „Klassen“ ist darum in Bezug auf das 19. Jahrhundert auch überhaupt kein Hinweis auf eine auch nur halbwegs korrekte Theorie.

⁶ Diese Theorie von Schelsky ist schon bei ihrem Aufkommen kritisiert und widerlegt worden. Aber doch nicht so sehr, als dass sie nicht dauernd munter unter anderen Bezeichnungen heranzitiert werden würde.

Es stimmt schon, dass heute auch mal Millionäre mit zerrissenen Jeans herumlaufen, und dass die Löcher, in denen früher der überwiegende Teil der Arbeiterklasse hausen musste, heute in der BRD nur noch die Wohnbedingungen für Wanderarbeiter*innen und Illegale sind.

Aber dass Armut und Reichtum völlig unsichtbar geworden und eigentlich verschwunden sind, das ist nun ziemlicher Quatsch. Nicht nur weil die Gesundheitspolitik in allen entwickelten kapitalistischen Ländern mittlerweile dafür sorgt, dass mensch schon am Gebiss erkennen kann, ob jemand genug Geld zur Renovierung der eigenen Zahnleiste hat und mensch nicht modebewusst sein muss, um den Unterschied zwischen Dior und kik, maßgeschneiderten Anzügen und solchen von der Stange zu erkennen.

Aber selbst wenn die Armut tatsächlich ganz oder teilweise unsichtbar geworden wäre, wäre das kein wirkliches Argument: Das hieße ja noch lange nicht, dass es sie nicht mehr *gibt*. Das angebliche Verschwinden von Armut in den sog. „Industrieländern“ ist übrigens genauso wenig ein Argument *gegen* die Klassentheorie, wie die offensichtliche Existenz von massenhaftem Elend in der sog. „3. Welt“ ein Argument *für* sie ist. Wie es sich mit Armut in reichen Ländern und mit der Armut in armen Ländern genau verhält, muss genauer untersucht werden.

Wovon Leute eigentlich reden, wenn sie das 19. Jahrhundert als Beleg für eine frühere, nunmehr überwundene Klassengesellschaft heranzitieren, sind eigentlich ständische Formen: dass qua Geburt festgelegt ist, wohin mensch gehört und an diesem Schicksal auch nicht viel machen kann und es im Wesentlichen auch für alle in ihrem Stand gleich ist.

Klasse hat – erstmal – nichts mit der Herkunft zu tun und ist auch keine Schublade für identische Wohnverhältnisse, gemeinsamer Mode und Genussgewohnheiten. Schon im 19. Jahrhundert gab es Teile der Arbeiter*innenklasse, die vom Kapital besser bezahlt wurden als die Masse der Kolleg*innen, weil ihre vom Kapital benötigte Qualifikation Mangelware war, wie z. B. die Diamantschleifer*innen. Sie konnten es sich leisten woanders abzusteigen als in Mietskasernen. So gibt es auch heute eine differenzierte Lohnlandschaft.

Aber: Es ist die kapitalistische Rentabilitätsrechnung, die für die differenzierten Löhne sorgt. Sie sorgt mit den Löhnen und Warenpreisen, die für die Profitrechnung passen müssen, dafür, wer sich welchen Konsum erlauben kann. Sie sorgt dafür, dass es prekäre Jobs und –

im Nachhinein betrachtet! – relativ sichere Jobs gibt. Im Nachhinein deswegen, weil sich ja auch manche Lohnabhängigen, die sich in ihrer Branche und „ihrem“ Betrieb sicher gefühlt hatten, flugs auf der Straße wiederfinden und sich dann verwundert die Augen reiben. Denn für Lohnabhängige gibt es keine „Existenzsicherheit“.

Und das ist die Gemeinsamkeit des Piloten, der mit 5000,- und der Kassiererin, die mit 1100,- nach Hause geht: dass beider Leben vollständig abhängig ist von den Kalkulationen der Kapitale und dem Verlauf der Konjunktur als Resultat der Konkurrenzbemühungen aller Kapitale. Ihre Lebensführung steht und fällt mit der Geldvermehrung ihrer „Arbeitgeber“ und das definiert ihre gemeinsame Klassenlage.

Einwand 2: „Alles Individuen!“

Fragt mensch die Leute, als was sie sich fühlen, kommt zumeist: Als sich selbst, Individuen eben, dann als Mann oder Frau und dann kommt zumeist das holde Vaterland. Vorname: Ich; Mittelname: Geschlecht; Nachname: Deutsch, so geht moderne Subjektivität. Dass die moderne Individualität schon damit eine erschreckend gleichförmige Angelegenheit ist, und dass die ganze bunte Welt der subjektiven Macken und Eigenarten erstaunlich stromlinienförmig zum gesellschaftlich Geforderten ist, stört da niemanden. Soziolog*innen stellen „*gesellschaftliche Pluralisierung*“ und „*zunehmende Individualisierung*“ (Hillmann 2007, → Klasse) fest, weswegen von so pauschalen Begriffen wie „Klasse“ doch keine Rede sein kann.

Nur: Wie plural-individualistisch ist eigentlich eine Gesellschaft, in der die einen Individuen Eigentum haben und zur Vermehrung einsetzen und die anderen Individuen kein Eigentum haben, und darum arbeiten müssen? Eigentlich sind die Soziolog*innen aber mit ihren Theorien sowieso schon wieder bei den Ständen, wenn sie betonen, dass heute alles ganz vielfältig und individuell und nicht mehr festgelegt und einheitlich sei.

Nebenbei bemerkt: An den individuellen Aufstiegschancen hapert es für einige Leute ganz schön. Im Gegensatz zur schönen Vorstellung, die „soziale Herkunft“ spiele heute keine Rolle mehr, studieren vor allem Kinder aus der „Mittelschicht“ und der „Oberschicht“, wie regelmäßig entsprechende Statistiken belegen; während es mit dem Erfolg

der Kinder aus „bildungsfernen Schichten“ gar nicht gut aussieht. Wie individualisiert ist eigentlich eine Gesellschaft, wo sich offensichtlich die Herkunft aus einer bestimmten „Schicht“ ganz schön regelmäßig vererbt – und die Gerhard Schröders usw. doch eher die Ausnahme bleiben? (Und, nebenbei gesagt, die Zuckerbergs, Jobs und Gates nicht gerade aus den allerärmsten Teilen der Gesellschaft stammen.)

Mit Klassen hat auch das nicht unbedingt was zu tun, aber ein dickes Fragezeichen hinter den Theorien, es gebe keine kollektiven Lebenslagen mehr, weil alles so furchtbar individuell und pluralisiert sei, ist es schon.

Einwand 3: „Fühlt sich doch niemand mehr so!“

In der Tat! Dass Leute stolz sind, weil sie aus der Arbeiter*innenklasse kommen, das gibt es heute nur noch selten. Eher kommt vor, dass jemand sich damit brüstet, sich „aus kleinen Verhältnissen nach oben gearbeitet“ zu haben. Auch das, was die Arbeiter*innenbewegung mal ausgemacht hat – von der sozialistischen Kinderorganisation bis zum roten Bestattungsverein – , ist verschwunden; dass Arbeiter*innen fast schon automatisch in der Gewerkschaft sind und sozialdemokratisch wählen, ist schon länger passé.

Die Vorstellung, dass all die Chai-Latte schlürfenden Webdesigner*innen in ihren hippen Großraumbüros irgendetwas mit einem „Proletariat“ zu tun haben könnten, erscheint vielen lachhaft; als „Prolet“ möchte sowieso niemand mehr bezeichnet werden. Und fragt mensch die Leute, wo sie sich selbst so einsortieren, dann sind alle gerne in der Mittelschicht – in den 1970er Jahren wähten sich sogar über $\frac{2}{3}$ aller Deutschen in der „gehobenen Mittelschicht“. Kurz: Falls die Klassenzugehörigkeit davon abhängt, dass mensch sich einer bestimmten Klasse zugehörig fühlt, dann gibt es zumindest keine Arbeiter*innenklasse mehr.⁷

Tut's aber nicht. Nicht was sie über sich denken, sondern was sie haben und was sie damit tun, macht Menschen zu den Angehörigen einer Klasse. Das heißt übrigens nicht, dass es generell egal ist, was sich die Leute so den lieben langen Tag zusammendenken. (Sonst hätten wir auch kein ganzes Kapitel, dass sich nur mit dem Denken der Leute

⁷ Um Aussagen über die anderen Klassen zu machen, werden wir leider zu selten auf Festivitäten eingeladen, wo sich dies studieren ließe.

beschäftigt.⁸) Marx' Klassentheorie, so wird häufig tadelnd festgestellt, sei „ganz befangen im Objektivismus“ (van der Linden u. Roth 2009, S. 18). Stimmt, und das ist auch ganz gut so, falls mensch was über eine Gesellschaft herausfinden will.

Einwand 4: „Aufstieg ist möglich!“

Klassen spielen angeblich heute keine Rolle mehr. Beweis: Wie die Gründer von Microsoft, Apple, Google, Facebook usw. zeigen würden, reiche es völlig aus, eine gute Idee und eine Hinterhofgarage zu haben und flugs werde mensch vielfacher Millionär. Wir leben heute nämlich in einer „Leistungsgesellschaft“, in der alle alles werden könnten, wenn sie sich nur genug anstrengen würden.

So neu ist der Einwand nicht: Schon 1970 meinte der Brockhaus,

[...] dass das hohe Maß an sozialer Mobilität, das durch immer häufigere Vergabe gesellschaftlicher Positionen nach Maßgabe von Leistungsnachweisen erreicht wird, die Klassenstrukturen [...]

verwische (→ Klassen, S. 226). Und dreißig Jahre später klingt der Gedanke so: Neben anderen Faktoren hätten die

erhöhte soziale Mobilität und die Ausweitung von Privatvermögen [...] die überkommene wirtschaftliche geprägte Klassenstruktur aufgelockert und abgeschwächt.⁹

(Hillmann 2007, → Klasse)

Das schöne Wort „soziale Mobilität“, also gesellschaftlich beweglich, weist schon darauf hin: „Oben“ und „unten“ gibt es weiterhin, aber es ist heute angeblich leichter nach oben zu kommen.

Verhältnisse, aus denen aufzusteigen sich lohnt, gibt es also weiterhin. Und Verhältnisse, in die mensch lieber nicht absteigen möchte – scheint es auch weiterhin zu geben. Dass erhöhte soziale Mobilität heißt, dass es auch leichter ist abzustürzen, wird allerdings deutlich weniger angepriesen. Klingt ja auch ungemütlicher.

⁸ Siehe „Kapitalismus – nur eine schlechte Idee?“, S. 221.

⁹ Abkürzungen wurden zur Vereinfachung ausgeschrieben.

Nun müssen wir den Textilarbeiter*innen in Bangladesh und den Aldi-Kassierer*innen hierzulande mal eine ernste Frage stellen: Warum geht ihr denn nicht einfach alle ins Management oder klappert mit euren tollen Geschäftsideen die Kreditinstitute ab, statt lustlos Sachen über den Scanner zu ziehen oder bei Fabrikbränden ums Leben zu kommen? Hm?

Die Frage ist so zynisch wie die Ideologie, die dahintersteckt: Als ob eine gute Idee oder Aufstiegswille allein reichen würden. Die Zeiten, in denen das Wünschen noch geholfen hat, gab es nur im Märchen – um Manager*in zu werden, braucht mensch jemanden, der über Kapital verfügt und es einem anvertrauen will. Und um sich „selbstständig“ zu machen, braucht mensch nicht nur eine „Geschäftsidee“ – sondern auch Geldgeber*innen, die glauben, damit aus ihren Kröten mehr machen zu können. Nur mit einer guten Idee und einer Hinterhofgarage wird sonst nämlich kein Unternehmen draus.

Offensichtlich ist doch auch: So viele tolle Spitzenpositionen, dass sie für alle reichen, gibt es nicht. Wenn alle Manager*innen werden – was managen sie dann? Auch Facebook und Apple lassen sich nur einmal gründen und spätestens der fünfte Burger-Laden in Berlin-Kreuzberg ist dann doch nicht mehr so innovativ, wie von den Gründer*innen ursprünglich erhofft.

„Es liegt an Dir, was aus Dir wird“ ist darum eine ziemliche Gemeinheit. Konsequenter weiter gedacht heißt es, dass die Gewinner*innen zum Führen und die Verlierer*innen zum Ausführen da sind, qua persönlicher Pffiffigkeit. Anders ausgedrückt: Wer nur lohnarbeitet, ist wohl ’n bisschen beschränkt und darf dankbar sein, dass die kreative Elite mit ihren tollen Ideen ihm*ihr Gelegenheiten zum Lebensunterhalt verschafft. Und so weiter und so fort.

Gar so neu sind übrigens weder die Aufstiegsmöglichkeiten noch die damit verbundenen Ideologien. Auch wenn Leute, die über Macht und Privateigentum verfügen, häufig versuchen, ihre Nachkommen damit auszustatten und sich gegen Neulinge abzuschotten – Kapitalist*in wird mensch nicht durch Geburt, sondern durch Eigentum. Und darum gab es auch im 19. Jahrhundert schon einige Aufsteiger*innen – und ganz viele Absteiger*innen. Und die schöne Erklärung, dass die Tüchtigen oben und die Untüchtigen unten sind, gab es damals auch schon, musste aber

noch ohne die ‚Erkenntnisse‘ der Hirnforschung und Molekularbiologie auskommen.

Einwand 5: „Ökonomie ist nicht alles!“

Leuten, die sich auf Marx berufen, wird häufig vorgeworfen, alles nur aufs Wirtschaftliche zu reduzieren. Selbst der Hinweis, dass Marx ja von der *Politischen Ökonomie* sprach, die er kritisieren wollte, ficht solche Marx-Kritiker*innen nicht an. Dieser Tadel trifft dann natürlich auch eine Klassentheorie, die Klassen ganz strikt aus der Ökonomie erklärt. *„Beschleunigter sozialer und kultureller Wandel“* (Hillmann 2007, → Klasse), belehren uns die Soziolog*innen, sorgt dafür, dass

immer weniger Menschen lebenslang in der gleichen Position verharren und dass die Zugehörigkeit zu Klassen und Ständen für die persönliche Lebensführung und die politische Einstellung immer weiter an Bedeutung verliert. (Joas 2007, S. 251)

Na bitte: Ökonomie ist nicht alles! Wohl wahr! Denn „alles“ ist immer nur eins – nämlich „alles“. Frage ist, welchen Einfluss die Ökonomie auf das menschliche Leben hat.¹⁰ Dass der nicht gerade vernachlässigenswert ist, kann mensch in dreierlei Hinsichten behaupten:

1. Ökonomie ist die nötige Voraussetzung für alles mögliche menschliche Handeln. Menschen müssen essen, trinken, schlafen; das sind unabweisbar physische Notwendigkeiten und ohne das gibt es keine Kultur, keine Religion, keine Politik, keine Information – und was nicht noch alles viel wichtiger als „Wirtschaft“ sein soll.
2. Ökonomie liefert auch das Material für alle Betätigung des Menschen. Ohne die Bearbeitung von Natur gibt es keine Wandgemälde, Gebetbücher, Plakate, iPhones; ohne Ökonomie gäbe es nichts,

¹⁰ Marx hat die Ökonomie mal als die „Basis“ bezeichnet, auf der sich ein „Überbau“ erhebe, der wie Engels formuliert hat, *„in letzter Instanz“* von der Ökonomie bestimmt werde (Engels 1967, S. 462). Während die „Basis“ noch ein ganz korrekte Bezeichnung für die Ökonomie ist, ist die Metapher „Überbau“ eher schwammig und irreführend. Wer z. B. die Politik als Überbau bezeichnet, verpasst, welche Bedeutung die gewaltmäßige Garantie des Eigentums für die kapitalistische Ökonomie hat.

worin sich Kultur, Politik, Religion, Information usw. materialisieren würde.

3. Mit ihrem „Lebenserwerb“ verbringen die meisten Menschen nach wie vor den Großteil ihrer Zeit, mit der Vorbereitung darauf ihre Jugend. Schon deswegen ist diese Sphäre des Lebens von Bedeutung; nicht zu reden davon, dass ihr Takt die Organisation des Lebens steuert und an ihren Erfordernissen das Leben ausgerichtet wird.

Klare Argumente dafür, dass Ökonomie nicht ein Feld unter vielen, sondern wirklich wichtig ist. Und wir können weiter machen: Was sind denn die Ursachen des beschleunigten (!) „sozialen“ und „kulturellen Wandels“? Und ist die Lebensführung wirklich unabhängig von Mitteln, die mensch zum Lebensunterhalt so hat? Es stimmt ja schon, dass die wirtschaftliche Lage eines Menschen nicht festlegt, *wie* er**sie* über diese denkt. Andererseits weiß doch auch jede*r, *dass* der Großteil der Menschen dauernd genötigt ist, sich über ihre wirtschaftliche Lage Gedanken zu machen; meistens sorgenvolle.

Gar nicht klasse: Die Klassen

Worum sich die ganze Klassenfrage dreht, ist dies: um die Rolle bei der Produktion des Reichtums einer kapitalistischen Gesellschaft.¹¹ Grundeigentum bedeutet, über die Voraussetzung aller Produktion, den Boden, zu verfügen. Kapital heißt, die Mittel zu haben, um Sachen herzustellen. Genauer gesagt: ausreichend über das Mittel Geld, mit dem mensch alle Sachen kaufen oder mieten kann, die dafür gebraucht werden (Boden, Gebäude, Maschinen, Hilfsstoffe, Material, Arbeitskräfte). Und damit das gutgeht, werden diejenigen gebraucht, die nicht nur über ihre Arbeitskraft verfügen, sondern auch, weil sie über nichts anderes verfügen und brennend daran interessiert sind, sie zu verkaufen: die Lohnarbeiter*innen.

¹¹ Genaue und kritische Leser*innen werden merken, dass dies eine Abänderung unserer Eingangsfrage „Wovon leben die Menschen in dieser Gesellschaft?“ ist. Einkommensquellen gibt es natürlich noch ein paar mehr als Lohnarbeit, Kapital oder Grundeigentum.

In den ökonomischen Wissenschaften wird häufig über die drei „Produktionsfaktoren“ Boden, Kapital und Arbeit geredet (Brunner u. Kehrele 2011, S. 205; Heine u. Herr 2013, S. 224). Mit dem schönen Begriff „Faktor“ werden alle drei zu wichtigen Bestandteilen des Produktionsprozesses ernannt. Und das ist schon fast lustig: Die einen *haben* die Verfügungsgewalt über die *Voraussetzung* der Produktion, die anderen *verfügen* über die *Mittel* der Produktion und setzen auch gleich noch den *Zweck* der Produktion fest – und die dritten *sind* die *Arbeitskräfte*, die die Produktion bewerkstelligen; und zwar zu den Bedingungen, die die anderen setzen.

Wem jetzt erste Zweifel an dem harmonischen Miteinander kommen, liegt völlig richtig: Es ist in Wirklichkeit ein Gegeneinander.

Für jedes Unternehmen sind Mieten und Löhne ein ziemlich lästiger Abzug von den verfügbaren Geldmitteln. Klar, dass es versucht, diesen so gering wie möglich zu halten – und schon ist der Gegensatz in der Welt. Grundeigentümer*innen und Lohnarbeiter*innen werden darüber aber auch keine Freund*innen. Das Grundeigentum tritt der Arbeiter*innenklasse gleich mehrfach entgegen: Als Eigentümer*in des Bodens, auf dem die eigene Wohnung steht und da kommt selten Freundschaft auf. Und was das Kapital an das Grundeigentum abführen muss, sei es als industrielles Unternehmen, sei es als Agrarkapital, macht das Kapital als Anspruch gegen die Arbeiter*innen geltend. Ihre Leistung muss die Ausgabe rechtfertigen. Das mag als Hinweis dafür genügen, wie wenig grün sich Grundeigentum und Lohnarbeit sind. Interessanter ist das Verhältnis zwischen Arbeiter*innen und Kapital. Letzteres unterwirft alle Produktion dem Gewinnzweck und macht die Arbeiterinnen*klasse für das Gelingen lohn- wie leistungsmäßig haftbar. Und dieser Interessengegensatz ist so für die Produktion des Reichtums, die Richtung der technischen Weiterentwicklung, das Leben und Überleben eines größeren Teils der Menschheit bestimmend. Darum konzentrieren wir uns auf ihn und stellen im nächsten Kapitel ausführlich dar, warum es zwischen beiden immer Klassenkampf geben muss.

Der Inhalt des Klassenbegriffs ist das, was Marx als **Charaktermaske** bezeichnet hat. Das heißt, dass die Stellung in der Produktion den Menschen bestimmte Interessen aufherrscht. Soll heißen: Sie müssen bestimmte Interessen verfolgen. Die Alternative dazu ist, sich eine andere Einkommensquelle zu suchen. Kapitalist*innen und Grundei-

gentümer*innen haben die verlockende Alternative, dass sie auch die Freuden des Lohnarbeiter*innenlebens auskosten könnten. Lohnarbeiter*innen haben zumeist nicht mal diese heiße Perspektive des Wechsels. So sie nicht irgendwie an Geld kommen, können sie höchstens noch verelenden.

„Charaktermasken“ heißt allerdings nicht, dass jedes individuelle ökonomische Verhalten tatsächlich vorhersehbar wäre, schließlich hat jede*r die schöne Möglichkeit auszuflippen, Quatsch zu machen und so weiter.

Klasse bedeutet also nicht eine Gruppe von Personen mit gleichen Verhaltensweisen, gleicher kultureller Vorlieben oder politischer Orientierung, einer gemeinsamen Kultur, die zudem noch sich selbst als eine Klasse definiert und ihre Klassenzugehörigkeit an ihre Nachfahren weitergibt – auch wenn hier eine relative Gleichförmigkeit seine Grundlage in der Klassenlage haben kann. Eine ‚Klasse‘ ist eine Gruppe, die eine bestimmte Rolle im Produktionsprozess spielt. Daher sind Einkommen und abhängig davon Wohnverhältnisse nicht einfach der Inhalt von Klasse. Auch wenn Bandbreiten des Einkommens oder des Reichtums, den man schon sein Eigen nennt und daher auch abhängig davon Wohnverhältnisse, sich wiederum aus der Klassenlage erklären lassen.

Kapitalist*innen – Herr*innen der Welt oder Moderator*innen des Sachzwangs?

Nun gibt es immer wieder Streitereien, was Kapitalist*innen eigentlich für Leute sind. Einerseits sind sie ganz schön machtvoll: Sie können investieren oder Betriebe schließen, sie entscheiden, was in der Produktion passiert oder nicht, sie können Leute einstellen oder feuern. Das ist ihre Freiheit, sie sind Herr*innen ihrer und anderer Leute Lebensumstände. (Und ob sie das selber machen oder das von ihnen bezahlte und bestellte Management spielt dabei keine Geige).

Andererseits hat Marx stark gemacht, dass Kapitalist*innen nur „*personifiziertes, mit Willen und Bewußtsein begabtes Kapital*“ (Marx 1977, S. 168) sind, also eigentlich nur die Vollstrecker*innen von Gesetzen oder Prinzipien, die im Zweck Geldvermehrung vorgegeben und nicht frei wählbar sind. Nicht die Launen und persönlichen Vorlieben

erklären, was Kapitalist*innen machen, sondern mit dem Einsatz von Eigentum für die Vermehrung von Eigentum sind lauter Notwendigkeiten für die Kapitalist*innen in der Welt, die sie nicht ignorieren dürfen, wenn sie Kapitalist*innen bleiben wollen. Einige zentrale Prinzipien haben wir in den vorangegangenen Kapiteln erklärt.

Diese Aussage ist eine Kritik an der häufig vorhandenen moralischen Kritik, die die Übel des Kapitalismus auf die moralische Schlechtigkeit der Kapitalist*innen zurückführen will. Wenn Kapitalist*innen unter Ausnutzung aller rechtlichen Freiheiten ihre Arbeitskräfte besonders schäbig behandeln, dann wird nicht die Profitlogik kritisiert, die sich hier zeigt, sondern der Wille der jeweiligen Kapitalist*innen als böse ausgemacht. Das schlechte Phänomen wird nicht auf das bedürfnisfeindliche Prinzip der Kapitallogik zurückgeführt, sondern auf den besonders üblen Willen bestimmter Kapitalist*innen.

So wird das Kapitalprinzip als eigentlich ganz in Ordnung im eigenen Bewusstsein bejaht. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob mensch kapitalistische Bereicherung wegen ihrer bedürfnisfeindlichen Konsequenzen schlecht findet und es darum auch in diesem Fall schlecht findet, dass sich jemand bereichern kann. Dann ist die Konsequenz: Kapitalismus abschaffen, also die Grundlage der kapitalistischen Bereicherung abschaffen. Oder ob mensch nur kritisiert, dass sich bestimmte besondere Kapitalist*innen ja nur bereichern wollen und dabei keine Rücksichten nehmen. Dann ist die Konsequenz: Rumschimpfen über die Schlechtigkeit der Menschheit und ein Ruf nach einem starken Staat, der der Menschheit mit aller Gewalt gutes Benehmen beibringt.

Marx hat mal behauptet, dass die schlechten Wirkungen der Geldvermehrung *„im großen und ganzen“* nicht vom *„guten oder bösen Willen des einzelnen Kapitalisten“* abhängen. Denn:

Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion dem einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend. (1977, S. 286)

Das klingt schwer nach dem üblichen Sachzwang-Gejammer von Unternehmen, die ja angeblich nichts dafür können, dass sie Leute entlassen oder nur Hungerlöhne bezahlen, weil ihnen die Konkurrenz so im Nacken sitzt.

Darum ging und geht es aber nicht. Die einzelnen Kapitalist*innen finden wie alle anderen eine Gesellschaft vor, in der alle Bedürfnisbefriedigung vom Geld abhängig ist. Der Unterschied ist, dass sie eine Wahl haben, ihren schon vorhandenen Reichtum zu verknuspern, bis sie ggf. selbst lohnarbeiten gehen müssen oder aber das Geld so auszugeben, dass es sich vermehrt. Wenn sie sich zu letzterem entscheiden, dann ergeben sich lauter sinnvolle Strategien, die sie dann aber wegen der Konkurrenz der Kapitale auch angehen müssen. Ein keineswegs unwillkommener Zwang, der auch von einer anderen Art und Härte ist, als arbeiten gehen zu müssen, um am Leben zu bleiben: Schließlich wird das eigene Eigentum vermehrt.

★ *Ob Kapitalist*innen Gewinne machen, um in Saus und Braus zu leben, ist dabei völlig egal; der Zwang zum maßlosen Gewinnemachen ergibt sich daraus, dass sich die Gewinne zum entscheidenden Mittel in der Konkurrenz mausern. Kapitalist*innen können ihre Interessen nach eigenem Ermessen verfolgen, nach ihren Kalkulationen und Wünschen und das ist ihre Freiheit.*

Andererseits wäre es aber auch verfehlt, so zu tun, als wäre die Konkurrenz nur ein süßer Zwang zur Eigentumsvermehrung und nicht auch die Drohung mit Eigentumsvernichtung oder sogar des ökonomischen Untergangs. Genau dadurch setzt die Konkurrenz der Kapitale die Bedingungen, mit denen alle Kapitale kalkulierend umzugehen haben. Dass sie selbst daran beteiligt sind und so auch den anderen Kapitalen die Bedingungen mit vorschreiben, ändert ja nichts daran, dass diese dann auch tatsächlich Zwänge für sie sind.

Fazit: Die Frage ist falsch gestellt. Die Alternative Freiheit oder Sachzwang taugt nur dazu, die Kapitalist*innen jeweils zu be- oder zu entschuldigen, nicht aber zu erklären, worin ihre Freiheit im Umgang mit den vorhandenen Zwängen bei der Verfolgung ihrer ökonomischen Zwecke besteht.

Was heißt hier eigentlich herrschende Klasse?

Nach einem trivialen Verständnis bedeutet der Kapitalismus die Herrschaft der Kapitalisten. Wenn sie sich was vornehmen, dann wird das umgesetzt. Wer kennt sie nicht, die tollen Karikaturen, wo dicke Männer in schwarz mit Zylinder und Zigarre wieder dieses oder jenes

verantworten oder befehlen. Das basiert auf der Vorstellung, „die Kapitalisten“ seien eine Gruppe von Menschen, die eng zusammenarbeiten. Die eigentliche Macht läge nicht bei der politischen Gewalt, sondern in der Ökonomie oder aber, die Politiker*innen seien nur Marionetten der Kapitalist*innen. Auf den Donnerstagstreffen der herrschenden Klasse muss ganz schön was los sein. . .

So schlicht war das nicht einmal im 19. Jahrhundert, als diese Bilder entstanden sind. Damals kamen die politisch Herrschenden tatsächlich aus der Welt von „Bildung und Besitz“, damals fühlte sich der Staat den „besseren Ständen“ verpflichtet und gruselte sich vor den „gefährlichen Klassen“, die er so recht nicht als sein Volk ansah. Heute aber gibt es so etwas wie eine „Bourgeoisie“, also ein kapitalistisches Bürgertum, das sich selbst auch so fühlt und zielbewusst für seine Klasseninteressen Politik macht, zumindest in den kapitalistischen Zentren nur noch als Restbestände; Politiker*innen werden auch von den eigentumslosen Bürger*innen gewählt und kommen aus allen möglichen Klassen und Gruppen.

Wenn die Politik sich auch heute für das Wohlergehen des Kapitals interessiert, dann nicht weil der Staat ein Ausschuss der Kapitalist*innen wäre oder weil alle Politiker*innen bestochen oder von den Spenden für ihre Wahlkampagnen abhängig wären. (Sonst wäre übrigens auch die ganze Lobbyarbeit der „Arbeitgeber“ ziemlich überflüssig.) Die Kapitalvermehrung ist das Prinzip der gesellschaftlichen Produktion, um sie dreht sich alles. Insofern sind die Kapitalist*innen sicherlich die ökonomisch herrschende Klasse. Ihr Interesse an der Vermehrung ihres Eigentums ist das, wovon *alle* abhängig gemacht sind. Kein Wunder, dass der Staat jene Leute, die ganz selbstverständlich „die Wirtschaft“ heißen, umorgt und ihnen Gutes tut – denn er ist es, der mit seiner Gewalt für die gesellschaftlichen Regeln sorgt, mit denen diese Abhängigkeit erst entsteht.

Wenn die politische Gewalt gesellschaftliche Regeln in die Welt setzt, die das Privatinteresse der Kapitalist*innen zum dominierenden ökonomischen Interesse der Gesellschaft macht, heißt das definitiv nicht, dass das Wohlergehen jedes einzelnen Kapitals die erste Sorge der Politik wäre. Der geht es um den Gesamterfolg der Nation, das heißt darum, dass die Kapitale insgesamt erfolgreich sind. Dafür muss das eine oder

andere Unternehmen dann auch schon mal leiden, zurückstecken oder pleite gehen. . . .

Weil einzelne Kapitalist*innen natürlich nur ihren eigenen Geschäftserfolg im Auge haben und eben nicht das Große und Ganze, ist es aus Staatssicht auch sinnvoll, dass die Kapitaleigner*innen nicht direkt die politische Herrschaft ausüben oder sich an ihr beteiligen. Die Trennung der politischen Herrschaft von den Kapitalist*innen war ein langer, harter Kampf, denn freiwillig haben Bourgeoisie und Adel ihre Plätze nicht geräumt. Sieger war der Staat, der heute unabhängig ist, Gewinner war das Kapital, das einen unabhängigen und effektiven Gesellschaftsmanager bekommen hat. Mehr dazu im nächsten Kapitel.

Passt nicht, gibt's nicht – und was ist mit den anderen Leuten?

Immer mehr Leute, so hört mensch häufig als Einwand gegen die Vorstellung von drei Klassen, arbeiten doch gar nicht in einer Fabrik, sondern z. B. in einem Büro oder in einem Geschäft oder zu Hause. Sie stellen auch nichts her, sondern bieten eine „Dienstleistung“ an. Oder sie sind sogar beim Staat angestellt und tun so nützliche Dinge wie Leuten ein Knöllchen zu verpassen, wenn sie falsch parken oder Schüler*innen schlechte Noten zu geben, wenn sie nicht aufpassen. Andere Leute haben nur ihr Geschäft und müssen selber arbeiten. Und das ist meistens kein Spaß, sondern viel Arbeit, gerade an vielen Bäuer*innen kann man das sehen. Und dann gibt es ja auch noch das Management – Angestellte, die saumäßig gut bezahlt werden. Die kommen in der Drei-Klassen-Theorie doch gar nicht vor – dann ist diese nicht vollständig, kann moderne Gesellschaften nicht erklären und macht es sich – na bitte! – viel zu einfach!

So wird die Theorie der Klassen in eine Kommode verwandelt und sich dann beklagt, dass man gar nicht alle Menschen in die drei Schubladen fein säuberlich einsortieren kann. Dass Arbeiter*innen, Kapitalist*innen und Grundeigentümer*innen die drei Klassen sind, die im Kapitalismus die Hauptrolle spielen, ergibt sich aber aus der Analyse der hiesigen Ökonomie. Darin eingeschlossen ist durchaus, dass es viele Menschen gibt, die Betreuungs- und Stützungsfunktionen für den kapitalistischen Produktionsprozess leisten, oder direkt die Voraussetzungen

und notwendigen Bedingungen der Existenz dieser drei Klassen garantieren. Eingeschlossen ist auch, dass es ökonomische Figuren gibt, die sich anders als durch Lohnarbeit, Kapital oder Grundrente über Wasser halten. Nur: was immer diese Leute wollen und tun, ihre Interessen sind nicht die dominanten und relevanten dieser Gesellschaft. Fast schon im Gegenteil: Sie müssen sich dauernd unter Bedingungen abkämpfen, die Kapital und Grundeigentum schaffen. Dazu gleich mehr.

Was mit diesem Einwand „viel zu einfach“ widerlegt werden soll, ist aber eigentlich eine Revolutionsmöglichkeits- und Revolutionswahrscheinlichkeitsprognose der alten Arbeiter*innenbewegung.

Marx hat nachgewiesen, dass die Arbeiter*innen *gute Gründe* haben, den Kapitalismus abzuschaffen. Darüber hinaus stellte er fest, dass sie auch *die Macht* dazu haben. Ganz schlicht, weil ohne sie der ganze Laden nicht läuft. Um festzustellen, wann denn endlich das Ende des Kapitalismus kommt, haben Engels und andere Nachfolger*innen versucht herauszufinden, wann denn die Arbeiter*innen die Mehrheit der Bevölkerung stellen. Sie haben sich vorgestellt, dass der Kapitalismus irgendwann nur noch einige wenige Kapitalist*innen mit viel Reichtum und auf der anderen Seite ganz viele Proleten mit viel Elend auf der anderen Seite übrigbleiben.¹² Allen Gruppen dazwischen prophezeiten sie den baldigen Untergang, sodass dann irgendwann eben fast alle Arbeiter*innen sein würden. So schrieb es sich auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihr „Erfurter Programm“.¹³

Nun hat Marx nur nachgewiesen, dass der Anteil der Arbeiter*innen am gesellschaftlichen Reichtum abnimmt; nicht aber dass sie notwendig wirklich verelenden (auch wenn dies durchaus hin und wieder vorkommt). Und obwohl schon Kautsky und Luxemburg darauf hingewiesen haben, dass das so ist – die Verelendungstheorie und das Verschwinden der „Mittelklasse“ gehörten zum theoretischen Rüstzeug der alten Arbeiter*innenbewegung.

Daran schlossen sich zwei Hoffnungen an: Zum einen, dass dann niemand mehr die schönen Produkte der Kapitalist*innen kauft, die „Mittelklassen“, weil’s sie nicht mehr gibt, das Proletariat, weil’s kein Geld hat. Über kurz oder lang müsste dann die große Krise kommen,

¹² Das Grundeigentum wurde in dieser Theorie einfach den Kapitalist*innen zugeschlagen.

¹³ Das galt – auch weil es den offiziellen Segen von Friedrich Engels erhielt – als das marxistische Programm überhaupt bis 1914.

die mit dem Zusammenbruch des Kapitalismus endet. Was die Kapitalist*innen mit ihrem Geld machen, blieb bei Vielen etwas unterbelichtet, und ebenso unklar blieb, warum und wodurch irgendwann der Punkt erreicht werden sollte, an dem es einfach nicht mehr weitergehen *kann*.

Zum anderen, dass mit den sog. „mittleren Klassen“ die Leute verschwinden würden, die auf ihr klein bisschen Eigentum stolz sind und darum eine Eigentumsordnung verteidigen, von der sie auch nicht all zu viel haben. Aus Ärger über ihren Abstieg würden diese Leute dann automatisch die Reihen der sozialistischen Arbeiter*innenbewegung füllen.

Nun war zwar nicht von der Hand zu weisen, dass größere Teile des „Kleinbürgertums“ den Sozialismus nicht so toll fanden. Aber die Voraussetzung dieser Entwicklungsvoraussage – wem's dreckig genug geht, der wird von selber schlau – ist mehr als zweifelhaft. (Dazu mehr im nächsten Kapitel, S. 157.) Die Konsequenz dieser Theorie war dann noch mal besonders schädlich: Sich nämlich in der Aufklärungsarbeit um diese Gruppe nicht besonders zu kümmern, weil das Großkapital einem die Leute sowieso in die Arme treiben würde.

Ob Marx das wirklich so gesehen hat, soll egal sein. Viele Leute, die sich für Marxisten hielten, haben es so gesehen – und als die Kleinbetriebe gar nicht verschwanden und die Arbeiter*innen etwas höhere Löhne bekamen, haben sie das als Indiz gesehen, dass auch der Rest der Theorie nicht stimmt, der Kapitalismus nicht automatisch von selber untergeht (was stimmt) – und sich damit (!) die Kritik an ihm auch erledigt hätte (was Quark ist); dafür sich aber das System Kapitalismus menschenfreundlich gestalten lässt (was nicht stimmt).

Weil sie auf diesen politischen Schluss scharf sind, verkünden in den letzten hundert Jahren immer wieder Leute die tiefe Erkenntnis, dass es weiterhin Gruppen gibt, die weder über Kapital noch über Grundeigentum verfügen – und trotzdem nicht in der Fabrik arbeiten. Mit der Frage, welche Rolle die „Mittelklassen“ denn nun spielen, hat das nur am Rande, mit der Frage, warum es als Argument immer wieder auftaucht, hingegen alles zu tun.

Bevor wir uns den verschiedenen Gruppen zuwenden noch ein Ab- und Hinweis: Wir behandeln in diesem Buch materielle und immaterielle Produktion, Fabrikarbeit und Dienstleistungen nicht gesondert. Das heißt nicht, dass diese Frage nicht wichtig ist; aber für die Frage der

Klassenzugehörigkeit spielt sie erst mal keine Geige. Solange dafür Lohn gezahlt wird, handelt es sich weiter um Lohnarbeit, egal ob jemand an der Werkbank sitzt und Sachen herstellt oder im Call-Center unzufriedene Kund*innen abwimmelt.¹⁴ Dass Angestellte Lohnarbeiter*innen sind, ist heute sowieso ziemlich klar.¹⁵

„Mein Manager erledigt das für mich.“

Nun gibt es nicht erst seit gestern Leute, die ziemlich große Gehälter beziehen und dafür für die Eigentümer*innen und Anteilseigner*innen von Kapitalien die Geschäfte besorgen. Richtig geraten: Die Manager*innen.

Management gibt es natürlich in den verschiedensten Abstufungen. Von einfachen Geschäftsführer*innen, die etwas besser bezahlt werden bis zu millionenschweren Top-Manager*innen.

Als Gehaltsempfänger*innen sind sie zwar erst mal Lohnarbeiter*innen. Allerdings ist ihr Job, das Kapital zu vermehren – und zwar indem sie dafür sorgen, dass die Anwendung der Arbeitskräfte profitabel ist. Neben den Verwaltungs- und Überwachungsfunktionen entwickeln sie auch noch Strategien für Kapitalvermehrung und entscheiden z. B. darüber wie diese umgesetzt werden. Das heißt sie übernehmen Funktionen für das Kapital in Form von Lohnarbeit gegen den Rest der Beschäftigten. Das vergütet das Kapital entsprechend extra. Der Aufschlag verdankt sich der Versicherung von Loyalität, nämlich das Gesamtinteresse der Firma als Inhalt der eigenen Arbeit und nicht als Gegensatz zum eigenen wirtschaftlichen Interesse.

¹⁴ An diese ganze Unterscheidung hat sich in früheren Jahren eine lange Debatte angehängt, wer nun zum „produktiven Gesamtarbeiter“ gehört. Anlass waren Hoffnungen, die produktiven Arbeiter*innen könnten eine Gesellschaft durch Streiks lahmlegen und hätten überhaupt bessere Chancen auf tiefere Einsichten in den fiesen Charakter des Kapitalismus. Nun ist sicher richtig, dass ein Streik der Werbebranche unwichtiger ist als ein Streik der Friseur*innen und dieser wiederum unwichtiger als ein Streik der Transportarbeiter*innen, Lebensmittelproduzent*innen und Maschinenbauer*innen. Nur, was folgt denn daraus? Und die Kritik, die wir in diesem Buch formuliert haben, kann jede*r einsehen, ganz unabhängig davon, wie er oder sie den eigenen Lebensunterhalt verdient.

¹⁵ In früheren Tagen, wo Arbeiter*innen als schmutzige Blaumänner (und -frauen) vorgestellt wurden, stifteten diese Leute etwas Verwirrung, weil sie von Unternehmen und Staat anders behandelt wurden und sich darauf häufig einiges einbildeten, etwa dass sie zum Kleinbürgertum zählen würden und Gewerkschaften nicht nötig hätten. Das ist bis auf ein paar Überreste passé und sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Aber, und das ist ein wirklicher Unterschied zu allen anderen Lohnarbeiter*innen: ab einer bestimmten Stufe geht das Gehalt von Manager*innen weit über das hinaus, was diese zum Leben bräuchten. Für ihre Gehälter gilt explizit *nicht*, was für jeden anderen Lohn in kapitalistischen Gesellschaften stimmt: dass er nämlich nicht nur die Arbeitskraft erhält, sondern auch die miese Lage, in der kein Eigentum gebildet wird, das sich am Markt als Einkommensquelle bewähren könnte. Im Gegenteil: Von den Manager*innen wird erwartet, solches Eigentum zu bilden, sei es Kapitalanlage, sei es Grundeigentum. Wer sein Gehalt nur für Schampus und tolle Partys verjubeln würde, würde vermutlich als unseriös in der Branche gelten.

Ein klitzekleiner Unterschied: Kapitalist*innen und „Selbstständige“

Was uns zur nächsten oft gestellten Frage führt: Wie sieht es mit den Arbeitskraftunternehmer*innen aus? Also mit den Leuten, die als „Freelancer*innen“, „Schein-Selbstständige“, „Ich-AG“ seit einigen Jahren den Arbeitsmarkt bereichern. Bei einigen Sachen ist es recht klar, nämlich überall dort, wo ein Unternehmen seine Arbeiter*innen einfach entlässt und plötzlich mit ganz vielen kleinen Pseudokapitalisten Verträge schließt, auf dass sie nun die gleiche Arbeit machen. Da ist es auch relativ egal, ob diese Leute sich nur bei einem oder bei mehreren Unternehmen verdingen, auch wenn das deutsche Sozialversicherungsrecht hier *den* Unterschied zwischen Selbstständigen und Schein-Selbstständigen erkennen will.

Wo Arbeitskraft das ganze „Kapital“ ist, handelt es sich fraglos um Lohnarbeiter*innen, deren Einbildung, „Unternehmer*innen ihrer selbst“ zu sein, vermutlich über die ungesicherten Arbeitsverhältnisse hinwegtrösten soll. Schwieriger wird es überall da, wo sich jemand mit Geld Produktionsmittel kauft bzw. sie ererbt und dann nur die eigene Arbeitskraft einsetzt, um Geld zu verdienen. Z.B. wenn sich eine Freelancerin genug Knete vom Mund abgespart hat, um ein kleines Geschäft oder Büro aufzumachen oder wenn der Bauer in der dritten Generation wegen Mäh- und Melkmaschinen keine Knechte und Mägde mehr braucht, sondern höchstens hin und wieder Erntehelfer*innen anstellt, wie das bei vielen Bäuer*innen der Fall ist.

Im Unterschied zu den Lohnarbeiter*innen ist das Produkt der Arbeit ihr Eigentum und der Verkaufserlös ebenso. Im Unterschied zu den Kapitalist*innen machen sie keinen Gewinn, sondern verdienen einfach Geld. Kapitalist*innen vermehren ihr Eigentum dadurch, dass sie bereits über genug Eigentum verfügen. Das verschafft ihnen die Macht Prozesse einzuleiten, deren Resultat ein höherer Geldbetrag ist. Der Vergleich, wo mit dem gleichen Geldeinsatz die größte Differenz herauszuholen ist, ist ihr oberstes Kalkulationsprinzip. Der Gewinn verschafft ihnen die Mittel die Produktivkraft ständig zu entwickeln und damit die Messlatte höher zu schrauben, welche Arbeit überhaupt noch am Markt mithalten kann. Der Gewinn verschafft ihnen die Mittel, sich gleichgültig gegen die Branche zu stellen und sie zu wechseln, wenn es sich woanders mehr lohnt. Selbstständige, die versuchen nur mit ihrer eigenen Arbeit am Markt mitzuhalten, müssen sich an diesen Aktionen des Kapitals abkämpfen. Das Mithalten am Markt geht auf Kosten ihrer Gesundheit und Freizeit, wenn sie versuchen den Produktionsmittelrückstand durch Arbeitslänge und Intensität (oder durch Einspannen der Kinder) auszugleichen.

Wie die Kapitalist*innen müssen die Selbstständigen entscheiden, wie viel vom Verkaufserlös zur Verbesserung der Produktion reinvestiert oder aber für den individuellen Konsum draufgehen soll. Dieser Gegensatz von Konsum und Verbesserung der Produktionsmittel löst sich für die Kapitalist*innen bei entsprechender Kapitalgröße auf. Der private Luxus wird sogar zu einem Beitrag für das Unternehmen, wenn dieser zur Kreditwürdigkeit dazu gehört. Für die Selbstständigen löst sich der Widerspruch in der Regel nicht auf. Das Mithalten am Markt geht auf Kosten des individuellen Konsums und wird zur dauerhaften Selbstbeschränkung. Einige wenige steigen dann auch vielleicht mal zu ‚richtigen‘ Kapitalist*innen auf, andere geben auf oder müssen aufgeben und Lohnarbeiter*innen werden und viele knapsen sich durchs Leben.

Die Diener*innen des Staates

Und was ist mit den Angestellten und Beamten des Staates und seiner untergeordneten Abteilungen und Extrakassen? Der Staat ist ja schließlich Herr über seine Einnahmen und Ausgaben. Also hat die Bezahlung von diesen Lohnabhängigen doch mit Kapitalismus nichts zu tun, oder?

Sachte: Den Großteil seines Geldes nimmt er sich aus der Gesellschaft in Form von Steuern, damit sind seine Einnahmen abhängig von den Leistungen des Kapitals. Direkt bei den Steuern, die die Kapitale und Kapitalist*innen selber zahlen müssen; indirekt, bei den Steuern, die den Arbeiter*innen abgeknöpft werden. Seine Einnahmen sind ein Abzug für die Kapitale, mindern also ihre Gewinne, mindern also ihren Erfolg. Und da er diesen Erfolg will, ist er zwar Herr seiner Einnahmen und Ausgaben – wovon alle anderen nur träumen können. Dennoch ist er, wenn er ein gut funktionierender Staat ist, ganz sparsam mit allen Ausgaben, die die Nation nicht voranbringen.¹⁶

Manche*r Staatsangestellte genießt dabei im Vergleich zu herkömmlichen Lohnarbeiter*innen einige Vorteile. Das Gehalt fällt höher aus, vor allem wenn es um einen höheren Beamtenstatus geht. Zusätzlich ist die Sicherheit da, nicht einfach gekündigt zu werden. Ähnlich wie in den Unternehmen Leute mit Leitungsfunktionen einen Loyalitätsbonus bekommen, handelt hier der Staat auch. Manche seiner Aufgaben sind ihm so wichtig, dass er da keinen Gegensatz aufkommen lassen will zu den Leuten, die diese Aufgaben ausführen. Denn damit diese Gesellschaft gut funktioniert, muss der Staat eine Menge Sachen regeln.

Aber in all den Bereichen, wo er diese Notwendigkeit nicht sieht, behandelt er die Staatsdiener*innen genauso als lästigen Kostenfaktor, wie dies in der Privatwirtschaft der Fall ist. Eigentumslose Arbeitskraftverkäufer*innen sind die Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes sowieso, auch wenn sie sich häufig für was Besseres halten.

Bis hierher haben wir gezeigt, warum heutzutage so ungern über Klassen geredet wird, warum es Klassen aber weiterhin gibt, was sie ausmacht, warum sie wichtig sind und was zu den Gruppen zu sagen ist, deren Existenz nicht einfach in Kapital, Lohnarbeit und Grundeigentum aufgeht. Nun haben sich viele Leute aufgemacht, die Klassenanalyse zu ergänzen, zu erweitern oder mit einer Alternative zu konfrontieren. Was davon zu halten ist, davon handeln die nächsten Abschnitte.

¹⁶ Eine andere Möglichkeit der Finanzierung ist die Staatsverschuldung. Warum der Staat auch diese nicht uferlos betreibt und seinen Bediensteten dann ganz viel Geld zahlt, ist unserer Broschüre zum Thema Staatsverschuldung zu entnehmen. <https://gegenkapital-und-nation.org/staatsverschuldung/>

Alternativen und Ergänzungen zur „Klasse“: Von Schichten und Milieus

Warum viele Soziolog*innen mit dem Klassenbegriff unglücklich waren, haben wir schon erklärt – zu kritisch, zu ökonomisch, zu wenig „empirisch“. Ihnen hat auch oft nicht eingeleuchtet, dass gut bezahlte Angestellte zur Arbeiter*innenklasse gehören, obwohl sie mehr Geld in der Tasche haben, als viele vor sich hinwurstelnde Selbstständige. Darum haben sie gegen den Klassenbegriff – manchmal aber auch als Ergänzung – den Begriff „Schicht“ entwickelt. Zunächst machte sich das nur an der Einkommenshöhe fest, und dass die nicht ganz unwichtig ist, stimmt ja schon.

Nur: Das „Wieviel“ des Geldes, das jemand zur Verfügung hat, erklärt natürlich nicht, wie es verdient und wofür es ausgegeben wird und was sich damit überhaupt machen lässt. Darum kam später weiteres hinzu (Beruf, soziales Prestige usw.). Damit konnte mensch die Gesellschaft dann als Zwiebel abbilden – alle gehören irgendwie dazu, was ja auch ganz schön tröstlich ist. Dann lässt sich lang und schlapp darüber diskutieren, ob der pleite gegangene Bäckermeister noch zur unteren Mittelschicht gehört oder, weil er trotz Realschulabschluss nun in die Fabrik gehen muss, doch eher zur oberen Unterschicht. Aber so richtig tolle Voraussagen ließen sich auch damit nicht machen, weil eben aus der ökonomische Lage eines Menschen zwar ökonomische Zwänge und ökonomische Interessen erwachsen, das aber noch lange nicht festlegt, wie mit dieser Lage umgegangen wird und welche politischen, sozialen, religiösen, kulturellen Konsequenzen daraus gezogen werden.

Und irgendwann kam die Idee auf, das Verhalten habe vielleicht auch etwas mit dem Denken zu tun. Soziolog*innen übersetzen sich das in „Werthaltungen“ und „Habitus“. Seitdem wird die Gesellschaft in Milieus eingeteilt, z. B. so:¹⁷

¹⁷ „Die Sinus-Milieus in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2010. Die Prozentzahlen geben die Anteile der Milieus in der Gesamtbevölkerung an“ (Wikipedia 2010, →Klassen (Soziologie), eingesehen am 13.12.2010).

<i>Soziale Lage/ Grundorientierung</i>	<i>Tradition</i>	<i>Modernisierung/ Individualisierung</i>	<i>Neuorientierung</i>
<i>Sozial gehobene Milieus (30 %)</i>	Konservativ- etabliertes Milieu (10 %)	Liberal- intellektuelles Milieu (7 %)	Milieu der Performer (7 %) Expeditives Milieu (6 %)
<i>Milieus der Mitte (30 %)</i>	Bürgerliche Mitte (14 %)	Adaptiv- pragmatisches Milieu (9 %)	Sozialökologisches Milieu (7 %)
<i>Milieus der unteren Mitte / Unter- schicht (40 %)</i>	Traditionelles Milieu (15 %)	Prekäres Milieu (10 %)	Hedonistisches Milieu (15 %)

Da darf sich jetzt jede*r selber einsortieren – und bloß nicht fragen, wie viel Genuss das „*Hedonistische Milieu*“ sich wohl leisten kann, wenn es denn zur „*Unterschicht*“ gehört. Die ganzen Gegensätze in dieser Gesellschaft lösen sich in viele Möglichkeiten des Lebens auf. Wie schön.

Okay, zugegeben – wir machen es uns gerade etwas zu einfach. Denn nicht alles ist Quatsch, was Soziolog*innen zum Thema Sozialstruktur geschrieben haben. Der Soziologe Bourdieu, auf den u.a. die Milieus zurückgehen, wollte herausfinden, wie der Zugang zu bestimmten Ressourcen funktioniert und damit die Ungleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft erklären. Er und seine Nachfolger*innen wollten die Marx'sche Klassentheorie gern ergänzen und auf ihrer Grundlage die moderne Gesellschaft erklären. Bourdieu hat z. B. interessiert, welche Rolle Bildung, Manieren, Schönheit, Geschlecht, Herkunft usw. mit dem Erfolg in der Konkurrenz zu tun haben. Das ist bei einer Gesellschaft, die auf dem Privateigentum beruht, keine dumme Frage. Es mag auch durchaus Sinn haben, mal zu erfahren, wer wie in welche gesellschaftlichen Positionen kommt.

Ob die Kapitalist*innen sich aus neuerungswilligen Adligen, Kindern von Kapitaleigner*innen oder aufsteigenden Handwerker*innen rekrutieren, ob das Proletariat sich aus vertriebenen Bäuer*innen, Arbeiter*innenkindern oder arm gewordenen Kleinkapitalist*innen be-

steht – das macht zwar jeweils was mit den Leuten und liefert ihnen einiges Material fürs Denken. Z.B. was sie glauben, wer sie sind und wie gut sie auf das kapitalistische System zu sprechen sind.

Nur: Eine wirkliche Erklärung von dem, was da passiert, ist das nicht. Weder Bildung noch Manieren, Schönheit, Geschlecht oder Herkunft sorgen automatisch für Auf- oder Abstieg, sondern begünstigen oder erschweren ihn höchstens – was schon zeigt, dass sie weder der Grund noch der Inhalt des Erfolgs sind.

Der Witz an der Sache ist das alles eben nicht. Der Witz, obwohl gar nicht lustig, sind die Positionen selbst. Es ist ein Unterschied zu fragen, wie Leute mit welchen Mitteln in eine bestimmte Position in der gesellschaftlichen Hierarchie kommen, oder zu fragen, warum es die gesellschaftliche Hierarchie überhaupt gibt und welche Positionen welchen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen Zweck haben. Letzteres erklärt dann auch, warum und welche Mittel sich für den Aufstieg besser bewähren als andere und warum Mittel und Möglichkeiten so unterschiedlich verteilt sind.

Denn die Frage, welche Rolle etwas für den Auf- und Abstieg von Leuten spielt, setzt voraus, dass es diese Hierarchie gibt, in der Leute auf- und absteigen. Für die ökonomische Funktion der Klassen – d.h. für ihre Rolle bei der Produktion des Reichtums –, für ihre Interessen und die Interessengegensätze spielt die soziale Zusammensetzung hingegen keine Geige. Daran, dass die einen ständig akkumulieren müssen, wenn sie Kapitalist*innen bleiben wollen und die anderen ihre Arbeitskraft verkaufen wollen müssen, wenn sie nicht verelenden wollen, ändert das nichts.

„Soziale Ungleichheit“ – ein Dauerbrenner und was dahinter steckt

Nun gibt es da eine Reihe von „Problemen“, wie es regelmäßig so schön heißt, die sowohl die Wissenschaft als auch die Öffentlichkeit beunruhigen.

Z.B. stellt die Öffentlichkeit in regelmäßigen Abständen – meist zwischen zwei Hetzkampagnen gegen „Sozialschmarotzer“, denen es angeblich viel zu gut gehe – irritiert fest, dass es glatt nennenswert Armut gibt. Da machen sich plötzlich überall, ganz individuell natürlich,

„Abstiegsängste“ breit – na gut, da ist sie ja, die „soziale Mobilität“, allerdings wohl häufig in Richtung „abwärts“. In deutschen Zeitungen des 21. Jahrhunderts ist jedenfalls ein neues Wort zu lesen: „Prekariat“ – und das klingt ja doch beunruhigend ähnlich wie „Proletariat“.

Wenn sie sich's nicht ganz einfach machen und sagen, dass Gesellschaft Ungleichheit braucht um zu funktionieren, interessieren sich Soziolog*innen dann sogar sehr für „Klassen“ und „Schichten“, weil sie etwas über „soziale Ungleichheit“ wissen wollen. Dabei fällt ihnen etwas auf: Die Möglichkeiten und die materielle Ausstattung hängen auch davon ab wie alt mensch ist, welches Geschlecht, welche Bildung und oft genug auch welche Hautfarbe jemand hat, um nur mal ein paar gängige Kriterien zu formulieren. Vielen Leuten scheint es dreckig zu gehen, weil sie „Ausländer*innen“ sind, zu einer „Minderheit“ gehören und so weiter – und dass mehr Frauen arm sind als Männer, das stimmt auch.

Aber ob es wohl die Großgrundbesitzerin und die Näherin gleichermaßen betrifft? Wohl nicht, denn die Grundbesitzerin hat Boden, den sie verpachten und ggf. verkaufen kann und die Näherin nur ihre Arbeitskraft. Nicht Frau-Sein ist der Grund für Armut, sondern Lohnarbeiter*in-Sein ist der Grund für Armut. Nicht alt sein, nicht Ausländer*in sein, nicht Kinder haben ist der Grund für Armut, denn genug alte, ausländische und kinderreiche Kapitalist*innen haben keinerlei ökonomische Probleme. Was übrigens nicht heißt, dass Lohnarbeiterinnen nicht sehr häufig noch beschissener dran sind als Lohnarbeiter. (Wer jetzt glaubt, wir wollten hier einem „Hauptwiderspruch“ das Wort reden, den*die verträsten wir auf das nächste Kapitel, S. 157).

Wären wir lustige Leute, würden wir sagen, dass Leute ohne Reichtum ein erhöhtes Armutsrisiko haben. Soziolog*innen sehen hier den Wald vor lauter Bäumen nicht: Es ist doch logisch, dass in einer Gesellschaft, in der es Privateigentum gibt, Elend viel wahrscheinlicher für Leute ist, die versuchen müssen, einen Arbeitsplatz zu bekommen, als für Leute, die über die Reichtumsquellen Kapital oder Land verfügen. Andere Kriterien (wie Geschlecht, Rechtsstatus usw.) haben einen Einfluss auf die eh geringen Möglichkeiten, sich in eine solche Position hochzuarbeiten. Diese Kriterien haben einen Einfluss darauf, wie viel Patte mensch nachher kriegt – abhängig von den Kalkulationen des Kapitals. Und das heißt: Alter, Geschlecht, Rechtsstatus usw. sind nicht

der Grund für die Lohnunterschiede, sondern liefern Begleitumstände, die das Kapital für seine Rentabilitätsrechnung ausnutzt.

Interessanter als die Feststellung des Offensichtlichen – nämlich dass der Reichtum in kapitalistischen Gesellschaften ungleich verteilt ist – und von Sachen, die auf der Hand liegen, – nämlich dass diese Ungleichheit durch die Reformen in allen erfolgreichen kapitalistischen Ländern seit 1980 ziemlich zugenommen haben – ist die Frage, wie die Soziologie, die Politik und die Öffentlichkeit mit Armut und Reichtum umgehen.

Recht regelmäßig nämlich ist das schlechte Leben von Leuten nur der Aufhänger dazu, vor den schlechten Folgen für die Gesellschaft zu warnen. Was auf den ersten Blick nur wie eine andere Betonung wirken mag oder wie eine gelungene Strategie wirkt, alle für diese Frage zu interessieren, hat es aber in sich. Zum einen reicht Armut an sich offensichtlich nicht als Kritik, sondern nur dann, wenn die Gesellschaft insgesamt davon negativ betroffen wäre. Heißt: An sich zählen die Armen nix, aber sofern sie aus welchen Gründen auch immer ein Problem der Gesellschaft sind, dann muss mensch sich um sie kümmern. Der Umkehrschluss ist zulässig: Sind sie kein Problem, können sie in ihrer Armut auch verschimmeln.

Zum zweiten aber sind die Probleme, die „die Gesellschaft“ mit „der Armut“ angeblich haben soll, nicht so, dass sie den Liebhaber*innen der herrschenden Verhältnisse schlaflose Nächte bereiten müssten. Die Vorstellung großer Reichtum auf der einen, große Armut auf der anderen Seite würde die Massenloyalität und damit die Stabilität dieser Gesellschaft untergraben, scheint seit einiger Zeit eher eine geringe Gefahr zu sein. Das vorhandene Wissen um die Armut führt bei den Betroffenen derzeit in der Fläche zu folgenlosem moralischem Gemecker und die Sehnsucht nach einer starken Führung, die da mal durchgreift.

Auch dass die Abstiegsängste die Leute nun massenhaft in die Arme linker Kapitalismuskritik treiben würden, ist nicht zu sehen. Eher versuchen Leute verzweifelt, nicht noch weiter abzusteigen und feinden ihre angeblichen oder wirklichen Konkurrent*innen an; sie verwenden ihre ganzen Gedanken auf den Versuch, in dem Hamsterrad zu überleben, das sie die ganze Zeit traktiert. Auf das Hamsterrad lassen sie selber nichts kommen, suchen und finden stattdessen immer irgendwel-

che Figuren, die Schuld daran seien, dass für das Glücksschmieden der Hammer gerade nicht gut funktioniert.

Die politischen Manager*innen der Gesellschaft haben es so leicht, und wenn's denn hochkommt reichen ein paar freiwillige oder erzwungene symbolische Verzichtsgesten der „Besserverdienenden“. Auch die mangelnde Kaufkraft der Armen, die es der Wirtschaft nicht erlauben soll, ihre schönen Produkte zu verkaufen, sticht als Argument nicht so richtig. Dafür können die Besserverdienenden mehr – und vor allem anderes – kaufen.¹⁸

Und so wundert's nicht, dass auch nach zig Armutsdebatten die Armen wohl kontrolliert, schikaniert, reguliert und diskriminiert werden, sich aber an ihrer Lage nichts zum Besseren ändert.

Armut in armen Ländern – Armut in reichen Ländern

„Na, Armut“, werden jetzt einige sagen, „habt ihr's nicht ein bisschen kleiner?“ Und werden das sagen, was seit Jahrzehnten das „Argument“ schlechthin für den Kapitalismus geworden ist und drei Generationen von Ost- und Westdeutschen überzeugt hat: Ganz früher war's und woanders ist es schlimmer. Lassen wir die blutig-staubdunkle Vergangenheit des Kapitals ruhen – warum die brutalen Bedingungen, unter denen der kapitalistische Reichtum entstanden ist, im Ernst ein Argument dafür sein sollen, ihn heute gut zu finden, leuchtet uns sowieso nicht ein. Also reden wir über den Vergleich zwischen den afrikanischen Slums, südamerikanischen Favelas und chinesischen Sonderwirtschaftszonen mit dem westeuropäischen und nordamerikanischen Aldi-Ikea-Kik-Walmart-Konsument*innenglück.

Zunächst ist es richtig, dass es sich hier um zwei verschiedene Formen von Armut handelt. In größeren Teilen der kapitalistischen Welt sind Menschen *absolut arm*; mit und ohne Arbeit haben sie nicht mal durchgehend das Lebensnotwendige garantiert, leiden Hunger, sammeln und sortieren Müll, haben keinen Zugang zu sauberem Wasser und medizinischer Versorgung. Und sie verrecken auch schon mal, wenn

¹⁸ Vgl. dazu Kapitel 4, Abschnitt „Lohnt sich die Lohnerhöhung fürs Kapital nicht doch?“, S. 103.

die Lebensmittel etwas teurer werden, weil der freie Westen jetzt Lebensmittel zu Treibstoff verarbeitet.

Diese Menschen sind durchaus in den kapitalistischen Weltmarkt eingebunden. Haben Sie als Kleinbäuer*innen ein bisschen Eigentum, müssen sie auf dem Markt mit ihren Produkten konkurrieren, was sie häufig nicht können; vom Saatgut und anderen Dingen wollen wir hier nicht reden. Haben sie als Arbeiter*innen kein Eigentum, müssen sie Geld zum Leben verdienen und sind daher auf Lohnarbeit angewiesen. Vor Ort gibt es aber nur wenige Unternehmen, die sich am Weltmarkt halten können und so gibt es schlicht kaum Lohnarbeit. Oder wenn: dann solche Lohnarbeit, die kaum Lohn bringt und einen irren Leistungsver-schleiß einschließt. Die Unternehmen des freien Westens konkurrieren mit ihrer überlegenden Produktivkraft alles nieder und die Staaten der Dritten Welt versuchen, wenn sie können, ihre Bevölkerung dem Kapital als absolutes Billiglohnfutter schmackhaft zu machen.

Wow, coole Sache, die Welt des Privateigentums und der Konkurrenz – ein dreifaches Hoch auf den Kapitalismus!

Nein? So war das nicht gemeint? Ja, aber wie wird denn dann aus diesen traurigen Tatsachen ein Argument *für* dieses miese System? Damit das klappt, tut mensch am Besten so, als ob diese Teile der Welt nicht so richtig dazugehören. Da vergleicht sich's doch gleich viel unbefangener und es fällt auf: Zwar gibt es auch in den kapitalistischen Zentren Formen von Armut, bei denen Leute nicht durchgehend genug Essen, Trinken, Kleidung, ein Dach über'm Kopf haben – und seit den schönen Sozialreformen der 00er Jahre und der Krise seit 2007 sogar wieder häufiger. Doch das was die Armut im modernen Kapitalismus für den Großteil der Menschen ausmacht ist von anderem Kaliber.

Lohnarbeiter*innen verfügen nur über eine ziemlich begrenzte Menge Geld. Wie wenig das zum Teil ist, zeigt sich z.B. am Erfolg von Billigläden, die alle damit Werbung machen, dass mensch für wenig Geld bei ihnen Sachen einkaufen kann: Scheiß-Essen, blöde Billigeräte und was die kapitalistische Produktion noch so an Ramsch für die ärmeren Teile der Gesellschaft abwirft. Wie wenig Knete Leute so in der Tasche haben, kann mensch auch auf dem Wohnungsmarkt beobachten, wo sich auch die letzten Löcher in mieser Lage losschlagen lassen. Aber selbst wer ein ganz ordentliches Gehalt hat, lebt davon nicht gerade in Saus und Braus und teurere Geräte z.B. werden gar nicht selten

in Monatsraten abgestottert oder sogar auf Kredit finanziert. Die Arbeiter*innenklasse ist durch ihre Eigentumslosigkeit arm, sie lebt in beschränkten, z.T. sogar sehr bedrückenden Lebensverhältnissen.

Und weil das so ist, ist die Gefahr der Verelendung für Teile der Arbeiter*innenklasse permanent gegeben. Ein größeres oder sogar kleineres Pech – und zack schrappen sie an der Elendsgrenze. Um im modernen Kapitalismus zu funktionieren und in der Konkurrenz gut auszusehen, braucht ein Mensch eine bestimmte Ausstattung. Und wer sich die auch nur teilweise nicht leisten kann, der*die ist elend dran – auch wenn von dem Geld, das normale Arbeiter*innen für ein Monatsticket aufwenden müssen, eine ganze Familie in Bangladesh einen Monat leidlich über die Runden kommen mag. Denn: Reicher wird er*sie durch die Armut anderer ja nicht – und Bus und Bahn werden dadurch auch nicht billiger.

Wir haben es also mit verschiedenen Formen der Armut zu tun: Der absoluten Armut, dem Vorsichhinvegetieren auf oder unter dem Existenzminimum; und der relativen Armut, also dem modernen Klar kommen, das aber keine Befreiung aus der Abhängigkeit erlaubt und in Bezug auf das, was möglich wäre, nur noch arm ist.

Welche Form der Armut mensch zu erleiden hat, das hängt davon ab, ob sich ein Kapital findet, das eine*n benutzen will und kann. In den entwickelten kapitalistischen Ländern gibt es einen Sozialstaat, der einen zumindest soweit in Schuss hält, das mensch prinzipiell benutzbar bleibt.

Der Grund für die absolute wie für die relative Armut ist übrigens der gleiche. Auf die Gefahr hin, dass diese Wiederholung etwas nervt: Der gemeinsame Grund ist der Ausschluss von den benötigten Sachen durch das staatlich geschützte Privateigentum. Wenn die deutschen Arbeiter*innen sich wie die Kings und Queens vorkommen, verglichen mit den Hungerleidern dieser Welt, dann wirken sie wie jemand, der*die sich über Darmkrebs freut, weil es immerhin keine Beulenpest ist.

Regelmäßig erscheinen offizielle „Armutsberichte“ und soziologische Gesamtanalysen, die alle ein einheitliches Bild ergeben: Wiewohl die westlichen Gesellschaften insgesamt reicher geworden sind, sind Teile von ihnen seit den 1970er Jahren ärmer geworden (vgl. Hradil 2004, S. 224). Der gesellschaftliche Reichtum verteilt sich ungleich. 1966, also in jener goldenen Zeit, in der die Klassen angeblich verschwunden waren und „Wohlstand für alle“ herrschte, verfügten 1,7 % der priva-

ten Haushalte über 74 % des privaten inländischen Kapitals. Solche Statistiken werden heute unseres Wissens so nicht mehr gemacht.¹⁹ „Experten gehen jedoch davon aus, dass sich an der hohen Konzentration des Produktivvermögens nichts verändert haben dürfte“ (Geißler 2002, S. 107 f.). Wie mensch es dreht und wendet, seit den 1980er Jahren wird „die Verteilung von Einkommen und Vermögen in vielen modernen Gesellschaften wieder ungleicher“ (vgl. Hradil 2004, S. 223). Das ist auch den Statistiken von Thomas Piketty zu entnehmen, und zwar sogar global (Piketty 2014, z. B. S. 583). Diese Konzentration des Reichtums ist übrigens kein Systemfehler, sondern sachgerecht. Je größer ein Kapital ist, desto mehr Freiheiten eröffnen sich ihm, alles für den Erfolg Nötige zu tun. Darum hat die Politik, der es ja auf den Erfolg von Kapitalien ankommt, sogar ein Interesse, große, konkurrenzfähige Unternehmen zu begünstigen – und darum obsiegen in der Konkurrenz in der Regel eben auch die größeren Unternehmen.

Gesucht: Antworten auf die „soziale Frage“

„So ein ungerechtes System“, denken jetzt viele – und bleiben dabei (erst mal) stehen. Darum erscheint es ihnen sinnvoll, Umverteilung von oben nach unten zu fordern und gegen eine Politik zu kämpfen, die die Reichen reicher und die Armen ärmer macht. Aber das dringt nicht zum Kern des Problems vor.

Egal ob der Staat durch Steuern und soziale Hilfen für etwas mehr Geld bei den Lohnarbeiter*innen sorgt oder ob das Geldvermögen gleicher verteilt wird: Mehr Leute hätten zwar ein bisschen mehr Geld – aber nichts wäre geändert daran, dass Geld nötig ist, um ein Bedürfnis zu befriedigen. Nichts würde sich daran ändern, dass Produkte nicht hergestellt werden, um Bedürfnisse optimal zu befriedigen, sondern um Geld damit zu verdienen. Die entsprechenden Wirkungen, die wir in den vorigen Abschnitten vorgestellt haben, wären alle noch da: Die Rücksichtslosigkeit gegen Natur und Mensch im Arbeitsprozess, die Behandlung der Löhne als lästiger Kostenfaktor, die Produktion von

¹⁹ Was es aber gibt, sind Studien, die z. B. besagen, dass die „Top-10-Prozent“ knapp 60 % des „Nettovermögens“ in der Bundesrepublik besitzen (Süddeutsche Zeitung v. 20.9.2016), oder dass den reichsten fünf Prozent 51,1 % des gesamten Vermögens gehören (Süddeutsche Zeitung v. 24.01.2018) .

prima Sachen nicht danach, wer das alles gebrauchen könnte, sondern wer es bezahlen kann – und damit verbunden und daraus folgend, der Ausschluss von guten und schönen Dingen, weil am Ende des Geldes doch noch recht viel Monat übrig geblieben ist.

Zudem: Blicke sonst alles gleich, würde sich die Tendenz zur immer ungleicheren Verteilung immer wieder durchsetzen, denn Konkurrenz heißt nun mal, dass es Gewinner*innen und Verlierer*innen gibt.

„Wir müssen die Eigentumsfrage stellen“, sagen einige – darunter sogar einige, die in der Linkspartei und der Gewerkschaft sind. Na, dann stellen wir sie mal, die Frage über das Eigentum und die Verfügungsgewalt. „Gewinnbeteiligung für die Arbeiter und Mitbestimmung“, sagt Norbert Blüm (CDU), „Begrenzung und demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht und Willkür“, fordert der DGB, „Kontrolle der Unternehmen durch die Arbeiter und Arbeiterinnen selbst“, rufen die Trotzki*innen. So unterschiedlich diese Forderungen sind, ihnen allen geht es darum, die Verfügungsgewalt über das Eigentum ganz oder teilweise auf die Arbeiter*innen zu übertragen. Da würde sich am Umgangston in deutschen Unternehmen sicherlich einiges ändern. Aber sonst?

Die Geschichte der Alternativ-Betriebe zeugt davon, dass es für die marktwirtschaftliche Rechnung wurscht ist, wer sie den Arbeiter*innen präsentiert – der autoritäre Sack, der paritätisch besetzte Aufsichtsrat, der Kollege Betriebsrat oder der echt lockere Typ, der diesen Monat die Kasse führt. Selbst da, wo die Arbeiter*innen die Unternehmen besitzen und – zumindest – offiziell kontrollieren, ist nichts gewonnen, solange diese Arbeitskollektive auf einem Markt gegeneinander konkurrieren und ihr Betriebszweck daher weiterhin Gewinn sein muss.²⁰

Genau wie bei den Alternativbetrieben zeigt sich, dass die Härten kapitalistischen Produzierens unabhängig davon existieren, wer sie exekutiert: „Wir bedauern es sehr, Ihnen keine weitere Perspektive anbieten zu können“ ist nicht besser als „Kollege, ich weiß, das ist jetzt hart! Aber denk’ an die Leute mit Kindern“ oder auch: „Du, das tut mir jetzt unheimlich leid!“.

²⁰ Dass das auch sogar dann gilt, wenn das ganze Wirtschaftssystem darauf beruht, zeigen wir neben anderen Dingen in unserem Text *„Die Fabriken der Arbeiter“ – Zur Kritik des jugoslawischen ‚Selbstverwaltungssozialismus‘* (im Erscheinen).

Langer Rede, kurzer, aber wichtiger Sinn: ★ *Nicht die Verteilung des Reichtums und nicht die Verfügungsgewalt über die Unternehmen sind das Problem, sondern der Zweck der Produktion des materiellen Reichtums dieser Gesellschaft.*

Richtig ist aber, dass der Zweck der Produktion nicht geändert werden kann, wenn nicht die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel geändert wird. So sehr die einseitige Verteilung des Reichtums sachgerecht ist für den Kapitalismus und es auch weiterhin seine Tendenz sein wird, immer größere Kapitalmengen zu schaffen, so wenig würden die Härten des Kapitalismus verschwinden oder auch nur nennenswert abgemildert werden, wenn mensch versuchen würde, diese Prozesse aufzuhalten, umzusteuern, zu begrenzen usw. So sehr das Privateigentum die Voraussetzung kapitalistischer Produktion ist, so egal ist es letztlich, wer darüber verfügt.

Den Kapitalist*innen ist es natürlich nicht egal. Aber uns: Denn wir wollen keine Welt voller vor sich hinkonkurrierender Kleinkapitalist*innen, sondern eine vernünftige, planmäßig organisierte Bedürfnisbefriedigung für alle Menschen auf diesem Planeten.

„Die Proletarier“, haben Marx und Engels 1848 geschrieben, „haben nichts [...] zu verlieren als ihre Ketten.“ Das sollte mensch nun nicht wörtlich nehmen, sondern als Sinnbild für Zwänge, Nöte und Armut; dann haut das hin. „Sie haben eine Welt zu gewinnen“ (Marx u. Engels 1972). So isses.

Literatur

Brockhaus 1970

BROCKHAUS (Hrsg.): *Brockhaus Enzyklopädie in zwanzig Bänden*. Bd. 10: *Brockhaus Enzyklopädie : Kat - Kz*. 17. völlig neubearb. Aufl. des Großen Brockhaus. Wiesbaden : Brockhaus, 1970

Brunner u. Kehrle 2011

BRUNNER, Sibylle ; KEHRLE, Karl: *Volkswirtschaftslehre*. 2. Aufl. München, 2011

Endruweit u. Trommsdorf 2002

ENDRUWEIT, Günter ; TROMMSDORF, Gisela: *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart, 2002

Engels 1967

ENGELS, Friedrich: Brief an Joseph Bloch. vom 21.–22. September 1890. In: INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): *Briefe. Januar 1888 - Dezember 1890*. 1. Aufl. Berlin : Dietz Verlag, 1967 (MEW 37)

Geißler 2002

GEISSLER, Raine: *Die Sozialstruktur Deutschlands*. 3. Aufl. Wiesbaden, 2002

Heine u. Herr 2013

HEINE, Michael ; HERR, Hansjörg: *Volkswirtschaftslehre: paradigmensorientierte Einführung in die Mikro- und Makroökonomie*. 4., vollst. überarb. und erw. Aufl. München : Oldenbourg, 2013 (Managementwissen für Studium und Praxis)

Hillmann 2007

HILLMANN, Karl H.: *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart : Kröner Alfred GmbH, 2007

Hradil 2004

HRADIL, Stefan: *Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich*. Wiesbaden, 2004

Joas 2007

JOAS, Hans: *Lehrbuch der Soziologie*. Frankfurt, 2007

Korte 2000

KORTE, Hermann: *Einführung in die Geschichte der Soziologie*. 6. Aufl. Opladen, 2000

Lay 1977

LAY, Rupert: *Marxismus für Manager. Einführung und Argumentationshilfe*. Reinbek b. Hamburg, 1977

van der Linden u. Roth 2009

LINDEN, Marcel van d. ; ROTH, Karl H.: *Über Marx hinaus. Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts.* Berlin : Assoziation A, 2009

Marx 1964

MARX, Karl ; INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): *Das Kapital. Drittes Buch. Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion der kapitalistischen Produktion.* (nach d. 4. Aufl. v. 1890). Berlin : Dietz Verlag, 1964 (MEW 25)

Marx 1977

MARX, Karl ; INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): *Das Kapital. Erstes Buch. Kritik der politischen Ökonomie.* 12. Aufl. (nach d. 4. Aufl. v. 1890). Berlin : Dietz Verlag, 1977 (MEW 23)

Marx u. Engels 1972

MARX, Karl ; ENGELS, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. In: INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): *Mai 1846 - März 1848.* Berlin : Dietz Verlag, 1972 (MEW 4), S. 459–493

Piketty 2014

PIKETTY, Thomas: *Das Kapital im 21. Jahrhundert.* München : CH Beck, 2014

Popper 1992

POPPER, Karl: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. II, Falsche Propheten.* 7. Aufl. Tübingen, 1992

6 „Wie macht man den Bossen Dampf? – Klassenkampf! Klassenkampf!“

Missverstanden, kleingeredet und hoffnungsvoll überschätzt: Der Klassenkampf

*In den vorigen Abschnitten haben wir geklärt, wie schädlich es für die Arbeiter*innen ist, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, warum es die Arbeiter*innenklasse immer noch gibt, auch wenn die meisten, die ihr angehören, heftig abstreiten würden, dass sie dazu gehören, und wir haben auch gezeigt, welche anderen Klassen und Gruppen es noch in der bürgerlichen Gesellschaft gibt und dass das für die Frage der Kapitalismuskritik total unerheblich ist. In diesem Abschnitt gehen wir noch weiter und behaupten, dass es zwischen Arbeiter*innen und Kapital die ganze Zeit Klassenkampf gibt – obwohl auch das fast alle, die es betrifft, heftig abstreiten würden.*

Marx und Engels schrieben 1848 im Kommunistischen Manifest:

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. [...] Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.

[...]

Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch! (1972, S. 462/493)

Das macht Mut und gibt eine Perspektive. Kein Wunder, dass viele Linke darum meinten, Klassenkampf sei etwas Gutes und müsse gefordert und gefördert werden. Ebenso kein Wunder, dass das Wort „Klassenkampf“ bei denjenigen, die die bestehende Gesellschaft gut fanden und finden, nicht sehr beliebt ist. Noch unbeliebter ist höchstens die Theorie, die dahinter steckt und die Marx und Engels da mehr entworfen als begründet haben¹: Dass es da nicht nur Klassen gäbe, die gegensätzliche Interessen hätten, sondern: Dass daraus im Kapitalismus immer und notwendig Konflikte entstünden und diese auch nicht mit gutem Willen und schönen Worten beizulegen seien. Und schlimmer noch: Dass die Arbeiter*innen zwar ganz prima Klassenkämpfe führen könnten – im Kapitalismus aber auf keinen grünen Zweig kämen, solange sie sich nicht die ganze kapitalistische Eigentumsordnung vom Halse schaffen würden.

Dass das so im Wesentlichen stimmt, dafür wollen wir im Folgenden argumentieren. Aber auch erklären, warum diese notwendigen Klassenkämpfe keineswegs notwendig zum Ende des Kapitalismus führen, wie die einen befürchten und die anderen hoffen.²

Klassenkampf in der deutschen Öffentlichkeit

In der deutschen Öffentlichkeit gibt es Klassenkampf höchstens als etwas Negatives, absolut Vermeidenswertes. In diesem Land, in dem man den „sozialen Frieden“ so sehr liebt, warnen sich sogar hin und wieder Leute davor, „Klassenkampf“ zu führen. Macht eine Regierung

¹ Im Kommunistischen Manifest stehen neben einigen klugen Beobachtungen auch eine Reihe von falschen Sachen. Erst im „Kapital“ begründet Marx, warum es im Kapitalismus Klassenkämpfe gibt und geben muss.

² Mit einer Frage wollen wir uns hingegen überhaupt nicht beschäftigen: Ob es Sinn macht, in vorkapitalistischen Ordnungen von Klassen und Klassenkämpfen zu reden. Zur Kritik des „historischen Optimismus“, der die ganzen brutalen Kämpfe sinnstiftend einordnet, ist unsere Kritik am historischen Materialismus auf unserer Webseite lesenswert: <https://gegen-kapital-und-nation.org/der-historische-materialismus-eine-antirevolutionäre-revolutionstheorie/>.

irgendeine Schweinerei, die den Arbeitgeber*innen zugute kommt oder machen die Unternehmen klar, dass sie sich für Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung oder andere Dinge nicht wirklich begeistern können – dann warnen Gewerkschaftsvorsitzende die andere Seite schon mal davor, einen „Klassenkampf von oben“ zu führen. Was ja zumindest nahelegt: Klassenkampf ist nix Gutes – „von unten“ soll wohl auch keiner geführt werden.

Das freilich glauben den Gewerkschaften ebenso wenig ihre „Sozialpartner“ wie die Regierung. Fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) mal mehr als eine 3 vor dem Komma in Sachen Lohnerhöhung oder hält am 1.Mai ein*e Funktionär*in eine etwas bissigere Rede, dann schäumen alle und mokieren sich über die „Klassenkampffparolen“ der Gewerkschaften. Was nun wiederum der DGB echt unfair findet. Denn „Klassenkampf“ findet er wirklich nicht gut. Die Vertretung der deutschen Arbeiter*innen weiß zwar:

Der Interessengegensatz von Kapital und Arbeit prägt nach wie vor die wirtschaftliche wie die gesellschaftliche Entwicklung kapitalistisch verfasster Marktwirtschaften,

was immer das jetzt genau heißen soll. Aber was möchte der DGB tun? Das:

Arbeitnehmerinteressen sowohl im Konflikt als auch in Kooperation mit den Arbeitgeberverbänden durch[]setzen.³

Kucken wir uns mal an, wo Klassenkämpfe in der Wirklichkeit auftauchen, was sie sind – und was die Gewerkschaften darin und daraus machen.

Konflikte satt – ganz schön was los hier!

Obwohl also keiner so recht begeistert davon ist, gibt es auch im friedlichen Deutschland – wie überall, wo es Kapitalismus gibt – periodisch Konflikte, die etwas mit Armut und Reichtum, Arbeit und Kapital zu tun haben. Neben der regelmäßig stattfindenden Tarifrunde mit ihren kleinen Warnstreiks gehen ständig irgendwo in der Republik Arbeiter*innen

³ Beides laut seiner „Aufforderung zur Mitarbeit“: <http://www.dgb.de/uber-uns/unsere-zukunft/aufforderung-zur-mitarbeit>, eingesehen am 01.06.2011.

auf die Straße – und protestieren: gegen Pläne, Leute zu entlassen oder Niederlassungen dichtzumachen. Arbeiter*innenklasse gegen Kapital, das könnte Klassenkampf sein.

Aber gar nicht so selten wird auch gegen Banken demonstriert, die „ihrem“ Unternehmen Kredite verweigern oder gegen die Regierung, wenn der Staat Subventionen streicht und damit eine ganze Reihe von Unternehmen in Probleme bringt oder aber auch gegen feindliche Übernahmen durch ausländische Investoren oder inländische Konkurrenten. Da stehen sie plötzlich Arm in Arm, Arbeiter*innen, Vorarbeiter*innen und Chefs und egal wie viel Ärger sie sonst miteinander so hatten – bei der Verteidigung „ihrer“ Betriebe und „ihrer“ Arbeitsplätze geht kein Blatt Papier zwischen sie. Arbeiter*innenklasse zusammen mit dem Kapital – ob das wohl auch Klassenkampf ist?

Andere Konflikte finden – zumindest zunächst – unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Da entlässt eine Drogeriekette ihre Arbeiter*innen, indem sie die Filiale schließt („betriebsbedingte Kündigung“) – um dann ein paar Meter weiter eine neue Filiale aufzumachen, wo mithilfe einer Zeitarbeitsfirma neue und alte Mitarbeiter*innen für $\frac{2}{3}$ des bisherigen Lohns beschäftigt werden. Da übernimmt ein Lebensmittel-Discounter den anderen, rüstet für teuer Geld alle Filialen um und übt dann Druck aus von der üblen Schikane über den Psycho-Terror bis hin zur Entlassung von Widerständigen, um die Beschäftigten des ehemaligen Konkurrenten dazu zu bringen, auf die Vorteile ihrer alten Arbeitsverträge (Pausenregelung, Überstundenzuschläge) zu verzichten. Da beauftragt das Management eines internationalen Großbetriebs einen Berater ihrer Firma damit, eine „Gewerkschaft“ zu gründen und stattet die auch mit ordentlich Geld aus, um die ziemlich gut organisierte wirkliche Gewerkschaft im eigenen Haus zu schwächen und es bei Lohnverhandlungen einfacher zu haben. Kapital gegen Arbeiter*innenklasse – aber wo ist der Kampf?⁴

⁴ All das sind ein paar willkürlich gewählte Beispiele aus den letzten Jahren; sollte dieses Buch älter sein, wenn du es liest, wirst du auf den Homepages der Gewerkschaften weitere und ähnliche Fälle finden. Andere eher nur bei den kritischen Gewerkschafter*innen: Weil z. B. die illegalen Arbeitskräfte, die – na so ein Zufall – genau am Tag vor der Lohnauszahlung aufgrund einer – klar doch! – anonymen Anzeige vom Zoll aufgegriffen und dann von der Bundespolizei abgeschoben werden, sonst kaum jemanden interessieren.

Auch im modernen Kapitalismus gibt es also eine Vielzahl von offensichtlichen Konflikten, bei denen es um Armut und Reichtum geht; oftmals zwischen „Arbeitnehmern“ und „Arbeitgebern“. Wir werden im Weiteren begründen, dass diese und andere weniger offensichtlichen Konflikte im Kapitalismus 1. immer wieder auftreten, weil sie notwendig aus den Interessengegensätzen von Kapital und Arbeiter*innenklasse entspringen und 2. zum Funktionieren des Kapitalismus sogar dazugehören.

Arbeit an Kapital: „I can't live – with or without you“ (U2)

Dass Arbeiter*innen, wenn sie im Kapitalismus leben wollen, arbeiten müssen, ist klar. Sie haben im Kapitalismus ja nur ihre Arbeitskraft, deswegen heißen sie ja auch so: Arbeiter*innen. Damit sie arbeiten können, brauchen sie jemanden, der sie beschäftigt. Damit sind sie auf Geldbesitzer*innen angewiesen, die sie beschäftigen, um aus Geld mehr Geld zu machen. Gelingt dies Geschäft nicht oder besteht keine Aussicht darauf, dann ist es Essig mit dem Job und dann gibt es auch keinen Lohn mehr.

Das Interesse an Geldvermehrung heißt, viel Leistung aus den Arbeiter*innen herausholen: ein möglichst langer Arbeitstag, mit möglichst intensiver und konzentrierter Arbeit, mit möglichst wenig Rauch-, Pinkel- und Essenspausen. Wenn es denn ginge und sich lohnen würde, würde jedes Kapital die Arbeiter*innen für lau 24 Stunden am Tag arbeiten lassen. Denn das Interesse an Geldvermehrung heißt weiter, dafür möglichst wenig Geld vorzuschießen, also möglichst wenig Lohn zu zahlen.⁵

Arbeiter*innen sind nicht nur abhängig von dem Gewinnemachen, das dazu führt, dass das Kapital sie möglichst effektiv, billig und lange

⁵ Möglichst zeigt aber nur eine Tendenz an, immer bezogen darauf, wie sich aus der Arbeit ein möglichst hoher Gewinn ziehen lässt. Es kann profitabler sein, Arbeitskräften ein bisschen mehr zu bezahlen, als einen Streik durchzustehen, Sabotage befürchten zu müssen oder erfahrene Leute zu verlieren, die woanders mehr verdienen und deren Nachfolger*innen langwierig neu angelernt werden müssen. Bei bestimmten Arbeiten ist es einfach nicht sinnvoll, Leute zwölf, zehn oder acht Stunden durchackern zu lassen, weil die Konzentration dann nachlässt und dadurch am Ende mehr Schaden am Betriebsergebnis herauskommt als mehr gewinnbringende Ware.

auspowern will. Die Arbeiter*innen schaffen zugleich mit ihrer Arbeit die Gewinne, die dann investiert werden können und mit denen Jobs wegrationalisiert werden. Mit den Gewinnen können die Unternehmen Maschinen kaufen, mit denen sich insgesamt billiger produzieren lässt. Oder die Unternehmen entscheiden sich gleich, den ganzen Betrieb auszulagern – in Länder, wo die Leute für einen Hungerlohn schufteten. Ihr erinnert euch an die Sache mit dem Krabbenpulen.⁶

Wenn es „gut“ für die Arbeiter*innen läuft, werden nur die Jobs der Kolleg*innen bei der Konkurrenz niederkonkurriert, womit lauter Leute geschaffen werden, die als Arbeitslose bereit wären, für weniger zu arbeiten – und damit Druck auf die Löhne ausüben. Wenn es weniger gut läuft, werden Jobs im eigenen Laden wegrationalisiert und aus lauter Angst sind alle bereit, wie bekloppt loszuarbeiten und überall ist Misstrauen, Sorge und Profilierung gegen die anderen angesagt. Wenn es schlecht läuft, ist der eigene Job weg. So verlängert sich die Konkurrenz der Kapitale zu einer Konkurrenz der Arbeiter*innen untereinander – aus Angst vor Arbeitslosigkeit oder weil man schlicht schon arbeitslos ist.⁷

Der technische Fortschritt, der die Erleichterung und Verkürzung der Arbeit ermöglichen würde, führt im Kapitalismus wegen des Strebens nach Geldvermehrung zur Entlassung und Verarmung eines Teils der Arbeiter*innenklasse und zu mehr Hetze, mehr Angst, mehr Konkurrenz eines anderen Teils der Arbeiter*innenklasse. Das ist die objektive Zwickmühle und da kommen die Arbeiter*innen auch nicht raus.⁸

Eine Umgangsweise damit ist, alles zu akzeptieren, um bloß den Job zu behalten: Lohnverzicht, Kurzarbeit, bescheidene Lohnforderungen, Verzicht auf Sonderleistungen, Abschaffung von Feiertagen. Wer arbeitslos ist, bemüht sich verzweifelt wieder an einen Job zu kommen – oder verzweifelt gleich ganz grundsätzlich an sich, am Leben und überhaupt.

⁶ Siehe Kapitel 4, „Der kapitalistische Einsatz von Technik Teil 1 – Unterlassung“.

⁷ Nun wäre an Arbeitslosigkeit, schaut mensch sich die Lohnarbeit mal an, eigentlich nichts weiter schlimm: Endlich hätten die Menschen Zeit, was Vernünftiges zu machen. Nur ist das eben nicht so, sondern Arbeitslosigkeit bedeutet die Trennung von allen Mitteln, ein gutes oder auch nur halbwegs okayes Leben zu führen. „Glückliche Arbeitslose“ trifft mensch zumeist in der BILD-Zeitung oder in Stammtischgesprächen, seltener im wirklichen Leben.

⁸ Vgl. Kapitel 3, „Arbeitsteilung im Betrieb“ (S. 81), Kapitel 4 „Der kapitalistische Einsatz von Technik Teil 2 – ein Grund für Arbeitsausweitung“ (S. 109) und „Der kapitalistische Einsatz von Technik Teil 3 – Existenzbedrohend“ (S. 111).

Und alle sind sich einig: „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Übersetzt heißt der Satz eigentlich: Sozial ist, was Profite schafft – denn dass es ohne Geldvermehrungschance keine Jobs gibt, ist allen klar.

„Na bitte“, werden jetzt einige sagen, „ihr sagt doch selber, dass Arbeiter*innen und Unternehmer*innen das gemeinsame Interesse am Erfolg des Unternehmens haben. Die Demonstrationen von Arbeiter*innen für den Erhalt ihres Unternehmens beweisen das doch auch.“

Dieses „gemeinsame Interesse“ hat es in sich: Die einen wollen ihren Lebensunterhalt verdienen, die anderen damit investiertes Geld erhalten und vermehren. Die Arbeiter*innen sind sicherlich abhängig vom Erfolg des Unternehmens und müssen ihn darum wollen. Der Erfolg eines Unternehmens beruht aber darauf, alle erlaubten, manchmal auch die nicht erlaubten, Techniken anzuwenden, die Arbeitskräfte so zu benutzen, dass möglichst viel Gewinn mit der Beschäftigung erzielt wird. Heißt: Die Arbeitstage über das erträgliche Maß hinaus auszudehnen, die Arbeitsbedingungen gefährlich und unangenehm zu gestalten, die Löhne so zu senken, dass sich von ihnen nicht leben lässt, Leute zu feuern, wenn sich ihre Arbeit nicht rentabel genug vernutzen lässt.

★ *Diese Rücksichtslosigkeiten gegen die Arbeiter*innenklasse resultieren aus dem Geldvermehrungsinteresse. An dieses feindliche und entgegengesetzte Interesse des Kapitals sind die Arbeiter*innen gefesselt. Schön, wenn man was gemeinsam hat. . .*

„Daß du untergehst, wenn du dich nicht wehrst / Das wirst du doch einsehen“⁹ (Bertolt Brecht)

Sich dem Kapital einfach unterzuordnen, kann für die Arbeiter*innenklasse insgesamt aber langfristig keine Perspektive sein. Denn diese Strategie führt dazu, dass sie völlig unter die Räder kommt. Das zeigt z. B. die Geschichte des Kapitalismus: Wo die Arbeiter*innen sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts kaum oder nicht wehrten, z. T. weil es ihnen strikt verboten war, z. T. weil sie erstmal darauf kommen mussten, war deren Lage entsprechend trostlos. Aus purem Überlebensinteresse mussten damals die Arbeiter*innen dem Kapital die simpelsten Beschränkungen der Arbeitszeit, wenigstens ein paar Erho-

⁹ Aus dem Gedicht „*Und ich dachte immer*“, Brecht 1967, S. 1030.

lungspausen, eine gewisse Rechtssicherheit der Beschäftigung, Hygiene- und Sicherheitsvorschriften abtrotzen. Und auch einen Lohn, von dem sich zumindest überleben lässt.

Denn der ist den Arbeiter*innen keineswegs garantiert. Die Lohnhöhe im Kapitalismus hat zwar ein „logisches Minimum“: Wenn Leute sterben, können sie nicht arbeiten. Nur: Bevor sich das bemerkbar macht, können viele Leute totgehen, denn der einzelne Arbeiter oder die einzelne Arbeiterin zählt in dieser Rechnung nicht und kann ruhig verrecken. Solange noch genug andere Arbeiter*innen da sind, stört das das Funktionieren des Kapitalismus nicht weiter – dafür muss mensch übrigens nicht ins 18. oder 19. Jahrhundert zurückgehen, sondern kann das an den Arbeits- und Lebensbedingungen von Wanderarbeiter*innen und illegalen Migrant*innen in Europa oder Arbeiter*innen in Bangladesh, China usw. ganz gut erkennen.

Aber: Wenn tatsächlich alle Arbeiter*innen frühzeitig krepieren würden, keine Kinder mehr nachkämen und es langfristig gar keine Arbeiter*innen mehr gäbe – dann wären nicht nur die einzelnen Kapitale, dann wäre der ganze Kapitalismus am Ende. Die Arbeiter*innenklasse insgesamt muss also ganz systemnotwendig erhalten werden.

★ *Mit der Vertretung ihres Interesses am Überleben tut die Arbeiter*innenklasse etwas sehr Sinnvolles für das Kapital. Das Kapital braucht die Arbeiter*innenklasse um weiterzueexistieren, die Einzelkapitale sind aber rücksichtslos gegen das Leben und Überleben des einzelnen Arbeiters und der einzelnen Arbeiterin.*

So rücksichtslos, dass die Arbeiter*innenklasse über kurz oder lang ausgestorben wäre (und rücksichtslos genug, dass auch heute noch in genügend Weltgegenden die Arbeitskräfte am laufenden Band verrecken, und rücksichtslos genug, dass auch heute noch im modernen Sozialstaat BRD haufenweise Arbeiter*innen bei der Arbeit umkommen, verstümmelt werden, vergiftet werden usw., von dem gesundheitlichen Verschleiß aufgrund normaler Arbeitsbelastung gar nicht zu reden). Wo alle Kapitale gnadenlos draufloskonkurrieren, wird ein Einzelkapital sich nur im Einzelfall herausnehmen, Geld für höhere Löhne und Arbeitssicherheit zu „verpulvern“ und die Arbeitskraft nicht bis zum Äußersten auszupowern. Denn meistens würde es dann in der Konkurrenz untergehen. Dem Kapital insgesamt muss zu seinem eigenen Besten

aufgezwungen werden, die Arbeiter*innenklasse so zu entlohnen und auch sonst so zu behandeln, dass sie sich erhalten kann.

★ *Dieses Interesse des Kapitals an einer funktionsfähigen Arbeiter*innenklasse, die auch morgen noch da ist, muss also gegen das Kapital durchgesetzt werden.*

Der Klassenkampf verdankt sich dem systematischen Interessengegensatz von Kapital und Arbeiter*innenklasse. Das Interesse des Kapitals ist dabei für sich selbst widersprüchlich und braucht für seinen Erfolg die Korrektur durch seine Gegner*innen.

Wie gesagt ist nicht garantiert, dass die Arbeiter*innen immer schon das Notwendige bekommen. Aber es ist auch keineswegs so, dass sie *nur* das Allernotwendigste verdienen können. Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen sind – auch wenn die Kapitalist*innen immer so tun, als sei das anders – nicht unverträglich mit dem Gewinnmachen. Die Lohnhöhe hat aber eine systematische Obergrenze, nämlich wenn sich mit den Produkten der so bezahlten Arbeit kein Gewinn mehr machen lässt. Der Kampf um höhere Löhne hat also da seine Grenze, wo die Anwendung der Arbeitskräfte nicht mehr rentabel ist und das Kapital entweder geht oder untergeht. Schon darum wachsen die Bäume der Lohnerhöhungen nicht in den Himmel, sondern bleiben ziemlich kümmerliche Gewächse.

★ *Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen sind also bestimmt durch die kapitalistische Profitrechnung, sind aber eben nicht festgezurr, sondern Resultat von Klassenkämpfen:* Was die Arbeiter*innen bereit sind, an miesen Löhnen und traurigen Bedingungen zu akzeptieren, was sie finden, was ihnen zusteht, woran sie sich gewöhnt haben und was sie auch bereit sind zu verteidigen, ob sie in der Lage sind, sich zusammenzutun, um etwas durchzusetzen oder zu verhindern – all das spielt eine Rolle. Und all das wird jeden Tag neu ausgetestet, nach oben und nach unten.

Die Arbeiter*innenklassen in den entwickelten kapitalistischen Ländern bestehen eben nicht vorrangig aus Elendsgestalten, die einfach nur überleben wollen und permanent darum kämpfen müssen, das zu tun.¹⁰ Was moderne Lohnarbeiter*innen wollen, ist „anständig verdienen“. Sie versprechen sich vom Lohn, dass er ihnen ein halbwegs gutes Leben

¹⁰ Was übrigens nicht heißt, dass der moderne Kapitalismus kein Elend wie z. B. Obdachlose hervorbringt oder außerhalb der Zentren der kapitalistischen Produktion nicht auf massenhaftem Elend beruht.

sichert. Das Auskommen mit dem Einkommen fällt zwar schwer. Es wird von der Hoffnung begleitet und erleichtert, aus sich mal mehr zu machen – oder dass es wenigstens die Kinder einmal besser haben.

Das Mitmachen im Kapitalismus funktioniert eben nicht bloß durch Zwang, sondern lebt davon, dass mensch sich diese Zwänge zu Chancen undefiniert und entweder eine Entwicklungsperspektive hat oder sich zumindest einbildet eine solche zu haben. „Kümmere dich um dich selbst und mach was aus deinem Leben“, das ist die Aufforderung der bürgerlichen Gesellschaft. Alle sind ihres Glückes Schmied; und dass die einen eine voll ausgerüstete Werkstatt und Schmiedematerial haben und die anderen nix, kann doch einen Glücksschmied nicht erschüttern. . .

Was sich die Arbeiter*innen vom Leben versprechen, wo sie ihre Hoffnungen und Möglichkeiten sehen, das schreibt ihnen niemand vor – auch wenn es natürlich genug Leute gibt, die ihnen da heiße Tipps geben, wie sie sich selber fürs Kapital „vervollkommen“ können und was jetzt so angesagt ist, lebensstandardmäßig. Allerdings: Was tatsächlich möglich ist, dafür liefern Kapital und Grundeigentum mit vorgegebener Arbeitszeit, Löhnen, Preisen und Mieten ein paar handfeste Rahmenbedingungen.

Diese Bedingungen bieten den Arbeiter*innen viele Anlässe unzufrieden zu werden. Steigen z. B. die Mieten, dann *müssen* sie mit einer kleineren Wohnung Vorlieb nehmen oder in billigere Viertel umziehen oder, wenn das geht, sich noch mehr einschränken. Sie *können* darüber sauer werden und das zum Anlass nehmen, für einen höheren Lohn zu kämpfen. Es kommt eben auch auf das Bewusstsein der Arbeiter*innen an, was sie meinen, was ihnen zusteht. Das schließt – leider – auch ein, dass sich Arbeiter*innen mit beschissenen Bedingungen und miesen Löhnen abfinden können und auf ganz dumme Ideen kommen, wer nun wieder schuld daran ist, dass es ihnen nicht gutgeht.

Die Hoffnung der Arbeiter*innen auf ein besseres Leben ist für viele Kapitale sehr nützlich für die Methoden, möglichst viel aus deren Arbeitskraft zu machen: Bezahlung nach Zeit, also Stundenlohn, soll die Arbeiter*innen aus eigenem Interesse anhalten, lange zu arbeiten. Bezahlung nach Ergebnis, also Stücklohn, soll die Arbeiter*innen aus eigenem Interesse anhalten, intensiv zu arbeiten. Wer keine Hoffnung hat, die eigene Situation zu verbessern, wird auf keins der beiden Modelle so anspringen, wie sich das jedes Kapital wünschen würde. Mehr noch:

Wer gar kein Eigeninteresse an der Arbeit hat, sondern nur stumpf Dienst nach Vorschrift durchzieht, ist außer für ganz einfache manuelle Arbeiten kaum für etwas zu gebrauchen. Und – für das Kapital – noch schlimmer: Wer kein konstruktives Interesse an Arbeit hat, sich null identifiziert, wird sich nicht verantwortlich fühlen für das Ergebnis, sich nicht konzentrieren, sich nicht an Termine und Absprachen halten. Den Arbeitskräften müsste vielmehr von der Nachlässigkeit über den Diebstahl bis zur Sabotage alles zugetraut werden und entsprechend müssen sie überwacht und kontrolliert werden.¹¹

Wenn also Lohnabhängige das Bewusstsein haben, dass ihre Lage aussichtslos ist, ist das nicht gut für kapitalistische Produktion. So sie aufstehen, um für Bedingungen zu kämpfen, in denen sie ein Versprechen auf ein besseres Leben im Kapitalismus sehen, machen sie zwar erst einmal einen Gegensatz zum Kapitalinteresse auf. Zugleich tun sie aber schon wieder etwas Sinnvolles für das Kapitalverhältnis insgesamt. Sind die Bedingungen erstritten, können sie wieder eine Perspektive sehen und die Kapitale haben dann motivierte Arbeiter*innen, die aus eigenem Interesse arbeiten gehen wollen.

★ *Klassenkämpfe der Arbeiter*innen, die die Situation der Arbeiter*innen verbessern, sind gegen das Kapital gerichtet. Aber sie sind zumeist nützlich für das Funktionieren des Kapitalismus insgesamt.*

„Alle Räder stehen still / wenn Dein starker Arm es will.“

Das einzige Mittel, das Arbeiter*innen haben, ihre Interessen gegen das Interesse des Kapitals durchzusetzen, ist die organisierte Arbeitsverweigerung, also der Streik. Damit treffen sie das Kapital nämlich genau da, wo es wehtut. Weil der Gewinn sich aus der Arbeit speist, ist der Zweck des Kapitals damit in Gefahr.

Einzelne Arbeiter*innen können streiken. Aber dann werden sie zumeist einfach gefeuert und durch andere ersetzt.

¹¹ Selbstverständlich werden Arbeitskräfte immer kontrolliert und sichergestellt, dass sie sich nicht am Firmeneigentum vergreifen und die Arbeit machen, für die sie bezahlt werden und eben nicht klauen, sabotieren oder im Internet surfen. Wir gehen auf diese Formen des Klassenkampfes – und es sind welche – nicht näher ein.

Arbeiter*innen in einem bestimmten Betrieb können auch streiken. Allerdings riskieren sie dann, dass der Laden wegen der Produktionsausfälle und Mehrkosten dicht gemacht wird und sich die Konkurrenz freut. Die Arbeiter*innen sind nicht nur abhängig vom Kapital, um an Geld zu kommen und darum erpressbar. Sie stehen dabei auch noch in Konkurrenz zueinander und können darum leicht gegeneinander ausgespielt werden.

Tun sich die Arbeiter*innen nur von Fall zu Fall zusammen, können sie ihre Interessen allerdings nur für kurze Zeit durchsetzen. Denn so nützlich die Interessenvertretung für den Kapitalismus insgesamt sein mag, so wenig erfreut sind die Kapitale darüber und versuchen, die erreichten Erfolge wieder zurückzudrehen, zu umgehen oder so zu benutzen, dass sie für die Arbeiter*innen keine gute Sache mehr sind.

Damit die Arbeiter*innen Aussicht auf eine dauerhafte Verbesserung ihrer Lebensumstände haben, müssen sie sich zusammentun. Da gilt: Je mehr dabei sind und je breiter und umfassender und organisierter die Interessenvertretung, umso besser.

★ *Die Arbeiter*innen haben nur dann eine Chance, ihre Interessen durchzusetzen, wenn sie sich dauerhaft zusammentun und ihr gemeinsames Interesse organisiert formulieren. Sie versuchen damit ihre Konkurrenz gegeneinander durch eine gemeinsame Organisation abzumildern und hin und wieder sogar aufzuheben.* Darum haben sich Arbeiter*innen über kurz oder lang zu Gewerkschaften zusammengetan, die koordiniert Lohnerhöhungen für alle Betriebe einer Branche durchsetzen. Gewerkschaften sind weniger erpressbar als Arbeiter*innen oder Belegschaften, weil sie keinem Betrieb im Speziellen verpflichtet sind, sondern alle Arbeiter*innen einer Branche vertreten sollen. Und sie sorgt dafür, dass es Leute gibt, deren Job es als Gewerkschaftsfunktionär*in oder Betriebsrät*in ist, die jeweils neuesten Vorstöße des Kapitals darauf abzuklopfen, welche Auswirkungen sie auf die Arbeiter*innenklasse haben – damit sie gegebenenfalls bekämpft oder abgemildert werden können.

Sehr machtvoll ist diese Interessenvertretung aber dennoch nicht. Zum einen haben die Kapitale hundertfache Möglichkeiten einzelne Arbeiter*innen einzuschüchtern, zu entmutigen, durch kleine Vergünstigungen zu verlocken, gegen die eigenen Kolleg*innen auszuspielen usw. – und damit die gemeinsame Organisation zu unterlaufen. Dafür brauchen sie gar keine zusätzliche Willensanstrengung – die unterschiedli-

chen Kalkulationen, wie rentabel welche Arbeitskraft wann, wo und wie lange ist, reichen völlig aus, die Arbeiter*innenklasse hinreichend zu fragmentieren: in gut und weniger gut bezahlte, in Stammebelegschaften und Leiharbeiter*innen usw. Die Belegschaft eines Betriebs gegen einen anderen auszuspüren, ist außerdem eine der leichteren Übungen. Geht es ums tägliche Brot, zieht der Hinweis auf die Konkurrenz, die ja nicht schläft, fast immer.

Der gute Hebel für das Kapital, seine Interessen durchzusetzen, ist die Not und die Schwäche der einzelnen Arbeiter*innen. ★ *Daher muss das Interesse der Arbeiter*innenklasse am Überleben immer wieder gegen größere Teile der Arbeiter*innenklasse selbst durchgesetzt werden*, und das geht nur organisiert. Genug Arbeiter*innen würden sich in ihrer Not auch noch für den schäbigsten Lohn und unter den drückendsten Verhältnissen verkaufen und damit Druck auf die Lohnhöhe und die Arbeitsbedingungen in ihrer Branche ausüben. Diese Teile der Arbeiter*innenklasse müssen teilweise mit Gewalt daran gehindert werden, ihrer Klasse in den Rücken zu fallen, seien es nun Streikposten, seien es noch andere Maßnahmen.

Das und alles andere sehen viele Arbeiter*innen überhaupt nicht ein, sondern meinen, allein viel weiter zu kommen. Schon darum eilen die Gewerkschaften keineswegs von Erfolg zu Erfolg und bekommen immer mehr Mitglieder. Fast schon im Gegenteil: Erkämpfen die Gewerkschaften Lohnerhöhungen sowieso für *alle* Arbeiter*innen, egal ob Mitglied oder nicht, stellt sich angesichts der beschränkten Mittel¹² die Frage: Wozu den Gewerkschaftsbeitrag abdrücken? Erkämpfen die Gewerkschaften Lohnerhöhungen hingegen nur für ihre Mitglieder, geben sie den Unternehmen gute Gründe, die Gewerkschafter*innen aus dem Hause zu jagen und zuallererst zu entlassen. Es ist kein Wunder, dass selbst da, wo die Gewerkschaften Erfolge haben, das keineswegs immer zu ihrer Stärkung, sondern häufig zu ihrer Schwächung beiträgt.

Jeder Arbeitskampf heute betrifft nicht nur die unmittelbar Beteiligten, sondern häufig weitere Teile der Bevölkerung. Die aber ist heutzutage keineswegs regelmäßig mehrheitlich auf der Seite der Strei-

¹² Die beschränkten Mittel sind aber nicht das einzige und häufig auch nicht das vorrangige Argument, nicht in die Gewerkschaft einzutreten. Als Gründe kommen eine Vielzahl von Sprüchen wie „Die sind doch alle korrupt“ oder die Grundüberzeugung, dass die Gewerkschaften mit ihrem – angeblich – konfrontativen Kurs dem Unternehmen schaden, statt ihm zu nutzen.

kenden. Früher, in einigen Ländern sogar bis vor Kurzem, konnten sich die Streikenden zumindest darauf verlassen: Dass ein größerer Teil der Leute selbst unter den schlechten Lebensbedingungen leidet und den Streik, bei allen Unannehmlichkeiten, darum als Teil des eigenen Kampfes um bessere Verhältnisse akzeptiert. Heute ist es im Gegenteil eher so: Der Großteil der Bevölkerung ist längst gewöhnt, ein Anrecht auf reibungsloses Funktionieren der Gesellschaft zu erheben. Bei jeder Stockung des normalen Tagesablaufs gehen diese Leute nicht solidarisch auf die Straße, sondern machen sich voller Wut auf die Suche nach Schuldigen. Die sind schnell bei den Streikenden gefunden, die, statt sich zu fügen, doch tatsächlich zu kämpfen wagen. Im besseren Fall schüttelt die Öffentlichkeit genervt den Kopf über die Uneinsichtigkeit beider Seiten im Interesse des Großen und Ganzen rasch einen Kompromiss zu erzielen. Nur ganz selten gelingt es Streikenden plausibel zu machen, die „Dickköpfigkeit“ und „Uneinsichtigkeit“ der anderen Seite zwingt sie leider zum Arbeitskampf.

Ein gutes Klima für den Einsatz des einzigen Kampfmittels der Arbeiter*innen sieht anders aus, denn gemessen an dem Ideal des „sozialen Friedens“ ist der Klassenkampf der Arbeiter*innen eben immer nur ein lästiger Störfaktor.

Mal verlierste, mal gewinnste nicht: Der ökonomische Klassenkampf der Arbeiter*innen

Eine halbwegs einige und organisierte Arbeiter*innenklasse *hat* die Macht, den Laden lahm zu legen.¹³ Für den Erfolg eines Streiks bedarf es neben der Organisation auch einer gehörigen Portion Rücksichtslosigkeit; das „Wohlergehen des Betriebs“ darf erst mal keine Rolle spielen. Nur: Es spielt ja eine Rolle für das Ziel des gewerkschaftlichen Kampfes. Denn schließlich soll der Profit der Unternehmen wieder gemacht werden, nur so gibt es Löhne. Und darin hat der gewerkschaftliche Kampf von vornherein eine eingebaute Bremse, wenn es z. B. um die Höhe von Lohnforderungen oder die Dauer eines Streiks geht.

¹³ Dazu reichen sogar gut organisierte kleine Teile an wichtigen Punkten: Als z. B. 2007 die Lokführergewerkschaft im Osten den Schienenverkehr lahmlegte, drohten Produktionsausfälle bundesweit, weil die Zulieferbetriebe nicht mehr zuliefern konnten.

Und mehr noch: Jede Lohnerhöhung oder Verbesserung der Arbeitsbedingungen gibt dem Kapital noch mehr Anlässe, mit neuen Anstrengungen die Anwendung der Arbeiter*innen gewinnbringender zu gestalten. Sei es mittels Technik dafür zu sorgen, dass weniger Arbeiter*innen gebraucht werden, die bezahlt werden müssen. Sei es, dass die Unternehmen die Arbeit produktiver machen, also mehr aus den Arbeitskräften herausholen, was immer heißen kann, dass die Arbeit anstrengender wird. Und obwohl das Kapital dazu wirklich keinen äußeren Zwang braucht, benutzt das Kapital gerne Lohnerhöhungen auch dazu, solche Maßnahmen zu legitimieren und den Gewerkschaften die Schuld zu geben. Daran zeigt sich:

★ *Beim kapitalistischen Klassenkampf sind die Machtmittel recht ungleich verteilt.* Das Kapital setzt seine Interessen gegen die Arbeiter*innen im ganz normalen, alltäglichen Geschäftsbetrieb durch. Resultat des kapitalistischen Alltagsgeschäfts ist eine immer wieder hergestellte Notlage der Lohnabhängigen, die sie so gut erpressbar macht. Die Arbeiter*innen hingegen müssen extra organisiert tätig werden, um den normalen Geschäftsbetrieb im Streik zu unterbrechen. Die Abweichung vom Normalen soll die verbesserten Bedingungen schaffen. Das Ziel des Streiks muss dabei immer das Wiederfunktionieren des Geschäfts im Auge haben. Letzteres soll ja gerade den verbesserten Lohn bringen.¹⁴

★ *Der ökonomische Klassenkampf ist für die Arbeiter*innenklasse alternativlos. Aber: Er ändert nichts an der Abhängigkeit der Arbeiter*innen vom Kapital und muss in seinen Formen und Wegen Rücksicht auf die Interessen nehmen, gegen die er sich durchsetzen will.*

Gewerkschaften haben wegen der Widersprüche, die ein Streik mit sich bringt, ein Interesse daran mit den Unternehmen so zu verhandeln, dass der Streik als bloße Drohung im Hintergrund bleibt. Für Unternehmen kann es wiederum sinnvoll sein, dass es angesichts von unkalkulierbaren Streiks eine Organisation gibt, die man ansprechen

¹⁴ Dass der Kampf der Kapitaleseite aus dem laufenden Geschäft heraus passiert, der Kampf der Gewerkschaften gerade die Unterbrechung verlangt, hat dann noch folgende Wirkung: Unterbrechung der Arbeit heißt, keinen Lohn zu bekommen. Daher müssen die Gewerkschaften Streikkassen schaffen, um den streikenden Arbeiter*innen teilweise ihren Lohn zu ersetzen. Die Streikkasse wird durch den Gewerkschaftsbeitrag gefüllt, den die Arbeiter*innen aus ihrem Lohn finanzieren – der ja eh knapp ist. Der Streik hat hier seine finanzielle Schranke, wenn die Streikkasse leer ist.

und mit der man verhandeln kann, damit es gar nicht erst zum Streik kommt. Das kann billiger für die Unternehmen sein.

Um dafür ihre eigene Wichtigkeit zu unterstreichen, ist die Gewerkschaft meistens auch nicht erfreut über spontane, wilde, radikale usw. Streiks. Denn um als Verhandlungspartnerin wichtig zu sein und ernst genommen zu werden, muss sie ihre Mitglieder, noch besser alle Arbeiter*innen auch unter Kontrolle halten. Dadurch ist die Gewerkschaft viel berechenbarer als eine Sammlung maulig-wildgewordener Arbeiter*innen und spielt freiwillig oder unabsichtlich auch noch die Rolle einer Ordnungstruppe des Kapitals, indem sie „wilde Streiks“ aktiv bekämpft und als „unverantwortlich“ denunziert.

Ein Riesenproblem haben die Gewerkschaften immer dann, wenn sie Arbeitsplätze „erhalten“ wollen. Dass das Kapital Gewinne machen muss und will – das sehen ja auch die Gewerkschaften so. Und darum ist das Betteln um Beschäftigung nichts weiter, als die kämpferisch formulierte Bereitschaft, sich auf eine Verschlechterung der Situation der Arbeitskräfte einzulassen. Was auch sonst sollte dem Kapital die verschmähte, nun dringlich angebotene Arbeit wieder schmackhaft, sprich rentabel machen, als die Bereitschaft, sich von „Besitzständen“ oder Kolleg*innen zu trennen. Und das ist die Selbstaufgabe einer Organisation, deren Ausgangspunkt die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter*innen ist.

Ganz absurd wird es dann, wenn ganze Betriebe geschlossen werden sollen. Streiks gegen Betriebsschließungen erinnern ein bisschen an zum Tode Verurteilte, die zwei Tage vor ihrer Hinrichtung noch einen Hungerstreik zur Verbesserung der Haftbedingungen beginnen: Sehr machtvoll ist das nicht, denn als ökonomisches Druckmittel taugt der Streik eben nur, wenn das Kapital die Arbeitskraft eigentlich benutzen will und das will es in diesem Fall ja gerade nicht mehr, sondern findet die Arbeit nicht mehr rentabel genug. (Allerdings ist so ein Streik kurz vor Schluss trotzdem nicht gut für die Bilanz.)

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die sich aus dem normalen Geschäft ergibt, hat die Gewerkschaft nicht in der Hand. Sie ist hier objektiv machtlos und kann höchstens alternative Gemeinheiten vorschlagen. Für eine immer drückendere Reserve von Arbeitslosen hat sie schlicht kein Angebot. Eine wirkliche Erfolgsperspektive, der Arbeiter*innenklasse auch nur eine halbwegs gesicherte Existenz zu garan-

tieren, hatten die Gewerkschaften nur in historischen Ausnahmesituationen, wie z. B. in den 1950er und 1960er Jahren.¹⁵

Klassenkampf – ein flotter Dreier mit dem Staat

Staat und Unternehmen haben lange nicht einsehen wollen, wie nützlich Gewerkschaften eigentlich sind und sie massiv bekämpft und verfolgt. Denn das Kampfmittel der Arbeiter*innenklasse – der Streik – ist eine Störung des Wirtschaftslebens und das schmeckt dem Staat schon mal als Steuereinnahmer gar nicht, von anderen politökonomischen Kalkulationen ganz abgesehen. Die Form des Klassenkampfes von Unternehmerseite findet hingegen wie gesagt im ganz normalen Wirtschaftsalltag statt und trägt dem Staat Steuern und wirtschaftliche Macht ein.¹⁶

Darum hat der bürgerliche Staat im 19. Jahrhundert, sozusagen in seinen Flegeljahren, nicht nur Revolutionär*innen und linke Systemgegner*innen verfolgt, sondern jede Form von Arbeiter*innenorganisation unter Verdacht gestellt, ein Anschlag auf das Funktionieren der Gesellschaft zu sein – und war sich da mit den Unternehmern ganz einig. Ja, selbst höfliche Bittgesuche hat der Staat nicht als untertänige Anerkennung seiner Zuständigkeit gesehen, sondern als freche Forderungen und hat sie nicht nur abschlägig beschieden, sondern Streiks und Demonstrationen auch schon mal mit Waffengewalt bekämpft, wie das heute eher in Südamerika, Asien oder Afrika passiert. Auch das mit dem Beifall der Unternehmer. Darüber und über das brutale und zum Teil mörderische Elend, das auch deswegen herrschte, sind ganze Generationen der Arbeiter*innenklasse erst wütend und dann verhältnismäßig radikal geworden. Und dabei sind die Arbeiter*innenbewegungen der kapitalistischen Länder – und wen an unzufriedenen Leuten sie noch mitgerissen haben, als sie sich als sozialistische Parteien und Gewerkschaften organisierten – der Erkenntnis nahe gekommen, dass der ganze Laden nicht für sie eingerichtet ist.

Für den Staat war das Problem so nicht mehr nur eine ärgerliche, phasenweise und punktuelle Unterbrechung des Geschäftslebens durch

¹⁵ Warum damals in den 1950er und 1960er Jahren sogar zum Teil ein Arbeitskraftmangel herrschte, die Arbeiter*innen eine relativ große Verhandlungsmacht hatten und der Staat sich sogar das Ziel setzte, die Lebensbedingungen der Arbeiter*innenklasse zu verbessern, soll ein andermal diskutiert und erklärt werden.

¹⁶ Näheres dazu in Kapitel 8, „Na, dir werd ich helfen“: Sozialstaat (S. 203).

Streiks, er sah den sozialen Frieden überhaupt in Gefahr. Nicht nur das Geschäftsleben, von dem der Staat leben wollte, sondern der politische Gehorsam, ohne den er nicht existieren kann, war in Frage gestellt. Seine Antworten waren entsprechend brutal.

Nur: Der Staat hat dann erstens lernen müssen, dass er durch politische Repression allein die Arbeiter*innenklasse nicht ruhig stellen konnte. Immer noch von dem Urteil beseelt, Arbeiter*innenkämpfe seien schädlich für den nationalen Erfolg, hat er einsehen müssen, dass die sozialen Kosten der bloßen Unterdrückung großen Schaden anrichten, weil die Arbeiter*innenklasse sich mit ihrem Siechtum nicht abfinden wollte und konnte. Und Nutzen zog er auch nicht draus, denn die von ihm bekämpfte Bewegung wurde eher noch größer – auch weil seine Aktionen die Theorien der Arbeiter*innenbewegung über den kapitalistischen Staat zu bestätigen schienen. Er musste sich daran machen, die Arbeiter*innenkämpfe zuzulassen und zugleich ihre schädliche Wirkung für die kapitalistische Wirtschaft möglichst zu vermeiden.

Zweitens musste der Staat – damals zum Teil noch in den Händen des adeligen Grundeigentums, zum Teil noch bestimmten Kapitalistengruppen verpflichtet – zusätzlich einsehen, dass er die Arbeiter*innen braucht und der ganze Laden koppheister gehen würde, wenn die Kapitale 1:1 ihre Interessen durchsetzen würden.

So musste er dann auch anfangen, die Kapitale zu zwingen, auf die Voraussetzungen der kapitalistischen Produktion Rücksicht zu nehmen. Der Staat hat lernen müssen, dass sein Zweck, politische Macht durch und für kapitalistisches Wirtschaftswachstum, keineswegs dann am Besten läuft, wenn er den Kapitalen bei ihren Klassenkämpfen beisteht und der Gegenseite das Leben zur Hölle macht.

Er musste lernen, zwei gegensätzliche Standpunkte zugleich einzunehmen. Unternehmensgewinne fördern heißt, sich für niedrige Löhne und viel Arbeitsleistung von den Arbeiter*innen in den Unternehmen einzusetzen, also Partei für die Kapitale im Klassenkampf einzunehmen. Zugleich dürfen die Löhne nicht so minimiert und die Arbeitsleistung so gedehnt werden, dass die Arbeiter*innen dann gar nicht dauerhaft arbeiten können. Also muss der Staat Partei gegen die Kapitale in ihrem Klassenkampf ergreifen.

Denn er hat im Blick, dass der Laden insgesamt gut funktioniert – und dafür braucht es neben gewinnbringenden Unternehmen nun

mal auch eine Arbeiter*innenklasse. Weil das Gewinninteresse sich feindlich zum Wohlergehen der Arbeiter*innenklasse verhält, wägt er ab, was wie wann wo wichtiger ist. Er macht sich nicht bedingungslos zum Anwalt der Interessen von Einzelkapitalen, sondern zwingt diese zur Rücksichtnahme. Genau dadurch wird der Staat zum Anwalt des Kapitalwachstums überhaupt.

Die konkreten Anlässe, anhand derer der Staat diese Lernprozesse gemacht hatte, waren vielfältig: Mal wollte er einen Krieg gewinnen und brauchte dafür halbwegs gesunde Soldaten und keine Menschen, die schon als Jugendliche durch das Kapital zu Krüppeln gemacht worden sind. Mal hatte er Angst vor einer Revolution und wollte darum der linken Arbeiter*innenbewegung durch einige Zugeständnisse plus noch mehr Repression gegen den Rest den Saft abdrehen. Mal musste eine Wirtschaftskrise überstanden werden und manchmal war es alles zusammen. Und hier und da mussten die Arbeiter*innen auch Revolution machen, um den bürgerlichen Staat dazu zu bringen, seinen Job ordentlich zu machen.

Außerhalb der Sowjetunion, wo ein Staatssozialismus¹⁷ aufgemacht wurde, ist dann aber auch nicht mehr daraus geworden. Nachdem der Faschismus mit seiner Volksgemeinschaft¹⁸ als Lösung der „sozialen Frage“ untergegangen war, akzeptierten nach dem II. Weltkrieg alle die Existenz von Sozialdemokrat*innen und Gewerkschaften mehr oder weniger zähneknirschend – auch weil da als, allerdings ziemlich unattraktive, Alternative ein ganzer Staatenblock behauptet hat, aus „Arbeiterstaaten“ zu bestehen.¹⁹

¹⁷ Zur Kritik dieses Systems siehe unsere Broschüre über den Realsozialismus auf unserer Webseite.

¹⁸ „Volksgemeinschaft“ ist für FaschistInnen das Ideal, das alle in einer Gesellschaft so sehr darin aufgehen, Teil des Ganzen zu sein, dass sie gar keine unterschiedlichen Interessen mehr *haben* und dass darum die Äußerung von unterschiedlichen Interessen schon vor aller inhaltlichen Befassung ungehörig und Ausdruck davon ist, dass mensch es mit fehlgeleiteten „Volksgenossen“ oder gar mit Feinden der Nation zu tun hat. Da haben die FaschistInnen in allen Ländern mit Terror „eingegriffen“. Auch wenn dieses Ideal totalen sozialen Friedens letztlich allen Patriot*innen gemeinsam ist, ist in der bürgerlichen Demokratie das Vertreten eigener Interessen legitim und erwünscht – sofern brav der nächste Schritt gemacht wird, auf eine Austragung des Interessenkonfliktes nach Möglichkeit zu verzichten, die Interessen der anderen anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln und somit das eigene Interesse am „Allgemeinwohl“ zu relativieren.

¹⁹ In Westdeutschland halfen nach dem II. Weltkrieg der Staat und alle politischen Parteien kräftig mit, eine „Einheitsgewerkschaft“ zu schaffen, die das einzige Erpressungsmittel

Der bürgerliche Staat schafft in der Garantie des Privateigentums und der Regelung der Marktwirtschaft die Grundlagen des Klassenkampfes. Er steht dem normalen Klassenkampf der Kapitaleseite – alles zu tun, um aus Arbeiter*innen möglichst viel Gewinn herauszuholen – äußerst aufgeschlossen gegenüber. Den Klassenkampf der Arbeiter*innenklasse findet er hingegen tendenziell destruktiv. Weil sich aber gezeigt hat, dass das Funktionieren der kapitalistischen Gesellschaft insgesamt bedroht wäre, würden nur die Kapitalinteressen durchgesetzt werden, gesteht er der Arbeiter*innenklasse zu, ihre Interessen einzubringen und nimmt nicht mehr einseitig Partei für die Unternehmen. Der Staat reguliert den Klassenkampf, erlaubt ihn mit Auflagen. So soll der nicht zu vermeidende Klassenkampf der Arbeiter*innen stattfinden können und zugleich möglichst wenig wirtschaftlichen Schaden anrichten.

Noch dort, wo der Staat also Gewerkschaften und Streik erlaubt, zielt er eigentlich darauf ab, die Arbeiter*inneninteressen nicht mit Macht auszustatten. Der Kampf der Arbeiter*innen für ihre Interessen ist ein Teil der staatlichen Güterabwägung: Einerseits das Kapital zu unterstützen, damit die Wirtschaft nach vorne kommt, und andererseits, das Kapital zu beschränken, damit die Wirtschaft dauerhaft klappt. Damit die Arbeiter*innen – betreut durch konstruktive und verantwortungsvolle Gewerkschaften und Betriebsräte – sich auch morgen noch friedlich und ohne zu Murren krummlegen und kaputtarbeiten, um den Reichtum ihrer Arbeitgeber*innen und die Macht ihres Vaterlandes zu vermehren.

Von der Klassenorganisation der Arbeiter*innen zur Bürger*inneninitiative für einen besseren Kapitalismus

Die Arbeiter*innenklasse ist wegen ihrer inneren Konkurrenz häufig viel zu schwach, um allen Kapitalen bestimmte Regeln aufzuherrschen – weil es den Gewerkschaften gar nicht gelingt, alle Arbeiter*innen

tel der Arbeiter*innenklasse monopolisiert und dieses Monopol sehr verantwortlich und gesetzeskonform verwaltet. Und das wurde durchaus auch gemacht, um Westdeutschland gegen sozialistische „Umtriebe“ und damit gegen den Staatssozialismus der DDR zu sichern.

zu organisieren. Die Gewerkschaften appellieren dann meist an den Staat, das für sie zu tun, z. B. in der Forderung nach Mindestlöhnen. Denn er kann als Gewaltmonopol etwas machen, was auch der schönste, effektivste gewerkschaftliche Kampf nicht erreichen kann: dauerhafte, feste Regeln schaffen, an die sich alle halten müssen.

Ein weiterer Teil des Klassenkampfes funktioniert sogar fast immer nur über den Staat. Neben dem direkten Klassenkampf über die Lohnhöhe und die Arbeitsbedingungen, findet auch noch ein Klassenkampf „über Bande“ statt, nämlich über den **Warencharakter der Arbeitskraft** selbst.

Übersetzt: Inwieweit ist die Ware Arbeitskraft ein „Gut“ wie jedes andere, das auf dem Markt frei ge- und verkauft werden kann, zu allen Tages- und Nachtzeiten und zu jeder Bedingung und zu jedem Lohn, über den sich Leute handelseinig werden – oder ist es nötig, den Käufer*innen (Kapitale) und Verkäufer*innen (Arbeiter*innen) bestimmte Regeln aufzuherrschen. Das Verbot von Kinderarbeit, Jugendschutzgesetze, Vorschriften über Schicht- und Nachtarbeit sind alle klare Hinweise darauf, dass es sogar einer gut organisierten Arbeiter*innenklasse nicht gelingt, dergleichen eigenständig durchzusetzen. Sondern dass sie an den Staat appellieren muss, Arbeiter*innen und Kapitalen bestimmte Geschäfte miteinander zu verbieten, damit die Arbeiter*innenklasse nicht zugrunde geht.

In den Anfangstagen des bürgerlichen Staates, in denen dieser die Arbeiter*innenbewegung schonungslos bekämpft hat, hätten die organisierten Arbeiter*innen lernen können, wie feindlich die kapitalistische Produktionsweise ihnen gegenüber ist. Taten sie auch häufig, nur: Ihr Schluss aus der Situation war, dies müsse nicht so sein, sondern der Staat könne und müsse durch vielfältige Maßnahmen hier Abhilfe schaffen. Folgerichtig richteten die organisierten Arbeiter*innen dann ihren Kampf darauf, den Staat zu benutzen, um die Unternehmen dazu zu bringen, die Arbeiter*innenklasse als Macht anzuerkennen und mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Neben den Gewerkschaften entstand so die Sozialdemokratie als politischer Arm der Arbeiter*innen.

Als der Staat dann dazulernte und begriff, dass er auf die Interessen der Arbeiter*innen Rücksicht nehmen muss, wollte er damit das kapitalistische Gewinnemachen verstetigen und sichern. Die Sozialdemokratie hat das so missverstanden: Der kapitalistische Staat sei für

das Wohlergehen der Arbeiter*innen da – wenn man sich nur genug darum bemühe. Und als sozialstaatlich regulierter Kapitalismus sei dann auch das Wirtschaftssystem ein Mittel für die Lebensinteressen der Arbeiter*innen. Denn das war ja der Ausgangspunkt gewesen: vom Lohn leben wollen und deswegen kämpfen müssen.

Wer aber Staat und Kapital für die eigenen Interessen benutzen will, muss sich auch damit auseinandersetzen, dass beide ihrerseits eigentümliche Anforderungen stellen. Wer das Kapital benutzen will, muss sich dann auch einen Kopf darum machen, dass das Kapital dauerhaft funktioniert. Die Sozialdemokrat*innen haben damals häufig das schöne Bild bemüht, mensch wolle die Kuh nicht schlachten, die die Milch gibt. Ach, wäre das Kapital solch ein friedliches Nutztier!

Im Gegensatz zur Kuh hat das Kapital alle Arbeitsbedingungen in der Hand und weiß die ganze Gesellschaft von seinem Erfolg abhängig. Gerade mal eine Arbeiter*innenklasse, die halbwegs einig ist, kann dem Kapital Zugeständnisse abtrotzen. Die ließen sich in den periodischen Wirtschaftskrisen nicht lange halten, weil alle Angst um ihren Job hatten. So wurde es dann mit Kühemelken eher nichts, sondern die Sozis agitierten und wirkten für die Beschränkung der Arbeiter*inneninteressen – man musste doch jetzt Rücksicht auf die Genoss*innen auf der Regierungsbank nehmen, die jetzt nicht mehr Interessen vertraten, sondern das Große und Ganze im Auge hatten. Sprich: Das „Allgemeinwohl“, das in einer kapitalistischen Gesellschaft immer darauf beruht, dass Kapitale ihre Gewinne machen können.

Wer den Staat benutzen will, damit das Kapital so reguliert wird, dass es für die Lebensinteressen der Arbeiter*innen funktioniert, muss sich eben all die Güterabwägungen selbst zu eigen machen, die in dem Projekt des Staates, nationales kapitalistisches Wirtschaftswachstum, enthalten sind: Wer Sozialstaat haben will, muss daher zugleich einsehen, dass dieser auch ein Hindernis für das nationale Wirtschaftswachstum ist. Wer unter solchen Bedingungen Arbeiter*innenkämpfe für bessere Lebensbedingungen gut findet, darf sie aber nicht so führen, dass sie dem nationalen Standort schaden. Wer um all das machen zu können, die politische Ordnung und den sozialen Frieden wahren will, muss radikalere Leute bekämpfen – sonst kann der Staat nicht die Gesetze machen, mit denen die Arbeiter*innen glücklicher werden sollen. Außerdem werden noch bravere Gemüter davon abgeschreckt,

ihr Wahlkreuz an der angeblich arbeiterfreundlichen Stelle zu machen. So ist der Kampf gegen Linksradikale im Projekt „soziale Demokratie“ vorprogrammiert.

Es ist gar kein Zufall, dass Gewerkschaften häufig sich als Sachwalter der nationalen Arbeiter*innenklasse aufbrezeln. Sie wollten ja auf einen Staat einwirken der gar nichts anderes kennt, als seine Nation. Und sie wollten eine Arbeiter*innenklasse vertreten, welcher sie beigebracht hatten, dass sie eben doch ein Vaterland habe. Und darum ist die „internationale Solidarität“, wenn es z. B. um Werkschließungen geht, ein feuchter Traum von linken Gewerkschafter*innen, während die nationalen Gewerkschaften engagiert dafür werben, dass die Benutzung einheimischer Arbeitskräfte viel rentabler sei als die von irgendwelchen Ausländer*innen.

Dass die Gewerkschaften und Sozialdemokratien überall diesen Weg gegangen sind, ist nicht besonders erstaunlich und hat übrigens mit bösen fetten „Gewerkschaftsbonzen“ und „Verrat“ durch aufstiegswillige Funktionär*innen allenfalls am Rande zu tun.

★ *Will die Arbeiter*innenklasse im Kapitalismus dauerhaft als Arbeiter*innenklasse funktionieren – und das ist ein gleichermaßen bescheuertes, bescheidenes und aufgenötigtes Interesse – dann ist sie auf einen sozialstaatlich regulierten Kapitalismus angewiesen.* Und so dienen sich die Gewerkschaften dem Staat und der Öffentlichkeit damit an, dass sie Klassenkampf verhindern würden, wenn sie als Partnerinnen der Unternehmen das Bestmögliche für die Arbeiter*innen herausholen.

Die Anstrengungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokrat*innen dabei, zu zeigen, dass ein regulierter und domestizierter Kapitalismus doch viel besser funktioniert als die freie Konkurrenz, führen zu der Illusion, die Interessen der Arbeiter*innen seien beim Staat eigentlich gut aufgehoben. Gewerkschaften reden gerne von den „Errungenschaften“, die „erkämpft“ wurden und bilden sich ein, all das, was den modernen Kapitalismus funktionieren lässt, sei irgendwie ihr Werk. So kommen sie zu der ziemlich albernen Vorstellung, ein erfolgreicher ökonomischer Klassenkampf der Arbeiter*innenklasse, der bei ihnen natürlich anders heißt, gereiche irgendwie allen zum Vorteil und müsse darum das Herzensanliegen jedes Staates sein, ja eigentlich sogar die Unternehmer*innen überzeugen. Und das stimmt nun nicht: Dass der moderne Staat bestimmte Interessen der Arbeiter*innen aufnimmt und

die Berücksichtigung anderer ermöglicht, dass er den Klassenkampf nicht einfach unterbindet, sondern erlaubt, reguliert und begrenzt – dass alles heißt ja keineswegs, dass er ein neutraler Schiedsrichter wäre. Ihm geht es ja nicht nur darum, eine Ordnung zu beschützen, in der alle mit ihrem Privateigentum machen dürfen, was sie wollen – egal ob sie welches haben oder nicht. Sondern um mehr: Ziel dieses Schutzes und seiner Wirtschaftspolitik ist der Erfolg der Kapitale in seinem Herrschaftsbereich. Dafür kämpft er, deswegen und dafür greift er in den Klassenkampf ein.

Es ist nicht mehr wie in alten Zeiten, in denen er Gewerkschaften verbot. Sondern er tritt auf als Mahner zur Lohnzurückhaltung aus Sorge um die „Wettbewerbsfähigkeit“ der nationalen Wirtschaft und als Gesetzgeber, der die Rahmenbedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes setzt und ändert.

★ *Die Parteinahme des Staates für den nationalen Erfolg seiner Wirtschaft ist immer eine Parteinahme gegen die Arbeiter*innen. Selbst da wo er mal ihre Interessen anerkennt oder durchsetzt, tut er das nicht für sie, sondern weil es für das System, das ihnen so übel mitspielt, nützlich ist.*

Für den Erhalt der kapitalistischen Produktionsweise sind Gewerkschaften vielleicht nicht unbedingt nötig – aber sinnvoll sind sie allemal. Trotzdem, aber nicht sehr verwunderlich, hassen viele Unternehmen die bösen „Gewerkschaftsbonzen“ sehr und würden, wenn überhaupt, lieber nur mit ihren Betriebsräten verhandeln. Denn dann können sie in Verhandlungen die Konkurrenz der Belegschaften und die Angst vor dem Jobverlust als Druckmittel benutzen. Und das alles, obwohl die Gewerkschaftsbürokratie mittlerweile sehr einsichtig und konstruktiv ist und sich häufig den Unmut der Arbeiter*innen auflädt, wenn sie Kompromissen zustimmt.²⁰

²⁰ Es ist ein altes Problem der Gewerkschaften, dass sie zunächst die Arbeiter*innen mobilisieren müssen, um etwas zu erreichen und dafür an die Unzufriedenheit mit den Umständen appellieren müssen. Das klappt besser mit Forderungen, die höher liegen als das Verhandlungsziel und auf jeden Fall als das Verhandlungsergebnis. Die Arbeiter*innen sind dann häufig sauer, dass die Forderungen, für die sie gestreikt und gekämpft haben, nicht verwirklicht wurden und die Gewerkschaften müssen ihnen dann klarmachen, dass das bisschen „ein guter Erfolg“ und mehr leider nicht drin war.

Der ökonomische Kampf der Klassen / braucht keinen Pulverdampf in Gassen

Ist es nicht etwas komisch von „Klassenkampf“ zu reden, wenn lauter Leute, die gar nicht finden, dass sie eine Klasse sind, mit anderen Leuten, die auch nicht glauben, dass sie eine Klasse sind, Konflikte haben, von denen beide ganz fest überzeugt sind, dass sie besser keine Kämpfe werden würden? Setzt Klassenkampf nicht irgendwie so etwas wie Bewusstsein voraus?

In diese Richtung hat Adorno 1968 argumentiert, als ganz viele Student*innen plötzlich die Arbeiter*innenklasse als „revolutionäres Subjekt“ entdeckten und dabei – so fand er – übersahen, dass die westdeutsche Arbeiter*innenklasse gar keinen Bock auf Klassenkampf hatte:

Kampf indessen, auch Klassenkampf, postuliert Bewußtsein auf beiden Seiten. Sonst verflüchtigt sich sein Begriff zu einer Abstraktion objektiver und undurchschauter Klassengegensätze, die nicht Subjekt und deshalb fürs Handeln gleichgültig werden. (1997, S. 185)

Und auch wenn der Chefdenker der Kritischen Theorie da etwas klarer sah als die ganzen neuen Linken, die überall ganz viel Klassenkampf mit revolutionären Tendenzen sahen – der eigentliche Witz der ganzen Sache ist ihm entgangen. Tatsächlich ist es nämlich so, dass der Interessengegensatz zwischen Arbeiter*innenklasse und Kapital sich überall da äußert, wo es um die Lohnhöhe, die Arbeitszeit und die Arbeitsbedingungen geht. Am Streit um Pinkelpausen, Atemschutzmasken oder Deadlines für Projekte z. B. ist sicher nichts revolutionär und um ihn zu führen, braucht mensch kein bisschen Klassenbewusstsein, nur eine volle Blase oder Nase oder Agenda.

Und auch die Gegenseite muss nicht wissen, was sie tut, um zu versuchen, die Kosten möglichst gering zu halten und mit möglichst wenig Arbeitskräften in möglichst wenig Zeit möglichst viel hinzukriegen. Dieser ganz undurchschaute ökonomische Klassenkampf wird dauernd „Subjekt“ in den Leuten, die sich jeden Tag um genau diesen Kram und vieles andere mehr beharken. Und für das Handeln gleichgültig ist das alles nun gar nicht.

★ *Ökonomischen Klassenkampf gibt's, auch wenn ihn niemand führen will. Die Arbeiter*innen können sich entscheiden, ob sie die Kampfansagen des Kapitals, die sich aus den ganz normalen Geschäftskalkulationen ergeben, unbeantwortet lassen – und ihre Lage damit verschlechtern.*

Die große Verwechslung: Politischer und ökonomischer Klassenkampf

Nun ist das bloße Weiterfunktionieren als Arbeiter*innenklasse im Kapitalismus ja eine eher triste Perspektive. Da wäre etwas anderes gefragt, z. B. dass die Arbeiter*innenklasse was Richtiges lernt, aufsteht und Schluss macht mit einer Wirtschaft, die ihr nichts als Hetze, Ärger, Krankheit, Verschleiß und Beschränkung einträgt. Und zwar indem sie dafür sorgt, dass ein anderes Wirtschaftssystem eingerichtet wird.

Das aber wäre *politischer Klassenkampf*, im Unterschied zum *ökonomischen Klassenkampf*, um den es bisher ging. Ökonomische Klassenkämpfe finden innerhalb einer Eigentumsordnung und Produktionsweise zwischen den Klassen statt. Bei ihnen geht es um den Anteil am Reichtum einer Gesellschaft und um die Arbeits- und Lebensbedingungen der jeweiligen Klassen. Beim politischen Klassenkampf geht es darum, ob die jeweilige Eigentumsordnung weiterbestehen oder durch eine andere ersetzt werden soll.²¹

Zwischen dem ökonomischen und dem politischen Klassenkampf im Kapitalismus gibt es nicht nur einen großen Unterschied, sondern leider auch keine notwendige Verbindung. Es ist das eine, dass es im Kapitalismus immer und notwendig und jeden Tag ökonomischen Klassenkampf gibt. Das Kapital kämpft um Rentabilität. Im Wettlauf mit der Konkurrenz versucht es, aus den Arbeitskräften herauszuholen, was herauszuholen ist. Und egal wie willfährig die Arbeiter*innenklasse so ist, schon um zu überleben, muss sie sich hin und wieder wehren, wenn sie nicht untergehen will.

²¹ Politischen Klassenkampf gibt es hin und wieder auch von den Kapitalist*innen und zwar nicht nur in vorkapitalistischen Ordnungen. Hin und wieder haben sich in brenzligen Situationen schon auch mal Kapitaleigentümer*innen zusammengetan, um die Eigentumsordnung gegen eine Arbeiter*innenbewegung zu verteidigen. Das sind aber eher Ausnahmen: Nicht nur, weil es so wenige brenzlige Situationen gab und gibt, sondern weil im Regelfall der Staat das schon aus ganz eigenem Interesse selber machte und keine Ermunterung oder Unterstützung durch die Kapitalist*innen benötigte.

Nur: Dass daraus häufig der Schluss gezogen würde, dass so eine Ordnung, in der mensch dauernd um Selbstverständlichkeiten kämpfen muss, bekloppt ist und abgeschafft gehört, das kann mensch leider nicht behaupten. Denn alle möglichen Leute machen ganz schön viel Erfahrungen mit diesen Umständen, lernen daraus aber nichts oder nur was Falsches. Ökonomischen Klassenkampf kann die Arbeiter*innenklasse halbwegs erfolgreich auch mit viel dummem Zeug im Kopf führen – wiewohl richtige Erkenntnisse über Grund und Formen der Auseinandersetzungen äußerst hilfreich sind und Illusionen sich zumeist bitter rächen.

Politischer Klassenkampf, in dem die kapitalistische Produktionsweise durch eine andere ersetzt wird – der findet in der Tat nur dann statt, wenn mensch zumindest erkannt hat, dass es eine Arbeiter*innenklasse gibt, die ihre Interessen gegen Kapital und Grundeigentum durchsetzen muss und dass das politische Konsequenzen haben muss. Auch politischen Klassenkampf kann mensch mit viel dummem Zeug im Kopf führen. Erfolge, die sich vernünftige Menschen wünschen können, sind aber schon fast ausgeschlossen, wenn die Theorie falsch ist. Soll beim politischen Klassenkampf der Arbeiter*innenklasse was Vernünftiges herauskommen, dann braucht mensch richtige Theorie. Ansonsten besteht die Gefahr, vom kapitalistischen Regen in die stalinistische Traufe zu kommen. Ökonomischen Klassenkampf gibt's, auch wenn ihn eigentlich niemand führen will. Politischen Klassenkampf muss mensch schon wollen.

Nur: Die meisten Arbeiter*innen wollen, wie gesagt, gar nicht. Denn eine Voraussetzung dafür ist, sich einzugestehen, dass die eigene individuelle Lage ätzend ist und zu begreifen, dass sie substantiell in der gesellschaftlichen Lage als Lohnarbeiter*in begründet ist (und dafür muss mensch mit den Ideologien brechen, die mensch sich so zugelegt hat).

Mensch muss zudem begreifen, dass die Lage als Lohnarbeiter*in die unterschiedlichsten Phänomene einschließt und diese nicht einfach daneben auch noch vorkommen: die Fragmentierung und Vielfältigkeit der Arbeiter*innenklasse selbst, in nicht so schlecht Verdienende und schlecht Bezahlte bis hin zu Arbeitslosen, wichtigen Expert*innen und Leiharbeiter*innen. Andere Sachen wie Geschlecht, Herkunft, Hautfarben, Staatsangehörigkeit, Glauben usw. können durch staatlichen

Beschluss oder gesellschaftliche Verhältnisse dafür sorgen, dass mensch es als Lohnarbeiter*in noch mal schwerer hat.

Auch wenn das individuelle Abschneiden in der Konkurrenz also verschieden ausfällt, muss mensch begreifen, dass die relativ Besserverdienenden kein Glück haben oder mensch selber froh sein kann, nicht so schlecht wie die Anderen dran zu sein. Sondern mensch muss deren Existenzunsicherheit in ihrer Besonderheit erkennen und den gemeinsamen Grund der Existenzunsicherheit begreifen: nämlich eigentumslose Verkäufer*innen der eigenen Arbeitskraft zu sein.

Dass uns niemand missversteht: Es geht gerade nicht darum, dass die Unterscheidungen nach Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft o.ä. „unwichtig“ wären – jeden Tag sterben Menschen, weil diese Sachen eine gesellschaftliche Relevanz haben. Es geht auch nicht darum, dass sie von irgendeinem „Hauptwiderspruch“ ablenken würden oder gar die „Kampfkraft der Arbeiterklasse“ schwächen.²² Die Besinnung auf das gemeinsame ökonomische Interesse ist notwendig, um den Kapitalismus abzuschaffen.

Will mensch das, dann lässt sich die Bekämpfung von Rassismus, Sexismus usw. gar nicht ausklammern. Zum einen sind alle diese Ideologien nur allzu häufig ein Weg, mit diesem System seinen Frieden zu machen. Zum Zweiten sind die Konsequenzen dieser und anderer Ideologien bzw. Verhaltensweisen so widerlich und brutal, dass das genug Grund ist, sich damit auseinanderzusetzen und sie zu bekämpfen. Zum Dritten will mensch doch nicht in einer Gesellschaft leben, in der zwar das Kapitalverhältnis aufgehoben ist, aber andere Scheiße auf der Tagesordnung bleibt. Denn diese Ideologien besitzen eben auch eine Selbstständigkeit und die Abschaffung des Kapitalismus entzieht zwar einige Grundlagen für diesen Dreck, ist aber nicht die Garantie für deren Abschaffung.

²² So wurde in den 1970er Jahren häufig argumentiert. Leute, die – zumeist aus falschen Gründen – mehr und anderes wollten als die verschiedenen marxistisch-leninistischen Parteien und Bünde, wurden oft darüber belehrt, dass es sich bei ihrem Anliegen nur um einen „Nebenwiderspruch“ handele, während der „Hauptwiderspruch“ immer noch der zwischen Kapitalisten und Arbeitern wäre, von „*innen“ war da zumeist nicht die Rede. Solange der nicht „gelöst“ sei – meistens durch einen Staat, der die Kapitalist*innen abschafft und die Arbeiter*innenklasse verstaatlicht, Verzeihung, befreit natürlich – sollten sich Frauen, Schwule, Ausländer*innen bitte hinten anstellen und Seit' an Seit' mit ihren sexistischen, homophoben und rassistischen Kolleg*innen für die Befreiung der Arbeiter*innenklasse kämpfen.

Die Proletarier aber haben in allen Ländern ein und dasselbe Interesse, einen und denselben Feind, einen und denselben Kampf vor sich (Engels 1958, S. 614)

– sofern sie verstehen, was ihr eigentliches Interesse sein müsste, wer darum ihr Gegner ist und welchen Kampf sie gegen wen und was wie zu führen haben.

Knapp vorbei? Voll daneben! – Die Sehnsucht nach dem besseren Kapitalismus

Alle wissen zwar, dass es in der kapitalistischen Ökonomie darum geht, aus Geld mehr Geld zu machen. Aber es ist höchst unpopulär, das so direkt auszusprechen. Lieber halten alle an dem Ideal fest, der Sinn und Zweck kapitalistischer Produktion, Geld verdienen, sei nur ein Mittel und habe eigentlich höheren Zwecken zu dienen.

Das eigentliche Ziel [guten Wirtschaftens] sind gute Produkte und Dienstleistungen sowie gute Arbeit im Dienste des Gemeinwohls²³

meint Stephan Ackermann, Bischof von Trier ganz im Sinne seines Dienstherrn: „*Das Geld muss dienen und nicht regieren*“. ²⁴ Schöner und blöder als die Oberpfaffen hätte das kein Gewerkschaftsmagazin sagen können. Da sind sie sich nämlich alle einig, die Politik, die Kirche, die bürgerlichen Wissenschaften, die Journaille, die Normalbürger*innen – und eben auch Interessensvertretungen der Arbeiter*innen.²⁵

Über den „höheren Zweck“ gehen die Meinungen dann auseinander. Gewerkschaften und Arbeiter*innen haben da oft die Vorstellung, der Kapitalismus sei so eine Art Versorgungsanstalt, das heißt „die Wirtschaft“ habe die Aufgabe, alle möglichen Leute mit allen möglichen guten Sachen zu versorgen. (Merkwürdig, dass das angebliche „Mittel“

²³ „Lasst uns die Einkommen begrenzen“, Interview, SZ v. 31.12.2012, S.21.

²⁴ Papst Franziskus I., „Evangelii gaudium“, SZ v. 27.11.2013, S.6.

²⁵ Und sogar viele Kapitalist*innen sehen das so: Einer Supermarktkette für Vegetarier*innen z. B. geht es nach Auskunft ihres Gründers „*nicht in erster Linie um Profit, sondern gleichrangig um Wertschätzung und Respekt gegenüber Produzenten und höchste, einwandfreie Qualität*“ („Böser, grüner Kapitalist“, SZ v. 20.02.2013, S.18). Schwer zu sagen, wo hier die Selbsttäuschung aufhört und die Heuchelei anfängt.

Kapitalismus permanent seinem angeblichen Zweck Versorgung in die Quere kommt, ihn verhindert und nachher sogar das genaue Gegenteil produziert. Aber das will so natürlich niemand sehen.)

Mit Idealen ist das so: Die machen nicht nur nicht satt, sondern auch blöd im Kopp. Zu besichtigen an den Gewerkschaften. Auch wenn sie die Bedingungen und Verlaufsformen kapitalistischer Produktion ganz gut kennen – sie wissen nicht und wollen auch nicht wissen, dass der gültige Zweck der Produktion nicht Bedürfnisbefriedigung, sondern Geldvermehrung ist. Deswegen kritisieren sie auch nicht den Kapitalismus, sondern höchstens Kapitalist*innen, denen sie ganz böse Dinge nachsagen („Gier“, „Profitsucht“), um sich zu erklären, warum die Gegenseite nicht einsieht, dass hohe Löhne, gute Arbeitsbedingungen und fröhliche Arbeiter*innen doch gut für alle wären.

Wo der Staat sein Interesse an einer gut funktionierenden nationalen Wirtschaft wichtiger findet als das Wohlergehen der Arbeiter*innen, sind Gewerkschaften immer ganz entsetzt über die „Fehler“, die die „Regierung“ macht.²⁶ Die Blindheit gegenüber dem Zweck kapitalistischer Produktion bringt nicht nur jede Menge Illusionen hervor, was alles möglich wäre, wenn alle guten Willens wären – sondern auch saublöde Vorwürfe gegen die Vertreter*innen des Kapitals und eine tiefe Sehnsucht nach einem starken Staat, der denen mal die Grenzen aufzeigt.

„Poor people gonna rise up – and take what’s theirs“²⁷: Schön wär’s.

Nun wird dieser ein bisschen trostlose Befund über das gegenwärtige Arbeiter*innenbewusstsein als aktuelle Zustandsbeschreibung nur von ganz wenigen Leuten bestritten werden. Aber was nicht ist, wird bestimmt noch werden, hoffen zumindest einige:

„Irgendwann muss irgendwie doch der Arbeiter*innenklasse mal ihre besch. . . eidene Lage zu Bewusstsein kommen!“

²⁶ An ihrem Glauben an der eigentlichen Aufgabe des Staates werden sie darum selbst dann nicht irre, wenn die Politik die Gewerkschaften und ihre Forderungen als das Problem definiert, warum die Nation nicht vorankommt – „Blockadepolitik“, „Forderungen ohne Augenmaß“ sind die Parolen gegen die angebliche gewerkschaftliche Übermacht, „verkrustete Strukturen des Arbeitsmarkts aufbrechen“, „überholte Besitzstände abschaffen“, heißen die entsprechenden Forderungen.

²⁷ Tracy Chapman 1988: „Talking ’Bout A Revolution“.

Was nicht alles müssen müsste. Ausgeschlossen ist es keineswegs, wünschenswert auch, tun sollte mensch dafür auch was – aber notwendig ist es nun leider gar nicht. Die vielfältigen Angebote, sich irgendwie zurechtzulegen, dass das alles schon so in Ordnung geht, werden gerne angenommen; ganz zu schweigen von jener langen Tradition der Bescheidenheit, die das Sich-Abfinden mit Elend und Verzicht zur Tugend verklärt hat.

„Aber angesichts der zerstörerischen Wirkung der Kapitalinteressen geht es doch gar nicht anders, als dass irgendwann überall die Erkenntnis wächst, dass es so nicht weitergehen darf!“, werden manche erwidern.

In seinen Krisen zeigt der Kapitalismus sicherlich regelmäßig noch ein paar hässliche Seiten zusätzlich, was dann auch ein paar Leute mehr auf Trab bringt. Aber anstatt das als Zusatzgrund zu nehmen, Kapitalismus abzuschaffen – der Normalbetrieb würde genug Anlässe liefern –, fällt den meisten Leuten nur ein, wie gut es vorher funktioniert hat. Und das zumeist unter Absehung von all den Sachen, über die sie sich damals beklagt haben. Regelmäßig hat die Sehnsucht Konjunktur, irgendwer möge das Kapital mal so einhegen, dass der Laden menschenfreundlicher und sozialer funktioniert.

Zur Geschichte des Kapitalismus gehören darum Phantasien und Polemiken gegen das „bloße Geldverdienen“ und die „Profitsucht“ dazu. Wenn sich in Umfragen über 60% der Leute gegen „Kapitalismus“ aussprechen, dann meinen die meisten damit nicht das Wirtschaftssystem, sondern kritisieren eine angeblich vorhandene *Geisteshaltung*, die den Profit *überbetont*.

„Na, das geht doch zumindest in die richtige Richtung, oder?“, werden nun wieder einige Leute sagen. Nee, leider gar nicht. Zwischen der weit verbreiteten Anklage, die Kapitalist*innen seien gierig und der Kritik, dass der Kapitalismus ein bedürfnisfeindliches System ist, gibt es keinen gemeinsamen Nenner. Denn es ist keineswegs so, dass das moralische Beschimpfen irgendwie eine „verkürzte“ Kritik wäre, die mensch nur noch zu verlängern, aufzupeppen oder anzureichern braucht, damit was Gescheites dabei herauskommt.

Die Anklagen „Gier“, „Profitsucht“ usw. kritisieren – ganz wie die guten alten Todsünden Völlerei, Wollust und Habgier – die Maßlosigkeit des Bedürfnisses nach Geldvermehrung der einen Seite. Dabei wird

nicht nur abgeleugnet oder ignoriert, dass diese Maßlosigkeit eben keine individuelle oder kollektive Macke ist, sondern aus dem Gewinnzweck und damit aus der Konkurrenz der Kapitale notwendig erwächst – was heißt, den gesellschaftlich gültigen Zweck der Produktion in eine moralische Verfehlung einzelner oder einer Gruppe zu verwandeln und damit die Produktionsweise insgesamt freizusprechen. Wer eine Gruppe für „Verfehlungen“ anhasst, hält ja eben daran fest, dass nicht das System falsch ist, sondern irgendwer Fehler macht. Letztlich ist die Botschaft: Wenn die Kapitalist*innen sich mal ein bisschen am Riemen rissen – oder am Riemen gerissen würden – dann könnte der ganze Laden doch zur allseitigen Zufriedenheit laufen. Oder verlängert: Alle sollen sich mal zurücknehmen, dann läuft es schon. Und das passt ja nun deutlich besser in einen katholischen Kindergarten als in eine linke Bewegung.

Die Sache ist sogar noch schlimmer: Der Gehalt dieser Kritik ist ja die Aufforderung, Bedürfnisse zu beschränken. Das mag ja zu allem Möglichen führen, aber wohl kaum zu einer Kritik, die die permanente Beschränkung von Bedürfnissen im Kapitalismus zum Anlass nimmt, die Beseitigung dieses Wirtschaftssystems zu fordern. Und es ist auch kein Zufall, dass solche Anklagen gegen die bösen Kapitalist*innen im Regelfall mit den kleinen Leute, der harten und ehrlichen Arbeit, dem bereits geübten oder noch zu erwartenden Verzicht argumentieren – also die Arbeiter*innen dafür loben und ihnen zugutehalten, dass sie nicht gierig sind und auch nichts Besonderes fordern, sondern nur einen „gerechten Lohn“. Das ist ein ganz schön vergiftetes Lob. Es fordert dazu auf, hinzunehmen, dass die eigenen Bedürfnisse nicht zum Zuge kommen und sich darauf auch noch etwas einzubilden. Für die Wahrnehmung und Durchsetzung eigener Bedürfnisse und Interessen kann es kaum ein schädlicheres Bewusstsein geben.

„Aber: Zeigen nicht die *„aktuellen Proteste“* gegen Regierungen und Banken, dass *„die Unterdrückten weltweit unter dem Kapitalismus und seinen Krisen zu leiden haben, aber auch, dass sie sich beginnen zu wehren“*?²⁸

In der Zeit, in der dieses Buch entstanden ist (2011–2014), war ganz schön viel los in der kapitalistischen Welt, und da wir nicht wissen,

²⁸ Beide Zitate aus: „Occupy Wall Street“: von der Bewegung zur (Welt)Revolution? Donnerstag, 13. Oktober 2011, <http://www.sozialismus.net/content/view/1691/1/>; eingesehen am 07.06.2014.

wann Du es liest, sei kurz daran erinnert: In Griechenland, Spanien und Frankreich tobten Streiks, in Großbritannien kam es zunächst zu etwas heftigeren Student*innenunruhen, später fanden dann Riots statt. Überall in Europa gingen Leute auf die Straße, meistens gegen „ihre“ Regierungen, die – um sich weiter zu günstigen Zinssätzen verschulden zu können – einen rigorosen Sparkurs gegen die ärmeren Teile der Gesellschaft durchzogen. In Israel zelteten Tausende gegen zu hohe Mieten und Preise und eine ganze „Occupy“-Bewegung kampierte in Nordamerika und Europa, um gegen die „Macht der Banken“ zu protestieren. In Deutschland war es – bis auf ein paar Prügeleien um einen Bahnhof in Stuttgart, die mit unserem Thema nix zu tun haben – wie üblich relativ ruhig.

Selten seit dem Fall der Mauer hatte der Kapitalismus so schlechte Umfragewerte. Das erzeugt Hoffnungen bei vielen, denen der ganze Laden nicht passt. Aber das ist, gerade bei Leuten, die sich irgendwie „marxistisch“²⁹ nennen, nichts Neues. Bis 1989, als der Staatssozialismus endgültig den Löffel abgab, waren viele überzeugt, dass alle Klassengesellschaften sozusagen einen eingebauten Selbstzerstörungsmechanismus haben. Weil die einen reich und die anderen arm sind, und die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, komme irgendwann der Punkt, wo’s knallt. Für manche war das auch schon genug Kapitalismuskritik und das ganze Lesen schlauer Bücher fast schon überflüssig:

Man soll den Marxismus nicht nur aus Büchern studieren, sondern hauptsächlich [sic!] durch den Klassenkampf, die Arbeitspraxis und die enge Fühlung mit den Arbeiter- und Bauernmassen. (Mao Zedong am 12.3.1957 (1967, S. 369))

²⁹ Und bei aller Freundschaft: Marx hat diesen Quatsch auch durchaus befeuert, wenn er zum Beispiel behauptete, eines Tages komme der Tag der Abrechnung: *„Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit der kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt“* (Marx 1977, S. 790 f.). Das ganze Unterkapitel ist mangelhaft und liefert sehnsüchtige Behauptungen, wie die schlechte Lage die Arbeiter*innen zur Revolution treibt. Das macht den Rest der Argumente nicht wertlos, zeigt aber, dass auch kluge Leute von ihren politischen Hoffnungen irreführt werden können und warum es sinnvoll ist, auf Begründungen zu bestehen, auch wo Leute ansonsten gute Sachen gemacht oder geliefert haben.

Aber nicht nur das: Mit der Grundüberzeugung, dass irgendwann alle Leute durch den Kapitalismus selbst gezwungen werden, ihn nicht mehr zu mögen, haben Linke jeden Protest irgendwie als Auftakt zu grundlegenden Veränderungen angesehen. Unabhängig davon was Leute jeweils wirklich wollten und dachten, war diesen Linken jede Unzufriedenheit mit irgendetwas in der Gesellschaft Unzufriedenheit mit dem Kapitalismus und damit irgendwie auch Teil des Klassenkampfes zwischen Arbeiter*innenklasse und „Bourgeoisie“.

Und zwar egal, ob das nun völlig nachvollziehbarer Zorn über miese Tarifabschlüsse, die mörderische Freundschaft des freien Westens mit irgendwelchen Diktatoren, die Aufrüstung des Staates nach innen und nach außen, Abtreibungsverbote und Gewalt gegen Frauen, Razzien in Schwulenkneipen, rassistische Polizeigewalt, Ärger mit Neonazis oder was auch immer war – oder jener stinknormale enttäuschte Nationalismus, den Staatsbürger*innen auch ganz ohne Gesellschaftskritik vorrätig haben. Sich mit den Anliegen inhaltlich zu befassen, fanden dann viele Linke eher unnötig. Wichtiger war ihnen, „den Massen“ aufzuzeigen, dass sie eigentlich was gegen ihre Bosse tun wollten, nur noch nicht drauf gekommen waren.

Dass eine vernünftige, befreite, bessere Gesellschaft von selbst kommt, auf jeden Fall, egal was Menschen so tun und denken – *das* glaubt heute nur noch eine Minderheit unter den Linken.³⁰ Dass aber die Proteste und Konflikte alles kleine Hoffnungsschimmer sind und viele Leute bei ihren Schulbesetzungen, Vorlesungsboykotten, Demonstrationen, Protestcamps und Arbeitskämpfen ganz viele Erfahrungen machen, die alle schon mal in die richtige Richtung weisen, dass glauben viele Linke irgendwie dann schon doch noch. Statt eines Selbstzerstörungsmechanismus nehmen sie also eine Art *Selbstbewusstwerdungsmechanismus* an.

Dahinter steckt die Überzeugung, die Leute – und damit natürlich immer auch die Arbeiter*innen – müssten doch irgendwie, irgendwann mal auf den Trichter kommen, dass hier was ganz Grundlegendes falsch läuft. Aber: Das geht davon aus, dass die Leute nicht nur unzufrieden sind, sondern dass diese Unzufriedenheit entweder ideologiefrei und in jede mögliche Richtung lenkbar ist oder sogar eigentlich in die richtige

³⁰ Wer sich über die Kritik an solchen Linken informieren will, siehe <https://gegen-kapital-und-nation.org/brosch%C3%BCre-texte-zum-realsozialismus/>

Richtung geht, nur nicht so ganz genau weiß, woran das jetzt alles liegt. Und diese Voraussetzung ist mehr als fragwürdig und nimmt nicht wirklich ernst, was die Menschen in kapitalistischen Gesellschaften sich so über Gott und die Welt zusammendenken.

Leider ist es aber so: Wer höheren Lohn fordert, kritisiert damit weder die eigene Abhängigkeit vom Kapital noch die Konkurrenz zwischen den Arbeiter*innen; auch nicht, dass es Geld braucht, um an Sachen zu kommen, also den Ausschluss durch das Privateigentum. Mensch will schlicht mehr Geld.

Und das teilen Streiks mit den meisten anderen Formen von Protest. Im Regelfall stellen da Leute, die im Namen von nationaler Größe und Wirtschaftswachstum geschädigt werden, bei genau den Institutionen, die sie schädigen, den Antrag doch mal rücksichtsvoller mit ihnen zu verfahren oder andere Leute mit Staatsgewalt zum rücksichtsvolleren Umgang mit ihnen zu zwingen. Immer frei nach dem Motto: „Helfen können nur die Täter – die haben ja die Macht“. Eine wirkliche Aufkündigung des schädlichen Gehorsams oder eine Kritik an den Zwängen, denen mensch sich aktiv zu fügen hat, wenn mensch in dieser Gesellschaft irgendwie überleben will, wird daraus eher selten. Was auch kein Wunder ist: Im allerseltensten Fall verkünden Protestierende selbstbewusst ein materielles Interesse, das sie gegen einen klar ausgemachten Gegenspieler, besser noch gegen bestimmte, durchschaute Verhältnisse durchsetzen wollen.

Fast immer in den letzten 70 Jahren³¹ geht der Protest von der Anspruchshaltung von Untertan*innen aus: *Weil* wir so gehorsame Staatsbürger*innen und fleißige Arbeitskräfte sind, haben wir es *verdient*, zu bekommen, was uns *rechtmäßig* zusteht, *damit* wir weiterhin unsere nützlichen Dienste verrichten können. Wenn denn der ganze Protest sich nicht gleich als Co-Manager aufspielt und Regierung und Unternehmen vorrechnet, wie gut es der Nation und dem Kapital bekommen würde, wenn ihrem Antrag stattgegeben wird. Also:

★ *Es gibt keinen automatischen, für viele leider und offensichtlich noch nicht mal einen naheliegenden Übergang vom ökonomischen zum*

³¹ Davor war es meistens nicht anders, hin und wieder aber doch. Wer Näheres dazu wissen will, sollte sich ebenfalls unter der Rubrik „Kritik des Realsozialismus“ auf unserer Webseite umtun.

politischen Klassenkampf; von anderen Formen staatsbürgerlicher Ent-rüstung gar nicht zu reden.

Nun heißt solch eine Ausgangslage nicht, dass in solchen Protestbewegungen Leute immer nur auf Schrott kommen und dabei stehen bleiben müssen. Selbstverständlich können sie z. B. anfangen, nach Gründen zu fragen, warum denn selbst ihr recht bescheidenes Begehren von den Zuständigen abgelehnt wird. Womöglich treffen sie auf Leute, die da ein paar Erklärungen anzubieten haben. Oder sie lesen tolle Bücher, Broschüren und Flugblätter, wo dazu Vernünftiges nachzulesen ist und machen sich da Gedanken drüber.

„Es ist noch niemand als Gesellschaftskritiker*in auf die Welt gekommen“, werden uns nun einige Leute missbilligend antworten, denen solche „arrogante“, „abstrakte“ und „total theoretische“ Kritik nicht schmeckt. Stimmt auffallend, eher sogar im Gegenteil: Ab Geburt sind Leute dem pädagogischen Trommelfeuer von Mamapapaomaopaonkel-tante ausgesetzt, die ja eher selten zu radikaler Kritik anregen wollen. Kindergärtner*innen und Lehrer*innen, die mit den Kleinen erstmal die Grundformen des rebellischen Denkens und Verhaltens einüben, sind ja wohl auch eher die Ausnahme. Und wenn wir das nicht ganz falsch mitbekommen haben, sind die Zeiten, in denen mensch mit der Kritik an Kapital und Nation zumindest an der Uni noch einen Hauptseminarschein ergattern konnte, eher vorbei. Radikale Kritik müssen Leute sich erstmal beibringen. Und genau *darum* ist es falsch und schädlich zu glauben, „Erfahrungen“ in sozialen Bewegungen seien ungemein „bewusstseinsbildend“.

Als ob „Erfahrungen“ automatisch irgendwelche Überlegungen korrigieren oder auch nur neutralisieren würden; als ob ein verlorener oder gewonnener Kampf die Leute automatisch klüger machen würde. Aus Niederlagen kann der Schluss gezogen werden, das eben nichts geht und alles sinnlos war oder dass mensch beim nächsten Mal bescheidener auftreten sollte, um die Verantwortlichen nicht durch zu „radikale Forderungen“ vor den Kopf zu stoßen. Es kann aber auch genauso gut geschlussfolgert werden, dass mensch beim nächsten Mal rechtzeitig die doofen Sozialdemokrat*innen verdrängen sollte, die bis zuletzt auf den guten Willen der Gegenseite gehofft hatten. Und wo mal ein begrenzter Erfolg erreicht wird, können Leute doch genauso gut auf den Schluss kommen, dass alles eine Frage des Engagements ist und an einem Sys-

tem, in dem solche Erfolge möglich sind, doch nicht alles schlecht sein kann. Oder: Der bescheidene Erfolg macht Appetit auf mehr, weil er ahnen lässt, was gehen könnte.³²

Kurzum: ★ *Aus Erfahrungen folgt keine Interpretation, aus der Lage kein Bewusstsein.* Und darum kann der gleiche gescheiterte Streik für die einen der Anstoß zur Radikalisierung sein und die anderen völlig demoralisieren.

„Also haltet ihr Bewegung und Protest für egal“, hören wir immer wieder als Vorwurf. Das ist ein Missverständnis. Dass Leute sich gegen bestimmte Zumutungen wehren, ist gut und richtig und wie wir bereits dargelegt haben, manchmal zum Überleben schlichtweg notwendig. Besser wäre es aber, sie würden die Sachen auch als die Zumutungen sehen, die sie sind und sich nach den Gründen dafür fragen, statt irgendwen anzumeckern, da habe wohl jemand nur „den Profit“ im Kopf. Und es wäre einiges gewonnen, wenn Leute, die in solche Bewegungen hineingehen, um vernünftige Sachen zu verbreiten, sich nicht dauernd einreden würden, eigentlich wären doch alle schon auf der richtigen Seite.

Dann, aber eben auch nur dann, könnte nämlich wirklich mal mehr draus werden.

³² Was wir nicht bestreiten wollen ist, dass Leute, wenn sie etwas ausprobieren – zum Beispiel sich mal nicht an die Regeln halten und dann merken, das ihnen nicht gleich der Himmel auf den Kopf fällt – mutiger werden können und dass durch das praktische Infragestellen von Autoritäten auch die theoretische Kritik zusätzlichen Schwung bekommen kann. Aber auch das steckt nicht in der Erfahrung selber, sondern liegt an der Auswertung der Erfahrung. Und dass Freiräume und dass Ausbrechen aus dem Alltagstrott das kritische Denken noch ganz anders befeuern können – ganz simpel, weil mal Zeit dazu da ist –, sollte nie dazu verleiten, nur noch Freiräume zu erkämpfen und den Alltagstrott zu stören, ohne Angebote zum kritischen Denken zu formulieren. Günstige Voraussetzungen für radikale Kritik schaffen ist etwas anderes, als sie zu verbreiten.

Literatur

Adorno 1997

ADORNO, Theodor W.: Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute. In: *Schriften I*. Frankfurt/M., 1997 (Gesammelte Schriften 8)

Brecht 1967

BRECHT, Bertolt: „Und ich dachte immer“. In: *Gedichte 3*. Frankfurt/M, 1967 (Gesammelte Werke 10)

Engels 1958

ENGELS, Friedrich: Das Fest der Nationen in London. (Ende 1845). In: INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): *September 1844 – Februar 1846*. Berlin : Dietz Verlag, 1958 (MEW 2)

Mao Tse-Tung (Zedong) 1967

MAO TSE-TUNG (ZEDONG): *Worte des Vorsitzenden*. Peking, 1967

Marx 1977

MARX, Karl ; INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): *Das Kapital. Erstes Buch. Kritik der politischen Ökonomie*. 12. Aufl. (nach d. 4. Aufl. v. 1890). Berlin : Dietz Verlag, 1977 (MEW 23)

Marx u. Engels 1972

MARX, Karl ; ENGELS, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. In: INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER SED (Hrsg.): *Mai 1846 - März 1848*. Berlin : Dietz Verlag, 1972 (MEW 4), S. 459–493

7 Umweltverschmutzung – Der große Müllhaufen der kurzen kapitalistischen Geschichte

Die Umwelt wurde in den letzten 200 Jahren dramatisch verändert und kaum noch jemand bestreitet negative Auswirkungen für die Menschen. Die weltweite Waldfläche wurde auf fast die Hälfte reduziert, im Pazifischen Ozean schwimmt eine Schicht aus Plastikmüll von der Größe Indiens¹, Wissenschaftler*innen gehen von einem menschenverursachten Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur von zwei bis fünf Grad bis zum Jahr 2100 aus, was Dürre, Stürme und Überflutungen zur Folge hat, sowie das deutlich erhöhte Aussterben von vielen Tier- und Pflanzenarten.

Aus den verschiedensten Gründen wenden sich Menschen gegen diese Tendenz. Die ersten Umweltschutzbewegungen gründeten sich im 19. Jahrhundert. Viele Staaten haben sich inzwischen ein Umweltministerium geschaffen, in der BRD ist sogar eine grüne zur „Volkspartei“ geworden, eine Organisation wie der WWF hat heute fünf Millionen Unterstützer*innen und die „internationale Gemeinschaft“ streitet seit zwei Jahrzehnten auf Konferenzen darüber, wessen Unternehmen wie sehr die Atmosphäre belasten dürfen.

Natur

Für viele Leute ist die Natur ein „Wert an sich“, also prinzipiell schützenswert. Aber was soll da geschützt werden? Erstmal macht es keinen

¹ Die französische Weltraumagentur CNES schätzt die Ausbreitung des „siebten Kontinents“ auf 3,4 Millionen Quadratkilometer. Der meiste Müll schwimmt unter der Wasseroberfläche und ist nur von Booten aus zu sehen. Eine für 2012 geplante Expedition in das Gebiet scheiterte daran, dass eine Plastiktüte die Wasserpumpe des gecharterten Schiffes verstopfte. Das Bundesumweltamt schätzt den Abfall in den Weltmeeren auf bis zu 140 Millionen Tonnen, berichtet „Die Welt“ am 15.03.2013 (<http://www.welt.de/wissenschaft/umwelt/article116208107/Unerforschter-Kontinent-aus-Plastikmuell-im-Pazifik.html>; eingesehen am 07.06.2014).

Sinn, all die Erscheinungen der belebten und unbelebten Natur als einheitliches Ganzes zu verstehen. Dass Kontinente sich verschieben, Atome zerfallen, Löwen Antilopen verspeisen und in Bäumen Photosynthese stattfindet, hat nichts miteinander zu tun, außer dass das alles den Naturgesetzen unterworfen ist und erstmal auch ohne die Tätigkeit von Menschen passiert. Unabhängig von Menschen sind auch gar keine Bewertungsmaßstäbe in der Welt: Für wen sollte denn da etwas geschützt werden? Erst Menschen können sich, wenn sie das einmal für einen Wert halten, über so etwas wie „reine Natur“ freuen.

Eine andere Vorstellung ist, „die Natur“ hätte so etwas wie einen geheimen Plan und würde eigentlich alles am besten regeln. Aber Natur ist eben keine Einheit und erst recht kein Subjekt: Was in der Natur passiert, passiert ziellos. Dass z. B. viele Tiere so fantastisch „angepasst“ erscheinen, hat eine Jahrmillionen lange Geschichte des Aussterbens all derjenigen zum Vorlauf, die nicht zufällig zu den Bedingungen der Umgebung passten. Natur regelt „sich“ auch nicht „selber“, wie manchmal behauptet wird. In der Natur gibt es keine wirklichen Gleichgewichte oder geschlossenen Kreisläufe; immer wieder werden ganze Populationen und Lebensräume für immer zerstört. Und dass Natur einfach so gut tut, stimmt offensichtlich auch nicht.

So ist es z. B. eine schwierige und im Zweifelsfall tödliche Sache, den Winter in nördlichen Breiten ohne Haus und künstliche Wärme zu verbringen; eine Reihe von Gemüsesorten enthält Giftstoffe, die erst durch Erhitzen verschwinden; um sich vor Infektionskrankheiten zu schützen, braucht man Medizin usw. Die allermeisten Bedürfnisse von Menschen sind besser zu befriedigen, wenn dazu Natur verändert wurde. Nichts in der natürlichen Umwelt des Menschen verläuft planvoll, allerdings folgen die Naturvorgänge Gesetzen. Und diese Naturgesetze kann der Mensch verstehen lernen, um sie für sich zu nutzen und sich ein schönes Leben einzurichten.

Was uns an Umweltverschmutzung stört

Dass das nicht einfach so passiert, ist es, was uns stört: dass die moderne Naturbeherrschung in dieser Gesellschaft nicht einfach eine le-

bensfreundlichere Umwelt zur Folge hat, sondern oft das Gegenteil.² Das meinen wir, wenn wir hier von Umweltverschmutzung reden: Wenn die Umwelt der Menschen so verändert wird, dass sie für diese lebensfeindlich wird. Dazu zählen dann nicht nur die „reine Natur“, sondern z. B. auch Häuser, in denen Asbest verbaut wurde.³ Längst ist es zur Normalität geworden, davon auszugehen, mit Nahrung aus dem Supermarkt auch Gifte aufzunehmen. Millionen Menschen leben mit dem „Restrisiko“, bei einer atomaren Katastrophe umzukommen, Leute nehmen Feinstaub mit der Luft auf, Schwermetalle mit dem Wasser usw. usf. Ein guter Grund, sich einmal ganz gründlich über die Gesellschaft Gedanken zu machen, in der das alles passiert. Leider kommen die meisten Menschen hierbei zu falschen Erklärungen.

Wie erklären sich Leute die Umweltverschmutzung?

Manchmal kommt die simple Diagnose „der Mensch“ sei schuld. Das wird von manchen Leuten für eine ausreichende Erklärung gehalten und Karikaturen und Demonstrationsplakate zeigen dann „den Menschen“ als Parasiten am „Organismus Erde“. Die Feststellung, dass für die Umweltverschmutzung Menschen verantwortlich sind, unterscheidet aber gar nicht zwischen Leuten, die eine Plastiktüte in den Straßengraben schmeißen, Staaten, die Atomkraftwerke bauen lassen, Konzernen, die ganze Landstriche vergiften und nennt erst recht nicht die Gründe dafür.

Eine weitere Vorstellung ist, dass der Grund in der Industrialisierung oder der „menschlichen Zivilisation“ läge, dass also die fortschreitende Naturbeherrschung in Form von Dampfmaschine und der Schaffung von Fabriken usw. der Grund sei. Diese Vorstellung ignoriert, dass moderne Produktion ja durchaus möglich ist, ohne die Umwelt damit lebensfeindlich zu machen; dass das Wissen und die technischen Mög-

² Wenn sich die Öffentlichkeit mit dem Thema befasst, ist oft ein anderes Kriterium zu hören: Der Klimawandel koste soundsoviel Milliarden Euro, der Klimawandel wird der Wirtschaft schaden. Hier wird der Schaden der Naturveränderung nicht an den Bedürfnissen der Menschen festgemacht, sondern am dauerhaften Profit.

³ 1898 soll ein englischer Fabrikinspekteur das erste Mal vor dem Baustoff Asbest gewarnt haben. Laut UN sterben heute noch ca. 100 000 Menschen jährlich an asbesttypischen Krankheiten, 1 500 davon in der BRD (Angaben nach „Zeit Online“ 2009 (<http://www.zeit.de/2009/06/Asbest>) und 2014 (<http://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2014-03/asbest-krebs-berufskrankheit>), beide eingesehen am 07.06.2014).

lichkeiten dazu vorhanden sind, das aber bis heute in den meisten Fällen nicht gemacht wird.

Viele meinen auch, zuviel Konsum oder die „Wohlstandsgesellschaft“ seien das Problem. „Wir“ seien zu „gierig“, heißt es dann. Dass aber die Konsumentin alles andere als souveräne Auftraggeberin der Produktion ist, haben wir im zweiten Kapitel (S. 25 ff.) gezeigt. Sie ist mit ihrem in den meisten Fällen bescheidenen Lohn auf billige Ware angewiesen und kann in ihrer Rolle als Käuferin nicht auf die Verhältnisse einwirken, unter denen gesamtgesellschaftlich produziert wird. Auch meinen Leute, dass es sich bei den „Umweltsünder*innen“ um *schlechte* Unternehmen handelt, die *zu viel* Profit wollen. Im Profitzweck der Unternehmen hat die Umweltverschmutzung tatsächlich ihren Grund. Allerdings ist, wie wir im 3. Kapitel (S. 65 ff.) gezeigt haben, der Profit ein maßloser Zweck, den alle Unternehmen mit Notwendigkeit verfolgen. Ein Unternehmen, dass es sich über symbolische PR-Maßnahmen hinaus leistet, auf die Schädigung der Umwelt zu verzichten, erreicht sein Ziel nicht.⁴

Die Gründe für Umweltverschmutzung – natürliche Ressourcen in der Profitkalkulation des Kapitals

Für Unternehmen im Kapitalismus ist die Umwelt erstmal Quelle von Rohstoffen, Produktionsort und Ort, an dem man unbrauchbare Reste hinterlassen kann; in besonderen Fällen auch unmittelbarer Energielieferant, wie etwa bei einem Wasserkraftwerk.

In der Profitrechnung soll der Verkauf der Waren einen möglichst hohen Überschuss über die Kosten der Produktion einspielen. Es lohnt sich in dieser Rechnung Kosten einzusparen oder gar nicht erst aufzuwenden, solange der Warenverkauf nicht darunter leidet.

So kommen dann die entsprechenden Kalkulationen zustande: Wenn das auslaufende Öl weniger einbringen würde als es kostet, neue Pipelines aufzustellen, bleibt es eben bei den maroden. Auch die drohende Unbrauchbarmachung von ganzen Landstrichen beim Absaugen von Grundwasser für künstliche Bewässerung ist für das einzelne Unternehmen kein Grund, schonender mit der Umwelt umzugehen, solange es weiterwandern kann. Häufen sich in der Nähe einer Chemiefabrik die

⁴ Wenn es darauf nicht gerade sein Geschäft aufbaut – siehe „Die Biobranche“.

Leukämiefälle, dann ist das für die Profitrate auch egal. Und selbst wenn dem Unternehmen klar ist, dass die Aktion in 10 Jahren auf es selber zurückfällt, stellt sich zuerst die Frage, ob es sich die sonst anfallenden Kosten zum jetzigen Stand der Konkurrenz überhaupt leisten kann. So sind Fischer zum Beispiel dabei, die Fischbestände auszurotten, von denen sie abhängen. Solange sie aber in der Weltmarktkonkurrenz bestehen müssen und von ihren aktuellen Einnahmen leben, wollen sie das natürlich nicht ändern.

Zugleich liegt in der Profitrechnung der Grund für Maßnahmen von Unternehmen, die in der Öffentlichkeit als „Nachhaltigkeit“ bewundert werden. So ist zum Beispiel das Recycling von Aluminium ein gutes Geschäft, da es sehr viel aufwändiger ist, das Metall aus Erz zu gewinnen als bereits verwendetes einzuschmelzen und zu reinigen. Auch können Abfallstoffe der Produktion oft von anderen Betrieben als Rohstoff genutzt werden, wie zum Beispiel der Abfall der Lebensmittelproduktion als Tiernahrung. Allerdings steht auch hier immer der Profit und damit die Kostenfrage an erster Stelle. Lohnen sich die Ausgaben für Sammlung, Aufbereitung, Transport usw. der Nebenprodukte? So kommt es dann auch dazu, dass bei steigenden Rohstoffpreisen, wie z. B. aktuell bei Kupfer, die Recyclinganstrengungen plötzlich viel größer werden. Recycelt wird also dann, wenn die beteiligten Unternehmen einen Profit damit machen können. Ist das nicht der Fall, landet alles auf der Mülldeponie oder direkt in der Natur.

Neben dem Fehler, aus den Aktionen der Unternehmen eine Einstellungsfrage zu machen,⁵ wird in der Öffentlichkeit übersehen, dass „Nachhaltigkeit“ auch nicht immer etwas Gutes ist. Erst recht dann nicht, wenn sie sich kapitalistischen Berechnungen verdankt: So sind z. B. die Skandale um Dioxin im Futtermittel für Hühner Folge einer solchen Kalkulation. Hier wurden für die Herstellung von Tierfutterfetten technische Fette benutzt, die als Abfall aus der Biodieselproduktion stammen. Wenn in der Produktion Rohstoffe verwendet werden, bei denen der Überschuss über die Ausgaben gesteigert werden kann, wenn der Verbrauch geringer ist, wird außerdem penibel darauf geachtet, dass nicht zu viel Reste entstehen. Die Arbeit wird dann entsprechend härter: Neben dem Anspruch, möglichst schnell zu sein, muss die arbei-

⁵ Gerne wird hier die Beschwerde geführt, es fehle an „langfristigem Denken“.

tende Person dann auch noch darauf achten, sparsam mit dem Rohstoff umzugehen.

Man sieht also: Ist der Zweck der Produktion der Profit, dann finden gleichzeitig Verschwendung und Sparsamkeit statt, je nachdem, ob der Überschuss durch die entsprechende Umgangsform erhöht wird. Beides ist kein Grund zur Freude.

Die Biobranche

Auch die Biobranche folgt denselben Profitkalkulationen wie der Rest der Unternehmen. Ihr Geschäftsfeld lebt davon, dass andere Hersteller*innen so viel Umwelt verschmutzen und ungesunde und schädliche Produkte herstellen. Viele Menschen, die es sich leisten können, kaufen lieber Produkte, bei denen sie sich sicherer vor Giften fühlen. Außerdem können viele von ihnen damit ihre falsche, moralische Vorstellung, jeder Einzelne müsse nur sein Konsumverhalten ändern, damit alles gut würde, bedienen.⁶ Sie bezahlen mehr Geld dafür, dass teurere, aber umweltschonendere Produktionsmethoden angewendet werden, sodass sich auch mit diesen Profit machen lässt. Die immer wieder auftauchenden Skandale in der Biobranche zeigen, dass auch hier an jeder Ecke für den Gewinn gespart wird. So kommt auch die Vielfalt der Siegel⁷ und der ständige Streit um die „richtigen“ Standards zustande: Wer mit weniger Aufwand seine Produkte als „bio“ verkaufen kann, hat einen Vorteil.

Staatlicher Umweltschutz

Wenn die Umweltverschmutzung überhandnimmt und die Grundlagen der nationalen Wirtschaft bedroht, tritt der Staat auf den Plan.⁸ So wie das Kapital ständig die Tendenz hat, die lohnabhängigen Menschen durch die Arbeitsbedingungen so zu vernutzen, dass sie sich nicht mehr

⁶ Der Anspruch an andere, der damit in der Welt ist, ist zynisch: Leuten, die gucken müssen, wie am Ende des Monats noch Geld da ist, vorzuwerfen, dass sie keine Fairtrade-Preise usw. bezahlen.

⁷ „Die Organisation Verbraucher Initiative [sic!] hat mehr als 400 Gütesiegel und Standards für nachhaltige Produkte gesammelt“ („Die Zeit“, 31.05.2010, <http://www.zeit.de/2010/21/E-Oekosiegel>; eingesehen am 09.06.2014).

⁸ Entweder kommt er von alleine darauf oder Umweltschützer weisen ihn auf sein bedrohtes Wohl hin.

erhalten können, ist es auch gegenüber seiner anderen Grundlage, der Natur, so zersetzend aktiv, dass es auf Dauer seine eigene Existenz bedroht. Als Konkurrenzteilnehmer können sich die einzelnen Unternehmen aber nicht auf den gemeinsamen Schutz der Grundlagen ihres Wirtschaftens einigen, sodass der regelnde Staat für sie in Aktion tritt. So wird dann ein Umweltministerium gegründet und mit Vorschriften, Standards und Grenzwerten in jedem Bereich geregelt, wie viel Müll in der Natur landen, wie viel Gift in Nahrungsmitteln, wie hoch die Strahlenbelastung durch Atomkraftwerke sein darf usw.

Der Staat verhält sich hier als Gesamtmanager des nationalen Kapitalismus und macht dabei eine **Güterabwägung**: Auf der einen Seite beschränkt er die Profitrechnungen der Unternehmen, belastet sie mit Umweltauflagen, damit für die Unternehmen die *Grundlagen* dafür erhalten bleiben, dauerhaft Profit machen zu können. Auf der anderen Seite – in der Wirtschaftspolitik – will der Staat, dass das nationale Kapitalwachstum insgesamt kräftig ausfällt und tut einiges dafür, dass sich die Wachstumszahlen verbessern. Hier *unterstellt* der Staat, dass das Wachstum klappt und fragt sich nur, wie es mehr werden kann. Mit diesem Blick entdeckt er dann die Umweltauflagen wiederum als Hindernis, wenn sie als Kostenbelastung für die Unternehmen Prozentpunkte im Kapitalwachstum bedeuten.

Beide Seiten wägt der Staat oder die Regierung immer wieder gegeneinander ab und so kommt es dann dazu, dass die Umweltauflagen nicht allzu streng ausfallen oder kontrolliert werden und den Menschen daher eine lebensfeindliche Umwelt auf Dauer erhalten bleibt. Zudem: Der Staat verhängt bei einer Übertretung von Auflagen meist eine Geldstrafe, sodass Unternehmen dann wieder ihre Kalkulation aufmachen und sich die Frage stellen: Sind die gesparten Kosten durch die Verschmutzung höher als die zu befürchtende Strafe, wenn man denn überhaupt erwischt wird? Hier beschränkt der Staat das Kapital also, damit es erhalten bleibt und dabei kräftig wachsen kann. Das Ergebnis bleibt meist eine lebensfeindliche Umwelt. Wie das analog auch für die Betreuung der Arbeiter*innenklasse funktioniert, davon handelt das nächste Kapitel. Dort wird anhand des Sozialstaates die eben erwähnte Güterabwägung zwischen der Sicherstellung der Grundlagen des Kapitalismus und der Förderung des Wirtschaftswachstums ausführlicher erklärt.

8 „Na, dir werd ich helfen“: Sozialstaat

*Was bislang geschah: Der Kapitalismus sorgt für eine permanente Existenzunsicherheit der Lohnarbeiter*innen (Kapitel 3, 4 und 5). Mit ökonomischen Kämpfen innerhalb des Systems muss die Arbeiter*innenklasse dafür streiten, überhaupt überleben zu können. Sie trägt so dazu bei, eine Lohnarbeiter*innenschaft zu erhalten, die funktional für einen entwickelten Kapitalismus ist, wie in Kapitel 6 gezeigt. Dort wurde bereits auf die widersprüchliche Haltung des Staates gegenüber Streiks hingewiesen. In diesem Kapitel wird gezeigt, wie der Staat die moderne Massenarmut so betreut, dass sie funktional bleibt. Damit soll auch die Frage beantwortet werden, ob der Staat der richtige Ansprechpartner für die Lohnabhängigen ist.*

Als vom Lohn abhängig macht der Großteil der Bevölkerung mit dem Sozialstaat Bekanntschaft. Die Gesundheitsversorgung und die Rente wird über Sozialkassen abgewickelt. Für den Fall der Arbeitslosigkeit zahlen die Beschäftigten ebenfalls in eine Kasse ein. Im Falle dauerhafter Arbeitslosigkeit erhalten sie vom Staat eine Grundversorgung, in der BRD bekannt unter dem Namen Hartz IV. Diese durch den Staat organisierten und teils finanzierten Maßnahmen werden von den meisten Menschen als Schutz vor der Armut wahrgenommen. Hier zeige sich, dass der Staat kein einseitiger Klassenstaat mehr sei. Für diese politische Meinung muss man dann aber schon über zwei, drei Sachen hinwegsehen.

Zunächst braucht es ja nur dort eine derart umfangreiche ‚Hilfe‘ für arme Menschen, wenn Armut dauerhaft vorhanden ist und immer wieder hergestellt wird. Wer also den Sozialstaat als Errungenschaft preist, der hat sich damit abgefunden, dass trotz immensem Wissen über die Natur und Technik immer massenhaft Menschen nicht in der Lage sind, von ihrer Arbeit zu leben. Armut lindern ist eben nicht dasselbe wie Armut abschaffen.

Zweitens muss man bei der Tatsache, dass die Lohnabhängigen überhaupt eine Unterstützung erhalten, darüber hinwegsehen, wie knapp

bemessen die sozialstaatlichen Leistungen sind. Statt zu fragen, wobei und wozu der Staat die Mittellosen mit seinen kleinlich errechneten Zahlungen unterstützt, stellt sich Zufriedenheit angesichts der Vorstellung ein, dass alles noch schlechter sein könnte.

Dabei drücken Politiker*innen und Medien in verschiedenen Varianten explizit aus, dass es bei den sozialstaatlichen Maßnahmen eh nicht um die Probleme des Einzelnen geht. Es dominiert die Rede davon, dass es den Sozialstaat wegen des Zusammenhalts in der Gesellschaft brauche, oder dass die Leute gleich für „die Wirtschaft“ brauchbar bleiben sollen. Sie sagen so indirekt: Damit der Kapitalismus klappt, der dauernd Armut hervorbringt, braucht es eine Betreuung der Armut für den Kapitalismus.

Im weiteren Verlauf soll anhand der Beispiele Arbeitslosengeld I und Hartz IV in der BRD unsere These begründet werden:

★ *Der Staat als Sozialstaat ist eine Hilfe für arme Menschen, damit sie als arme Menschen im Kapitalismus leben können. Er ist eine Hilfe für die Lohnabhängigen, damit sie als Lohnabhängige im Kapitalismus leben können. Er ist eine unverzichtbare Institution für die Aufrechterhaltung einer modernen Massenarmut, die der Kapitalismus schafft und braucht.¹ Der Sozialstaat ist keine Hilfe und kein Schutz für Menschen, die ihre materiellen Bedürfnisse befriedigen und sich dabei entwickeln wollen.*

Vor dieser Begründung soll aber noch eine andere Frage gestellt werden: Die Vorstellung vom schützenden Sozialstaat unterstellt, dass der Staat die Armut einfach vorfindet. Stimmt das eigentlich?

¹ Mit Armut ist hier zwar auch, aber nicht nur Arbeitslosigkeit angesprochen. Mit arm ist die gesamte Klasse der Lohnabhängigen gemeint. Siehe dazu das fünfte Kapitel „Einfach Klasse? Warum’s die Arbeiterklasse noch gibt, auch wenn niemand über sie reden will“, Abschnitt „Armut in armen Ländern – Armut in reichen Ländern“ auf S. 149 ff.

Wie der Staat die Kreaturen schafft, die er bündigt

Teil 1 – Eigentümer*innen

als Lizenzträger*innen staatlicher Gewalt

Im Geschichtsunterricht ist der Manchesterkapitalismus in der Regel Pflichtprogramm. Ohne Beschönigungen wird dargestellt, wie Arbeiter*innen aller Altersschichten sich im 19. Jahrhundert buchstäblich zu Tode schufteten. Warum ging es damals so in Europa zu? Weil der Staat noch nicht richtig reguliert hätte, so die erwartete Antwort in der Klassenarbeit. Alle haben ein paar Horrorszenarien im Kopf, wenn sie sich die Frage vorlegen: Was wäre, wenn es keinen Staat gäbe? Vielen Bürger*innen ist die Rede vom „Vater Staat“ geläufig und dabei wird die politische Gewalt als schützende und fürsorgliche Instanz gedacht.

Eine Grundlage dieses Gedankens ist: Wer zahlt so wenig Lohn, dass man von der Arbeit nicht leben kann? Wer lässt die Arbeiter*innen so lange und so intensiv arbeiten, dass sie ihre Gesundheit ruinieren? Wer hält sich nicht an die Lohnverträge? Wer entlässt die Lohnabhängigen und macht sie brotlos? Das sind die Unternehmen, die auch gerne „die Wirtschaft“ genannt werden. Die Wirtschaft bedrängt die Lohnarbeitenden, nicht der Staat. Spiegelbildlich: Wer setzt sich (zumindest auch mal) für höhere Löhne (z. B. Mindestlohn) ein? Wer beschränkt den Arbeitstag und verordnet Pausen und Urlaub? Wer sorgt dafür, dass Verträge eingehalten werden? Wer kümmert sich um die Arbeitslosen? Niemals die Wirtschaft, sondern der Staat. Wenn die Wirtschaft in dieser Richtung etwas macht, dann weil der Staat sie dazu zwingt.

Bevor aber diese „Kooperation“ von Kapital und Lohnarbeit stattfinden kann, die dann so unschöne Resultate hervorbringt, ist logisch schon einiges durch den Staat gelaufen:

Die konfliktreiche Zusammenarbeit beruht darauf, dass die Lohnarbeitenden kein sachliches oder geldmäßiges Eigentum haben, mit dem sie am Markt Geld erzielen können. Sie haben dafür nur ihre Dienstbarkeit, also ihre Arbeitskraft anzubieten. Das Kapital beruht drauf, dass Eigentümer*innen vorhanden sind, die über sachliches und vor allem geldmäßiges Eigentum verfügen, das sie selbst nicht zum Leben brauchen. Sie haben Geld übrig in einem Umfang, der es erlaubt,

Arbeiter*innen, Produktionsmittel oder Boden zu erwerben, die dann zusammen das investierte Eigentum vermehren sollen.

Die Übereinkunft, Geld gegen Arbeitskraft, setzt den gegenseitigen Respekt vor dem jeweiligen Eigentum der Anderen voraus. Die Unternehmen müssen akzeptieren, dass es die eigene Entscheidung der Arbeiter*innen ist, für das Unternehmen zu arbeiten oder nicht. Die Lohnabhängigen müssen akzeptieren, dass alleine das Unternehmen entscheidet, was es mit seinem Geld anstellen will. Beide Seiten wollen aber gerade an das andere Eigentum heran. Und beide Seiten verweigern im ersten Schritt genau das wechselseitige Zugreifen. Weil im Eigentum selbst immer schon der Gegensatz enthalten ist, muss der Respekt den Eigentümer*innen aufgeherrscht werden.

Flächendeckend geht das nur durch eine Instanz, die selber nicht um geldmäßiges Eigentum konkurriert, und das ist der Staat. Damit das Eigentum geachtet wird, verbietet der Staat beiden Seiten, den Willen des Gegenübers mit privater Gewalt zu brechen. Die Arbeiter*innen dürfen den Kapitalist*innen nicht die Knarre vorhalten und einfach Geld klauen. Die Kapitalist*innen dürfen die Lohnarbeiter*innen nicht mit der Knarre im Betrieb einsperren.

Indem der Staat das Privateigentum mit seiner Gewalt garantiert, verbietet er den Einsatz von privater Gewalt, um die Privatinteressen durchzusetzen. Dafür bietet er seine **Gewalt** zugleich umfangreich an: Er macht Lohnarbeiter*innen wie Kapitalist*innen zu Lizenzträger*innen staatlicher Gewalt, wenn sie mit ihrem Privateigentum aufeinander losgehen.

★ *Der Staat findet also Lohnarbeiter*innen und Kapitalist*innen nicht einfach vor, sondern macht mit seiner Garantie des Privateigentums den ersten entscheidenden Beitrag zur Existenz dieser Figuren.*

Wie viel Eigentum jemand sein eigen nennt, dazu stellt sich der Staat dabei erstmal gleichgültig. Er garantiert zunächst nur, dass es das Eigentum flächendeckend gibt und dass es respektiert wird. Gleichgültig ist aber nicht dasselbe wie – es ist ihm egal. Wenn er das Eigentum garantiert und von den mengenmäßigen Unterschieden absieht, dann kommt es ihm darauf an, dass die Unterschiede produktiv werden. Unternehmen gibt es nur, wenn es mittellose Menschen gibt. Lohnarbeit gibt es nur, wenn es reiche Eigentümer*innen gibt. In der Gleichgültigkeit unterstellt der Staat die unterschiedliche Ausstattung mit Eigentum. In

der Gleichgültigkeit sorgt dann die Konkurrenz für die entsprechende Wiederkehr dieser Unterschiede. ★ *Das Erzwingen des Respekts vor Eigentum und die Gleichgültigkeit gegenüber der Aufteilung ist seine Art und Weise, den Kapitalismus als eine Wirtschaftsweise praktisch zu befürworten, bei der Mittellose und Eigentümer*innen so eigenartig zusammenkommen.*

Privateigentum ist kein **Sachzwang** für den Staat. Mit dem Eigentum schafft er Sachzwänge für alle Bürger*innen: Sie müssen alle Geld verdienen mit dem Eigentum, das sie bereits haben. Dieser Sachzwang fällt dann unterschiedlich aus, je nach dem Umfang des schon vorhandenen Privateigentums. Die einen *müssen* ihre Arbeitskraft verkaufen. Die anderen *können* ihre Arbeitskraft verkaufen oder mit ihrem Geld Arbeitskraft einkaufen, Waren produzieren oder Dienstleistungen anbieten und damit das Geld vermehren. Weil Lohnarbeit scheiße ist und vergleichbar wenig bringt, betätigen sich diejenigen, die es können, als Kapitalist*innen.

Teil 2: Vertragspartner*innen als Lizenzträger*innen staatlicher Gewalt

Im Vertrag respektieren beide Seiten das Eigentum der anderen Seite und werden sich darüber einig, was beide Seiten jeweils geben müssen, damit beide Seiten nehmen dürfen. Lohnarbeitende bekommen Geld und Unternehmen bekommen das zeitweise Kommando über die Arbeitskraft. Zugleich bleibt der Wunsch des Unternehmens, kein Geld wegzugeben, weil der Profit ja der Überschuss über den Vorschuss ist. Je weniger Lohn also, desto mehr bleibt bei der verkauften Ware beim Unternehmen. Der Lohnarbeitende hat gute Gründe sich nicht kommandieren zu lassen. Nur weil sich beide Seiten im Vertrag einig geworden sind, heißt das nicht, dass die gegensätzlichen Willen nicht mehr da wären. Wieder ist es der Staat, der beide Seiten dazu zwingen muss, sich an die Vereinbarungen zu halten, die sie freiwillig eingegangen sind. Das merkt man alleine daran, dass Lohnarbeitende häufig über die gewerkschaftliche Rechtsschutzversicherung einen Anwalt bemühen müssen, um bei Gericht den vollen Lohn oder den vollen Urlaub zu bekommen. Aber auch überall dort, wo nicht geklagt wird, halten sich die Parteien an die Abmachungen, weil der Staat als drohende Instanz permanent mit dabei ist.

Rechtssicherheit ist ein Zustand, in dem man sich grob drauf verlassen kann, dass Verträge eingehalten werden oder zumindest einklagbar sind.

★ *Im Kapitalismus gibt es zwar viel Lug und Betrug, aber die allgemeinen armutsbefördernden Wirkungen des Kapitalismus resultieren aus dem Respekt vor dem Eigentum und dem Einhalten von Verträgen. Was dabei passiert und warum Armut herauskommt, davon handelte bislang dieses Buch.*

Wenn aber Eigentumslosigkeit, niedrige Löhne, gesundheitsverzehrende Arbeit, wenig Freizeit oder gar Arbeitslosigkeit, kurzum Armut, Resultat des kapitalistischen Wirtschaftens sind, dann soll hier betont werden: Der Staat findet nicht einfach Armut vor, mit der er sonst nichts zu tun hat. Er verordnet einen Verkehr unter den Menschen, der die Kreaturen Lohnarbeiter*innen und Kapitalist*innen und damit Armut notwendig hervorbringt – und dies nicht ein Mal vor 200 Jahren, sondern jeden Tag aufs Neue. Der Staat sorgt so für die Armut, die er dann vorfindet.

★ *Der Staat findet insgesamt den Kapitalismus als gesellschaftliches ökonomisches Verhältnis nicht einfach vor, sondern setzt es permanent mit seiner Gewalt buchstäblich ins Recht. Mit der bloßen Eigentums-garantie, dem Vertragsrecht und deren rechtlicher Ausgestaltung, die ganze Gesetzesbücher füllt, ist der Staat aber nicht am Ende mit seinem politischen Beitrag zur kapitalistischen Ökonomie. Selbst die potenten Geldeigentümer*innen können auf dieser Grundlage gar nicht so einfach loswirtschaften. Verkehrswege, gar eine eigene Autobahnauffahrt und andere Infrastruktur, wie eine flächendeckende, günstige Stromversorgung, bekommen sie gar nicht im nötigen Umfang für ihre Kapitalinteressen zustande. Der Staat ist hier helfend aktiv, damit sich auf dieser Grundlage die Investitionen der Privaten lohnen. Er verspricht dabei keinem*r einzelnen Kapitalist*in, dass der Betrieb erfolgreich sein wird – Betriebspleiten gehören zur von ihm gestifteten Konkurrenz der Kapitale nunmal dazu.*

Mit dem gleichen Blick geht er auf die lohnabhängige Klasse zu. Arbeiter*innen wird keineswegs versprochen, dass sie mit ihrem Geschäft, dem Verkauf von Dienstbarkeit, gut über die Runden kommen. Der Staat tut aber viel dafür, dass eine Existenz als Lohnarbeiter*in

prinzipiell möglich wird. Wie und in welchem Maße soll im Folgenden erläutert werden.

Um zuvor auf die Ausgangsfrage zurückzukommen: Findet der Staat die gesellschaftliche Armut einfach vor oder ist er nicht selber Urheber der Armut? Die Antwort lautet: beides. ★ *Der Staat schafft die Kreaturen Lohnarbeit*innen und Kapitalist*innen, und deren freies Wirken bringt die Armut hervor. Die findet dann der Staat vor und reagiert. Wenn er die Lohnabhängigen ‚schützt‘, dann vor Wirkungen, die der Staat selbst initiiert. Der Kapitalismus ist also nicht einfach eine Ökonomie, sondern er ist politische Ökonomie.*

Das Arbeitslosengeld 1: Wer hilft hier wem und warum?

Beschäftigte Lohnarbeiter*innen beziehen häufig einen so niedrigen Lohn, dass sie davon schon kaum leben können. Er reicht dann erst recht nicht, um sich für die schlechten Zeiten Geld zurücklegen zu können. Schlechte Zeiten sind also auch vorhanden, wenn die Arbeiter*innen beschäftigt sind, garantiert sind sie aber, wenn sie gar nicht arbeiten dürfen oder können: bei Krankheit, im Alter oder eben schlicht durch den Umstand, dass sie für den Profit nicht (mehr) gebraucht werden.

Schon mit den **Kündigungsschutzgesetzen** interveniert hier der Staat mit einer sozialstaatlichen Maßnahme. Diese definieren aber nur, unter welchen Bedingungen ein Unternehmen seine Angestellten entlassen und brotlos machen kann. Die Gesetze schützen nicht vor Arbeitslosigkeit, wie die tagtäglichen Berichte von Entlassungen faktisch zeigen. Sie bieten den Lohnabhängigen in bestimmten Fällen den Schutz vor Entlassungen, wenn das Unternehmen noch Gewinne macht. So soll es Lohnabhängigen möglich gemacht werden, mit ihrer Einkommensquelle eine wie auch immer bescheidende Lebensführung zu planen. Das hat aber keine Berechtigung mehr, wenn das Unternehmen keine Gewinne mehr macht. Daher ist es auch folgerichtig, wenn der Staat davon ausgeht, dass die Wirtschaftsweise, die er ins Leben ruft und über die er regiert, immer wieder und dauerhaft Arbeitslose schafft. Wer Kündigungsschutzgesetze sagt, sagt auch Arbeitslosigkeit.

Das **Arbeitslosengeld 1** (ALG I) ist dann eine weitere Masche im sozialstaatlichen Netz. Wer mindestens ein Jahr beschäftigt war und in

die Arbeitslosenkasse eingezahlt hat, erhält für eine bestimmte Zeit das ALG I.

Die Mitgliedschaft in dieser Versicherung überlässt die BRD keinem Zufall. Diejenigen, die viel verdienen, dürfen frei entscheiden, ob sie in die Versicherung einzahlen wollen oder nicht. Wer wenig verdient, wird schlicht gezwungen, in diese Vorsorge für die Arbeitslosigkeit einzuzahlen. (Von den Ausnahmen im Niedriglohnbereich, die die BRD in den letzten Jahren geschaffen hat, wird hier abgesehen).

Der Staat traut diesen Lohnabhängigen zu Recht nicht zu, dass sie von selbst drauf kommen, Vorsorge zu treffen. Wenn am Ende des Lohns noch so viel Monat übrig ist, dann kann man nichts zurücklegen.

Dem Staat ist das in Gestalt seiner Sozialpolitiker*innen nicht entgangen und ‚hilft‘ den Lohnabhängigen bei der Vorsorge, indem er sie zu dieser zwingt. Der Staat misstraut der Lage der Lohnarbeitenden derart, dass er sich den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gleich vom Unternehmen überweisen lässt, damit die Lohnabhängigen das Geld nicht verplempern.

Die Höhe des ALG I orientiert sich an der Höhe des Lohnes, den der ehemals Beschäftigte zuvor verdient hat; mit einem Abschlag um 30–40 %. Eine, die vorher 1000 Euro verdient hat, erhält etwa 600 Euro ALG I, einer der 3000 Euro verdient hat, etwa 1800 Euro ALG I.

Der Abschlag vom bisherigen Einkommen nötigt die Arbeitslosen, ihre Lebensführung neu zu sortieren. Je nach vorheriger Lohnhöhe entfällt der Restaurant- oder Kneipenbesuch, die Mitgliedschaft in dem einen oder anderen Verein wird gekündigt. Der Computer, der vielleicht mal wieder neu gekauft werden müsste, muss jetzt erstmal warten. Gründe genug für die Lohnabhängigen, sich nach einem neuen Arbeitsplatz umzuschauen. Auf der anderen Seite sorgt die Verknüpfung von Lohn und Arbeitslosengeld dafür, dass man seine Wohnung oder sein Auto nicht gleich verkaufen muss. Auch die Computerfachzeitschrift, die man für seinen bisherigen Beruf brauchte, muss nicht gleich abbestellt werden, wenn man an anderer Ecke spart. Eine kontinuierliche Lebensführung relativ zu dem, was es an privater Infrastruktur für den bisherigen Job brauchte, soll in der bisherigen Region bei einigem Gürtel-enger-schnallen, erhalten bleiben. Als Versicherungsleistung dürfen ALG-I-Bezieher*innen Vermögen, das sie angesammelt haben, behalten, was ebenfalls zu einer solchen Lebensführung beiträgt.

Dass es beim Arbeitslosengeld 1 um diese kontinuierliche Lebensführung relativ zum Beruf geht, zeigt sich auch an den Bedingungen, die der Staat an den Bezug knüpft. Er erwartet, dass man sich bemüht, in den Wirtschaftsprozess wieder reinzukommen, der einen gerade ausgespuckt hat. Man muss nachweisen, dass man sich um freie Stellen auf dem Arbeitsmarkt bewirbt. Die Agentur hilft dabei, indem sie die Arbeitslosen mit Stellenangeboten versorgt. Dabei werden für das ALG I Kriterien definiert, welche Stellen zumutbar sind (§121, Sozialgesetzbuch III). Indirekt ist damit rechtlich geregelt, welche Stellen von Arbeitslosen abgelehnt werden können, ohne dass sie ihr Recht auf ALG I verlieren. Für die erste Zeit muss man Stellen, deren Lohn deutlich niedriger ausfällt als zuvor oder die außerhalb der Region liegen, in der man wohnt, nicht annehmen. Ein*e Automechaniker*in aus Norddeutschland, braucht so keinen Call-Center-Job anzunehmen, auch kein Angebot einer Werkstatt aus Bayern.

Die Regeln der zumutbaren Arbeit sind indirekt ein **Qualifikationsschutz**, d.h. eine gewisse Garantie, dass man sich als Lohnarbeiter*in darauf konzentrieren darf, in dem bisherigen Beruf wieder eine Anstellung zu finden. Der Staat zeichnet hier das kapitalistische Phänomen der **vorübergehenden Arbeitslosigkeit** nach. Die eine Werkstatt braucht den*die Mechaniker*in gerade nicht, vielleicht aber wieder in drei Monaten. Oder eine andere Werkstatt in der Region sucht gerade händeringend nach einem*r qualifizierten Mechaniker*in.

Die ‚Hilfe‘ der Sozialkasse, die der Staat organisiert, ist also nicht nur eine Unterstützung für den Lohnabhängigen in seinem Versuch, sich als Lohnabhängiger durchs Leben zu schlagen, sondern zugleich eine für die Unternehmen. Wenn Menschen schon eine Ausbildung genossen und Berufserfahrung haben, dann sollen sie auch denjenigen Unternehmen zur Verfügung stehen, die sie brauchen. Die Logik des Profits schließt ein, dass Arbeiter*innen brotlos gemacht werden. Die Logik schließt ein, dass die Unternehmen sich nicht weiter um die arbeitslosen Existenzen kümmern. Die Logik schließt ein, dass die Unternehmen immer wieder auf qualifizierte Arbeiter*innen zurückgreifen können. ★ *Mit der staatlichen Hilfe für die Arbeitslosen unterstützt er also die Rechnungsweisen des Kapitals.*

Nach ein paar Monaten ALG I wird der Staat weniger kulant. Ab jetzt wird gefordert – und die Agentur sorgt schon für die entsprechen-

den Angebote – , bundesweit Stellen an- und einen Umzug in Kauf zu nehmen. Die Lohnhöhe der angebotenen Stellen, die man ablehnen kann, wird in zwei weiteren Schritten gesenkt. Wenn die Arbeitslosen also innerhalb von ein paar Monaten zu ihren alten Konditionen keine neuen Stellen angetreten haben, dann scheint dem Staat die Arbeitslosigkeit nicht mehr ganz so vorübergehend zu sein.

Dieser Prozess der **Dequalifizierung** ging bis zu den Hartz-IV-Reformen noch seinen Zwischenschritt über die Arbeitslosenhilfe. Seit dem 01.01.2005 ist der Bruch radikaler. Wenn das ALG I abgelaufen ist, beginnt das ALG II – besser bekannt unter Hartz IV.

Das ALG II: Fordern und Fördern wozu?

Im Unterschied zum ALG I ist die Höhe des ALG II nicht entlang des ehemaligen Lohnes berechnet. Wenn man antragsberechtigt ist, bekommt man den Krankenkassenbeitrag, die Miete bis zu einem bestimmten Betrag und dann noch einen Restbetrag zur minimalen Lebensführung ausbezahlt. Einen Qualifikationsschutz gibt es so gut wie gar nicht mehr. Man muss jeden Job annehmen – egal was man vorher mal gelernt oder gemacht hat.² Ein Vermögen in Gestalt einer Geldrücklage, eines Hauses oder eines Autos darf man nur begrenzt sein Eigentum nennen. Bevor der Staat hier eine Unterstützung gewährt, muss man ein zu wertvolles Auto verkaufen, das Geld aufbrauchen, und erst später fängt der Staat dann an die Unterstützungsleistung zu zahlen.

Im Vergleich zum ALG I sollen die ALG II-Bezieher*innen ihren Gürtel noch enger schnallen und der Druck, jeden Job anzunehmen, verschärft sich entsprechend.³ Man kommt mit dem Geld einfach kaum über die Runden, was sich schon daran zeigt, dass sich viele ALG II-Bezieher*innen um die 1-Euro-Jobs reißen und gar nicht sonderlich

² Eine der wenigen Ausnahmen ist z. B. dann vorhanden, wenn der neue Job droht die alten Berufsfähigkeiten unwiderruflich zu zerstören. Wer wie z. B. Klavierspieler*innen ein bisschen filigrane Hände braucht, soll auf dem Bau sich nicht die Hände ruinieren.

³ 60– 70 % des bisherigen Lohnes (ALG I) können weniger Geld sein als der feste ALG-II-Satz, wenn der Lohn entsprechend niedrig war. Dass viele ALG I-Bezieher*innen weniger Geld bekommen als ALG II-Bezieher*innen, ist Resultat der Lohnentwicklung der letzten Jahre. Diese ALG-I-Bezieher*innen können ergänzend ALG II beantragen, verlieren damit aber automatisch jeden Qualifikationsschutz.

dazu gezwungen werden müssen, um wenigstens 100 Euro mehr in der Tasche zu haben.

Mit diesen Konditionen schmiegt sich die BRD zunächst an zwei weitere Resultate kapitalistischer Arbeitslosigkeit und an eine besondere Art der Beschäftigung an:

Erstens verändert der kapitalistische Einsatz von Maschinerie und die kapitalistische Konkurrenz mittels neuer Produkte den Bedarf an bestimmten Fähigkeiten der Lohnarbeiter*innen. Wenn die Arbeitsprozesse in der Maschinerie standardisiert und vorgegeben sind, benötigt es nur noch einige wenige qualifizierte Arbeiter*innen, die sich technisch mit der Maschine auskennen, zugleich mehr unqualifizierte Arbeiter*innen, die der Maschine einfach zuarbeiten.

Zweitens können ganze Industriezweige in der Konkurrenz auch weitgehend zugrunde gehen, wie Fischerei, Bergbau oder Textilindustrie. Die Vorteile des internationalen Freihandels für andere Branchen waren der BRD einfach wichtiger als der Schutz dieser Branchen durch Zölle, Steuern oder Subventionen.

In beiden Fällen bleiben zuvor gebrauchte qualifizierte Arbeitskräfte übrig, die entsprechend ihrer Spezialisierung auch im Konjunkturaufschwung nicht mehr gebraucht werden. Wenn die Arbeiter*innen nach dem Bezug ihres ALG I immer noch keinen Arbeitsplatz in ihren bisherigen Branchen gefunden haben, dann ist das der BRD Beweis genug, dass diese Arbeitslosen sich neu orientieren sollten. Woanders gibt's ja vielleicht noch Bedarf und der Staat schubst die Menschen mit den verschärften Konditionen des ALG II zu den suchenden Branchen.

Auch in diesem Falle ist die Überbrückungshilfe für die Lohnabhängigen eine Hilfe für die Unternehmenswelt in ihrer Suche nach passenden Arbeitskräften.

Das ALG II umrahmt aber auch eine besondere Form der Beschäftigung: Unternehmen kann der Lohn nicht niedrig genug sein. Dass Lohnabhängige von ihrer Arbeit, wie schlecht auch immer, leben können, muss im ökonomischen Klassenkampf gegen die Unternehmen durchgesetzt werden.⁴ Oder der Staat muss Mindestlöhne erzwingen. Es geht aber auch anders: Die Unternehmen bezahlen Löhne, von denen Lohnabhängige nicht überleben können. Die Lohnabhängigen beantragen

⁴ Siehe das sechste Kapitel, Abschnitt „Daß du untergehst, wenn du dich nicht wehrst / Das wirst du doch einsehen“, S. 163.

ergänzend ALG II und kommen dann mehr schlecht als recht über die Runden. Der Staat stockt hier den minimalen Mindestbetrag zum Leben auf. Ein nicht kleiner Teil der Arbeiterklasse in der BRD kommt so über die Runden.

Der Staat hilft hier den arbeitenden Lohnabhängigen, als arme Menschen zu leben. Er hilft damit zugleich den Unternehmen in ihrem Wunsch nach Niedriglöhnen, ohne dass die Arbeiterklasse darüber kaputt geht – die das Kapital doch braucht.

Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist

Der Staat setzt mit dem Eigentum und dem Vertragsrecht die elementaren Voraussetzungen für die Existenz von konkurrierenden Privateigentümern. Anhand der Sozialleistungen ALG I und ALG II wurde aufgezeigt, dass die ökonomische Figur Lohnarbeiter*in erst mit der Staatsfürsorge dauerhaft als Lohnarbeiter*in existieren kann.

★ *Der Staat hilft nicht den Menschen in ihrem Interesse an einer gesicherten materiellen Bedürfnisbefriedigung mit Entwicklungsperspektive, sondern er hilft mittellosen Menschen, eine Existenz als Lohnarbeiter*in zu führen. Daher sind die sozialstaatlichen Leistungen zugleich eine Hilfe für das Kapital. Auch wenn die Manager*innen das nie einsehen, gelingen ihre kapitalistischen Unternehmungen nur, wenn der Staat dafür sorgt, dass die Gleichgültigkeit gegen das Überleben der Menschen aufgefangen wird.*

Der Staat zeigt sich hier als „ideeller Gesamtkapitalist“.⁵ Er ist es nur „ideell“, weil er praktisch, also reell, gar kein Geld vorschießt, um hinterher durch verkaufte Waren und Dienstleistungen einen Profit zu erzielen. Im Gegenteil gibt er ja gerade Geld für Sachen aus, die sich für ein Unternehmen unmittelbar gerade nicht lohnen. Er ist insofern ein „Kapitalist“, als er von seiner Gesellschaft will, dass insgesamt ein

⁵ Die Argumente in diesem Absatz und dem folgenden Abschnitt gelten auch dafür, wie der Staat das Verhältnis Umweltschutz und Wirtschaftswachstum behandelt. Am Ende des letzten Kapitels „Umweltverschmutzung – Der große Müllhaufen der kurzen kapitalistischen Geschichte“ (S. 201) wurde auf die Güterabwägung bei Umweltauflagen hingewiesen. Hier kann man sich daran erinnern und mit etwas Phantasie und mit anderen Beispielen im Kopf überall, wo von der „Arbeitskraft“ die Rede ist, einfach „Umwelt“ einfügen, „Sozialstaat“ durch „Umweltpolitik“ ersetzen und „Sozialstaatsillusionen“ durch „Umweltschutzillusionen“.

immer höheres in Geld bemessenes Wachstum zustande kommt. So weiß noch jede Regierungspartei, dass die Förderung des nationalen Wachstums das A und O der Politik ist. Der Staat ist ein „Gesamtkapitalist“, weil er Sachen für das kapitalistische Wachstum organisiert, die kein „Einzelkapitalist“, also kein Unternehmen, zustande bekommt. Die Logik des Einzelkapitals ruiniert die Arbeitskraft so, dass sie nicht mehr brauchbar ist. Dabei braucht doch das Unternehmen Arbeitskräfte, die einigermaßen in Schuss sind. Zusammengefasst:

★ *Die kapitalistische Wirtschaftsweise als national erfolgreiche ist der Zweck des Staates. Die nationale Ökonomie ist der Goldesel, aus dem der Staat seine Macht bezieht. Mit den sozialstaatlichen Maßnahmen begleitet er nicht einfach ein Projekt, mit dem er sonst nichts zu tun hätte, sondern setzt so sein eigenes Projekt durch.*

Sozialstaat wirtschaftspolitisch gewendet – Quell linker Sozialstaatsillusionen

Indem der Staat einen Sozialstaat organisiert, verfügt er selbst über beachtliche Lohnbestandteile in Form von Sozialversicherungsbeiträgen. Die Gesetze, die bestimmen, wie hoch die Beiträge sind, wie hoch die Leistungen ausfallen, wer unter welchen Bedingungen ALG I oder ALG II bekommt, lassen sich mit parlamentarischer Mehrheit verändern. Diese Gesetze geraten daher auch immer in den Blickwinkel der Politik, wenn sie **Wirtschaftspolitik** betreiben will. Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, das Wachstum des nationalen Kapitals zu verbessern. In diesem Ziel ist *unterstellt*, dass das Wachstum überhaupt geht, also z. B. eine brauchbare Arbeiter*innenklasse durch die sozialstaatlichen Leistungen insgesamt vorhanden ist. Jetzt ist nur die Frage, wie die Kapitale noch besser Gewinne machen können.

Und von diesem Blick aus erscheinen alle Sozialstaatsmaßnahmen als Hindernis. Die Beiträge belasten die Unternehmen, weil es für sie schlicht Lohnkosten sind. In diesem Sinne sehen sie sich auch durch die Leistungen des Sozialstaates belastet, insofern die Ausgaben die Einnahmen bestimmen. Dass Arbeitslose unter bestimmten Umständen zeitweise auch mal Qualifikationsschutz genießen, erscheint wie eine Hängematte. Den Druck zu erhöhen oder die Leistungen zu kürzen,

erscheint als sinnvoll, damit die Arbeitslosen bei der Jobsuche nicht so anspruchsvoll sind und sich auch mit weniger zufrieden geben.

Das hat dann auch eine Folgewirkung auf alle Beschäftigten. Wie verzweifelt sich die Arbeitslosen nach jedem Job zu jeder Lohnhöhe strecken müssen, wirkt auf bestehende Löhne und gewerkschaftliche Kämpfe. Gerade die Hartz IV-Reformen waren hier ein eindrucksvolles Zeugnis, wie der Staat mit dem Sozialstaat mächtig zum Lohnsenken beitragen kann. Nur:

★ *Der Zweck des Sozialstaates ist nicht das Lohnsenken, sondern die Ermöglichung der Einkommensquelle Lohnarbeit. Dass der Sozialstaat für wirtschaftspolitische Manöver benutzt werden kann, ist eine logische Folgewirkung.*

Dies sehen Linke anders, die den „Abbau des Sozialstaates“ beklagen, anstatt einen Umbau festzustellen. Indem sie am bestehenden Sozialstaat durch einen Vergleich zum Vorher nur die Verschlechterung der Konditionen für die Lohnabhängigen festhalten (und seit den 1970er in der BRD ist dies die faktische Tendenz), übersehen sie den zynischen Gehalt des Sozialstaates überhaupt. Sie kommen dann auf Forderungen, wie Hartz IV abschaffen – als wenn der Sozialstaat in den 1990er Jahren etwas Gutes gewesen wäre.

★ *Sie wollen mehr Staat bzw. Sozialstaat und rufen so den Mitverursacher und Betreuer der Armut als rettende Instanz an.*

Eine letzte Zielgruppe des ALG II: Ökonomisch unbrauchbar & trotzdem nicht vergessen

Während bislang an den Leistungen und den Zielgruppen aufgezeigt werden konnte, dass die Lohnarbeitenden wieder in die Beschäftigung kommen sollen, sieht es bei einer dritten Gruppe des ALG II anders aus. Der Staat hat nämlich bemerkt, dass es eine sogenannte „**strukturelle Arbeitslosigkeit**“ gibt. Das Kapital sorgt nicht nur dafür, dass einige Branchen weniger Arbeitskräfte brauchen, dafür andere Branchen wachsen und mehr brauchen. Dauerhaft gibt es Lohnabhängige, die das Kapital überhaupt nicht (mehr) braucht. Insgesamt gibt es in jeder Branche das Bedürfnis, die Lohnstückkosten zu senken. Durch den Einsatz neuer Maschinerie können weniger Arbeiter*innen die gleiche

Warenmenge hervorbringen und wenn der Preis der neuen Maschine entsprechend ist, dann sind die Kosten eine Ware herzustellen (Maschinerie + Lohn + Rohstoffe) geringer. Unternehmen können dann die einzelne Ware billiger anbieten, den Markt erobern und dadurch einen höheren Profit erzielen. Der Vorteil ist vorübergehend, wenn die Konkurrent*innen das Gleiche machen und im Stand der Technik nachziehen. Das ist dann aber nur der Ansporn, wiederum mit Rationalisierungen einen neuen Vorteil zu erreichen.

So sorgen alle Unternehmen dafür, dass insgesamt weniger Arbeitskräfte gebraucht werden und die arbeitslosen Opfer der Rationalisierung keine neue Beschäftigung finden. Wenn Unternehmen dann ihre Produktion mit den Gewinnen ausweiten, werden auch neue Arbeitskräfte gebraucht. Ein neuer Arbeitsplatz, der dem Unternehmen mehr Gewinn bringen und nicht einfach Beschäftigung schaffen soll, kostet jetzt aber mehr. Denn ein neuer Arbeitsplatz kostet das Unternehmen nicht nur den Lohn, sondern auch entsprechend den Aufwand der neuen Maschinerie, um den*die Arbeiter*in arbeiten zu lassen. In der Regel sind die effektiveren Maschinen teurer als die alte Technik und so kostet ein neuer Arbeitsplatz so schon mehr Geld als einer mit der alten Technik.

Weiter verbraucht ein*e Arbeiter*in an einem Tag viel mehr Rohstoffe als unter der alten Technik. Eine*n Arbeiter*in arbeiten zu lassen, erhöht also auch nach dieser Seite den Kapitalvorschuss. Die dauerhaften Rationalisierungsbemühungen der Unternehmen setzen also massenhaft Arbeiter*innen auf die Straße und dieselben Bemühungen haben zur Konsequenz, dass die Schaffung neuer Arbeitsplätze tendenziell immer höhere Geldauslagen verlangen. So schafft das Kapital ein Arbeitslosenheer, das nicht als Reservearmee für zukünftige Investitionsoffensiven funktioniert, sondern ein Heer dauerhaft nicht gebrauchter Arbeiter*innen. Das ist die Systematik an der „strukturellen Arbeitslosigkeit“.

Diese Gruppe finanziert die BRD ebenfalls mit dem ALG II und verlangt von ihnen die Sisyphusarbeit, ständig Bewerbungsschreiben rauszuschicken, Maßnahmen der Arbeitsagentur mitzumachen, auf Kommando beim Arbeitsamt zu erscheinen und für eine Abwesenheit vom Wohnort quasi Urlaub zu beantragen. Der ‚Nutzen‘ des ALG II für diese Menschen ist, dass sie nicht einfach verhungern, sondern als Armutsgefallen überleben können. Der Nutzen fürs Kapital besteht höchstens

indirekt, weil die Masse an Arbeitslosen auf den Lohn derjenigen drückt, die das Kapital doch wieder einstellt. Ansonsten werden sie aber nicht gebraucht und ihre Bewerbungsschreiben mit einer längeren Lücke im Lebenslauf gleich ausgemustert.

Während der Staat als quasi nationaler Gesamtunternehmer bei den anderen Arbeitslosen schon darauf abzielt, sie für den nationalen kapitalistischen Zirkus zu erhalten, ist hier das Interesse ein anderes. Menschen, die auf Dauer kein Unternehmen haben will und damit in dieser Gesellschaft völlig perspektivlos sind, sollen angehalten werden, weiter als bürgerliche Konkurrenzsubjekte zu kalkulieren. Sie haben immer noch etwas zu verlieren, so die Botschaft des Staates – nämlich das bisschen ALG II. Sie sind angehalten, unter Drohung der Leistungskürzung, sich weiter an das Gesetz und die guten Sitten zu halten. Sie sollen aus eigenem Interesse heraus weiter Danke und Bitte sagen. Noch bei denjenigen, die anschaulich nichts von dieser Gesellschaft haben, will der Staat Anhaltspunkte bieten, warum es sich lohnen würde, aus eigenem Interesse heraus, Anstand zu bewahren. Auch der **soziale Friede** gehört zu einem funktionierenden Kapitalismus dazu.

Das Gegenteil zum sozialen Frieden, den der Staat damit befördern will, ist nicht gleich die Revolution, wie manche Linke glauben. So zeugten z. B. die Riots in den französischen Vorstädten 2005 nicht von revolutionären Absichten. Dort haben Menschen schlicht Kindergärten, Schulen, Jugendzentren und Polizeistationen demoliert. Man kann daran bemerken, wie dauerhaft arbeitslose Menschen diejenigen Institutionen der Gesellschaft angriffen, mit denen sie überhaupt in der Praxis in Kontakt treten. Sie griffen also durchaus irgendwie die Gesellschaft an, machten sie als ihren Gegner aus. Zugleich kann man bemerken, wie ziellos diese Riots waren, wenn Zerstörung die ganze Aktion ist. Hier waren Menschen unterwegs, die die Gesellschaft nicht mehr als Chance, sondern nur noch als Gegner ausmachten. Die Reaktion des Staates war dann ein Doppeltes: Einerseits pure Gewalt. Andererseits ein paar Sozialmaßnahmen, mit denen er signalisieren wollte: Leute, auch für euch gibt es noch Perspektiven.

★ *Einige Geldsummen verwendet der Staat also bloß dafür, den Menschen Anhaltspunkte für ihre Phantasie zu liefern, dass man sich Chancen ausrechnen könne – auch wenn die Ökonomie sie anschaulich vollkommen abgeschrieben hat.*

Auch ein Vater kann Scheiße sein. . .

Am Beispiel der BRD wurde der Inhalt des Sozialstaates bezüglich der Arbeitslosigkeit dargestellt. Vom Prinzip lässt sich das auf die anderen kapitalistischen Staaten übertragen, auch wenn sich in diesen die Art und Weise und die bestimmten Konditionen für den Bezug von Stütze unterscheiden.⁶

Der Staat schafft mit dem Eigentum die entscheidende Grundlage für die kapitalistische Ökonomie. Mit seinen sozialstaatlichen Maßnahmen reagiert er also nicht einfach auf Umstände, mit denen er nichts zu tun hätte. Er flankiert damit vielmehr sein eigenes Projekt: nationales, in Geld bemessenes Wachstum. Nur: Mit der Betreuung der Arbeitslosigkeit verhindert er keine Armut, sondern betreut die Armut. So sehr, dass sich die Lohnabhängigen aus eigenen Kalkulationen wieder in das Wirtschaftsleben stürzen wollen, das sie drangsaliert, arm hält und dann periodisch oder dauerhaft ausspuckt. Wenn das mal keine Hilfe ist.

Ein Nachtrag: materielles Interesse und Moral

Die Lohnabhängigen sollen aus eigener Kalkulation mitmachen. Was heißt das? Bislang wurde anhand der Sozialstaatsmaßnahmen dargestellt, wie diese auf das materielle Interesse der Lohnabhängigen Bezug nehmen, wie diese noch in den armseligsten Unterstützungen die Menschen an dem Versprechen packt, dass jede*r seines*ihres Glückes Schmied ist. Im ALG I unterstützt der Staat die Lohnarbeiter*innen, wieder in ihrem Beruf tätig zu werden. Zugleich bedrängelt der Staat die Menschen, wenn er sie materiell unter Zugzwang stellt: Wie lange kannst du es dir leisten, nur mit 60-70% des letzten Lohnes über die Runden zu kommen? Entscheide selbst. Du musst Stellenangebote aus

⁶ Im „World Social Security Report 2010/11“ der UN-Arbeitsorganisation ILO heißt es: *„Es gibt kein Land in der Welt ohne irgendeine Form von sozialer Sicherheit, aber oft deckt sie nur wenige Teilgebiete ab und nur eine Minderheit der Weltbevölkerung hat beides – einen legalen und einen effektiven Zugang. Nur ein Drittel der weltweiten Länder (in denen 28% der Weltbevölkerung lebt) haben ein umfassendes Sozialsystem mit allen Teilgebieten der sozialen Sicherheit, wie es in der ILO-Vereinbarung No. 102 definiert ist“* (aus dem Englischen übersetzt, http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_146566.pdf, S. 49; gefunden am 05.10.2012.)

deiner Berufsbranche annehmen, sonst gibt es kein Geld mehr. Entscheide selbst. Im ALG II erhöht der Staat diesen Druck. Und auch für diejenigen, die gar nicht mehr ökonomisch gebraucht werden, bleibt der Druck: Tu was, sonst verlierst du dein letztes Geld. Es ist deine Entscheidung.

Zugleich ist immer eine zweite Botschaft an die Arbeitslosen in der Öffentlichkeit präsent. Die Gesellschaft gibt dir etwas und du gibst der Gesellschaft als Arbeitslose*r nichts. Dafür solltest du einerseits verdammt dankbar sein und dich andererseits gehörig schämen. Die Arbeitslosen sollen nicht bloß an sich und ihre materiellen Interessen denken, sondern an ein moralisch höheres Prinzip: Ein guter Mensch gibt der Gesellschaft etwas, wenn er von ihr lebt. Wer nur nimmt, der ist ein Schmarotzer, ein Nichtsnutz, ein unwürdiger Mensch. Auch das ist eine Weise, auf die Kalkulationen der Arbeitslosen zu setzen. Wenn Arbeitslose das genauso sehen, dann ist der materielle Druck im ALG I und ALG II Nebensache. Der Hauptdruck besteht dann darin, dass Arbeitslose sich selber im Spiegel nicht mehr anschauen mögen.

Dann macht nicht mehr nur die ökonomische Existenz als Lohnarbeiter*in das Leben so trostlos, sondern die Menschen machen sich selber im Spiegel ihrer Moral fertig. Mehr zu dieser geistigen Leistung im kommenden Kapitel.

9 Kapitalismus – nur eine schlechte Idee?

Wir haben in den vergangenen Kapiteln erklärt, wie der Kapitalismus funktioniert und warum dieses System bedürfnisfeindlich und abschaffungswert ist. Ungeklärt ist aber, warum das nicht gemacht wird, wenn es denn so schlecht für so viele Menschen ist.

Wäre der Kapitalismus nur eine schlechte Idee, also einfach ein Fehler, dann wäre die Sache herrlich einfach. Mensch würde den Leuten ihren Fehler erklären, die würden sich an den Kopf fassen und sich fragen, warum sie da bisher selber nicht drauf gekommen sind, sich herzlich bedanken und Wirtschaft und Gesellschaft vernünftig einrichten. So ist das aber nicht.

Wäre der Kapitalismus eine *reine* Zwangsveranstaltung, also alle würden nur mitmachen, weil sie es müssten, wäre es fast noch einfacher: Mensch müsste nur den Zwang aufzeigen, die Leute müssten Mut fassen und sich die richtigen Mittel zurechtlegen und der Kapitalismus wäre bald nur noch Gegenstand von Geschichtsseminaren. Aber auch das ist nicht so.

In diesem Kapitel geht es um den Zusammenhang von politökonomischen Zwängen und falschem Denken. Das ist für eine Kapitalismuskritik wichtig. Denn so viel ist klar: Ohne das Machen und Mitmachen der Leute würde der ganze Laden nicht funktionieren. Wer das ändern will, muss verstehen, was für Gedanken sich die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft machen. Denn nur wer das versteht, kann Strategien dagegen entwickeln.

In diesem Kapitel soll es nicht – wie in den vorigen Kapiteln – darum gehen, bestimmte falsche Erklärungen anzugreifen und zu widerlegen. Stattdessen soll es darum gehen zu erklären, wie die kapitalistischen Verhältnisse uns nötigen, uns praktisch positiv auf sie zu beziehen, wie sie uns „einladen“, uns falsche Gedanken zu machen, wie sie uns „anbieten“, unsere Erfolge und Misserfolge systemdienlich falsch zu interpretieren, anstatt ihre Grundlage in Frage zu stellen – und nicht zuletzt, wie anstrengend und schwierig es ist, ein kritisches Verhältnis zu diesen Nötigungen, Einladungen und Angeboten aufrecht zu erhalten.

Am Ende und zum Anfang...

Der Kapitalismus ist ein staatlich eingerichtetes und mit Gewalt durchgesetztes ökonomisches Zwangsverhältnis. Der Staat schafft und sichert die Bedingungen, unter denen die kapitalistische Wirtschaft funktioniert und wodurch alle – direkt oder indirekt – abhängig vom Gedeihen des Kapitals sind. Mit dem, was Staat und Kapital setzen, müssen Leute umgehen.

Sie handeln entsprechend dieser Bedingungen und schaffen und reproduzieren diese Verhältnisse so mit. Es entstehen Strukturen und Prinzipien, die nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten funktionieren und einer gewissen Notwendigkeit folgen. Das von ihnen selbst auf diese Weise mitgeschaffene Verhältnis mit Elementen, wie Ware, Geld, Konkurrenz, Profit wird von den Leuten dann wiederum vorgefunden. Sie müssen darin agieren. Auf diese Weise werden die Verhältnisse alltäglich bestätigt und fortgesetzt.¹

Wie Kapitalismus funktioniert und organisiert ist, lässt sich erklären – haben wir ja in den vorangegangenen Kapiteln gemacht. Seine Folgen (Bedürfnisfeindlichkeit, Existenzangst, Armut, Normierung² usw.) lassen sich auf ihre Ursache zurückführen: den kapitalistischen Alltag und die bürgerliche Normalität.

Kapitalismus lässt sich nicht nur erklären, mensch kann ihn auch abschaffen. Anders als beim Wetter, dessen Bedingungen sich zwar erklären lassen, über deren Folgen mensch sich aber nur beschweren kann, lassen sich von Menschen gemachte ökonomische und politische Organisationsprinzipien von diesen auch verändern.

Gibt es irgendwo ein Problem, kann mensch darüber nachdenken. Mensch kann gucken, worin die Ursachen des Problems liegen, kann feststellen, wie es entstanden ist und kann sich überlegen, wie mensch seine Ursachen beseitigen kann, sodass das Problem nicht mehr auftritt. *★ Leute können sich auf Erfahrungen, die sie machen, denkend beziehen, diese geistig verarbeiten und sie sich erklären. Sie können sich eigene Denkinhalte zum Gegenstand machen und diese reflektieren.* Sie können

¹ Siehe zu diesem Gedanken insbesondere den Abschnitt „Kapitalistische Verhältnisse: Kein Betriebsunfall, sondern Prinzip“ auf S. 70 im dritten Kapitel.

² Mit Normierung ist hier das wechselseitige moralische Beurteilen und Bedrängeln der Leute und die Zurichtung des Individuums gemeint, um gesellschaftlichen Normen und Moralvorstellungen zu genügen. Siehe auch Abschnitt „Alles nur Gelaber?“.

sich eine Sache zunächst auf die eine Weise erklären. Wenn sie diese Erklärung befragen, dabei neue Argumente nachvollziehen und plausibel finden, können sie dann zu einer anderen Erklärung kommen.

Wie beziehen sich die meisten Leute gedanklich auf die gesellschaftlichen materiellen Bedingungen, die sie vorfinden, wenn sie zur Schule, zur Arbeit, zum Job-Center gehen? Wieso stimmen Leute Lebensverhältnissen, die ihnen schaden, aktiv zu und machen freiwillig mit? Wieso funktioniert Kapitalismus nicht nur, sondern läuft wie geschmiert?

Es ist selbstverständlich nicht so, dass die Leute bezüglich ihrer Lebensverhältnisse keine Mängel feststellen würden. Viele Zumutungen im Kapitalismus werden an allen möglichen Ecken und Enden zur Sprache gebracht; falsche Erklärungen werden geliefert und zum Beispiel Schuldige gesucht: Schuld an der Arbeitslosigkeit sollen die Manager*innen oder die Ausländer*innen³, an der Wirtschaftskrise die „Spekulanten“ sein. In diesen Beispielen werden einzelne Leute oder Gruppen als das Problem identifiziert und nicht die Funktionsprinzipien und Mechanismen der gegenwärtigen Verhältnisse. Der Kapitalismus wird damit bestätigt, denn es sei das Fehlverhalten von Einzelnen, das die eigentlich guten Prinzipien kaputt mache. Leute, die so denken, stimmen der Sache an sich eigentlich zu – ansonsten würden sie nicht nach Schuldigen suchen oder Details bemängeln und Verbesserungen parat haben, sondern die Abschaffung des Ganzen fordern.

Meckern, nörgeln, sich falsche Erklärungen zusammenbasteln tun Leute aber nicht, weil sie in ihren Handlungen, ihrem Mitmachen, ihrem Denken „manipuliert“ werden, ihnen also jemand gegen ihren Willen falsche Gedanken einflößt. Es ist auch nicht so, dass sie ferngesteuert wären oder dass der Kapitalismus ihnen ein bestimmtes Denken aufherrscht, sodass, wenn man gewisse Erfahrungen gemacht hat oder eine bestimmte Rolle im Produktionsprozess einnimmt, gar nicht anders denken könnte. Nur weil jemand von dem System der Lohnarbeit betroffen ist, heißt das noch lange nicht, dass er*sie eine vernünftige Kritik daran hat.⁴ Wie schon im Kapitel über Klassenkampf (S. 186) gezeigt, gibt es beim Denken keine Zwangsläufigkeiten.

³ Die Existenz dieser Gruppen hat ihre Ursache im Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft. So ist es z. B. zunächst der Staat, der zwischen Inländer*innen und Ausländer*innen unterscheidet und diese Unterscheidung mit seiner Gewalt durchsetzt.

⁴ Zur Klassenlage und zum Klassenkampf, siehe Kapitel 5 (S. 57) und Kapitel 6 (S. 157).

It works because you work?

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Verhältnisse, die unseren Alltag bestimmen. Obwohl viele Menschen in ihrem Alltag vor grundsätzliche und existentielle Probleme gestellt werden, nehmen sie diese Verhältnisse mindestens hin und versuchen im Rahmen dieser Verhältnisse weiterzukommen. Die Einzelnen müssen sich um ihre Existenzgrundlage kümmern. Das heißt für die meisten in dieser Gesellschaft: ihre Arbeitskraft verkaufen. Sie begeben sich in den Zwang zur Lohnarbeit, weil das die Bedingungen fordern.

Der bürgerliche Staat als politische Organisation dieser Gesellschaft setzt durch seine Gewalt die Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise. Durch Gesetz und Polizei zwingt er alle dazu, das Eigentum anzuerkennen. Das bedeutet, dass es erst mal gar nicht so einfach ist, das eigene Leben ohne Weiteres auf eine andere Art und Weise zu organisieren.

Mit dem Eigentum beruht die staatliche Herrschaft zugleich auf Freiheit. Der Staat setzt einen bestimmten Rahmen mit Gewalt durch und innerhalb dieses Rahmens dürfen alle frei agieren: Sie können arbeiten gehen oder es lassen, sie dürfen an sich denken. Das Dürfen wird praktisch alternativlos: Wer nicht aktiv ist, merkt schnell, dass er* sie untergeht.⁵

Die staatlich gewährte Freiheit ist ein Zwangsverhältnis. Innerhalb von Recht und Gesetz ist den Leuten selbst überlassen, wie sie klarkommen, was für Ziele sie sich setzen, wie sie ihr Leben gestalten. Hier steht die Freiwilligkeit, die Einladung und Aufforderung durch den Staat, aus dem eigenen Leben zu machen, was mensch will, es aktiv selbst zu gestalten, selbst zu entscheiden, sich selbst zu bestimmen, im Vordergrund. Er kreiert eine Sphäre des Dürfens, in der er positiv bestimmt, was mensch machen darf; häufig aber auch, indem er Schranken durch Gesetze und Verbote setzt. Indem er so immer definiert, was die Leute nicht dürfen, schafft er den Raum, in dem sie machen dürfen, was sie wollen. Der Staat hat ein Interesse an Bürger*innen, die alles selbst in die Hand nehmen und gucken, wo sie bleiben. Die alles, was sie tun, aus eigenem Interesse tun, die das, was sie tun, auch tun wollen und dabei

⁵ Vgl. Abschnitt „Des eigenen Glückes Schmied“, S. 42 im zweiten Kapitel.

die vom Staat eingerichteten Elemente, wie die Rechte und Gesetze, für ihre Belange nutzen.

An dieser Stelle ist es praktisch, wenn mensch denn auf legale Weise seine Existenz sichern will, die Aufforderung des Staates zur Freiheit anzunehmen: das heißt, die Dinge in die Hand zu nehmen, Ware, Geld, Lohnarbeit, Konkurrenz als Mittel zu begreifen, mit dem mensch arbeiten, weiterkommen, sich entwickeln will, mit dem mensch die eigenen Interessen verfolgen kann. Wer kein Eigentum hat, muss versuchen mit seiner Leistung an Geld zu kommen. Ich muss mich dann für einen bestimmten Job bewerben, mich dabei in einem guten Licht und vor allem besser als alle anderen darstellen. Wer sich hier nicht bemüht, sich selbst nicht als Mittel begreift, geht meist unter.

An Geld zu kommen, um die Existenz zu sichern, bedeutet für die Meisten die eigene Arbeitskraft zu verkaufen und sich in ein Verhältnis hineinzubegeben, dessen Bedingungen sie sich nicht ausgesucht haben. In diesem bekomme ich Aufgaben gestellt, die ich unter den fremd gesetzten Bedingungen erfüllen muss.

★ *Das alles läuft nicht ohne Denken ab. Wenn Leute im Rahmen dieser Bedingungen agieren, in ihrer Lohnarbeit oder beim Vorsprechen im Job-Center, stellen sie einen gedanklichen Bezug zu dem her, was sie da tun:* Die meisten erfüllen ihre Aufgaben, präsentieren sich motiviert, denken sich in ihren Job hinein, machen sich fremde Ziele zu eigen, konkurrieren. Und auch die nicht ganz so Motivierten müssen einer herrschenden Handlungsrationalität folgen. Diese müssen sich z. B. überlegen, wie sie sich im Job durchmogeln, ohne dass das zu sehr auffällt oder damit klar kommen, dass sie sich langweilen während sie Tag für Tag ihre acht Stunden absitzen. Auch wenn es darum geht, den Chef oder das Job-Center zu überlisten, müssen sie sich Strategien zu-rechtlegen, wie sie das am besten machen. Sie müssen also gedankliche Klimmzüge vollziehen, sich ganz schön viel Mist überlegen, sich in diese Verhältnisse hineindenken, um in ihnen durchzukommen.

Schnell geht es in dieser Praxis um die Fragen: Was kann ich bei dem Ganzen für mich herausholen, wie kann ich das Gegebene für mich nutzen, wie kann ich damit arbeiten? Ich frage dann nicht, was ist das Eigentum eigentlich, was für ein gesellschaftliches Verhältnis steckt dahinter, sondern was kann ich damit machen und wie kann ich es für mich nutzen? In dieser Situation, in der ich meine Existenz

bestreite, muss ich mich auch gedanklich auf die Bedingungen der Praxis einlassen, egal wie ich mich theoretisch dazu stelle. Ich betätige das Eigentum als mein Mittel, obwohl es auch meinen Ausschluss bedeutet und Geld als Produktionszweck der Bedürfnisbefriedigung feindlich gegenüber steht.

In der Situation, in der ich das alles zu meinen Mitteln der Bedürfnisbefriedigung zu machen versuche, möchte ich es auch verwenden und habe dementsprechend ein Interesse daran, dass es geschützt wird. Sonst könnte ich sie nicht benutzen oder meine Mühe wäre umsonst. Aus diesem Interesse heraus versuche ich dann den Staat so zu benutzen, als ob er für mich eine praktische Einrichtung wäre, die mir im Konkurrenzzusammenhang mit seinen Gesetzen bei der Durchsetzung meiner Interessen an z. B. niedriger Miete oder einem hohen Lohn behilflich ist:

Über den Mieterverein nehme ich mir einen Anwalt, der das Mietrecht geltend macht und meine Hausverwaltung verklagt, bei Bedrohung rufe ich gegebenenfalls die Polizei oder um den defekten Laptop umzutauschen, wedele ich im Laden mit dem Garantieschein. In dieser Praxis verwende ich die staatlichen Einrichtungen als mein Mittel – na klar tue ich das, denn ohne dass ich den Staat⁶ hinzuziehe, würde die andere Seite vielleicht gar nicht reagieren. Der Staat, der mich indirekt auf die Prinzipien Geld verdienen und Konkurrenz verpflichtet, ist unter den gegebenen Verhältnissen eine alternativlose Instanz, an der ich bei der Verfolgung meiner Interessen nicht vorbeikomme. Der, der mir das alles eingebrockt hat, erscheint in dem Moment als Lösung. Und es ist dabei auch egal, ob ich das durchschaut habe, ob mich das Ganze mit Ekel erfüllt und ich mich und die Welt dafür hasse oder ob ich das alles geil finde und glaube, in der besten aller möglichen Welten zu leben.

Es ist eine Situation, in der die Leute nicht fragen, was das für Sachen sind, die sie da vorfinden – sind das wirklich die geeigneten Mittel, um meine Bedürfnisse zu befriedigen? Sondern gefragt wird: Wie kann ich z. B. Lohnarbeit, Geld, Recht für mich nutzen? In dieser Situation wollen die Leute mit diesen Sachen ihre Ziele erreichen. Auf dieser Ebene werden die Verhältnisse, die sich kritisieren und als falsch erklären lassen, durch die konkrete Betätigung immer wieder aufs Neue bestätigt. Habe ich auf einer theoretischen Ebene herausgefunden und erklärt, dass Ware, Lohnarbeit, Eigentum und Recht keine guten Mittel zur

⁶ Siehe „Na, dir werd ich helfen“: Sozialstaat, S. 203.

Bedürfnisbefriedigung sind, ändern die Ergebnisse noch nichts daran, dass ich zum Beispiel weiterhin in der Konkurrenz mit allen anderen stehe. In der Praxis muss ich die Sachen benutzen, selbst wenn ich sie als falsch erkannt habe, wenn ich denn zurechtkommen will.

Das aktive Mitmachen, das innerhalb der Verhältnisse kein Maß findet – weiß man, wann es reichen könnte? Nein, man weiß es nicht –, gehört hier notwendig dazu. Ob die eigene Anstrengung ausreicht, um das eigene Fortkommen zu sichern, muss sich noch zeigen, deshalb besser: Power und alles geben! Diese Sorte von Eigenmotivation ist in den materiellen Bedingungen dieser Gesellschaft angelegt. Sie bedingt das eigene Fortkommen und so die Existenzsicherung. Bleibt die Entscheidung, praktisch nichts zu machen. Diese befördert eine*n aufs Abstellgleis oder in die Gosse. Über kurz oder lang bedeutet sie, dass man ins absolute Elend gestürzt wird. Wenn man das nicht will, ist es definitiv auch eine falsche Entscheidung. Es liegt also nah ein Interesse zu entwickeln, in den vorausgesetzten Verhältnissen zurechtkommen zu wollen.

Trotzdem erfährt die Mehrheit der Leute, dass ihre Kalkulationen, von ihrer Arbeit leben zu wollen, ihre Existenz zu sichern und zu entwickeln, immer wieder nicht aufgehen. Der Lohn ist zu knapp, auf Vieles muss verzichtet werden, die Arbeitsstelle ist unsicher, die Arbeitsbedingungen sind schlecht, die notwendige Anstrengung übersteigt die eigenen Kräfte. Die Leute erleben ständig Widrigkeiten und werden damit konfrontiert, dass die aufgezwungenen Mittel nicht geeignet sind ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Wie erklären sie sich diese Widrigkeiten?

Leute machen sich Gedanken – egal in welcher Situation. Ob über die Arbeit, das Verhältnis zum Chef, den Fußballverein, die Reihenfolge der Lottozahlen, Gott und die Welt – „philosophiert“ wird überall und am laufenden Band. ★ *Bezüglich des Denkens ist erstmal alles offen. Sie können die Bedingungen, unter denen sie leben und arbeiten müssen, hinterfragen und gegenüber den ökonomischen Verhältnissen einen kritischen Standpunkt einnehmen.*

Sie können den Alltag mit Distanz betrachten, den Sachen auf den Grund gehen, sich die Verhältnisse und ihr Funktionieren erklären und sich die Beschissenheit der Dinge klar vor Augen führen. Klar ist auch, dass es Lebenssituationen gibt, die einem das erleichtern oder

erschweren. Möglich bleibt es aber immer, und egal wie beschissen die Lage ist oder wie steil die Karriere gerade abgeht, niemand hört auf zu denken, sich Sachen zu erklären.

Im nächsten Abschnitt („Wenn du denkst, dass du denkst“) werden wir uns die Reflexion der Leute über ihre alltägliche Praxis anschauen. Wie denken Leute über ihr Handeln und ihre Lebensverhältnisse nach? Was für Erklärungen der Welt nehmen sie für sich an? Wir haben hier zur Verdeutlichung Denkmuster ausgewählt, die uns recht häufig vorzukommen scheinen.

Wir werden nicht nur den Inhalt dieser Denkmuster kritisieren, sondern uns auch anschauen, wo sie produziert werden („Mach mit, mach nach, mach besser – Produktionsstätten dieser Gedanken“). Wie wenden wir diese Muster auf uns und andere an? Um diese Frage geht es in dem Abschnitt „Alles nur Gelaber?“. Warum ist es so schwer bestimmte Gedankengänge loszuwerden? Warum scheinen sie aus den Tiefen des Inneren daher zu wabern? Darum geht es in dem Abschnitt „Tiefgang“. Abschließend ziehen wir aus dieser Analyse praktische Schlüsse für die politische Arbeit.

Wenn du denkst, dass du denkst...

Wie Leute sich diese Bedingungen erklären, darin liegt keine Notwendigkeit oder Zwangsläufigkeit. Doch ist den meisten Gedanken anzusehen, dass sie die zustimmende gedankliche Verarbeitung genau dieser Verhältnisse sind. Das, was sie die ganze Zeit auf der Ebene der alltäglichen Praxis zu denken haben – mensch muss sich praktisch auf das Geld als Lebensmittel beziehen – , wird oft ins Nachdenken über diese Praxis hinein verlängert. Dabei kommt raus, dass sich viele eine Welt ohne Geld und Eigentum gar nicht vorstellen können.

Leute erklären sich Dinge falsch, nehmen falsche Erklärungen für sich an, halten Dinge, Gegebenheiten, Verhältnisse für ihre Mittel, die für sie keine guten Mittel sind, und zwar aus Überzeugung. Das, was sie praktisch tun müssen, deckt sich dann mit dem, was sie theoretisch darüber denken: Ich will Leistung bringen, ich will Geld verdienen.

Jene, die so denken, haben kein Problem mit diesen Verhältnissen. Was sie praktisch tun, sehen sie als notwendig an. Sie sehen zwar Probleme und haben auch welche und finden

*das große Ganze oder zumindest wesentliche Bestandteile
trotzdem richtig: das Geld, die Konkurrenz, den Staat.*

Sie nehmen die Gedanken, die die alltägliche Praxis erfordert, als die Bestimmung der Sachen: Geld ist ein Mittel zur Bedürfnisbefriedigung, Arbeitsplätze sind dafür da, dass man einen (gerechten) Lohn bekommt und nützliche Dinge produziert werden, der Lohn ist dafür da, dass man leben kann, Waren werden hergestellt, damit Bedürfnisse befriedigt werden. Der Staat ist eine Hilfe für mein Leben. Die Konkurrenz ist meine Chance.

Vor allem die, die lohnarbeiten gehen, werden mit Notwendigkeit Widrigkeiten feststellen. Sie können trotzdem daran festhalten, dass der Kapitalismus eigentlich eine gute Gelegenheit ist. Das ökonomische System, das die konkreten Mängel hervorbringt, wird nicht hinterfragt. Wie erklärt mensch sich diese aber dann? Dafür muss einige geistige Anstrengung geliefert werden, die im ersten Schritt, die festgestellten Mängel aus dem Rahmen, in dem sie entstanden sind, heraustrennt. Falsche Erklärungen werden angenommen oder produziert.

Unkritisch sind dabei die wenigsten. Armut und Elend wird erklärt über ein zu wenig von den „guten“ Sachen: Nicht Geld sei das Problem, sondern zu wenig Geld, nicht Lohnarbeit, sondern zu wenig Lohn oder ein ungerechter Lohn. Arbeitslosigkeit habe ihren Grund nicht im Profit, sondern in zu wenig Profit.⁷ Vom Staat gäbe es an allen Ecken und Enden zu wenig und manchmal zu viel.

Die Probleme und Mängel lägen dann daran, dass die Menschen die guten Sachen nicht richtig oder nicht im richtigen Maße anzuwenden wüssten. Wenn man das Ganze im Prinzip gut findet, mensch dann aber Probleme und Mängel feststellt, dann beginnt oft die Schuldsuche.

*Es gibt jene, die dann die Schuld bei sich selbst suchen, sich
als Glückes Schmied aktuell oder in Gänze gescheitert sehen
und die ihre Situation sich selbst zuschreiben.*

Das eigene Scheitern wird sich so erklärt, dass man sich nicht genug angestrengt, nicht alles gegeben hat, es nicht fertiggebracht habe, sich

⁷ Siehe zu Gründen von Arbeitslosigkeit „Der kapitalistische Einsatz von Technik Teil 3 – Existenzbedrohend“ auf S. 111 im vierten Kapitel. Zu deren staatlicher Betreuung (ALGI und „Hartz IV“), siehe „Das Arbeitslosengeld 1: Wer hilft hier wem und warum?“ (S. 209) im vorigen Kapitel.

zu profilieren. Man müsse an der eigenen Einstellung arbeiten, es beim nächsten Mal also anders machen und mehr arbeiten. Und wenn das auch nicht klappt: Dann sei man die*der Versager*in oder sei auf dem Feld oder insgesamt unfähig.⁸

Wer die kapitalistische Gesellschaft als Ensemble von Gelegenheiten sieht, könnte eigentlich über das Scheitern an einigen oder vielen Ecken stutzig werden und die Sachen noch mal hinterfragen. Wer trotz Scheiterns diese Welt als Chance begreifen will, kann sich selbst in Frage stellen. Entweder so: Ich habe mich nicht genug angestrengt. Oder so: Ich wollte zu viel, also muss ich Konsequenzen ziehen – bescheidener sein und auch mal verzichten.

Derselbe Gedanke lässt sich auch gegen andere wenden: Wenn sie arm sind, keine Arbeit oder keinen Erfolg haben, dann sind sie selbst Schuld, denn sie haben sich nicht genug angestrengt.

Des Glückes Schmiede wirft selten nur Gutes ab, der Kapitalismus funktioniert gerade nicht optimal. Leute suchen die Schuld bei den Anderen.

Wenn ich mich immer anstrenge und nichts dabei herauskommt, lässt sich die trostlose Wirklichkeit auch so affirmieren: Die Gesellschaft ist gerade kein Ensemble von Gelegenheiten, obwohl sie es doch sein sollte. Eigentlich kann mensch sich anstrengen, so viel er*sie will, es kann nichts daraus werden. Der Grund: Einzelne, viele, eine Branche, das Finanzkapital, die Politiker, die Ausländer, die Juden sind Schuld. Sie haben sich so verhalten, dass das eigene Glück zu schmieden gerade nicht möglich ist. Auch wenn sich die konkreten Schuldzuweisungen ihrem Inhalt nach unterscheiden, ist das ihre abstrakte Gemeinsamkeit. Eine Gruppe oder Einzelne haben das an sich gute System pervertiert oder unterlaufen. In diesem Denken wird nicht das Funktionieren des Kapitalismus problematisiert, sondern der Inhalt der Schuldzuweisung an „die Anderen“ gilt als Erklärung der Widrigkeiten.⁹

⁸ Umgekehrt gibt es das natürlich auch: Ich bin stolz auf meine Leistung, ich habe es geschafft, ich habe die Chance genutzt. Hier schreibt mensch sich alleine und den eigenen Leistungen zu, gesellschaftlich vorangekommen zu sein. „Ich habe Erfolg“ wird schnell umgewandelt zu: „Ich bin ein*e Macher*in“ und so zum Urteil über die gesamte Person. Mensch hat es geschafft, weil er*sie von Natur aus ein Erfolgstypus ist.

⁹ Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit usw. werden hiermit nicht vollständig erklärt, sondern es ist nur ein einzelner Aspekt besprochen.

Schnell wird unterstellt, dass die Probleme, die vorhanden sind, eigentlich nicht zum System dazugehören. Vielmehr wird alles in eine Frage des richtigen Verhaltens verwandelt. Die Arbeitslosen zum Beispiel seien dann an ihrer Armut nicht nur selbst schuld. Sie seien auch schuld, durch mangelnde Anstrengung Ursache der nationalen Misere zu sein, weil sie nicht genug leisten und weil sie nicht geben, sondern nur nehmen. In dieser Hinsicht verhielten sie sich falsch.

„Frag nicht, was du für dein Land tun kannst – frag, was es zu Mittag gibt.“ (Orson Wells)

Das Interesse am Vorankommen im Kapitalismus erweitert sich so in Forderungen nach einem richtigen Verhalten, die sich an alle richten. Jede*r soll bei der Suche nach dem eigenen Vorteil darauf achten, dass die „guten Gelegenheiten“ im Gemeinwesen (Kapitalismus) nicht Schaden nehmen und dass ein Beitrag zum großen Ganzen geleistet wird.

In einer Situation der Konkurrenz, des staatlich organisierten alle gegen alle, in der jede*r untergeht, wenn er*sie nicht an sich denkt, sollen alle bloß nicht nur an sich denken, sondern sich zurücknehmen, verzichten, eben auch mal an andere oder gleich an alle denken. Das, was eigentlich ein Widerspruch ist, wird zur gedanklichen Maxime, zum nützlichen Leitfaden gemacht, der das Zusammenleben in der Konkurrenzsituation zur Zufriedenheit aller regeln soll. So soll mensch sich gedanklich zur eigenen Praxis stellen. Da die Praxis aus dem Konkurreren besteht, lässt sich dieser Widerspruch gedanklich natürlich nicht aufheben, sondern wird ganz praktisch alltäglich bestätigt. Als ließe es sich im allgemeinen Hauen und Stechen richtig verhalten. Die Einzelnen müssten sich selbst nur gut genug bearbeiten und ihr Denken und Handeln modellieren.

Von Fragen wie: Was ist der Zweck eines kapitalistischen Unternehmens? Was ist das Prinzip der Lohnarbeit? Was folgt daraus? hat man sich im Rahmen dieses Denkens verabschiedet. Ausgegangen ist mensch von dem Urteil, prinzipiell an Gewinnzwecken und Lohnarbeit nichts auszusetzen zu haben. Angekommen ist mensch bei der moralischen Frage: Dürfen die Manager das? Die Antwort hat sich nicht einfach mit dem Hinweis aufs Gesetzbuch erledigt. Beim moralischen Denken haben

alle ihre eigenen Vorstellungen im Kopf über das, was mensch dürfen kann und soll – durchaus auch vom Gesetz abweichende.

Darf ein Unternehmen massenhaft Leute entlassen? Nein, so ruiniere es die Möglichkeiten für den Lebenserwerb bloß wegen des selbstsüchtigen Eigeninteresses. Oder aber: Ja, nur so könne es Arbeitsplätze retten. Egal wie konkrete Sachen unterschiedlich bewertet werden, wichtig ist hier die gemeinsame Art und Weise, auf die Welt loszugehen. Einzelinteressen sind dann berechtigt, wenn sie ein Beitrag zum Allgemeinen sind. Einzelinteressen sind im Rahmen dieses Denkens unberechtigt, wenn sie dem Allgemeinen nichts nützen oder es belasten.

Die Schulabbrecher*innen verbauten sich nicht nur ihre Zukunft, sondern schadeten gemeinsam mit den Arbeitslosen, die nicht arbeiten wollten und nur faul in der Ecke herumlagern, der Gesellschaft. Sie leisteten schließlich keinen Beitrag.

Dieses moralische Denken kann auch Futter bieten für die Rechtfertigung der offensiven Durchsetzung des eigenen Vorteils. Der Erfolg ist nur „moralisch sauber“, wenn er verdient ist: Wenn Leistung und Anstrengung dahinter stecken, die man nicht nur für sich gemacht hat, sondern auch für das Allgemeinwohl.¹⁰ Die erfolgreiche Managerin hat auf ihrem Weg nach Oben natürlich nicht nur an sich gedacht, sondern den gesellschaftlichen Auftrag bedient, mit allen Mitteln Arbeitsplätze zu schaffen. Na, dann ist ja gut – auf die innere Einstellung kommt es an: Nicht nur für dich hast du das alles getan, sondern vor allem auch für dein Land.

Andererseits weiß auch die*der eine oder andere Moralist*in: Wenn mensch sich immer nur „anständig“ verhielte, komme mensch zu nichts und mensch habe ja auch schon ganz schön viele Steuern gezahlt. Und wer viel gegeben habe, könne und müsse sich auch was wieder holen: also Ellbogen raus, auch mal an sich denken, sich durchsetzen auf der Karriereleiter.

Wer nichts zum Allgemeinwohl beigetragen hat, der kann sich hasen, schämen, in schlechtem Gewissen grämen, denn er*sie wäre nichts wert. Gemeinsam können sich alle zusammen über die Anderen aus-

¹⁰ Das Allgemeine, das hinter dem Allgemeinwohl im Kapitalismus steckt, ist das Wohl der Nation unter das alle untergeordnet werden. Das Allgemeinwohl soll das sein, was gut für alle ist. Einzelinteressen sollen gebremst werden, indem sie sich nach dem Allgemeinwohl richten. Besondere Bedürfnisse sollen sich dem Allgemeinen unterordnen.

lassen, die es nicht richtig machen. Mit moralischen Ansprüchen kann mensch sich also nicht nur selbst fertig machen, sondern auch alle anderen.

Die Konkurrenz und der Kapitalismus als Gelegenheit wird auf diese Weise umarmt. Es wird eine Gemeinschaft der Anständigen gefordert, in der alle miteinander verbunden sein sollen und sich deshalb auch der Allgemeinheit unterordnen sollen. Im Rahmen dieses Denkens gibt es Regeln und Prinzipien, an die kann und soll mensch sich halten, nach denen kann und soll mensch sich selbst und andere beurteilen, und dann wird es auch was in und mit dieser Gesellschaft.

Die Scham der Arbeitslosen ändert rein gar nichts an ihrer ökonomischen Zwangssituation. Letztere verdankt sich den Profitkalkulationen in der Gesellschaft und nicht der Moral. Bei der herrschenden Moral geht es üblicherweise darum, dass die Menschen zu ihrer jeweiligen konkreten Situation und zu dem, was vorgegeben und durchgesetzt ist, eine gedankliche subjektive Haltung finden, die sich nach dem Allgemeinwohl ausrichtet. So sagen sie im Großen und Ganzen Ja zu dieser Gesellschaft. Die Situation bleibt aber beschissen? Angesichts der trostlosen Resultate im Kapitalismus verfallen die Moralist*innen darauf, ein ständiges Fehlen der Moral bei den Leuten festzustellen. Das ist die Grundlage für ein bestimmtes Menschenbild: Der Mensch sei ein Egoschwein. Ein weiteres besonderes Ja zum Staat ist die Konsequenz. Der solle dann mal mit seiner Gewalt für ein ordentliches Benehmen sorgen und durchsetzen, was für alle gut sei. Wer nicht hören wolle, müsse fühlen.

Wenn der Staat Gewalt anwendet, dann tut er das nicht, weil er eine Anstalt für gutes Benehmen ist, sondern damit die Gesellschaft ihren Zweck der nationalen Reichtumsproduktion erfüllt. Der Staat macht das Funktionieren der Gesellschaft nicht von der Moral abhängig. Gleichwohl weiß er diese Geisteshaltung in seiner Bevölkerung zu schätzen und tut einiges für ihre Pflege.

Moral im Kapitalismus in all ihren konkreten und vielfältigen Ausformungen ist ein zusätzlicher Beitrag, den alle gedanklich machen können. So funktioniert der Kapitalismus wie geschmiert.

„Alles ist Scheiße, nichts wird gut“ (Die neuen Katastrophen)

„Alles ist Scheiße, nichts wird gut“ – kein Standpunkt, der einen antreibt morgens immer wieder auf der Matte zu stehen, um Lohnarbeiten zu gehen.

Leute versuchen damit umzugehen, dass trotz des Hamsterrads Job recht wenig Zeit und Geld zum Leben bleibt.

Sie kommen dabei auf Ideen, die zu dem passen, was sie möchten – klarkommen mit der Welt, wie sie ist: „Wenigstens verbrenne ich mich in meinem Job für die richtige Sache, auch wenn ich dabei an meine physischen und psychischen Grenzen stoße“. Sie gehen nicht einfach jeden Tag aufs Neue Geld verdienen, weil sie es müssen, sondern sie tun „etwas darüber hinaus“: Für das, was ich tun will, nehme ich all die Sachen, die ich nicht will, in Kauf: „Jemand muss das ja machen. So lange ich das mache, kann ich das ja wenigstens gut machen.“

Diese Gedankengänge haben die Nuance von „sich etwas schönreden“, in die Realität eine Ebene hineinlegen, die objektiv nicht da ist und die diese verschleiert, aufmotzt, abfedert: Alles ist Scheiße, nichts wird gut? Wie gesagt, nicht wirklich eine Einstellung, um hier weiter zu kommen.

Leute können mit den Verhältnissen aber auch anders abschließen. Nicht selten ist die Lebensweisheit „was muss, das muss“ zu hören. Wer so spricht und denkt, nimmt die Verhältnisse so hin, wie sie sind. Eine Begründung wird nicht mehr geliefert. Menschen, die das sagen, stecken genauso tief drin im alltäglichen kapitalistischen Mist, nur ersparen sie sich jedes weitere Rumgrübeln und entschließen sich alles hinzunehmen, wie es ist und auszuhalten, was da komme. Auch dieses Denken ist nicht theorielos und einem Mangel an Nachdenken geschuldet. Es ist ein Endpunkt, wenn Leute sich durch all den Kram durchgearbeitet haben, den mensch über den Kapitalismus falsch denken kann. Das theoretische Hin und Her – zwischen „Kapitalismus gut, aber schlechte Folgen, also woran liegt es, an mir, an den anderen oder vielleicht läuft doch ganz systematisch etwas falsch“ – wird als bloße Theorie und als für die alltägliche Praxis fruchtlos abgehakt.

Das, was die Leute sich denken und die Theorie, die sie sich zurechtlegen, hat für die meisten Menschen eine praktische Bedeutung für

ihren alltäglichen Konkurrenzkampf. Dieser verlangt einem viel ab und deshalb suchen sie nach Motivationen. Das „was muss, das muss“ ist insofern auch eine Motivationshaltung: Augen zu und durch!

Auf der Ebene der Motivation lassen sich vielfältige Beispiele finden für das, was sich die Leute so denken. Die Inhalte dieser Gedanken erklären die Welt und warum sie so schwierig ist in all ihren Facetten. Sie erstrecken sich über alle Lebensbereiche der Einzelnen. Sowohl auf die großen Sinnfragen soll es eine Antwort geben, als auch auf die kleinen Zumutungen und Freuden des Alltags. Ist das Durchschlagen in der Konkurrenz nicht auch eine Prüfung und Herausforderung, an der ich wachsen kann? Ist die Krise und das Scheitern nicht auch eine Chance? Der Projektantrag ist wieder nicht angenommen worden? – Ach, wer weiß wofür es gut ist! Wie kann ich ohne schlechtes Gewissen genussvoll konsumieren oder mir trotz Existenzangst diese Welt als eine tolle zurechtlegen? Wie mit kleinen Handlungen, ganz lokal, die Welt verbessern?

Es handelt sich auch bei den Motivationsüberlegungen um Gedanken, die die gegebenen Verhältnisse nicht hinterfragen, sondern sich mit diesen abfinden. Mit dem so gefundenen Sinn gelingt es auch, um so engagierter wieder am Start zu sein. Die Leute halten an ihrer letztendlich positiven Sicht auf die kapitalistische Gesellschaft, an ihrer Meinung, dass doch alles einen Sinn haben muss, fest, sicherlich auch als Hilfe, um den Alltag durchzuhalten.

Mach mit, mach nach, mach besser – Produktionsstätten dieses Denkens

Die Menschen denken ihre Gedanken selbst. So spielen sie eine wesentliche Rolle bei der Produktion falscher Theorien über diese Gesellschaft. Dafür bekommen sie viel Material geliefert.

Ganz vorne mit dabei ist auch der Staat, der viel Geld dafür ausgibt, dass die Leute die Widersprüche, die sie in dieser Gesellschaft feststellen oder feststellen könnten, auch in die richtige Richtung auflösen, denn sie könnten sie sich ja auch anders denken. Zur Betreuung der Widersprüche werden unterschiedliche Angebote gemacht, wie Leute sich das Ganze denken könnten: bei der Erziehung in der Schule, bei der Einrichtung politischer Gestaltungsmöglichkeiten, bei der Förderung des

Wissenschafts- und Kulturbetriebs und bei vielem mehr. Kritisch sollen sich die Leute auseinandersetzen, sich ihren eigenen Kopf machen, aktiv werden, auch mal ruhig Dinge hinterfragen und Verbesserungsvorschläge liefern. Wichtig ist nur, dass sie dabei konstruktiv bleiben und am Ende der Auseinandersetzung ein in letzter Konsequenz affirmatives Bewusstsein steht.

Die einzelnen Inhalte werden auch gesellschaftlich (*Kunst, Kultur, Medien*) produziert. Einen wichtigen Beitrag leistet dabei eine ausdifferenzierte Medienlandschaft, die ganz ohne Zensur ganz vielfältig den nationalen Einheitsbrei serviert. In einer Situation, in der alle großen Zeitungen für die Nation agitieren, darf es auch ein paar radikalere Blätter geben. Was zu radikal – oder wie es heißt: zu extrem – ist, weil es tatsächlich die herrschende Ordnung droht auf den Kopf zu stellen, ist, bleibt und wird verboten. Der Staat behält sich hier einiges vor.

Als Produktionsstätte falscher Theorien nicht zu vergessen sind natürlich: die Anderen. Also das, was die Leute um einen herum so reden, denken, veröffentlichen. „Ich muss, du darfst nicht, das geht gar nicht, so soll es laufen, ich will mich verwirklichen . . .“ Aus unterschiedlichen Versatzstücken, von dem, was Leute so gesehen und gehört haben, wie sie sich alles so denken, werden eigene Theorien zu den großen und kleinen Fragen, die das Leben so stellt, gebastelt. Sie werden mit diesen Sichtweisen an den verschiedensten Orten konfrontiert: in der Familie, in der Schulklasse, wenn sie Zeitung lesen, Nachrichten gucken oder im Internet surfen, wenn sie einen wissenschaftlichen Artikel lesen oder ihre Lieblingsserie gucken, in Diskussionen mit Freunden und Bekannten.

★ *Es gibt viele Angebote, mit denen sie konfrontiert, oft bombardiert werden, aber es ist immer die Leistung ihres Denkens, die Denkinhalte, Bilder, Zusammenhänge, Theorien plausibel zu finden oder eben nicht. Leuten werden keine Gedankeninhalte eingepflegt, sie werden nicht marionettenartig fremdgesteuert.* Natürlich kann ich einen Gedanken genau so übernehmen, wie er mir angeboten wird. Trotzdem habe ich nachgedacht und das Argument aus irgendwelchen Gründen für mich angenommen. Oder ich habe nachgedacht und es als Falsches abgelehnt. Diese Alternative gibt es im Denken immer.

Alles nur Gelaber?

Aus dem, was Leute sich denken, wie sie sich Erklärungen zusammen basteln, folgt eine Menge. Es folgen Handlungen und Umgangsweisen, die Konsequenzen für einen selbst und andere haben. Die Erklärungen, die die Leute für sich annehmen, sind relevant, weil sie durch sie hindurch ihre Ziele und ihr Wollen definieren, weil sie sich über ihr Verhalten selbst modellieren und gleichzeitig bedürfnisfeindliche Verhältnisse bestätigen und immer wieder aufs Neue mit herstellen.

Auf der Ebene der staatlich gesetzten Bedingungen wird akzeptiert und damit bestätigt, was der Staat durchgesetzt hat.

Durch das praktische Zurechtkommen in dieser Gesellschaft, indem sie Geld verdienen gehen, treten alle gegen alle an und bereiten sich gegenseitig den ökonomischen Druck. Indem ich Lohnarbeiten gehe, stelle ich mich in Konkurrenz zu allen Lohnarbeitenden. Die müssen sich an meiner Leistung messen, ich muss mich an den Maßstäben messen, die sie setzen, ansonsten fliege ich raus. Ich oder sie.

Und dann traktieren sich alle noch gegenseitig mit moralischen Ansprüchen und Normen, wie wer wann wie warum zu arbeiten, zu leben, zu sein hat. Diese bekommen eine soziale Wirklichkeit, werden zu etwas Regelhaftem und Regelndem. ★ *Das heißt, dass aus dem Denken und Handeln, das im Alltag von Leuten gefordert wird und das sie selbst fordern, etwas folgt: Sie handeln, disziplinieren sich selbst und andere, richten ihre Praxis danach aus. Und zwar aus eigenem Willen.*

In Arbeitsverhältnissen, in denen nicht die Maschine den Takt vorgibt, in denen selbstverantwortlich gearbeitet wird, sind der Grund an Überstunden dann schnell auch mal: die Lohnarbeiter*innen. Denn sie selbst seien es, die Arbeit und Freizeit vermischen, die zu viel Freizeit in der Arbeit, deshalb keine Freizeit mehr in der Freizeit hätten und sich deshalb selbst auslaugten: aus Spaß und aus schlechtem Gewissen wegen ihrer Ineffektivität. In so einem Denken gibt es keinen Kapitalismus, keine Konkurrenz und keinen Chef. Hier machen sie sich im Rahmen ihrer Selbstdisziplin selbst fertig: „Ich habe eigentlich alles selbst in der Hand und ich will auch aus eigenem Antrieb effektiv sein. Wenn ich das nicht hinkriege: selbst Schuld.“ Wenn ich länger arbeite als notwendig, bin ich auch nicht einfach schön blöd, sind die Arbeitsbedingungen nicht beschissen, muss ich nicht sehen, dass ich nicht aussortiert werde, nö,

„ich habe es nicht besser hingekriegt: selbst Schuld“. Es liegt dann aber auch allein an mir, meinen Arbeitsalltag effektiver zu gestalten und dafür zu sorgen, dass ich keine Überstunden mehr mache. Die Einzelnen müssen ihr Handeln optimieren, sich anpassen, im Rahmen der eigentlich bedürfnisfeindlichen Lohnarbeit Normen, Ziele, Zwecke für sich selbst entwickeln und auf sich selbst anwenden.

Auch nicht einfach frei von Sorgen ist mensch, wenn mensch diesen unmittelbaren Stress in der Lohnarbeit nicht hat, sondern arbeitslos ist. Dann lauten allerdings gerne mal die Fragen: „Wie, und du hast schon länger keinen Job? Willst du etwa keinen? Was machst du denn dann den ganzen Tag? Nichts? Und wie geht’s dir damit?“ Und die Antwort ist: „Beschissen“ – denn wenn man in dieser Gesellschaft nichts macht, keinen Job hat, aber auch nichts anderes arbeitet: Dann ist man ein Nichts und fühlt sich auch wie der letzte Trottel auf dem Abstellgleis – es geht nicht weiter. Entwicklung gibt es nur übers Machen und Tun, irgendetwas mit Konsequenz betreiben, wenigstens Joggen oder Yoga, irgendeine Leistung muss her.

Hier sprechen wir gar nicht von der besonderen Armut, von der Menschen betroffen sind, wenn sie keinen Job haben, sondern von den Ansprüchen, die andere und sie selbst an sich herantragen. Hier geht es darum, dass mensch für andere plötzlich nicht mehr interessant ist oder ein bemitleidenswertes Opfer, wenn mensch „nichts“ macht. Und darum, dass mensch sich irgendwann selbst nicht mehr leiden kann, weil, wie die anderen sagen, ist mensch ja niemand, wenn mensch „nichts“ macht. Und dass mensch sich selbst nicht mehr den Anderen zumuten will, weil die machen ja alle was, und wenn mensch sich trifft und zufällig von deren Tipps und Beratungsangeboten verschont wird, dann haben die viel zu erzählen über die Überstunden, die sie machen, die Listen, die sie abgearbeitet haben, den Stress, den sie haben und mensch selbst macht ja nichts. Was soll mensch da noch sagen? Nutzlos, wertlos kann mensch sich fühlen, einsam kann mensch werden.

In diesem Beispiel wird ein Mensch mit Normen, Forderungen und Ansprüchen konfrontiert. Wer diesen nicht gerecht wird, dessen*deren Verhalten wird sanktioniert, dass andere nicht mehr mit ihr*ihm reden, sich über sie*ihn lustig machen, Zuneigung verweigern, kein Interesse mehr haben. Viele Leute gehen davon aus, dass Arbeit, Leistung, Aktivität einen unverzichtbaren Wert darstellen, was sich in Wertschät-

zung und Anerkennung niederschlägt. Das Individuum bekommt diese Normen zu spüren. Die Möglichkeit, von dieser Norm abzuweichen, ist gering oder geht nur in bestimmten Subkulturen. Weil die Konsequenzen so hart sind, handelt es sich dabei nicht um eine Fingerübung, zu der mensch sich einfach mal so entscheidet. Das Individuum kann sich anpassen und sich wenigstens irgendeine Aufgabe suchen, dann hat es auch wieder etwas beigetragen. Oder es erfährt häufig die Sanktion des Desinteresses der anderen, wird nicht mehr gesehen. Als Konsequenz, der Norm nicht zu entsprechen, folgt oft die Einsamkeit.

Auch wenn mensch einen dieser Welt fremden, kritischen Standpunkt einnimmt, kann mensch verdammt alleine dastehen: Normen, etwas Gedachtes – Konzepte und Vorstellungen darüber, wie Einzelne zu sein haben – können zu Gewalt werden, wenn ein Kollektiv sie für sich angenommen hat. Sie bilden Strukturen heraus, die das Verhalten der Einzelnen kanalisieren: Es kann zu einer Situation kommen, in der Einzelne nicht anders handeln können als der Norm entsprechend, ansonsten wird ihr Verhalten in vielen konkreten Einzelsituationen kollektiv sanktioniert, sie werden isoliert, für krank erklärt. Oder ihnen droht der Jobverlust wegen ihrer Abweichung von der Norm und sie können deswegen ihre materielle Grundlage nicht sichern.

★ *Das zeigt, dass aus dem, was die Leute denken, ganz schön viel folgt. Die staatlich durchgesetzte Herrschaft wird durch die Art und Weise, wie sich Leute auf diese beziehen, verinnerlicht und weitergetragen; durch Partizipation und Engagement, aber auch durch Normen und Regeln, die mensch für sich annimmt, erfindet, sich und anderen setzt.*

Tiefgang

Jetzt hat mensch sich hingesezt, Kritiken durchdacht und formuliert, Politveranstaltungen besucht, viele Beispiele hin und her diskutiert, Texte geschrieben, Workshops veranstaltet. Mühevoll hat mensch sich auseinandergesetzt und weiß nun besser Bescheid, was es mit der Leistung auf sich hat: viel Mühe für den Staat und das Kapital, wenig Nutzen für eine*n selbst. Und plötzlich sind sie trotzdem wieder da, die Leistungsansprüche an sich selbst. Egal, wie viel mensch gemacht hat – es bleibt das Gefühl, die ganze Woche über nicht genug geschafft zu haben und der damit verbundene an sich selbst formulierte Vorwurf.

Regelrecht wie ein Zwang können sie daherkommen, die Gedanken, dass man nicht genug leistet. Wie eine Blockade kann es einem vorkommen, wenn mensch tagelang nichts macht. Eine eigentümliche Befriedigung kann es einem bieten, wenn mensch nur noch arbeitet.

Trotz richtiger Kritik und einem Abarbeiten an gesellschaftlichen Normen kommt es vor, dass diese in der einen oder anderen Form immer wieder auftauchen und plötzlich da sind – in den Gedanken. Der ganze Kram, die ganzen Normen und Ansprüche stecken tief drinnen. Leute sind mit ihnen von Beginn an konfrontiert worden, haben sich gebeugt, an ihnen abgearbeitet, ihnen etwas Gutes abgewonnen, versucht sie für sich abzuwandeln, haben Kompromisse gemacht. Sie mussten zur Schule gehen und sollten dort neben anderen Dingen bestimmte Handlungsmuster lernen: sich dem fügen, was Lehrer*innen einem sagen, nach gesetzten Maßstäben Leistung erbringen, diese bewerten lassen und sich dabei zu anderen ins Verhältnis setzen und mit ihnen konkurrieren. Sie haben gelernt, was es bedeutet, wenn man Sanktionen nicht entgehen kann, sondern diese gegen einen durchgesetzt werden können. Und dass mensch verdammt alleine dastehen kann, wenn mensch nicht mitmacht. Und ab und zu haben sie eine Protesthaltung eingenommen und haben ihren eigenen Kopf durchgesetzt. Und die Ablehnung und Ausgrenzung, die ihnen dafür entgegenschlug, haben sie damit kompensiert, dass sie versucht haben, das Opponieren besonders gut zu machen – weil ganz ohne Anerkennung ist alles Scheiße.

In vielen Situationen waren sie mit Normen, Regeln, Maßstäben konfrontiert, haben diese gedanklich nachvollzogen, versucht auf die eine oder andere Weise mit ihnen umzugehen. In der Konfrontation damit ist ihr Denken und Handeln entstanden, sind sie diejenigen geworden, die sie jetzt sind. Sie haben bestimmte damit verbundene Gedanken, Verhaltensmuster und Strategien verinnerlicht, sie sind ihnen zur Gewohnheit geworden. Diese Gedanken kommen in konkreten Situationen mal vermittelt, mal aber auch scheinbar unvermittelt hoch. Sie können ihre Praxis bestimmen, und dass sie das nicht dermaßen tun, erfordert oft harte Arbeit. Das bedeutet auch, auf der Hut zu sein und diesen Gedanken, die von tief drinnen kommen und plötzlich da sind, immer wieder die Gedanken der Kritik entgegenzustellen. Mühevoll ist das Ganze, weil es sich um verflixt momenthafte Situationen handeln kann. Zack, und schon wieder hat mensch sich kurz gehasst, weil mensch ir-

gendwem oder irgendwas nicht gerecht geworden ist. Und schon wieder hat mensch sich nicht getraut, in der Gruppe was zu fragen, was zu sagen, weil mensch Angst vor irgendwelchen Beurteilungen hatte.

Extrem aufreibend und aussichtslos kann es sein, weil die gegenwärtige Realität so ist, wie sie ist. Das verinnerlichte Zeug kann ja auch deshalb immer wieder aktualisiert werden, weil die gesellschaftliche Praxis keine andere geworden ist. Die Normen sind präsent und wenn nicht im eigenen, dann im Verhalten der anderen. Menschen werden überall und immer wieder mit ihnen konfrontiert. Spätestens montags wieder bei der Lohnarbeit. . .

Realität. Einmal drin. Alles hin?

Wer vorhat, diese Verhältnisse mitzugestalten, so kritisch und unbequem sie*er dabei auch sein mag, tut eine Menge für diesen Staat. Denn Dynamik, Flexibilität, Kreativität, immer schön aus eigenem Willen an dem großen Ganzen mitbasteln, ist staatliches Programm. Dem Kapital nützt eine wache, aktive, engagierte und selbstbestimmte Vielfalt an Menschen sowieso, denn nichts ist effizienter als Menschen, die das wollen, was sie sollen.

Was also tun?

Aus dem, wie Leute sich diese Welt erklären, folgt eine Menge. Auf verschiedenen Ebenen werden falsche Erklärungen für bedürfnisfeindliche Verhältnisse, falsche Vorstellungen über diese Verhältnisse hergestellt. Sie haben eine materielle Grundlage in staatlichen und ökonomischen Strukturen und kollektiv durchgesetzten Normen. Sie funktionieren aber, weil Einzelne sie für sich annehmen, nachvollziehen, selbst an ihnen mitarbeiten. Aus diesen Vorstellungen folgt letztendlich eine bejahende Praxis. Die Gedanken, die sich Leute machen, sind nicht notwendig. Menschen sind mit Wille und Denkvermögen ausgestattet. Sie können diese Verhältnisse bestimmen und erklären, es kann aufgezeigt werden, welcher Prozess zu welchem Resultat führt. Leute können sich diesen Erklärungen stellen, sich auf ihrer Grundlage ein Urteil bilden und daraufhin eine Entscheidung treffen.

Aufklärung ist deswegen für uns aktuell das politische Mittel der Wahl. Doch spätestens nach der Lektüre dieses Kapitels sollte klar sein, dass Aufklärung unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen kein einfa-

ches Unterfangen ist. Es ist schwierig, weil mensch Leuten sagen muss, dass das, was sie jeden Tag tun, dass das, worauf sie angewiesen sind, woraus sie jeden Tag etwas machen müssen, dass das alles eigentlich nichts für sie ist; dass es ihnen ziemlich wenig bringt, im Gegenteil, dass sie in Wirklichkeit am eigenen Ast sägen. Mensch vermittelt Gedanken, die nicht dazu beitragen, in dieser Gesellschaft weiterzukommen. Immer argumentiert mensch gegen die Realität und gegen ganze Lebensentwürfe. Immer kommt mensch irgendwie unpraktisch und „weltfremd“ daher, bringt wenig zum konkreten Anpacken und auch kein Trostpflaster mit.

Dann wird verlangt, dass mensch doch bitte zumindest eine Alternative parat haben soll. Denn viele Leute wollen wissen, wofür es sich lohnt, das Ganze hier Scheiße zu finden. Dann sagt mensch, dass doch die richtige Kritik dieser Verhältnisse und das Entwerfen einer Alternative zwei verschiedene Dinge sind. Um eine vernünftige Alternative zu denken, das heißt eine, die nicht lauter Fehler aus dieser Gesellschaft mitschleppt oder die sogar in ihrer kritischen Absicht total konstruktiv für den Kapitalismus ist, muss mensch schon wissen, was aus was folgt, muss mensch schon sagen können, was warum scheiße läuft. Um eine vernünftige Alternative zu schaffen, braucht es Leute, die verstanden haben, warum es was wie zu verändern gilt: die das auch wollen und mit denen mensch Ziele und Zwecke teilt.

Sich zu diesem Zweck Unterstützung zu holen und sich mit anderen zu organisieren, ist nützlich und hilfreich. Mit Leuten zu diskutieren und zu streiten, hilft auch dabei nicht zu verblöden und nicht in die schädlichen Illusionen und Hoffnungen zu verfallen, die fürs Mitmachen werben.

Das alles kann mensch gut bei den Gruppen gegen Kapital und Nation machen, aber auch woanders. Nämlich überall dort, wo vernünftige Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen geübt wird. Letztendlich kommt es nicht darauf an, wo mensch organisiert und mit wem mensch assoziiert ist, sondern was mensch politisch so treibt.

GRUPPEN GEGEN KAPITAL UND NATION

Die Gruppen gegen Kapital und Nation bieten zurzeit
Diskussionsveranstaltungen in diesen Städten an:
Berlin, Bremen, Freiburg, Graz, Hamburg, Hannover, London, Nürnberg

Es gibt Veranstaltungen und Texte zu den Themen:

Biologismus	Nation und Nationalismus
EU und europäischer Nationalismus	Rassismus und Antisemitismus
Faschismus	Realsozialismus
Gesundheits- und Drogenpolitik	Religion
Internet	Sexismus
Kapital und Lohnarbeit	Staatstheorie
Krieg und Frieden	Schule und Bildung
Kritik der Linken	

Folgende Broschüren gibt es von uns:

- Das staatliche Strafen
- Finanzkrise 2008ff.
- Gentrification
- Nationalismus und Imperialismus: Zum Beispiel Nordafrika
- Staatsverschuldung und die Krise im Euroraum
- Texte gegen den Wissenschaftsbetrieb
- Texte zum Realsozialismus und Maoismus
- Wikileaks Bitcoin Copyleft
- Will das Kapital die Löhne immer nur senken?
- Alle Macht dem Kapital? – Über Schiedsgerichte in Freihandelsabkommen
- Von Schland nach Gauland – Das Krisenprogramm der AfD und seine demokratische Grundlage

<http://gegner.in>

info@gegen-kapital-und-nation.org

We provide some of our texts in English: *<http://antination.org/en>*

Wir halten nichts von Kapitalismus.

Damit stehen wir nicht allein. Schließlich hat der Begriff Kapitalismus selbst in den Tageszeitungen einen schlechten Beigeschmack und es wird lieber von „sozialer Marktwirtschaft“ gesprochen. Und nicht nur Linke haben was gegen Kapitalismus, sondern immer wieder finden sich auch bei Nazis Gruppierungen, die sich in Abgrenzung zum Kapitalismus einen nationalen Sozialismus auf die Fahnen geschrieben haben.

Unsere Kritik am Kapitalismus lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Der Kapitalismus ist ein Wirtschaftssystem, das der Bedürfnisbefriedigung sehr vieler Leute entgegensteht. Materielles und auch viel psychisches Leid in dieser Gesellschaft ist kein „Fehler“ und auch kein „Versagen“ des Systems oder einzelner Akteur*innen, sondern notwendige Folge dessen, warum und wie gewirtschaftet wird. Mit *dieser* Kritik stehen wir leider ziemlich allein.

